

Geschichte unserer Zeit

Dr. Karl Siegmar Baron von Galéra

Band 9

6. Teil:

Die Errichtung des deutschen Führerreiches, Band 2

Nationale Verlags-Gesellschaft m. b. H., Leipzig © 1932-1935.

Dieses Digitalisat © 2020 by **The Scriptorium** und ins Netz gestellt am **11. November 2020**, dem **102. Jahrestag der Waffenstillstandserklärung, die den Ersten Weltkrieg beendete und den wohl unheilvollsten Frieden der Neuzeit einleitete**. - Alle Illustrationen stammen aus dem Original.

Eingriffe durch Scriptorium:

der besseren Lesbarkeit halber wurden stellenweise ausgeschriebene Zahlenworte in Ziffern abgeändert (z.B. hundertfünfzigtausend → 150 000) und bei solchen Textstellen Betonung (Fettdruck) hinzugefügt, wo es aus heutiger rückblickender Perspektive angebracht schien.

Die Textgliederung wurde leicht vereinfacht und geringfügige Druck- bzw. Satzfehler wurden korrigiert.

Druckversion 2022 gesetzt vom Hilfsbibliothekar, alle externen Verweise führen zu den Quellen im Netz.



Scriptorium dankt Herrn M. P. S.

für seine großzügige Spende dieser Bücher zwecks Digitalisierung auf unserer Netzseite!



Inhalt des Neunten Bandes:

Einleitung zu Band 9:

Der Wesenswandel in der großen Politik Europas durch das Auftreten Adolf Hitlers

Politik des Führerreiches. - Das englische Empire und die Welt. - Frankreich, Völkerbund und Pakte. - Großbritannien und das Reich. - Voraussetzungen der deutschen Politik.

1. Kapitel: Frankreichs Paktpolitik. Rußlands Aufnahme in den Völkerbund

Frankreich. - Frankreich und England im Sommer 1934. - Deutscher Appell an die ehemaligen Frontkämpfer. - Gefahrenquellen. - Randstaaten und Ostpakt. - England und der Ostpakt. - Das Reich und der Ostpakt. - Rußlands Aufnahme in den Völkerbund. - Rußland im Völkerbund. - Genfer Sorgen. - Beginnende Neuordnung in Europa.

2. Kapitel: Drohende Wetter über Europa im Herbst 1934

Spanischer Aufstand 1934. - Frankreich. - Regierungswechsel in Frankreich. - Sowjetrußland. - Französisch-russische Verbindung.

3. Kapitel: Die antibolschewistischen Mächte: Italien, England, Deutschland

Folgen des Königsmordes. - Italien und Frankreich. - Flottenbesprechungen. - Großbritannien und das Reich. - Großbritannien und Frankreich. - Das Londoner Kommuniqué.

4. Kapitel: Verschärfung der Beziehungen zwischen Italien und Abessinien. Beseitigung der Militärfesseln des Versailler Vertrages

Italien und Abessinien. - Britisches Weißbuch. - Gedanken britischer Staatsmänner. - Das Reich. - Britische Pläne. - Russische Ansichten. - Entrüstung über Weißbuch. - Unterhausdebatte. - Haltung des Reiches. - Verschiebung des englischen Besuches. - Verlängerung der Dienstzeit in Frankreich. - Wiedergewinnung der Wehrhoheit.

5. Kapitel: Europa und der 16. März

Proteste. - Haltung Frankreichs. - Haltung Großbritanniens. - Die Briten in Berlin. - Enttäuschung in Frankreich. - Eden in Osteuropa. - Französisch-russischer Beistandspakt. - Französische Militärmaßnahmen. - Frankreich und Italien. - Stresa. - Genf. - England und Stresa. - England und Genf. - Luftrüstungsfieber.

6. Kapitel: Frankreich, Litauen, Österreich

Laval in Warschau. - Laval in Moskau. - Regierungskrise in Frankreich. - Revolutionäre Spannungen in Frankreich. - Sudetenland und Memelland. - Memelland. - Strömungen in Österreich. - Österreich und Italien. - Starhemberg. - Italien und Abessinien.

7. Kapitel: Entspannung

Führerrede. - Wirkung der Führerrede.

Anlagen

1. Die geistig-weltanschauliche Vorbereitung des französisch-sowjetrussischen Bündnisses durch Juden und Freimaurer; Berichte und Protokolle.

2. Aus der Rede des Stellvertreter des Führers, Rudolf Heß, in Königsberg, den 8. Juli 1934.

3. Die deutsche Reichsregierung über den Ostpakt. 10. September 1934.

4. Louis Barthou.

5. Rußlands Rüstungen. - Bericht über eine Rede Kalinins bei der Abschlußprüfung des neuen Jahrgangs Roter Offiziere und Militäringenieure in Moskau Anfang Mai 1935. - Pressemeldung von Ende Februar 1935 über Rußlands Luftrüstungen. - Rußlands Militärausgaben in Millionen Tscherwonetz Rubel. - Sowjetjudäa. Der amerikanische Journalist Abbe hat den jüdischen Drahtzieher erkannt.

6. Das italisch-französische Protokoll von Rom, 7. Januar 1935.

7. Das Londoner Kommuniqué vom 3. Februar 1935.

8. Amtliche Äußerung Italiens vom 9. Februar zum Londoner Kommuniqué. - Amtliche Äußerung Belgiens vom 12. Februar zum Luftpakt.

9. Antwort der Reichsregierung vom 13. Februar 1935 auf das Londoner Kommuniqué vom 3. Februar 1935.

10. Das englische Weißbuch vom 4. März 1935 beginnt folgendermaßen.

11. Das deutsche Nachrichtenbüro zur Havas-Meldung vom 14. März 1935. - Das deutsche Nachrichtenbüro zur Flandin-Rede vom 15. März 1935.

12. Aus der Proklamation der Reichsregierung "An das deutsche Volk!" vom 16. März 1935.

13. Unterredung des Reichsaußenministers Freiherrn von Neurath mit dem Reuter-Korrespondenten in Berlin, 19. März 1935.

14. Englands Protest vom 18. März 1935 wegen des deutschen Gesetzes über den Wiederaufbau der Wehrmacht vom 16. März 1935.

15. Frankreichs Protest vom 21. März 1935 wegen des deutschen Gesetzes über den Wiederaufbau der Wehrmacht vom 16. März 1935.

16. Italiens Protest vom 21. März 1935 wegen des deutschen Gesetzes über den Wiederaufbau der Wehrmacht vom 16. März 1935.

17. Amtliche Mitteilung über die Dreierbesprechung in Paris am 23. März 1935.

18. Amtliche Berliner Mitteilung über die deutsch-englischen Besprechungen des 25. und 26. März 1935.

19. Amtlicher Bericht über den Besuch Edens in Moskau vom 21. März 1935.
20. Amtlicher Bericht über Edens Besuch in Warschau vom 3. April 1935.
21. Amtlicher Bericht über den Besuch Edens in Prag vom 4. April.
22. Deutschlands Auffassung über den Ostpakt, nach Mitteilung der Reichsregierung von Mitte April 1935.
23. Simons Bericht über die englische Europareise im Unterhaus am 10. April.
24. Zeugnisse zur deutschen Politik. Reichspropagandaminister Dr. Göbbels in Karlsruhe am 31. März 1935. - Ministerpräsident Göring in Danzig am 4. April 1935. - Der Stellvertreter des Führers, Rudolf Heß, in Danzig am 5. April 1935.
25. Der französisch-russische Beistandspakt vom 2. Mai 1935. - Sir John Simon im englischen Unterhaus am 3. Mai über das Verhältnis von Russenpakt und Locarnopakt.
26. "Gemeinsame EntschlieÙung der Konferenz von Stresa" vom 14. April 1935.
27. Anfang und Ende der französischen Denkschrift an den Völkerbund vom 9. April 1935.
28. EntschlieÙung Völkerrates vom 17. April 1935.
29. Sonderbare Zusammenhänge. Hinter den Kulissen des Sowjetpakt und der Sowjetanleihe Frankreichs.
30. Marschall Pilsudski.
31. Auszug aus dem amtlichen Bericht der Tass über Lavals Besuch in Moskau, 15. Mai 1936.
32. Léon Blum über Hitler und Mussolini. - Gemeinsamer Aufruf der Front commun und der Radikalsozialisten am 30. Juni. Schaffung der Volksfront. (DNB). - Die französische Volksfront als Garant des Russenpakt für die Sowjetregierung.
33. Der Stellvertreter des Führers Rudolf Heß am 5. April 1936 in Danzig über das Bluturteil in Kowno.
34. Mussolini wirbt Soldaten in Österreich.
35. Deutschlands 13 Punkte aus der Führerrede vom 21. Mai 1935.
36. Englands Unklarheit über gewisse deutsche Auffassungen, 23. Mai 1935.



Einleitung zu Bd. 9: Der Wesenswandel in der großen Politik Europas durch das Auftreten Adolf Hitlers.

Der Geist von Versailles trennte die Völker Europas in die Sieger und die Besiegten. Die Sieger hatten das Recht, sich in einem **Völkerbund** zu organisieren, dessen Aufgabe darin bestand, die Interessen der Sieger gegen die Besiegten wahrzunehmen. Der Völkerbund war insofern praktisch die Fortsetzung der alten Bündnispolitik in erweitertem Umfange. Seine geistige Führung lag in Paris, und die Theorien vom Frieden und von der Sicherheit Europas, die in Genf verkündet wurden, wurden in Paris formuliert. Ihr Kern war reine Machtpolitik, die darin gipfelte, die Macht der Siegerstaaten, dargestellt durch Bajonette, Gewehrläufe, Flugzeuge, Tanks und Torpedoboote, zu erhalten und zu vermehren, dagegen die Besiegten in einem Dauerzustand der politischen Rechtlosigkeit und der militärischen Machtlosigkeit zu belassen.

Neben die beiden Prinzipien der Macht und der Entmachtung in Europa trat als drittes **der von Sowjetrußland ausgehende jüdische Bolschewismus**. Sein Wesen ist die Weltrevolution. So wie Genf auf der Antithese Sieger-Besiegte beruhte, so war Moskau begründet auf dem Gegensatz Proletarier-Bourgeois. Hier wie da handelte es sich nicht um nationale aufbauende, sondern um

internationale zerstörende Bestrebungen. Die Flammen des Bolschewismus schlugen hinüber nach Europa, sie ergriffen Ungarn und Bayern, sie züngelten in Mitteldeutschland und am Rhein. Aus eigener Kraft aber vermochte Deutschland zu verhindern, daß es ein Raub des jüdischen Bolschewismus wurde. Jedoch die moskowitzische Gefahr gänzlich auszurotten war der demokratische Liberalismus nicht imstande, denn beide, Liberalismus und Bolschewismus, waren aus gleicher Wurzel hervorgegangen, waren wesensverwandt und weltanschaulich, abgesehen von einer Abstufung der Konsequenz ihrer Forderungen, doch durchaus homogen.

In der Ära von 1918 bis 1932 wurde nun **Deutschland zwischen den beiden Polen Genf und Moskau hin- und hergeschleudert**. Aber es gelang, um mich mal im Stile jener Zeit auszudrücken, der Demokratie, die Aktienmehrheit der Republik in ihre Hände zu bekommen. Der Mangel der tatsächlichen Macht des Reiches, der durch das gänzliche Fehlen des deutschen Volkes und seines Volksbewußtseins bedingt war, wurde durch einen Wechsel auf die Zukunft verhüllt, den **der Eintritt in den Völkerbund darstellte. Trotz seiner Mitgliedschaft im Völkerbunde konnte Deutschland aber nicht verhindern, daß es langsam aber sicher immer mehr von unten her verbolschewisierte**. Es krallte sich an Genf fest, während Moskau es immer kräftiger zu sich hinüberzog.

**Politik des
Führerreiches**

In diesen Zustand kam **Adolf Hitler**. Er und seine Bewegung hatten sich in unerbittlicher Folgerichtigkeit gegen die beiden internationalen Prinzipien von Genf und Moskau durchgesetzt. Ausgehend von der neuen absoluten Größe jeder Politik, dem Volke, lehnte er den Völkerbund ab als den einseitigen Machthüter jener Gruppe von Staaten, die sich die Sieger nannten, lehnte er aber ebenso entschieden den blutigen Bolschewismus ab, der das chaotisch-grausame Mittel zum Zwecke der jüdischen Weltdiktatur ist.

Durch Hitlers Auftreten bekamen die politischen Prinzipien Europas alsbald ein grundsätzlich anderes Gesicht. Hitler meldete zwischen den beiden Systemen von Genf und Moskau ein völlig neues System an: **er entwickelte auf der völkischen Grundlage der Selbsterhaltung den Plan eines solidarischen Friedenswillens der Völker Europas, einen Plan, der frei war von allen selbstsüchtigen imperialistischen Bestrebungen, der in ausdrücklicher territorialer Selbstbescheidung von vornherein jegliche Möglichkeiten eines Streitfalles um Landbesitz ausschaltete**. Als Voraussetzung für das Gelingen dieses Planes erkannte und forderte Hitler, daß ohne Vorzug für den einen oder anderen **jeder Beteiligte die gleichen Rechte** haben sollte, daß die **Rüstungen der Völker nach einem absoluten Maßstab der Sicherheit für die Allgemeinheit begrenzt** würden, und daß auf der Grundlage der politischen und militärischen Gleichheit der ehrliche Friedenswille bekräftigt werden sollte durch **zweiseitige Verträge**, welche je zwei Staaten auf Grund ihrer nachbarlichen Beziehungen abschließen sollen.

Das System Adolf Hitlers schaltete also von vornherein automatisch alle nationalen und internationalen Imperialismen aus. Seine völkische Voraussetzung hatte nicht nur den entschlossenen Willen zur Folge, den Kommunismus als den Träger des Moskauer Machtwillens und als eine für alle Völker in gleicher Weise schwere innere Gefahr in Deutschland rücksichtslos auszurotten, sondern sie bewirkte auch, daß die in den Formen von Versailles erstarrte Völkerbundsidee sich aufzulösen begann. –

Hitlers große Politik begann mit dem **Austritt aus dem Völkerbunde am 14. Oktober 1933**. Im Interesse einer klaren und sauberen Linie des Aufbaues Deutschlands mußte dieser Schritt getan werden. Hitler hatte die entschlossene Absage an den Kommunismus erteilt, er mußte ebenso entschlossen die Trennung ziehen zwischen dem Reiche und einer Einrichtung, welche zwar Pflichten ohne Unterschied verteilte, aber die Rechte nur denen gewährte, die die Macht hatten.

Der nächste Schritt des Führers war das **Freundschaftsabkommen mit Polen vom 26. Januar 1934**. Es war der erste zweiseitige Friedensvertrag zweier Nachbarstaaten auf der Grundlage der Gleichberechtigung und außerhalb des Völkerbundes, der im beiderseitigen Verkehr jede Gewaltanwendung ausschloß und den Anfang und Wegweiser zu einem klaren und übersichtlichen Friedenssystem bildete.

Die dritte Aufgabe war, der Welt zu zeigen, daß **die "Siegermächte" ihre Abrüstungsverpflichtungen nicht eingehalten hatten** und daß der Abrüstungskonferenz der gute Wille zum Erfolg fehlte. **Mitte Juni 1934 brach diese infolge der starren Haltung Frankreichs zusammen.** Dies Ereignis wurde der Anfang einer tiefen Revolutionierung der großen Politik Europas. Die am 3. Februar 1932 in Genf mit großem Gepränge eröffnete Konferenz war zwar keine direkte Völkerbundseinrichtung, aber sie stand doch in sehr enger Beziehung zur Liga der Nationen, so daß ihr Schicksal das des Völkerbundes aufs innigste berühren mußte.

Von nun an, seit Mitte 1934, vollzieht sich im System der europäischen Politik eine tiefgreifende Wandlung. – Gestützt auf die nicht nur politische, sondern auch moralische Forderung der Gleichberechtigung, gestützt auch auf die feierlichen Zusagen und Verpflichtungsübernahmen der ehemaligen "Siegermächte", gestützt schließlich auf die zahlreichen einwandfreien Zeugnisse für Deutschlands Recht aus dem Munde führender Staatsmänner der Weltmächte **kann der Führer den Völkerbundsmächten selbst die Initiative zuschieben, die Revision der Völkerbundsidee und die Reformation des Völkerbundes ins Auge zu fassen und die hieraus sich ergebenden Verantwortlichkeiten zu übernehmen.**

So sehen wir denn, wie sich der Völkerbund geistig zu spalten beginnt. Die unerschütterliche, unermüdliche, zähe und klare Beweisführung des Führers, sein ebenso unerschütterlicher und zutiefst ehrlicher Friedenswille bringen es dahin, daß gegen die **französische Machtidee, die bisher im Völkerbunde vorherrschte, die englische Rechtsidee** sich wesentlich kräftiger zu erheben begann. Damit erscheint neben dem großen politischen Plan Hitlers eine weitere neue Idee in der Politik der großen Mächte Europas.

**Das englische Empire
und die Welt**

Das Ziel der englischen Politik ist das der Befriedung Europas durch Gleichberechtigung. Es ist inhaltlich dasselbe Ziel, das der Führer verfolgt. Der Engländer aber, der in den Dimensionen seines Weltreiches denkt, sieht **andere Formen** des Friedens als der Deutsche. Der Engländer, der geborene Organisator der großen Räume und der Massen der Völker, hat in seinem weltumspannenden Empire eine wahrhaft vorbildliche Organisation der Befriedung der heterogensten Elemente gegeben. Begreiflicherweise treten völkische Fragen, weil sie als trennend, als gegen das übergeordnete Ganze des Empire aggressiv und revolutionär empfunden werden, hier in den Hintergrund. Während des Weltkrieges zeichneten englische Staatsmänner den **Völkerbund als Weltfriedensbund** folgendermaßen: Der Kern ist das Empire, hierzu tritt die bestehende Entente, weiterhin kommen die assoziierten Mächte hinzu, und schließlich die Neutralen. Wenn der Engländer den Wert des Völkerbundes bestimmen will, dann mißt er ihn an seinem Empire; und weil er den Frieden als die Seele des Empire erkannt hat, darum will er nach dem Vorbild seines Empire einen Völkerbund, der alle Völker umfaßt und im Frieden einigt. Was London für das Empire ist, das soll Genf für alle jene Völker und Länder sein, die nicht dem Empire angehören. Der Wert der Beziehungen zwischen den beiden Mittelpunkten der Welt ergibt sich aber daraus, inwieweit der Völkerbund in der Lage ist, den tatsächlichen Frieden zwischen dem Empire und der Welt zu garantieren.

Die moderne englische Politik, d. h. die Politik Englands seit 1918, kennt nicht mehr die Politik der einseitigen Bündnisse gegen einen Dritten wie vor 1914. Die Politik dieser Bündnisse ist gefährlich, wie der Weltkrieg bewiesen hat. Der Engländer, der die Welt organisiert, will das unterschiedslos **gleiche Verhältnis des Friedens zu allen Völkern**, und dieses Verhältnis des Friedens ist für den Engländer der Sinn des Völkerbundes. Er ist die zentrale Verwaltungsstelle des Weltfriedens, die beste und sicherste Organisationsform, in der England ohne viele Mühe das gleiche Verhältnis des Friedens zu allen Staaten außerhalb des Empire finden will. Aus diesem Grunde hat England nach dem Weltkriege den Völkerbund in den Vordergrund und die Bündnisse in den Hintergrund seiner Weltpolitik gerückt. Hinzu kommt der Gesichtspunkt, daß die Völker im Völkerbunde die Plattform für eine unmittelbare Aussprache untereinander haben sollen. So ist die **doppelte Begründung des Völkerbundes für den Engländer die, daß er für das Empire die Instanz ist, durch die es mit der Welt Verbindung hält und seine Beziehungen zu ihr ordnet, und für die einzelnen Völker die Stelle ist, welche Frieden, Ordnung und Sicherheit garantiert.**

Das ist nicht nur für die britische Regierung, sondern auch für die Massen des englischen Volkes ein elementares politisches Glaubensbekenntnis. Auf eine **Umfrage der englischen Völkerbundliga** im Frühjahr 1935, ob England im Völkerbunde bleiben solle, wurden 1½ Millionen Jastimmen und 90 000 Neinstimmen abgegeben, auch erklärten sich 1 430 000 für, 120 000 gegen eine Rüstungs-herabsetzung durch internationale Abmachungen.

Es wäre verkehrt, wenn wir vom deutschen Standpunkte meinen zu müssen glauben, daß ein Systemwechsel in England sich durch Lösung seiner einseitigen "Bündnisse" mit Frankreich ankündige; England braucht keine Bündnisse zu lösen, weil es die Politik der Bündnisse seit 1919 aufgegeben hat; wohl aber hält England an seinen, auch Frankreich gegenüber, eingegangenen "Verpflichtungen" für den Frieden und um des Friedens willen fest. Diesen Verpflichtungen steht keineswegs im Wege, daß England sich mit dem Führer einigt, auch wenn die Franzosen darüber ungehalten sind. In einer Rede in der Londoner Albert-Hall am 27. Mai 1935 umriß der stellvertretende Premierminister Baldwin das Verhältnis zwischen England und Frankreich mit folgenden treffenden Worten:

"Im Zeitalter der Luftfahrt und der schweren Geschütze wissen die Franzosen und wir, die wir beide an einer schmalen Meeresstraße leben, daß wir gute Nachbarn bleiben müssen und auch gute Freunde – was auch immer wir empfinden und über uns denken mögen in dem Augenblick, in dem der eine den anderen auf die Probe stellt, wie das Nachbarn manchmal tun."

Es wäre grundverkehrt, heute meinen zu wollen, der Erfolg der großen Politik des Führers sei erst dann da, wenn England sich mit Frankreich überwerfe. Nein, der Erfolg ist in dem Augenblicke da, sobald England das starke Deutsche Reich als gleichberechtigte Verhandlungsmacht anerkannt hat! **Die grundsätzlich neue Dynamik der deutsch-englischen Beziehungen besteht nicht in einem Abbruch der Beziehungen Englands zu Frankreich, sondern in der Neuorientierung der Beziehungen Englands zu Deutschlands; diese aber sind, englisch gesehen, ein Teilproblem der Beziehungen Englands zum Völkerbunde**, aber ein sehr wichtiges Teilproblem! Ist nämlich die Frage der Beziehungen Deutschlands zu England und zum Völkerbunde geklärt, dann steht, nach Meinung Englands, der anderen englischen Idee, der Abrüstung, nichts mehr im Wege – außer dem Widerstande Frankreichs. Aus diesen Erwägungen heraus ergibt sich die überragende Bedeutung, welche nach englischer Auffassung der Locarnopakt besitzt. Dieser Pakt ist wohl im Lichte der englischen Politik das einzige wertvolle Ergebnis, das der Völkerbund in Europa zustande gebracht hat. Er ist gewissermaßen ein Eckpfeiler der neuen englischen Europapolitik, ein Grundstein der Zusammenarbeit der vier großen Mächte.

Im Gegensatz zu dem englischen Prinzip hat sich seit der Regierung Adolf Hitlers auch das *französische* wesentlich stärker ausgeprägt.

**Frankreich,
Völkerbund
und Pakte**

Allerdings verfügte Frankreich nicht über eine politische Willenseinheit. Während die Mehrheit des Frontkämpfergeschlechtes und bedeutende Teile der ihm folgenden Generation die Verständigung mit Deutschland anstrebten, während andererseits die Massen des Marxismus ihre internationalen Ziele verfolgten, vermochte in dem hier behandelten Zeitraum noch die Mehrheit des republikanisch-demokratischen Bürgertums seine traditionelle, von der Freimaurerei bestimmte und gegen Deutschland gerichtete Politik der Freiheit, des Friedens und der Sicherheit, wie sie in Versailles kodifiziert worden war, fortzusetzen. In diesem Sinne führten Barthou und Laval die Außenpolitik ihres Staates, deren innerstes Wesen Senator Bérniger im *Pester Lloyd* Anfang Juni 1935 (V. B. 4. 6. 35) folgendermaßen zeichnete:

"Als Franzose glaube ich nicht an eine deutsch-französische Verständigung, aber ich glaube an eine Abmachung, oder vielmehr an Abmachungen. Man kann sich mit Nachbarn oder Teilhabern einigen, ohne deswegen mit ihnen verkehren zu müssen."

Das Auftreten Hitlers veranlaßte die französische Freimaurerei, den Gedanken der Revolution auf der Grundlage der Geistesmächte von 1789 gegen den "Faschismus" zu aktivieren und in diesem

Gedanken die demokratische Bourgeoisie und das marxistische Proletariat zu einigen. Diese innere, antifaschistische Einigung führte dazu, daß der Schwerpunkt des neuen Kurses unaufhaltsam sich zum Marxismus hin verlagerte. Dieser Vorgang wurde verschärft durch die außenpolitischen Bestrebungen, die darin gipfelten, über den Völkerbund hinweg, der nach Frankreichs Meinung im Herbst 1933 und im Frühjahr 1934 versagt hatte, ein **neues System der Einkreisungsbündnisse** zu schaffen und **zum Eckpfeiler dieses Systems das bolschewistische Rußland zu machen**. Die weltanschauliche Starrheit der französischen Freimaurerei, die dem Nationalsozialismus die Doktrin der "Demokratie" und "Humanität" entgegensetzte und dadurch die vernichtenden Ideen, die nach Versailles geführt hatten, aufs neue belebte, war in der Folge die eigentliche Ursache dafür, daß das französische Volk eine Beute des Marxismus wurde.

Der Auftakt des neuen französischen Bündniskurses war das Ostpaktprojekt Barthous aus dem Sommer 1934 und die Einführung Sowjetrußlands in den Völkerbund, September 1934. Die Vereinigung der beiden Machtkreise Genf und Moskau, die ihren Sinn nur in der gemeinsamen Gegnerschaft gegen Deutschland hatte, ist wohl als das bedeutsamste Ereignis in der Geschichte des Völkerbundes zu bezeichnen, wenn wir sie vom europäisch-kontinentalen Gesichtspunkt aus ansehen. Und doch war der Völkerbund, als dies geschah, bereits weit von der Höhe seiner Macht herabgestiegen, er fungierte nur noch als Mittel zum Zweck. **Rußlands Völkerbundsmitgliedschaft sollte, wie oben gesagt, der Start für eine neue großartige Bündnispolitik Frankreichs werden.** Und eigentlich war die Einführung Rußlands in den Völkerbund durch Barthou die letzte große Anteilnahme, die Frankreich der Genfer Einrichtung bewies. **Die Plattform seines Nachfolgers Laval war nicht mehr Genf, sondern Rom und London, Moskau und Prag.** Das Zentralbüro der französischen Bündnis- und Machtpolitik, der Völkerbund in Genf, trat in den Hintergrund, ja, was man früher kaum für möglich gehalten hatte, das geschah jetzt: Frankreich half mit, den Völkerbund zu diskriminieren! Wir sehen bei der Behandlung des ungarisch-südslawischen Streitfalles Frankreich heftig dabei, die beiden Völkerbundsmitglieder bis auf den Tod zu verfeinden, wir sehen im italisch-abessinischen Konflikt Frankreich die Kriegsfeuer zwischen beiden Völkerbundsmitgliedern schüren!

Getarnt noch durch die Mitgliedschaft beim Völkerbund knüpft Frankreich ein **neues festes Netz der Bündnisse um Deutschland**. Im Januar 1935 findet es den **Ausgleich mit dem Italien Mussolinis**. Es entspannt gleichzeitig **Mussolinis Verhältnis zur Kleinen Entente**. Es schließt im Mai 1935 das **Bündnis mit Sowjetrußland**; es stand hinter dem Bündnis, das zwei Wochen später die **Tschechoslowakei mit Rußland** schloß, und sicher hat Laval auch die **Annäherung Sowjetrußlands und Litauens** gefördert. Im Sommer 1935 hatte die französische Bündnispolitik Rom, Belgrad, Bukarest und Prag, Moskau und Kowno umfaßt. Es war eine neuer Völkerbund, der den außenpolitischen Interessen Frankreichs zwar besser entsprach als der von Genf, aber sich im Innern sehr bedenklich auswirkte. –

Während sich diese Front bildete, vollzog sich die **innere Annäherung zwischen Großbritannien und dem Reiche**. Wenn schon beide in ihrem ehrlichen Willen zum Frieden übereinstimmten, so waren sie allerdings noch über die Gestaltung und Organisierung dieses Friedenswillens verschiedener Auffassung. Hielt **England am Völkerbund als der Organisierung der kollektiven Sicherheit fest**, so bestand des **Reich auf seinem System der zweiseitigen Verträge**, dessen Ausbau logischerweise eine fortschreitende Ausschaltung des Völkerbundes in seiner augenblicklichen Gestalt haben mußte. Nach den Erfahrungen der Vergangenheit lagen die größeren Aussichten des Erfolges bei dem System Hitlers. Ein neuer Erfolg auf seinem Wege war dem Führer beschieden, als er im Sommer 1935 das **Flottenabkommen** mit England erreichte. Dieses Ereignis zeigte der Welt, daß das neue Deutsche Reich seinen Rang als gleichberechtigte Großmacht in der Welt wieder eingenommen hatte und seine Ziele durchzusetzen verstand. Das Reich war wieder eine wirkliche Großmacht geworden, nachdem es im März seine Wehrhoheit wieder gewonnen hatte. –

**Großbritannien
und das Reich**

Von Mitte Oktober 1933 bis Mitte Juni 1935, also in 20 Monaten, hatte sich etwas ganz Außerordentliches vollzogen: Der Führer hatte die Klärung der europäischen Fronten außerhalb

von Genf herbeigeführt. Die beiden Elemente Paris und Moskau hatten sich verbunden, wie auf der anderen Seite die beiden Großmächte, Großbritannien und das Reich, vor der Welt eine gemeinsame Plattform der gegenseitigen Verständigung gefunden hatten.

Ungeklärt war noch die **Stellung der fünften Großmacht Italien**. Ihrem Wesen nach gehörte sie in die Front London–Berlin; unter dem Einfluß der augenblicklichen Lage, d. h. des bevorstehenden Konfliktes mit Abessinien, stand sie in der wesensfremden Front Paris–Moskau. Die Klärung der Stellung Italiens in Europa war erst möglich nach seiner Auseinandersetzung mit Abessinien. –

Fragt man nun nach den **Gründen, die den Führer in die Lage versetzten, in verhältnismäßig so kurzer Zeit eine so tiefgreifende Wesenswandlung der europäischen Zustände herbeizuführen, so finden wir deren drei.**

**Voraussetzungen
der deutschen
Politik**

Zunächst hängt der Erfolg jeder Politik von der Persönlichkeit ab, die Politik macht. Die Männer des Systems hatten keine Linie, keine Haltung, überhaupt kein großes Ziel, ihnen fehlte der Charakter. Der Führer verbindet mit der geraden und klaren Erkenntnis der Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes den stahlharten Willen, und, was das wichtigste ist, den kühnen Mut, das in die Tat umzusetzen, was dem Reiche nötig ist.

Sodann sind alle diejenigen Stellen ausgeschaltet worden, die seit Generationen gewohnt waren, der Reichsregierung eine Neben- oder besser gesagt Gegenregierung an die Seite zu setzen. Es sind das diejenigen offenen und geheimen Kräfte, die wir Nationalsozialisten als die **überstaatlichen Mächte** bezeichnen: Juden, Jesuiten, Freimaurer und Marxisten. Der tragische 30. Juni 1934 war notwendig, um die Ausschaltung dieser Gegenkräfte vollkommen zu machen. Erst von diesem Tage an war die einheitliche Linie der Außenpolitik des Dritten Reiches ganz gewonnen. Störende Gegenmienen waren beseitigt, frei und offen lag der Weg zur Lösung eines der gewaltigsten Probleme, der Befreiung Deutschlands aus den Fesseln, die seiner Kraft und Macht und seinem moralischen Rechte angelegt waren. Im Frühjahr 1934 wäre die Rückergreifung der Wehrhoheit nicht bloß außenpolitisch, sondern auch innenpolitisch unmöglich gewesen.

Hieraus folgt das dritte: **Die Stellung des Führers ist von einer derartigen Freiheit und Souveränität**, wie sie vor ihm kein deutscher Staatsmann besessen hat. Sein Wort ist sogleich Gesetz und Tat. Diese Stellung, großartig, gewaltig und verantwortungsreich zugleich, gestattet ihm den restlosen Einsatz seiner Kraft und seines Willens. Die **grandiose Disziplin des deutschen Volkes**, die geschlossene und einheitliche Marschrichtung des gesamten öffentlichen Lebens, die nicht militärische Unterordnung, sondern soldatische Würde der ganzen Nation – das ist das, was als das Geheimnis der Stärke hinter allem steht. Der innere Zwiespalt, der die anderen Staaten erfüllt, fehlt im deutschen Volke; darin liegt seine politische und moralische Größe begründet, und **das war der Grund, weshalb im Frühjahr 1935 die Entscheidung über das Schicksal Europas, die Entscheidung, ob die Völker Europas in Frieden und Ordnung weiterleben oder in Krieg und Bolschewismus versinken sollten, in der Hand des Führers ruhte**. Denn er sprach und handelte für eine große Nation im Herzen Europas. **Die Krisis jenes Frühjahrs und Sommers wurde nicht in Genf, sondern in Berlin gelöst!**

Die folgenden Kapitel werden sich nun bemühen, das gewaltige Ringen der Geister um die neuen Prinzipien der europäischen Geschichte und den bestimmenden Einfluß, den das Reich Hitlers auf dieses Ringen ausübte, darzustellen.



1. Kapitel: Frankreichs Paktpolitik. Rußlands Aufnahme in den Völkerbund.

1.

Im Juni 1934 konnte sich niemand mehr über den endgültigen Zusammenbruch der Genfer Abrüstungskonferenz täuschen. Gegenüber dem Grundsatz der Wahrhaftigkeit, den der Führer Deutschlands seiner Forderung eines ehrlichen Friedens zugrunde legte, konnte sich auf die Dauer das auf innere Unwahrhaftigkeit und Unehrllichkeit aufgebaute Versailler System nicht behaupten. –

Im **französischen Volke** gab es drei Lager, die in ihren politischen Ansichten auseinandergingen, sogar einander schroff entgegengesetzt waren. Das erste dieser Lager ist die **Rechtsfront**. Sie zeichnete sich durch starke Zersplitterung und große innere Widersprüche aus. Da stand neben der 1898 gegründeten monarchistischen "**Action Française**" die republikanische nationale Miliz "**Jeunesse patriote**", meist junge Leute der Universitäten, die den Gedanken der Jeunesse Dorée des 18. Jahrhunderts wieder aufgegriffen hatten und vor allem Frankreichs große Außenziele vertraten. Selbst der 68jährige Clemenceau war einst diesem Verbände beigetreten. Ehemalige Frontkämpfer unter Führung des Kolonialobersten de la Rocque gründeten 1927 die Kameradschaftliche Vereinigung "**Croix de Feu**", die gegen die "parlamentarische Korrumpierung" und für persönliche Verantwortung kämpfte; ausgesprochen völkische Ziele, wie die des deutschen Nationalsozialismus, waren der Bewegung fremd. Sie machte sich 1932 einen gewissen Namen, als sie im Trocadéro zu Paris eine Pazifistenversammlung sprengte. Marcel Bucard begründete 1933 die "**Francisten**" oder Blauhemden, die, vom schwerreichen Adel des Landes gefördert, sich den Kampf gegen Berufspolitiker und Freimaurer zur Aufgabe setzten. Im gleichen Jahre schuf sich der Großparfumeur, Verlagsdirektor und Deutschenhasser Coty eine Miliz, die "**Solidarité Française**", die später der ehemalige Kolonialoffizier **Jean Renaud** übernahm. Da ein großer Teil der Mitglieder Farbige waren, gelang es diesem Bunde nicht, größeren Einfluß zu erlangen.

Frankreich

Nicht nur organisatorische Zersplitterung und Gegensätzlichkeit der Interessen lähmte die Rechte, das Sammelbecken der Großbourgeoisie und Aristokratie, sondern auch **durch die Generationen ging ein tiefer Riß**. Während die junge Generation der Nationalen vor allem aufrichtig eine deutsch-französische Verständigung wünscht, verharren die Älteren auf ihrem antideutschen Standpunkte. Im Lager der Jungen vernahm man die Stimmen, die den Frieden und die Annäherung an das Reich forderten. **Allen Organisationen der Rechten gemeinsam aber war eine konservative Willensrichtung**. Aristokratie, Geldfeudalismus, die Spitzen des Kulturlebens wünschten, daß das Zeitalter der Revolutionen mit 1871 abgeschlossen sei. Im Hinblick auf die Zunahme des revolutionären Elementes, des Marxismus, bedeutete eine solche Auffassung zugleich eine Entfernung von Demokratie und Republik, eine Hinwendung zu faschistischen Ideen und diktatorischen Plänen.

Das zweite politische Lager bildete die **breite Front der bürgerlichen Mitte, Gewerbetreibende, Intellektuelle, Rentner**. Ihr politisches Ideal ist die **Demokratie**, die große Errungenschaft von 1789, an der sie festhalten und die sie niemals durch den Faschismus beseitigen lassen würden. Für die Mitte bedeutet Demokratie soviel wie Ruhe, Beständigkeit, Beharrung. Mit dem gleichen Gefühl der Ablehnung, das sie dem Faschismus entgegengesetzt, weist die Mitte den **Marxismus und insbesondere den Bolschewismus**, der sich im dritten Lager gesammelt hat, zurück.

Im Frankreich der Nachkriegszeit standen sich also die drei politischen Ideengruppen des Faschismus, der Demokratie und des Marxismus gegenüber. Der Ausgleich der Gegensätze ruhte in der auf breiter bürgerlicher Basis ruhenden demokratischen Mitte.

Als Adolf Hitler 1933 die deutsche Regierung übernahm, vollzog sich innerhalb der drei Lager ein bemerkenswerter Wandel. Die französische Freimaurerei begann im Interesse der internationalen Humanität unter der Losung "Gegen den Faschismus!" alle demokratischen und marxistischen Kräfte des In- und Auslandes in einer großen Front zu sammeln. Seit Frühjahr 1933 läßt sich die große antifaschistische Innen- und Außenpolitik der französischen Frei-

maurerei verfolgen. Von nun an wurde gleichzeitig innenpolitisch an der Vereinigung der Demokratie mit dem Marxismus und der Niederknüppelung der Rechtsbünde und außenpolitisch an der Verbindung Frankreichs mit Sowjetrußland gearbeitet. Bereits im Mai 1933 wurde der neue Kurs, den man als eine Rückkehr zur revolutionären Aktion bezeichnen könnte, in den französischen Logen eingehend behandelt. (Vgl. Anlage 1.)

Es besteht kein Zweifel darüber, daß bereits im Frühjahr 1933 Moskau Beziehungen zur französischen Freimaurerei zum Zwecke eines Bündnisabschlusses unterhielt. Im Herbst 1933, wahrscheinlich nach dem Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund, traten die bolschewistischen Unterhändler mit den Pariser Regierungsstellen hierüber in Unterhandlung. (Flandins Rede vom 25. 2. 1936.) Damals hat Rußland am Quai d'Orsay seine Bereitschaft erklärt, an einem System der Festigung des Friedens teilzunehmen und Verträge zur gegenseitigen Garantie und Unterstützung zu unterzeichnen. Frankreich war diesem Plane zugänglich, soweit er sich nicht auf den Fernen Osten bezog.

Um im Innern Demokratie und Marxismus, die an sich einander nicht freundlich gegenüberstanden, zusammenzuführen, mußte der Hebel am linken, kleinbürgerlichen Flügel der Demokratie, bei den Radikalsozialisten, angesetzt werden. Die radikalsozialistische Partei gab in den folgenden Monaten den parlamentarischen und revolutionären Ausschlag. Ihre Erfüllung mit revolutionärer Aktivität, ihre Unterordnung unter den Imperativ des Antifaschismus führte innenpolitisch nicht nur zur gänzlichen Ausschaltung der Rechtsorganisationen, sondern auch zur schließlichen Ausschaltung der Demokratie und zur Herrschaft des Marxismus in der Tarnung der Volksfront. –

Es war daher kein Zufall, daß der Mann, der als treibende Kraft am Anfang dieser neurevolutionären Entwicklung freimaurerischen Ursprungs stand, **Gaston Bergerie**, nicht nur Freimaurer, sondern auch Radikalsozialist war. Er war ferner Kammerabgeordneter und Mitglied des Auswärtigen Ausschusses und verfügte über großen Einfluß. Dieser Vierzigjährige, der einst auch an der Front gekämpft hatte, war Gambetta und Catilina zugleich. Illegitimer Sohn eines deutschen Aristokraten, eines Herrn von Kaulla, und einer französischen Kleinbürgerin, deren Ehenamen er trug, lehnte er sich auf gegen die Gesellschaft, die ihn nicht anerkennen wollte. So mußte er im Anarchismus leben. Sein fanatischer Wille war es, die feindliche Gesellschaft zu stürzen, die satte konservative und feudale Geldaristokratie zu zerstören – diese Geldaristokratie, die ihm dasselbe bedeutete wie Faschismus, Diktatur, Knebelung der Menschenrechte, Niederwerfung der Humanität. Er fürchtete, daß, nachdem Italien faschistisch und Deutschland nationalsozialistisch war, nun auch für Frankreich die "faschistische Gefahr" akut werden würde. Das Geltungsbedürfnis des dritten Standes, das schon die Männer von 1789 beseelte, erfüllte auch ihn. Er versuchte 1933, das Beispiel Hitlers entfernt nachahmend, die demokratischen und marxistischen Parteien auszuschalten und eine neue, den freimaurerischen Weisungen folgende Linkspartei "*Front commun*" zu begründen, in der sich Radikalsozialisten, Sozialisten und Kommunisten vereinigen sollten. Aber in seiner eigenen Partei traten ihm Leute entgegen, die nichts von den Freimaurern wissen wollten, wie Edouard Daladier. Dieser führte im Frühjahr 1935 die radikalsozialistische Partei in die Volksfront, deren Führung in den Händen des marxistischen Juden Leon Blum lag, also an die Seite der Marxisten. Das Ziel, das Gaston Bergerie vorschwebte, wurde also auch ohne ihn erreicht.

Die innerpolitischen Spannungen strebten in Frankreich bereits Ende 1933 einem Höhepunkte zu. Die Bünde der Rechten durften die Sammlung der antifaschistischen Linken nicht zur Vollenendung kommen lassen. Die innere Unruhe nahm von Woche zu Woche zu. **Der ungeheure Finanzskandal des Juden Stavisky**, der Anfang Januar 1934 enthüllt wurde und Beamte und Parlamentarier bloßstellte, brachte das Pulver zum Explodieren. Feuerkreuzler und Angehörige der *Action Française* schritten zur Tat. Am Abend des 6. Februar 1934 bewegte sich ein Zug von 20 000 ehemaligen Frontsoldaten vom Arc de Triomphe zur Place de la Concorde. Die Antifaschisten stiegen auf die Barrikaden, Straßenkämpfe entbrannten, die von der Gendarmerie unterdrückt werden mußten. Tagelang schüttelte sich Frankreich im Fieber des Bürgerkriegs, dessen Losung Antifaschismus gegen Faschismus war. Die Feuerkreuzler mußten den Rückzug antreten. Sie konnten zwar ihre Mitgliederzahl in der Folge erhöhen, aber die glückliche Stunde, da sie die Macht erringen konnten, war vorüber. "An den Ereignissen des 6. Februar in Frankreich zerschellte jede einheitliche

Bewegung nationalen Wiederaufbaues", schreibt Clément Serpeille de Gobineau (in *Der Aufbau*, 4. Jahrgang 1936, Heft 11, Juni).

Aus den Februarwirren ging die **Regierung Doumergue** hervor, eine bürgerliche Rechtsregierung, die sich bemühte, die Macht der Republik zwischen Faschismus und Antifaschismus zu behaupten. Aber über dieser Regierung stand wie ein Verhängnis der Staviskyskandal. Doumergue versuchte seine schlimmen Folgen Mitte Juli 1934 durch den politischen Burgfrieden zu beseitigen. Aber der Widerstand der Linken machte ihm das Regieren auf die Dauer unmöglich.

Die Marxisten waren die eigentlichen Nutznießer des 6. Februar geworden. Im Juli 1934 schlossen die von Cachin geführten **Kommunisten** und die von Leon Blum geführten **Sozialdemokraten** die antifaschistische **Front commun**, der im Laufe 1935 auch die von Jouhaux geführten Gewerkschaften beitraten. Die Generalratswahlen von Anfang Oktober 1934 ließen allerdings noch nicht den Erfolg der gesammelten marxistischen Energie erkennen.

Der Außenminister Doumergues, Louis Barthou, ein Mann der alten Generation, der die Sicherheit Frankreichs gegen Deutschland in der Wiederbelebung des Bündnissystems von 1890–1914 sah, **leistete der freimaurerisch-marxistischen Front commun durch seine Russenpolitik erheblichen Vorsprung.** Mit Litwinow, den er noch 1927 einen "brutalen Sektierer" genannt hatte, kämpfte Barthou im Frühjahr 1934 in Genf Schulter an Schulter gegen Deutschlands Recht. Er entwarf mit Litwinow zusammen im Sonderkomité für Sicherheit, das die in den letzten Zügen liegende Abrüstungskonferenz im Juni 1934 einsetzte, einen regionalen Beistandspakt im Rahmen des Völkerbundes, in den Rußland eintreten sollte. In einem zweiten Vertrag sollte Frankreich im Rahmen der bestehenden Verträge Rußland gegen jeden Angriff unterstützen, der aus dem Bruch des Regionalpaktes hervorgehen sollte, während Rußland seinerseits Frankreich im Falle eines Angriffs beistehen sollte. Ein drittes Protokoll sollte feststellen, daß beide Verträge mit den Grundsätzen des Völkerbundes im Einklang stehen. Wie man sieht, handelte es sich dort um eine recht enge Allianz, die da geplant war. Barthou versäumte nichts, diese vor ihrer Geburt stehende Allianz legitim und vollwertig zu machen. Seine Überredungskunst bewirkte, daß im Augenblicke, da die Abrüstungskonferenz im Sterben lag, am 9. Juni 1934 in Genf Tschechoslowakei und Rumänien Sowjetrußland anerkannten. Damit war psychologisch der Verbindung Frankreichs mit Rußland die Bahn geebnet. Der nächste Schritt mußte es nun für Barthou sein, die Sowjetmacht als Gleichberechtigten in den Genfer Ring einzuführen. Dann war es auch nicht mehr weit bis zum dritten und endgültigen Schritt des französisch-sowjetrussischen Bündnisses. Nun, die Einführung der Sowjetunion in den Völkerbund wurde für Barthou die letzte politische Tat seines Lebens. Er selbst erlebte es nicht mehr, daß es unmöglich war, das außenpolitische Programm der Freimaurerei durchzuführen, ohne auch das innenpolitische anzunehmen. Erst seine Nachfolger scheiterten im Juni 1936 an dieser Inkonsequenz.



2.

Man darf ohne Bedenken sagen, daß **England in Genf am aufrichtigsten und entschlossensten für Deutschlands militärische Gleichberechtigung als Voraussetzung für eine allgemeine Abrüstung eingetreten ist.** Es war aber nicht in der Lage, seinen Standpunkt durchzusetzen. Darüber täuschten sich die Engländer keineswegs. Schon seit Anfang 1934 waren sie sich darüber klar, daß, wenn in Genf die Gleichberechtigung Deutschlands durch die Abrüstung der anderen nicht erreicht werde, für sie selbst nichts anderes als eine verstärkte Aufrüstung in Frage kommen würde. Vor allem schien ihnen eine **Vermehrung der Kriegsflotte und der Luftflotte nötig**; die Rüstungsfirma Vickers-Armstrong hatte so viele Aufträge, daß sie gegenüber dem Januar in der Mitte 1934 dreitausend Arbeiter mehr beschäftigen konnte. Interessant waren in dieser Beziehung die Angaben, die der erste Lord der Admiralität, Sir Bolton Eyres Monsell in einer Rede zu London am Abend des 24. Juni machte: in den vergangenen acht Jahren habe Japan seine Rüstung um 80, Frankreich um 100, Rußland sogar um 197% vermehrt; der englische Marineminister sei der

Ansicht, daß England nicht als einziges Land dem Traum einer internationalen Abrüstung anhängen könne, sondern eine genügend große Flotte brauche, um das Empire zusammenzuhalten. Auch begann man damit, jede der fünf Expeditionsarmeen (überseeische Kolonialtruppen) mit Tankbrigaden auszurüsten.



*Englische Tankmanöver: Übung im Gelände.
Photo Scherl.*



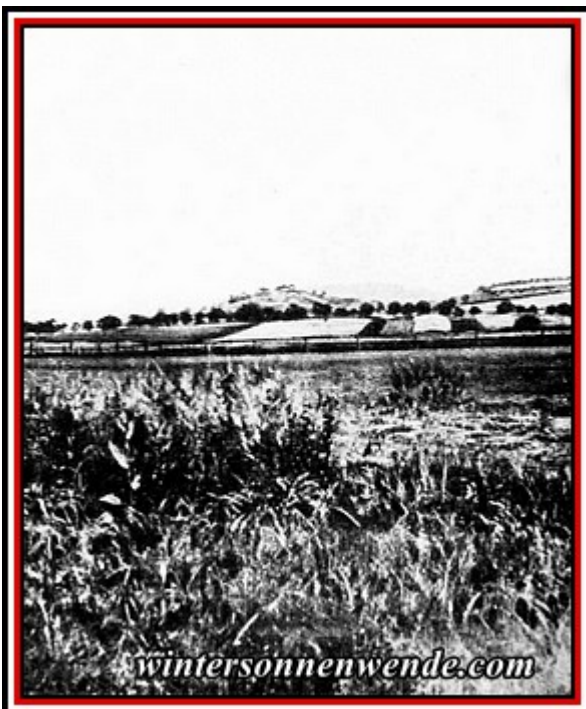
*Englische Tankmanöver: Manöver bei Salisbury.
Photo Scherl.*

Dem englischen Kriegsministerium bereiteten **Belgien und die Niederlande** Sorge. Dieses Amt hatte sich noch nicht ganz von den Vorkriegsvorstellungen befreien können, und Kriegsminister Lord Hailsham fürchtete, daß in einem künftigen Krieg der Feind in den Niederlanden Flugzeugstationen anlegen könnte, von denen aus England durch Bombengeschwader angegriffen würde. In London tauchte der Plan auf, daß sämtliche europäische Nationen, Deutschland eingeschlossen, sich verpflichten sollten, die Neutralität Belgiens und der Niederlande zu achten.

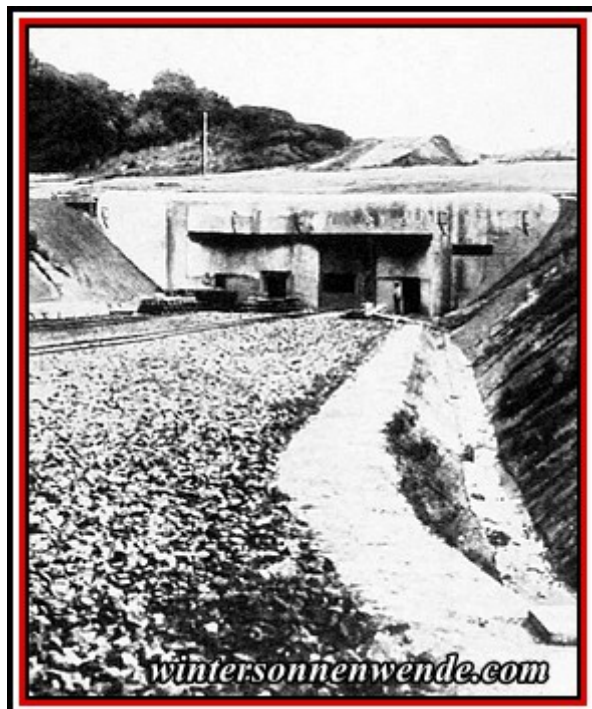
Das War Office war der Ansicht, daß die **Ostgrenze Frankreichs ausgezeichnet befestigt sei**, daß aber im Norden, also in **Belgien und Holland, das Tor für einen feindlichen Einfall offen** stehe.

**Frankreich und England
im Sommer 1934**

Hier war der Punkt, wo die Heerführer Englands und Frankreichs ihre gemeinsamen Interessen zu erkennen glaubten, insbesondere, wenn man nach Art der Versailler Vorstellungswelt als Kriegsgegner Deutschland betrachtete.



*Frankreichs Ostgrenze, gesehen von Osten.
Photo Scherl.*



*Frankreichs Ostgrenze, gesehen von Westen.
Photo Scherl.*

Der französische Generalstabschef Weygand traf am 20. Juni 1934 ein und verhandelte ein paar Tage mit den englischen Generälen, und kaum eine Woche später befand sich der englische Kriegsminister Lord Hailsham in Paris. Gegenstand der Besprechungen war die militärische Zusammenarbeit beider Länder im Falle eines deutschen Angriffs, – einer Zusammenarbeit, die nach den 1914–1918 gemachten Erfahrungen nicht wieder auf französischem Boden stattfinden sollte, sondern etwa im Raume von Amsterdam bis Koblenz. Für die Franzosen waren diese Verhandlungen keine reine Freude, da die Engländer der Ansicht waren, Frankreich sei durch sein Landheer besser und schneller als England in der Lage, Belgien und die Niederlande wirksam zu verteidigen. Für England war diese Feststellung insofern wichtig, als man in London die sowie so nicht sehr sympathische Vermehrung des Landheeres hinauszögern und die zur Verfügung stehenden Gelder zunächst einmal in die dem eigenen Schutze dienende Luft- und Kriegsflotte stecken könnte. Der Grundgedanke der englischen Rüstungen war der, lediglich die beiden Waffen, die durch den Charakter des Landes seine Verteidigungswaffen waren, Kriegsmarine und Luftwaffe, zu verstärken. Das Landheer kam da in zweiter Linie, und die gemeinsamen Verteidigungsaufgaben konnten getrost auf das kontinentale Landheer des französischen Bundesgenossen abgewälzt werden.



Befestigung der französischen und belgischen Ostgrenze. [Vergrößern] [Aus der Zeitschrift "Völkerbund - Die Abrüstungskonferenz."]



Der Generalissimus der Französischen Armee, General Weygand, nimmt 1934 an einer Übung englischer Tanks in Salisbury teil. Photo Scherl.



Truppenparade zum englischen Königsjubiläum, Anfang Mai 1935. Photo Scherl.

Gewisse Rückstände und Überbleibsel der Vorkriegsauffassung, die in Deutschland grundsätzlich und zwangsläufig den Gegner erblickte, bewogen England, in dieser Weise dem Zusammenbruch der Abrüstungskonferenz entgegenzuwirken. Es war nicht so sehr positive Politik, sondern Enttäuschung und Abwehr, ein Verlegenheitsversuch, die Stille, die dem Sturme folgte, irgendwie auszufüllen.

Für Frankreich aber war die Junikrisis ein Ansporn, mit allen Kräften seine Politik der Pakte, die zum guten Teile den Genfer Zusammenbruch mitverschuldet hatte, in der neuen, von der Freimaurerei inspirierten russischen Richtung fortzusetzen. Barthou war in seinem Elemente. Er sprudelte über von allerhand Paktplänen, jenen Fallstricken und Fußangeln Versailler Prägung, die dazu dienen sollten, Deutschland, dem die Gleichberechtigung nicht gewährt wurde, an jedem Versuch, die Versailler Fesseln abzustreifen, zu hindern.

Am 9. Juli 1934 traf der französische Außenminister Barthou mit dem Marineminister Piétri zu zweitägigen Besprechungen in London ein. Von englischer Seite nahmen daran teil der Außenminister John Simon, dessen Sekretär Eden sowie der Erste Lord der Admiralität, Eyres Monsell.

Man sprach über die Vorbereitung der für 1935 geplanten Flottenkonferenz, auf die England Wert legte, nicht so sehr aber Frankreich. Man sprach dann auch über **Barthous Lieblingsidee der regionalen Pakte, die Frankreich für sehr wichtig hielt, nicht so sehr aber im Augenblick England.**

Barthou entwickelte den Engländern folgende Pläne: Die Sowjetunion, die Tschechoslowakei, Polen, die baltischen Staaten, Finnland und Deutschland sollten den nordosteuropäischen Pakt gegenseitiger militärischer Unterstützung schließen, Frankreich, Italien, die Balkanstaaten und die Türkei sollten einen Mittelmeerpakt schließen; die Unterzeichner des Locarnovertrages und der beiden neuen Regionalpakte sollten dann einen "*contrat général*" unterzeichnen, der die Hauptpunkte dieser Verträge in ihrer Beziehung zum Völkerbunde festlegen würde. Das war wieder einmal ein Gewirr von Beistandspakten, das so recht geeignet war, ganz Europa in Verwirrung zu stürzen, wenn in einem entlegenen Winkel einmal die Gewehre losgingen.

Die Engländer waren nicht sehr entzückt von diesen Vorschlägen. Für sich selbst neue Verpflichtungen in Europa zugunsten einer Mächtegruppe gegen eine andere zu übernehmen, waren sie keineswegs geneigt, immerhin wollten sie ein **Ostlocarno in Berlin und Rom befürworten, wenn sich Frankreich verpflichtete, nach Abschluß eines solchen Vertrages seine starre Haltung vom 17. April 1934 fallen zu lassen und einer allgemeinen Abrüstung nicht mehr im Wege zu stehen.** Abrüstung als Voraussetzung der Regionalpakte lehnte Barthou von vornherein ab, er gab höchstens die Möglichkeit zu, die Rückwirkung der Pakte auf die Abrüstung zu prüfen. Andererseits aber gab England mit Rücksicht auf die von ihm erstrebte Totalität des Völkerbundes ("Möchten Sie nun lieber, daß diese ungeheure Macht – Sowjetrußland – innerhalb oder außerhalb des Kollektivsystems des Völkerbundes steht? Ich zweifle nicht an der Antwort auf diese Frage", sagte Simon am 13. Juli im Unterhaus) seine Einwilligung **zum Eintritt Sowjetrußland** in die Genfer Liga, den Frankreich als Voraussetzung für den Ostpakt erwünschte.

Die Aussprachen zwischen Paris und London hatten grundsätzliche Gegensätze, bedingt durch Englands Ruhebedürfnis und Friedenswillen einerseits und Frankreichs geschäftige Paktpolitik andererseits, nicht beseitigen können. Die Pariser Presse verkündete zwar, wie es die Regierung wünschen mußte, daß die englisch-französischen Beziehungen wieder einmal gefestigt seien; in England aber dachte man wesentlich kühler. Wenn die konservative *Morningpost* schrieb, ein **politisches** englisch-französisches Bündnis komme nicht in Frage, aber man habe sich über die **militärische** Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern geeinigt, so bedeutete eine solche Erklärung auch von konservativer Seite eine unzweideutige Absage an das französische Paktsystem. Wesentlich schonungsloser kritisierte der englische Zeitungsmagnat Lord Beaverbrook Mitte Juli im *Sunday Express* den französischen Paktplan: "**Er bedeutet nichts anderes als die alte Kombination von 1914. Der einzige Zweck des französisch-russischen Bündnisses ist der, Deutschland zur Einhaltung des Versailler Vertrages zu zwingen; aber die Aufrechterhaltung des Versailler Vertrages geht England nichts an.** England glaubt, daß die Gebietsfestsetzungen in Versailles ungerecht und unhaltbar sind und sicher geändert werden. Trotzdem verpflichten wir uns erneut, für einen Vertrag zu kämpfen, der ein ungeheuerlicher und unerträglicher Akt der Unterdrückung ist." –



3.

In diese Schwüle hinein ließ sich **eine gewichtige deutsche Stimme des wahren Friedens** vernehmen. Der **Stellvertreter des Führers, Rudolf Heß**, betonte in seiner Rede auf dem Gauparteitag zu Königsberg am 8. Juli 1934 die **aufrichtige Friedensliebe des neuen Deutschlands**. Kühn schob Heß die betrieb-same Zunft der Diplomaten, die die Völker trennen, aber nicht vereinen kann, beiseite und appellierte an ein Gefühl innerer Verbundenheit der Völker Europas, ein Gefühl der Ehre und des Friedenswillens zugleich, dessen Träger die Frontkämpfer in allen Ländern waren. "Die Frontkämpfer wollen den Frieden, die Völker wollen den Frieden, Deutschlands Regierung will den Frieden" so betonte Heß. Er schloß:

**Deutscher Appell an
die ehemaligen
Frontkämpfer**

"Die Welt weiß, daß **der Frontkämpfer Adolf Hitler** mit überraschender Offenheit seine wirklichen Gedanken ihr darlegt. Die Frontkämpfer in der Regierung Deutschlands wollen ehrlich Frieden und Verständigung. Ich appelliere an die Frontkämpfer in anderen Staaten, ebenso wie an die Gutwilligen in den Regierungen dieser Staaten, uns in diesem Ziele zu unterstützen. Ich richte diesen Appell von heiliger ostpreußischer Erde her an die Frontsoldaten der Welt." (Vgl. [Anlage 2.](#))



*Gauparteiitag in Königsberg, Juli 1934. Rudolf Heß' Appell an die Frontkämpfer der Welt.
Photo Scherl.*

Das war ein ganz neuer Ton in der Politik. Nun, nachdem in Genf auch dem Einfältigsten die Unfähigkeit der Diplomatie klar geworden sein mußte, **verlegte Heß die Erörterung der deutschen Gleichberechtigung vom Gebiet des grünen Tisches in das Gebiet der lebendigen, moralischen Öffentlichkeit der Völker.** Er tat dies nicht wie die früheren Machthaber Deutschlands, indem er die Internationale des Pazifismus anrief. Diese Internationale war ohne innere Wahrhaftigkeit und ohne Ehre, sie war überhaupt nur ein Schemen, ein Mittel zum Zweck des Krieges. Alles, was dieser internationale Pazifismus im vergangenen Jahrzehnt erreicht hatte, war ein erlogener, feiger, schwacher Friede, an den kein Mensch glaubte und der nur darum Bestand hatte, weil die deutschen Regierungen sich täglich zutiefst erniedrigten. Heß rief eine andere Internationale an: die der Frontsoldaten. Sie hatten in Ehren **einen langen Krieg** gekämpft und seine Schrecken kennengelernt, sie kannten keinen größeren Wunsch als die Sicherung Europas durch einen wahrhaften, starken Frieden der Ehre, durch einen Frieden, der nicht zwangsweise durch den Druck eines Übermächtigen über einen völlig Schwachen erhalten wurde, sondern der geschützt wurde durch die Freiheit, Stärke, Ehre und Gleichberechtigung aller Beteiligten.

Das deutsche Volk, das in schweren und harten Kämpfen sich durchgerungen hatte zu einer Regierung, die seine Sprache sprach und deren Sprache es verstand, wußte wohl, **daß in diesem Appell der Anbruch eines neuen Zeitalters sich ankündigte.** Draußen in der Welt aber wollte man diese Sprache noch nicht verstehen. Die *Daily Mail* stellte lediglich fest, daß Heß sich energisch für die Einigung mit Frankreich einsetzte, indem er sich auf die Tatsache berufen habe, daß die Frontsoldaten aller Länder den Frieden wünschten. Die Franzosen nahmen dankend den deutschen Friedenswillen zur Kenntnis und lobten es, daß Heß nicht auf die jüngsten Ereignisse zurückkam und Vorwürfe gegen gewisse Persönlichkeiten wegen ihrer Beteiligung im Schleicherkomplott nicht erhob.

Aber den tieferen Sinn der Rede, der doch im Rechte Deutschlands auf die gleiche Ehre und die gleiche Stärke gipfelte, übergang man oder man bezeichnete ihn als "politisches Manöver". (Jour.) Es schien fast, als sollten die mutigen Worte, wenigstens zunächst noch, ungehört verhallen.

Lediglich der Führer des nationalfranzösischen Frontkämpferbundes *Solidarité Française* (siehe **Seite 16**), **Jean Renaud**, bekannte sich in privater Unterhaltung mit einem deutschen Journalisten zwei Wochen später zu den Gedanken von Heß. Er befürwortete das starke Bündnis von Deutschland, Frankreich und Italien, das ein Bollwerk gegen Rußland und die revolutionären Mächte und eine sichere Grundlage des Friedens sein werde. Dies Bündnis sei "das einzige Mittel, den Krieg zu vermeiden".

Allerdings, die Regierenden waren anderer Ansicht. Dämonisch, zu sehen, wie jetzt, wo Deutschland der Welt zeigt, daß es ernst und endgültig mit den zerstörenden Mächten der Vergangenheit aufräumt, in Frankreich mit elementarer Gewalt jene geistigen Momente der freimaurerischen Gedankenwelt aufs neue wieder hervortreten, die die Welt einst in die Katastrophe von 1914 gestürzt hatten. Da hören wir Außenminister **Barthou** bei der Einweihung von Gedenktafeln für gefallene Portugiesen in Bayonne am 15. Juli erklären, er habe 1917 die Disziplin der portugiesischen Armee feststellen können, die ohne unmittelbaren Nutzen ihr Blut vergossen habe, **einzig und allein deshalb, um für die Freiheit, Gerechtigkeit und Zivilisation zu kämpfen, Begriffe, die in Schande untergegangen wären, wenn Frankreich und seine Verbündeten in diesem großen Kampfe besiegt worden wären!** Eine Auffassung, aus der heraus sich für Barthou die zwingende Notwendigkeit des Ostpaktes ergibt, und die Deutschland den wahren inneren Kern dieses Ostpaktes enthüllt!

Schon zwei Tage später vertiefte **Ministerpräsident Doumergue** in einer Rundfunkansprache an das französische Volk die seit 1870 in der französischen Politik lebendigen Gedankengänge (vgl. mein Buch: *Deutscher Reichsspiegel* Seite 502 ff.) in dieser Weise:

"Die Regierung hat nie nachgelassen, sich rege mit der Sicherheitsfrage und damit zu beschäftigen, die Grenzen Frankreichs in Verteidigungszustand zu versetzen. **Ich spreche von Verteidigung, denn niemand in Frankreich denkt daran, mit irgend jemandem einen Streit anzufangen oder gar unter einem Vorwand die Initiative zu einem Angriff zu ergreifen. Wir sind leidenschaftlich dem Frieden verbunden, wir werden niemals den Frieden des anderen stören.** Aber wir wollen auch nicht, daß die Unzulänglichkeit unserer Verteidigungsmittel und unserer Widerstandskraft irgend jemandem die Absicht beibringen könnte, mit Gewalt unsere Türe einzuschlagen und einen Einfall auf unser Gebiet zu unternehmen. Wenn ich Wert darauf gelegt habe, daß unser Land außenpolitisch eine Haltung einnimmt, die **seiner Vergangenheit, seinem Ruhme und seiner Menschlichkeitsliebe entspricht**, so deshalb, um so wirksam wie möglich zur **Aufrechterhaltung des Friedens** beizutragen und gleichzeitig die **volle Sicherheit zu erlangen, die Frankreich braucht.**"

Gleichsam ergänzend bemerkte **Kriegsminister Pétain** am 22. Juli auf einer Tagung des Nationalen Reserveoffizierverbandes in St. Malo, der nächste Krieg werde wie ein Blitzschlag ausbrechen. Die Reserveoffiziere mußten sich schon im Frieden auf die schweren Aufgaben vorbereiten, die ihnen bei Kriegsbeginn zufielen. Frankreich dürfe nicht mehr zögern, wirklich das Volk in Waffen zu werden, wie es seine Nachbarn schon längst seien. Auch für die militärische Jugendausbildung mußten nun endlich höhere Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Drei Ministerreden und ein geschlossener Friedenswille der Regierung. Der **Präsident der Republik, Lebrun**, erklärte am 22. Juli bei einer Denkmalsweihe in Aurillac, daß Doumergue und seine Minister sein volles Vertrauen besäßen.

"Friedenspolitik" nach alten Methoden! Um den angeblich von Deutschland bedrohten Weltfrieden zu schützen, steuert Frankreich mit vollen Segeln also auf den **Bund mit Sowjetrußland** los, mit jenem Staate, der infolge der von ihm angekündigten Weltrevolution die schwerste Gefahr überhaupt für den Frieden der gesamten Welt darstellt, ja, mit jenem Staate, dem das französische Rentnervolk den Verlust vieler Goldmilliarden zu danken hatte!



Um zu ermessen, welche Gefahr für die Ordnung der Welt es bedeutete, wenn sich Frankreich mit der Sowjetunion verband, sei nur kurz **ein Bild des Zustandes der Welt von Ende Juli 1934 bis Ende Januar 1935** gezeichnet. Niemals vorher ging das Schicksal mit schwereren Katastrophen schwanger als in jenen sechs Monaten. **Das Feuer des Bolschewismus** züngelte an allen Enden der Welt empor. Nicht zuletzt in **Frankreich**, wo die Arbeitslosigkeit gegenüber 1932 um 40-50% zunahm (– vom 1. bis 8. September 1934 stieg die Zahl der französischen Arbeitslosen um 3366 auf 329 021 –), wo eine Kette blutiger Auf- und Ausstände das Volk erschütterte, um schließlich in der Ermordung des Königs von Großserbien und Barthous eine anarchistische Tat *par excellence* zu treiben. **Holland** war aufs schwerste bedroht, wo von Amsterdam aus eine bolschewistische Woge das ganze Land zu verschlingen drohte. In **Spanien** wühlte der rote Aufruhr und konnte nur mit Mühe niedergehalten werden. Die spanische Regierung kämpfte um ihren Kopf. Die Marxisten schmuggelten in großen Mengen Waffen ins Land, womit sie 3 bis 400 000 Arbeiter ausrüsten wollten, die Ermordung des Staatspräsidenten und der Regierungsmitglieder sollten das Sturmzeichen des beginnenden allgemeinen Aufstandes werden. Mitte September wurden diese Pläne aufgedeckt. In **Amerika** lähmten Massenstreiks das wirtschaftliche Leben und beunruhigten das Staatsleben. Vom 16. bis 19. Juli war die pazifische Küste, insonderheit San Franzisko, Schauplatz eines Generalstreiks, der nur mit Maschinengewehren in Schranken gehalten werden konnte. Acht Wochen später tobte in 22 Bundesstaaten ein mächtiger Textilarbeiterstreik, der eine halbe Million Streikende erfaßt hatte. Zahlreiche Plünderungen und blutige Zusammenstöße mit der Nationalgarde ereigneten sich. Der schreckliche Untergang des New Yorker Passagierdampfers "Morro Castle" ließ Verdachtsgründe gegen kubanische Kommunisten entstehen, die den Brand verursacht haben sollten. Im **Fernen Osten**, in der Mandschurei, sahen sich die Behörden gezwungen, der kommunistischen Propaganda der Sowjetangestellten entgegenzutreten. Ende August wurden fast täglich sowjetrussische Bahnbeamte durch die mandschurischen Behörden verhaftet, und die Dinge spitzten sich so zu, daß der Ausbruch eines russisch-japanischen Krieges nur noch auf des Messers Schneide stand.

Hinter diesen marxistischen Umtrieben, die drei große Weltteile in Unruhe versetzten, stand aber **Rußland! In Moskau liefen die Fäden zusammen, die in Toulon und Paris, in Amsterdam und Madrid, in San Franzisko und Charbin den Geist des Aufruhrs bewegten.** Und mit diesem Rußland, das dem Umsturz aller Weltordnung verschworen war, sich zu verbinden war Frankreich im Begriff.

Die durch den Marxismus verbreitete Unruhe wurde noch vermehrt durch **gewisse Skandale**, die ans Tageslicht kamen. Die jüdische Dämonie, die durch den Marxismus die Welt vergiftet, zerstört sie auch durch die Korruption. In Frankreich drohte der **Stavisky-Skandal** die Regierung in zwei auf den Tod verfeindete Lager zu spalten, und Doumergue mußte allen Einfluß aufbieten, um eine hieraus hervorgehende Regierungskrise zu vermeiden. Ein Sumpf von Korruption von Parlament und Regierung wurde aufgedeckt, der in seinen Ausmaßen bodenlos war. –

Und dann auf der andern Seite der **ungeheuerliche Rüstungsskandal, den ein Untersuchungsausschuß der Regierung in Washington aufdeckte!** Am 5. September 1934 begann dieser Ausschuß zu arbeiten, er rechnete damit, daß er drei Wochen arbeiten würde; jedoch bereits am 14. September mußte Staatssekretär Hull dem Ausschußvorsitzenden, Senator Nye, mitteilen, daß allzu viele Regierungen, darunter z. B. die von England, Chile und Mexiko, sich über den Ausschuß und seinen Vorsitzenden beschwert hätten! Diese Beschwerden führten dazu, daß der Untersuchungsausschuß am 21. September seine Tätigkeit vorläufig einstellte. Was der Ausschuß aber bis dahin festgestellt hatte, genügte vollkommen: nämlich, **daß es internationale Firmen und internationale Subjekte gibt, für die Krieg und Rüstung das größte Geschäft sind.** So wurde die amerikanische Electric Boat Company und ihr englischer Bundesgenosse Vickers-Armstrong and Co., ferner der amerikanische Chemiekonzern Dupont-Nemours Company und der englische Chemietrust, Imperial Chemical Industries Ltd., die 1907 ein 25 Jahre geltendes Abkommen auf Austausch der Patente und Herstellungsgeheimnisse von Sprengstoffen geschlossen und dies 1928 erneuert und

erweitert hatten, außerordentlich bloßgestellt. Als internationaler Vagabund und Gauner, der als Rüstungsagent viele Millionen eingesteckt hat, erschien der Levantiner **Basil Zaharoff**, einer der reichsten Männer Europas, **der Zutreiber der Firma Vickers**, der vom König von Großbritannien in den erblichen Adelsstand erhoben wurde!

Alles in allem war ein übler Sumpf der Bestechung zahlloser Staatsmänner und Offiziere, des Betruges und Verrates von Patenten und Material, des Feilschens und Schachers. Es war diesen Leuten ganz gleichgültig, ob sie für ihr eigenes Land oder Japan lieferten, wer mehr bot, bekam die Kanonen, die Granaten und die Unterseeboote! **Das waren die Elemente, die an der Seite Frankreichs die Genfer Abrüstungskonferenz torpediert hatten; schrieb doch ein Sir Charles Craven von der Firma Vickers im Jahre 1932 an die Electric Boat Company, daß "diese störenden Verhandlungen in Genf über die Abrüstung die Aufträge der britischen Regierung auf Unterseebootkreuzer aufhalten"!** Übelste Tatsachen der Neutralitätsverletzung im Weltkriege, der Bestechung der Presse, der Beteiligung von Regierungsstellen kamen ans Tageslicht. Diesen Leuten war der Krieg Geschäft. Reihum lieferten sie gegen gute Bezahlung Verteidigungspläne an alle möglichen Staaten. In Polen arbeiteten sie mit Bestechungsgeldern, in der Türkei mit Halbwelt-damen, nachdem Kemal Pascha die hauptsächlichsten Schmiergeldempfänger hatte aufhängen lassen. Senator Nye faßte am 15. September das Ergebnis der Untersuchung in folgenden nüchternen Sätzen zusammen:

"Private Rüstungsfirmen malen das Kriegsgespens an die Wand, um befreundete Völker argwöhnisch voreinander zu machen und die Abrüstungsbestrebungen zu vereiteln. Armee und Marine unterstützten den Verkauf von Kriegsmaterial an fremde Mächte. Amerikanische Rüstungsfabrikanten arbeiten eng zusammen mit europäischen Kollegen. Armee und Marine haben geheime Patente und Skizzen zur Unterstützung von Munitionsverkäufen ans Ausland preisgegeben. Bestechungsgelder werden in großem Umfange gezahlt und Riesengewinne werden eingeheimst."

Eine Feststellung, die sich sehen lassen kann! Ende Dezember 1934 wurden im weiteren Verlaufe der Rüstungsverhöre märchenhafte Zahlen genannt: Die Dupont Powder Company hatte im Weltkrieg einen Reingewinn von rund 230 Millionen Dollar, der Rüstungsindustrielle Alfred J. Dupont hatte 1920 bis 1926 ein Bruttoeinkommen von 30 Millionen Dollar, für das er keinerlei Einkommensteuer bezahlte!

Diese internationale Clique der Rüstungsprofiter stellte eine Pestbeule am Körper der Kulturvölker dar, eine stete Gefahr für Ruhe und Frieden. Wie die Marxisten die Kriegsgefahr von unten bildeten, so stellten diese Rüstungshyänen eine ständige Kriegsdrohung von oben her dar. Beide aber arbeiteten Hand in Hand auf das gemeinsame Ziel, die Welt in Unruhe zu stürzen. –

Aber noch zwei andere ständige Gefahrenherde beunruhigten Europa: **Österreich und die Separatisten an der Saar**. Diese beiden Faktoren betrafen das Reich unmittelbar, hier aber darf ich mich auf eine kurze Andeutung beschränken, da ich **in meinem ersten Bande der Errichtung des Deutschen Führerreiches** eine eingehende Darstellung gegeben habe. –

Diese kurze Schilderung zeigt, daß also für Europa und **die Welt höchste Gefahr im Verzuge war, als Frankreich seinen neuen sowjetrussischen Freund in das System seiner "Sicherheit" einzubauen begann.** Dies sollte, wie gesagt, auf dreifache Weise geschehen: Durch den Abschluß eines Nordostpakt, dessen tragende Säule Sowjetrußland sein sollte, durch die Aufnahme Sowjetrußlands in den Völkerbund und durch eine französisch-russische Militärallianz.

Rußland förderte mit Eifer Barthous Ostpaktspolitik. In diesem Sinne äußerten sich die Sowjetgesandten Ende Juli in London, Paris und Berlin. Mit lebhafter Betriebsamkeit arbeitete Moskau auch in den **Randstaaten** für den Gedanken.

**Randstaaten
und Ostpakt**

Jedoch ohne langes Zögern, etwa am 20. Juli, erklärte die Regierung **Finnlands** der russischen, eine Teilnahme Finnlands am Ostpakt sei nicht aktuell, da die friedlichen Beziehungen zwischen Finnland und Rußland durch eine Kette internationaler Verträge geschützt seien. **Estlands** Haltung war

nicht eindeutig. Am 25. Juli stimmte der estnische Außenminister Seljamaa dem polnischen Außenminister Beck darin zu, daß man den neuen Paktvorschlägen gegenüber eine abwartende Haltung einnehmen müsse. Vier Tage später aber, nach persönlicher Aussprache mit Litwinow, läßt Seljamaa in Moskau mitteilen, daß die estnische Regierung einem östlichen Regionalpakt für gegenseitige Hilfeleistung, an dem sich die Sowjetunion, Polen, Deutschland, Tschechoslowakei und die baltischen Staaten beteiligen sollten, freundlich gegenüberstehe. Auch die **litauische** Regierung befürwortete Litwinow gegenüber den Ostpakt.

Jedoch auf die Länge der Zeit fand in den Randstaaten die russische Anregung immer weniger Anklang. Man erinnerte sich, daß schon einmal vor fünf, sechs Jahren, als die Pakte noch hoch in Konjunktur standen, Rußland ähnliche Vorschläge gemacht hatte und daß damals aus der Ablehnung der russischen Idee der **Gedanke eines baltischen Staatenbundes** geboren wurde. So war es jetzt wieder: aus dem Ostlocarno wurde ein baltischer Zusammenschluß, nicht eigentlich Staatenbundes, aber die Vorstufe dazu. Am 29. August paraphierten in Riga die Vertreter Lettlands, Estlands und Litauens einen "Vertrag über das Einvernehmen und die Zusammenarbeit der baltischen Staaten", der eine enge außenpolitische Zusammenarbeit der drei baltischen Staaten durch periodische Zusammenkünfte von deren Außenministern vorsieht. Allerdings sollten nur solche Fragen, die alle drei Staaten gleichzeitig betreffen, behandelt werden; "spezifische", d. h. besondere, nur einen Staat betreffende Fragen, wie z. B. die von Memel und Wilna, waren von dieser Gemeinsamkeit ausgeschlossen. Am 12. September wurde der Freundschaftsvertrag in Genf unterzeichnet von den drei Außenministern.



5.

England und der Ostpakt

England stand nicht nur seit Jahren der französischen Betriebsamkeit bezüglich der Paktspolitik mit stillem Unbehagen gegenüber, sondern diesmal stand es auch vor ganz neuen Erkenntnissen und Entscheidungen. Schweren Herzens hatte England seit dem Weltkriege feststellen müssen, daß es keine Insel mehr war. Durch Artillerie und Flugzeuge war es ein Teil des europäischen Festlandes geworden. Aus diesem Grunde mußten Regierung und Parlament im Juli 1934 den Fünfjahresplan der Luftaufrüstung beschließen. Das war gerade genug, und England verspürte nicht das Bedürfnis, durch einen neuen Pakt unversehens in neue festländische Verpflichtungen, Abenteuer und Rivalitäten von gegensätzlichen Mächtegruppen verwickelt zu werden. Wenn England auch unmittelbar nicht in den Ostpakt hineinbezogen werden sollte, so war es doch mittelbar als Garant des Memelstatuts mit ihm verbunden, und ebenso mittelbar als Garant des Locarnopaktes, wenn einmal die Frage der *assistance mutuelle* gelöst werden sollte. Es begannen in London Bedenken gegen den Ostpakt aufzusteigen, die ihren Grund vor allem darin hatten, daß Frankreich nicht im mindesten an Abrüstung dachte. Die englische These war: Ostpakt als Ausgleich für allgemeine Abrüstung, nicht aber als Maßnahme zur Erhöhung der militärischen Schlagkraft einer Partei gegen eine andere. Über die künftige Stellung Englands in Europa infolge der Ungewißheit über den angeregten Ostpakt schienen die Ansichten weit auseinander zu gehen. Die militärischen Kreise, ausgehend von der Versailler These der Entwaffnung Deutschlands, hielten sich in alter Tradition zu Frankreich. Die Politiker aber rückten deutlich sichtbar von einer politischen Verbindung mit Frankreich ab! Der Fünfjahresplan der Luftaufrüstung ging vom franzosenfreundlichen Kriegsminister Lord Hailsham aus, richtete sich demzufolge also zunächst einmal gegen Deutschland. Im Oberhaus aber trat am 23. Juli 1934 die oppositionelle Arbeiterpartei diesen Kreisen scharf entgegen. Lord Ponsonby bedauerte es, daß die englische Regierung nicht die Abrüstung aller Staaten auf den Stand Deutschlands durchgesetzt habe; die augenblickliche Lage lasse sich mit den Zuständen Anfang 1914 vergleichen. Sein Parteifreund, Lord Arnold, erklärte, der Locarnovertrag sei mausetot, keine britische Regierung werde imstande sein, ein Heer zusammenzubringen, wenn etwa der Locarnovertrag verteidigt werden müßte. Englands Haltung in der Ostpaktfrage wurde also durch zwei Gedankenreihen bestimmt: einmal durch die unmittelbaren Rückwirkungen auf das Gleichgewicht der Kräfte des Kontinents, das durch die tatsächliche Abrüstung

erst hergestellt werden müßte, sodann durch die mittelbaren Rückwirkungen auf die britischen Verpflichtungen, als deren hauptsächliche der Locarnopakt galt, daneben das Memelstatut. Weil Großbritannien keinen unmittelbaren Einfluß auf die Entwicklung des Ostpaktes in beiden Richtungen hatte und empfand, daß Frankreichs Ziele nicht den britischen Interessen entsprachen, fühlte es sich unsicher und zweifelhaft.

Das Reich und der Ostpakt

Deutschland konnte einen Ostpakt unter keinen Umständen billigen. Ganz abgesehen von dem Widersinn, daß das nationalsozialistische Deutschland vielleicht einmal sein Blut zum Schutze des bolschewistischen Rußland verpfänden sollte, würde das Reich selbst durch seine Zustimmung Frankreich dabei unterstützen, das deutsche Volk einzukreisen. Schon 1925 wiesen die damaligen deutschen Staatsmänner erfolgreich alle französischen Zumutungen wegen eines Ostlocarno zurück (vgl. *Geschichte unserer Zeit IV, 185*). Die Verknüpfung osteuropäischer Fragen mit der westeuropäischen Politik hätte das deutsche Volk ohne eigenes Zutun aus kleinstem Anlaß im Handumdrehen in den Wirbelstrom eines kriegerischen Chaos hineingeraten lassen. **Die Tendenz des Ostpaktes war eben nicht auf Lokalisierung und Bagatellisierung von Streitigkeiten, sondern auf deren Generalisierung gerichtet.** Die gegenseitige bewaffnete Hilfeleistung, die als erste und grundsätzliche "Sicherheit" im Vertrag geplant war, hätte Deutschland zum Tummelplatz, ja Kriegsschauplatz zahlreicher internationaler Armeen gemacht. Für Deutschland, das im Herzen Europas lag, war es wichtig, daß die beiden Sphären der west- und osteuropäischen Politik reinlich getrennt blieben. Wenn dies nicht mehr der Fall war, dann war das Deutsche Reich und das Deutsche Volk dem sicheren Untergange preisgegeben. Irgend ein kleiner Streitfall eines kleinen Randstaates hätte dann in seinen Paktauswirkungen zur Verwüstung und Vernichtung Deutschlands führen können. Die Sicherheit des deutschen Volkes beruhte im Gegensatz zur französischen "Sicherheit" nicht auf Kollektivverträgen gegenseitigen Beistandes, sondern auf zweiseitigen Nichtangriffsverträgen mit seinen Nachbarn.

Für Adolf Hitler aber hat die deutsche Außenpolitik nur einen einzigen Inhalt, den Frieden. Und es soll ein starker **Friede der Ehre und der Gleichberechtigung** sein, auf geradem Wege zu erreichen, nicht auf dem gewundenen Wege, der durch das Labyrinth der Pakte führt. Am 6. August 1934 gewährte der Führer dem Reisekorrespondenten Ward Price von der *Daily Mail* eine Unterredung, worin er ungefähr folgendes sagte: Soweit es an Deutschland liege, werde es keinen neuen Krieg geben. Deutschland kenne die schlimmen Folgen eines Krieges besser als irgend ein anderes Land. Die nationalsozialistische Bewegung sei überzeugt, daß niemand von einem Krieg Nutzen, jeder aber nur Schaden haben könne. Deutschland werde bestimmt nicht kämpfen, es sei denn aus Notwehr; aber man dürfe Deutschland nicht verübeln, wenn es bei der gefährlichen Lage seinen nationalen Schutz innerhalb seiner Grenzen suche. Streitfälle zwischen Deutschland und Großbritannien gebe es nicht; Deutschland wolle nichts von England, im Gegenteil, er, Hitler, **habe auf ein besseres Verhältnis zu Großbritannien hingearbeitet und tue es noch immer.** Deutschland müsse immer mit der Möglichkeit rechnen, daß es auf dem Kontinent möglicherweise von einem Ring mächtiger Feinde umgeben sei. Danach habe es sich zu richten. **Nicht durch das Ausmaß der Rüstungen sei die Kriegsgefahr gegeben, sondern durch die Ungleichheit der Rüstungen,** sie ermutige die stärkere Nation, ehrgeizige Pläne zu hegen, welche die schwächere Nation nicht dulden könne.

Diese Ausführungen, deren Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit durch die nüchtern vorgebrachten Worte besonders betont wurden, konnten in den von der Paktomanie befallenen französischen Kreisen nur Mißfallen erwecken. Jeder aber, der ohne Vorurteil Deutschland gegenübertrat, mußte, in England und Amerika, die Berechtigung des deutschen Standpunktes anerkennen. Professor McKenzie aus Seattle (Washington), der am 19. August unmittelbar in Berlin die Führerwahl miterlebt hatte, sagte: Wenn Deutschland volle Gleichberechtigung, Gleichberechtigung nicht nur in politischen Fragen, sondern auch in der Abrüstungsfrage verlange, so erkläre er frei und offen, daß dies Deutschlands volles Recht sei. **Andere Völker hätten zuerst den Versailler Vertrag gebrochen.** Es würde zum Besten des Weltfriedens sein, wenn man Hitlers Abrüstungspolitik anerkennen würde. Doch wenn

andere Nationen zum Angriff rüsteten – es sei ja nur eine technische Frage, ob sie es Verteidigung oder Sicherheit nennen –, warum nicht auch Deutschland?

Es mußte sich langsam gegen alle Verleumdungen durchsetzen, daß Hitlers Außenpolitik nur ein Ziel kannte: niemandem ein Haar zu krümmen, aber auch Deutschland von niemandem ein Haar krümmen zu lassen. Auf der großen Treuekundgebung der Saarländer am Deutschen Eck, den 26. August 1934, richtete der Führer laut an die Welt zwei Worte von den außenpolitischen Grundsätzen des nationalsozialistischen Deutschland:

"Erhaltung des Friedens, aber auch Sicherung der deutschen Gleichberechtigung. Hierzu Verteidigung der Freiheit und der Ehre unseres Volkes. Wir haben seit den Tagen der Machtübernahme nicht verfehlt, immer wieder diese Programmpunkte vor der gesamten Welt zu verkünden. Sie sind unveräußerlich und unveränderlich. Die Welt muß es zur Kenntnis nehmen, daß mit diesen Programmpunkten die nationalsozialistische Bewegung – und das ist Deutschland – steht und fällt."

Im Verlaufe dieser Rede erklärte Hitler weiter, daß **die Saarfrage die einzige Territorialfrage sei, die Deutschland und Frankreich jetzt noch trenne.** Nach ihrer Lösung bestehe kein sichtbarer vernünftiger Grund, daß zwei große Nationen sich ewig und in aller Zukunft weiter befehden sollten. **Die Gemeinsamkeit der allen Nationen gestellten Aufgaben sei stark genug, daß sie die Nationen gemeinsam lösen, statt sich bekriegen sollten.** Hitler vertraut auf die gesunde Vernunft und den gesunden Menschenverstand, er hofft, daß nach der Saarabstimmung am 13. Januar 1935 der Weg zur Verständigung und zum aufrichtigen Frieden frei sei.

Diese Gradlinigkeit der politischen Ideen beherrschte **das deutsche Memorandum vom 10. September 1934 zum Ostpakt.** Darin hieß es: Der Ostpakt wolle Deutschland, Rußland, Polen, die Tschechoslowakei, Finnland und die Randstaaten zur automatischen gegenseitigen militärischen Unterstützung im Kriegsfall verpflichten. Außerdem solle die Sowjetunion eine Garantie für den Rheinpakt von Locarno und Frankreich eine Garantie für den Ostpakt übernehmen. Für dies System sei Zugehörigkeit zum Völkerbund Voraussetzung. Auch würden diese Staaten durch dies Paktssystem zu einer bestimmten Haltung im Völkerbund verpflichtet. Deutschland sehe zunächst grundsätzlich keine Möglichkeit, einem solchen Vertragssystem beizutreten, solange seine Gleichberechtigung auf dem Gebiete der Rüstungen noch von gewissen Mächten angezweifelt werde. Dieser Gesichtspunkt sei auch für die Frage von Deutschlands künftigen Verhältnis zum Völkerbund maßgebend. Auch könne Deutschland infolge seiner zentralen Lage inmitten hochgerüsteter Staaten keine Verpflichtungen übernehmen, die es in einem östlichen Konflikt zum wahrscheinlichen Kriegsschauplatz machen würden. Für die im Paktsystem vorgesehenen Sondergarantien Frankreichs und der Sowjetunion liege kein reales politisches Bedürfnis vor. Andere Methoden der Friedenssicherung erscheinen der deutschen Regierung zuverlässiger, so z. B. **zwei- oder auch mehrseitige Verträge, deren Schwerpunkt nicht auf der automatischen militärischen Unterstützungspflicht im Kriegsfall, sondern auf der Nichtangriffsverpflichtung und auf der Verpflichtung der an einem Konflikt interessierten Mächte zur Konsultation liege.** Diese Verpflichtungen ließen sich im Sinne friedlicher Kriegsverhütungsmaßnahmen sehr wohl zu realen Friedensgarantien ausgestalten, ohne daß damit die Gefahr ernstest Komplikationen verbunden wäre, wie sie der jetzt von den anderen Mächten vorgeschlagene Unterstützungspakt sicherlich zur Folge haben müßte. (Vgl. **Anlage 3.**)

Mit diesem deutschen Memorandum vom 10. September, das die katholische *Tijd* in Amsterdam eine "ausgezeichnete diplomatische Leistung" nannte, war der Ostpakt bereits gerichtet. In **Paris** machte sich arge, zum Teil leidenschaftliche Verstimmung bemerkbar. Gegen besseres Wissen suchte ein Teil der Presse dem deutschen Führer friedensstörende, kriegerische Absichten unterzuschreiben. **Der polnische Außenminister Beck** jedoch erklärte am 12. September in Genf dem Lordsiegelgeheimbewahrer Lord Eden, daß Polen endgültig beschlossen habe, sich **nicht an dem Ostpakt zu beteiligen.** Die drei Randstaaten schlossen sich dieser Auffassung an und vollzogen das in Riga paraphierte Bündnis. **England beharrte jetzt umso fester auf seiner Forderung, der Ost-**

pakt müsse gegenseitige Garantien für Deutschland auf dem Felde der Abrüstung enthalten, und so blieben allein als Ostpaktanhänger übrig Frankreich, Sowjetrußland und die Tschechoslowakei. Und mit zäher Verbissenheit hielt **Barthou** an seinem Plane fest. Wenn auch Deutschland ablehnte, nun, vielleicht war es doch noch möglich, Polen zu gewinnen, die ganze Kleine Entente, die Türkei, ja sogar Griechenland in das System einzubeziehen. Es war Barthous phantastischer Plan, ganz Osteuropa vom Weißen Meere bis zum Mittelmeere in das **System der französischen Friedenspolitik** einzugliedern. Gewiß, den Polen traute man in Paris nicht. Am 20. September beschimpfte das *Echo de Paris* Polen, das kein Verbündeter Frankreichs mehr und ein Gegner des französischen Systems der Organisierung des Friedens sei. Tatsächlich bekannte sich Polen in seiner endgültigen Antwort vom 27. September zu Deutschland: solange das Reich nicht zustimme, sei auch Polen nicht für den Ostpakt zu haben; auch sei Polen nicht bereit, Litauen und der Tschechoslowakei gegenüber Verpflichtungen zu übernehmen; Nichtangriffspakte und zweiseitige Verträge seien vollauf genug, den Frieden in Mitteleuropa zu sichern. So hatte die junge deutsch-polnische Freundschaft in diesem Punkte segensreiche Frucht getragen. Barthou aber erlebte eine schwere Enttäuschung. Die mutige Tat Adolf Hitlers und der treue Beistand Polens hatten verhindert, daß die jahrzehntelange Politik der Unwahrhaftigkeit um ein neues bedenkliches Stück, nämlich den Ostpakt, vermehrt wurde.



6.

Mit mehr Erfolg bemühte sich Frankreich, **die Sowjetunion in den Völkerbund** einzuführen. Moskau selbst wünschte lebhaft diese europäische Rückendeckung, weil im Fernen Osten Verwicklungen mit Japan drohten; dieses verhaftete nämlich Sowjetbeamte und plante Anfang September eine Besetzung der gesamten chinesischen Ostbahn. Am 7. September 1934 eröffnete Benesch die Ratssitzung, die in geheimer Arbeit in einer Vorabstimmung am Abend des 10. September einstimmig – Argentinien und Portugal wollten sich der Stimme enthalten – noch unverbindlich einen ständigen Ratssitz für das aufzunehmende Rußland beschloß. Am Vormittag des gleichen Tages hatte Benesch die 15. Vollversammlung des Völkerbundes eröffnet, an der sich die Vertreter von 52 Staaten beteiligten. Unter anderem begründete Benesch in seiner Rede den bevorstehenden Eintritt der Sowjetunion damit, daß ohne deren Mitarbeit die Verhältnisse in Europa und in der Welt nie wieder normal werden könnten. Die Versammlung stand völlig unter dem Eindruck der französisch-sowjetrussischen Verbindung. **Sprachen doch, wie Daily Express hörte, am Abend des 11. September französische Politiker bereits von der Möglichkeit eines Verteidigungsbündnisses zwischen Frankreich und Sowjetrußland** – Gerüchte, die sich seit dem 20. September hartnäckig behaupteten und trotz aller Pariser Dementis noch verdichteten.

**Rußlands Aufnahme
in den Völkerbund**

Die Einladung des Völkerbundes an Rußland vom 15. September, aus der erst noch einige den Russen nicht sympathische Punkte auf deren Antrag entfernt werden mußten, war von 30 Staaten unterzeichnet. Sie drückte deren Meinung aus, daß die Aufgabe der Organisation und der Aufrechterhaltung des Friedens, die den Hauptzweck des Völkerbundes darstelle, die Zusammenarbeit aller Staaten erfordere und daß deshalb die Sowjetunion eingeladen werde, in den Völkerbund einzutreten und ihm ihre wertvolle Arbeit zukommen zu lassen. Die skandinavischen Staaten und Finnland teilten Moskau auf diplomatischem Wege mit, daß sie zwar für die Aufnahme Sowjetrußlands in den Völkerbund stimmen würden, sich aber der offiziellen Einladung nicht angeschlossen hätten, weil sie nicht aus der Völkerbundsversammlung selbst hervorgegangen sei. Schweiz, Belgien, Portugal, Holland und Luxemburg beteiligten sich überhaupt nicht an ihr. **Hartnäckigen Gerüchten zufolge lieferten die Genfer Juristen zugleich mit der Einladung den Russen den Text der von diesen zu erteilenden Antwort, aber diese Gerüchte sind nicht verbürgt.**

Die Antwort der Sowjetregierung vom 15. September stellte mit Genugtuung fest, daß der Völkerbund die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion einsehe und daß diese sich verpflichte, Artikel I des Völkerbundpaktes zu beob-

**Rußland im
Völkerbund**

achten; auch wolle die Sowjetunion das Schiedsgerichtsverfahren anerkennen für Vorgänge vom Zeitpunkte ihrer Aufnahme in den Völkerbund ab, jedoch nicht für Geschehnisse, die vor dem Eintritt zur Diskussion standen.

Aber die schon von Anfang an auftretenden **Widerstände gegen Rußlands Eintritt** machten sich wieder bemerkbar. **Polen** und eine Anzahl **kleinerer Staaten** erhoben immer aufs neue Einwände, doch ohne Erfolg. Am gleichen 15. September beschloß der Völkerbundsrat mit knapper Zweidrittelmehrheit, mit 34 von 51 Stimmen, einen **ständigen Ratsitz für Rußland**. Am 18. September wurde die **Sowjetunion in den Völkerbund aufgenommen**. 38 Staaten stimmten mit Ja, die Schweiz, Holland und Portugal stimmten mit Nein, Belgien, Argentinien, Kuba, Luxemburg, Nicaragua, Peru und Venezuela enthielten sich der Stimme, überhaupt nicht anwesend waren Finnland, Panama, Paraguay und Siam. Das Ergebnis war also keineswegs übermäßig günstig.

Der schweizerische Bundesrat Motta begründete am 17. September in nüchternen Worten die bedingungslos ablehnende Haltung der Schweiz. Für Rußlands Eintritt in den Völkerbund stimmen heiße die diplomatischen Beziehungen zu Moskau wieder aufnehmen. Das sei nicht möglich wegen des bolschewistischen Regierungssystems, die Religionsfeindschaft und die Idee der Weltrevolution, die das Wesen des Bolschewismus darstellten, ließen Beziehungen der Schweiz zu Rußland unmöglich erscheinen. Ein großer Teil der Delegierten pflichtete dem schweizerischen Redner durch Beifall bei. Mit sehr matten Gründen suchte darauf **Barthou** die französische Haltung zu rechtfertigen: Wenn man Rußland zurückstoße, so werde die bolschewistische Propaganda erst recht gefährlich werden und sich gegen Europa richten. Wer das versuche, nehme eine schwere Verantwortung auf sich. **Die Aufnahme der Sowjetunion liege im Interesse des Völkerbundes und des Friedens**. Am Schlusse erklärte Barthou, England, Frankreich, Italien und Polen übernehmen die Verantwortung für Sowjetrußlands Aufnahme. Barthou wollte den Polen schmeicheln, indem er sie mit den drei Großmächten zusammen nannte und sie so auf die gleiche politische Basis mit ihnen stellte. **Am folgenden Tage rühmte Litwinow**, kühl von der Versammlung empfangen, vor einem immer mehr zusammenschmelzenden Kreis von Delegierten sprechend, **die Freiheit und das Glück Sowjetrußlands** in den rosigsten Farben, um dann die **Friedensliebe** seiner Regierung zu betonen. **Mit diesen Worten in den Abendstunden des 18. September 1934 war die Internationale der Weltrevolution in die Internationale der Demokratie eingegangen**. Symbolisch war der Händedruck, den Litwinow und Barthou tauschten. Ein überstaatlicher Geist verband diese Männer, der, sei es mit der demokratischen Humanität, sei es mit der proletarischen Diktatur, vom Frieden sprach und den Krieg meinte. Die revolutionär-demokratische Idee von 1789, die sich seit 1848 in Liberalismus und Marxismus gespalten hatte, war wieder eins geworden, die Organisation ihrer neuen Einheit, ihr Treuhänder gewissermaßen, war der Völkerbund geworden. Wir Deutschen, die wir uns unserer völkischen Verantwortung bewußt waren, hatten seit Jahren diesen Zusammenschluß kommen sehen, der nur die natürliche Reaktion war gegen die Selbstbesinnung eines Volkes, das sich von den Fesseln der Internationalen von 1789 und 1848 befreit hatte.



7.

Von den anderen Problemen, die in Genf behandelt wurden, seien noch genannt die Saarfrage, die Abrüstungsfrage und die österreichische Frage.

**Genfer
Sorgen**

Über die Saarfrage lese man in der ***Errichtung des Deutschen Führerreiches Bd. I, Seite 358 ff.*** nach.

Für die **Abrüstung** besaß man im Augenblick keinerlei Interesse, da man an eine Einigung nicht mehr glaubte. Die Meinungen gingen grundsätzlich auseinander. **Frankreich** verharrete auf seinem Standpunkt der einseitigen Abrüstung Deutschlands, England forderte allseitige Abrüstung, **Italien** war für eine bedingte Aufrüstung Deutschlands. Seit August 1934 verhandelte Frankreich mit Italien über eine Flottenvereinbarung. Im Hintergrunde der Besprechungen stand das Ziel einer künftigen politischen und militärischen Zusammenarbeit, die, von Frankreich aus, zu einer Entente

gegen Deutschland werden sollte. Die Verhandlungen kamen nicht vom Fleck, sie scheiterten an der gegensätzlichen Auffassung beider Staaten über die deutsche Aufrüstung. Die französische Regierung hielt nach wie vor an ihrer Note vom 17. April fest, sie weigerte sich, die "unter Mißachtung der Verträge vollzogene deutsche Aufrüstung" anzuerkennen. Italien wiederum hielt an seinem Memorandum vom 4. Januar fest. Barthou beschloß, am 10. Oktober selbst nach Rom zu fahren, und mit Mussolini zu verhandeln.

Die Schwierigkeiten erweckten in Barthou die Erkenntnis, daß die Genfer Abrüstungskonferenz keinen Sinn mehr habe. Henderson, der Vorsitzende der Abrüstungskonferenz, reiste bereits am 12. September aus Genf wieder ab, da er sich dort überflüssig fühlte. Denn zwischen Barthou und Henderson waren tiefe Gegensätze entstanden. Barthou erwartete von Genf ebenso wenig wie von Henderson. Er äußerte Mitte September, die Einberufung des Büros der Abrüstungskonferenz im November werde kaum mehr Zweck haben. Höchstwahrscheinlich werde Frankreich dafür eintreten, die ganze Abrüstungskonferenz zu beenden und die weitere Behandlung der Abrüstungsfrage dem Völkerbundsrat zu überlassen. Nach Barthous Meinung hatte Henderson versagt. Allerdings hatte Barthou nun nicht den Mut, in Genf seine Meinung selbst zu vertreten, da die Vorgänge des Frühjahrs noch allzufrisch in der Erinnerung waren. Was aber konnte es schaden, wenn man den neuen russischen Freund, den Neuling im Rate der alten Völkerbundsaguren, veranlaßte, einmal die Sache zur Sprache zu bringen? Und wirklich **überreichte Litwinow dem Präsidenten der Völkerbundsversammlung, dem Schweden Sandler, am 26. September ein Schreiben, worin er bat, der Versammlung das bisherige Ergebnis der Abrüstungskonferenz mitzuteilen; der Völkerbund solle sich dann zum gegenwärtigen Stand der Abrüstungsfrage äußern.** Das russisch-französische Manöver hatte jedoch lediglich Kenntnisnahme und Naserümpfen über dies "vorlaute" Benehmen zur Folge. Das kühne Wort der Erlösung wurde nicht gesprochen, aber die Konferenz wurde in mumifiziertem Zustand *ad calendas graecas* vertagt. In gewissem Sinne hatte ja Barthou mit diesem schlichten Begräbnis das erreicht, was er wollte. –

Dann war da noch ein Punkt, der alle Herzen bewegte: **Österreich.** Die verdunkelnden Hintergründe des Juliputsches (Vgl. **"Errichtung des Deutschen Führerreiches" Bd. I, Seite 267**) ließen verschiedentlich die irrige Meinung oder den Verdacht aufkommen, als seien gewisse deutsche Stellen in irgend einer Weise an den Dingen beteiligt. Jedoch die versöhnliche und entschlossene Haltung, die der Führer sofort einnahm, erwies die Unhaltbarkeit dieser Ansichten und verhinderte, daß die Wiener Vorgänge sich zu einer europäischen Katastrophe auswuchsen.

Immerhin bewiesen gewisse Mächte für Österreich ein Interesse, das dem Geiste der Zeit seinen Tribut zollte und sich sozusagen paktmäßig äußerte. Allerdings hatten die drei, die das österreichische Problem anging, jeder etwas anderes im Sinne. **Frankreich** brauchte grundsätzlich **das unabhängige Österreich**, es war eine Chance mehr in der auf den Frieden Europas gerichteten **Paktpolitik.** **Österreichs Regierung** fühlte sich als der kleine, aber feste Fels, auf dem der **politische Katholizismus** seine neue europäische Zukunft begründen sollte. Bundeskanzler Schuschnigg war darauf bedacht, für seine Politik der Unabhängigkeit in Rom, Paris und Genf eine gemeinsame Plattform zu finden, für die er den Satz prägte: "Österreich ist lebensfähig, wenn man ihm erlaubt zu leben". (Genf, 12. 9. 1934.) Es war natürlich, daß er Paris näher stand als Rom, denn **Mussolini** erblickte in Österreich einen Teil **des hadrianischen Imperiums**, der in seiner Selbständigkeit nicht lebensfähig war, und richtete sein Verhalten entsprechend ein.

Einig waren die drei und mit ihnen die Tschechoslowakei lediglich in der Abwehr vermeintlicher deutscher Anschlußbestrebungen.

England verhinderte, daß die österreichische Sache in das bekannte Paktfahrwasser getrieben wurde. England war weder für einen Nichtinterventionspakt noch für einen abgeschwächten Garantiepakt mit Hilfeleistungsklausel zu haben. England war grundsätzlich für überhaupt nichts mehr zu haben, wodurch es auf dem Kontinent gebunden und vor eine Situation wie die im Juli 1914 gestellt werden könnte. Da auch Südslawien und Deutschland einem Donaupakt nicht geneigt waren, geriet dieser Plan ebenso in Erstarrung wie der um den Nordostpakt gesponnene.

Die Genfer Völkerbundsversammlung vom September 1934 war nichts als **die Bilanz eines großen Zusammenbruchs. England** wollte die Ruhe, **Deutschland**, außerhalb des Völkerbundes stehend, forderte Frieden, Freiheit und Recht. An der Haltung der beiden Mächte scheiterten alle Versuche, Politik im Geiste der Vergangenheit zu machen. **Frankreich** kehrte in der Tat mit leeren Händen heim, sowohl was die Verbriefung der einseitigen deutschen Abrüstung für die Zukunft, wie auch was die Pakte, die Saar und Österreich betraf, es hatte nur einen Triumph gefeiert: Rußlands Aufnahme. Die Katastrophe des todmüden Geistes der Versailler Vergangenheit wurde durch diesen Vorgang nicht abgeschwächt oder verschleiert, im Gegenteil, sie wurde nur stärker betont und ins grellere Licht gerückt.



8.

Dem oberflächlichen Betrachter möchte die Zeit von Mitte Juni bis Mitte September 1934, also im wesentlichen die Zeit zwischen den beiden Völkerbundstagungen, gleichsam als ein Vakuum in der internationalen Politik erscheinen, als eine Zeit, in der das Verneinen stärker ist als das Bejahen.

**Beginnende
Neuordnung
in Europa**

Das ist nicht richtig. Diese Sommermonate von 1934 sind eine Zeitenwende von allergrößter Bedeutung! Ein alter müder Geist, der sich weit von seiner Mittagshöhe in Versailles entfernt hat, liegt in den letzten Zügen, ein junger starker Geist schickt sich an, sein Recht in der Welt zu fordern.

Der alte Geist! Gewalt, Rechtlosigkeit, Ehrlosigkeit; sein Zuchtmeister auf der einen Seite eine politische Schule von Männern in Frankreich, die, hervorgegangen aus der Disziplin und Schule der freimaurerischen *Ligue française de l'enseignement*, mit dem Begriffe der internationalen Humanität das tyrannische Übergewicht einer Macht über die anderen Mächte verbindet, die von Frieden spricht, während sie den Krieg vorbereitet; sein Zuchtmeister auf der anderen Seite eine Gruppe von Zerstörern in Rußland, die mit dem Begriffe der internationalen Diktatur des Proletariats die rücksichtslose Vernichtung sämtlicher Kulturen und völkischen Höhenwerte verbindet, die von Freiheit spricht, während sie menschenunwürdige Knechtschaft vorbereitet. Imperialismus und Bolschewismus – zwei Reiser von gleicher artfremder Wurzel, erfüllt und rastlos vorwärtsgetrieben vom unstillen, vagabundierenden Element des Judentums, das sich seit je am großen Ringen der Völker Europas nur insoweit interessierte, als es deren Vernichtung zum Ziele hatte; diese destruktiven Mächte kennen keinen Willen zum Aufbau, sie kennen nur die Vernichtung. Fern von den Schlachtfeldern, auf denen neben grenzenloser Zertrümmerung in den Herzen der Kämpfenden ein heiliger Glaube an Auferstehung, ein fester Wille zu erstem und edlem Aufbau und Neuschöpfung lebte, begann dies Unkraut zu wuchern und alles unter sich zu ersticken, was irgendwie zur Ehre und zum Rechte der Völker Beziehung hatte.

Von den beiden Brennpunkten Genf und Moskau aus wirkte der unduldsame Geist der Gewalt, selbst nicht mutig genug, ins helle Feuer des Kampfes zu treten, aber andere, Ahnungslose, Unschuldige in den Kampf hetzend und vernichtend. Es war nicht der Geist, der denjenigen, die sich zu ihm bekannten, befahl, daß sie zu ihrem Worte und zu ihrer Ehre stünden. Er ging auf Umwegen und Schleichwegen, er huschte durch Hintertüren. In den dunklen Kaschemmen der Großstädte wurden Moskaus Gifteier ausgebrütet. Durch die wilden Dschungeln der europäischen Politik schlichen mit leisen Sohlen die Söhne des Tigers auf den vielgewundenen und verworrenen Raubpfaden der Pakte. Weder die Kaschemmen noch der Dschungel ward je vom graden Strahl der Sonne erhellt und erwärmt.

Der Geist der völkischen Wahrheit, der völkischen Ehre und des völkischen Rechts, der den Frontkämpfern aller Nationen auf den blutigen Schlachtfeldern aller Himmelsstriche vier Jahre lang eingeprägt worden ist, ist genau das Gegenteil des Geistes der Gewalt. Er ist der Geist völkischer Pflichterfüllung in vorderster Kampffront wie in vorderster Friedensfront. So war Europa in zwei Lager geteilt: das imperialistisch-bolschewistische, das die Front gemieden hatte und den Krieg

dennoch brauchte, um seine Ziele der Zerstörung und Verwirrung zu erreichen, und das frontsoldatische, das in der vordersten Schlachtlinie treu bis zuletzt gekämpft hatte und eben gerade darum den Frieden als Quelle des schöpferischen Aufbaues über alles liebte, aber nicht den feigen Frieden der Gewalt, sondern den mutigen Frieden des Rechtes.

Man kann, wenn man so will, auch von einer Internationale des Frontsoldatentums sprechen. Internationale nicht in dem Sinne der imperialistischen, pazifistischen, bolschewistischen, die mit Hilfe äußerer, mechanischer Methoden der materiellen Gewalt sich durchzusetzen versuchen, sondern einer seelischen Internationale, die sich auf die Anerkennung und Achtung des völkischen Rechtes und der völkischen Ehre der andren gründet! Wollte man in Versailles, in Genf und Moskau nur das eigene Recht und die eigene Macht gelten lassen, dann war das Frontkämpfertum aller Völker von der sozialistischen Solidarität des Rechts und der Ehre des anderen erfüllt. Das war schlicht und schnurgerade. Da gab es keine Windungen, keine krummen Schleichwege. Ein Frontsoldat, der nicht ritterlich genug denken konnte, seinem tapferen Gegner von einst in den letzten entscheidenden Dingen dasselbe Recht einzuräumen, das er selbst beanspruchte, in der Gesamthaltung dieselbe Ehre zuzugestehen, die er selbst forderte, hätte sich seiner Feigheit vor sich seihst schämen müssen.

Fünfzehn Jahre lang vermochte sich die Sinnesweise des Frontsoldatentums nicht durchzusetzen. Die anderen waren stärker. Selbst ein so ritterlicher Mann wie der Marschall Pilsudski in Polen mußte sich, häufig genug wider eigenen Willen, in den verflossenen Jahren der imperialistischen Gegenströmung fügen. Ein Mann erst mußte aufstehen, der den über den Völkern Europas lagernden Bann brach, der mutig die versöhnende Weltanschauung des Frontkämpfertums, die ehrlich den Frieden will, die niemals den Krieg will, um die eigenen Grenzen, die eigene Macht zu erweitern, sondern die das Recht der Waffen höchstens in der Notwehr, in der Pflicht der Selbstbehauptung fordert, über Imperialismus und Bolschewismus zum Siege führte.

In Deutschland stand dieser Mann auf. Es war **der Frontsoldat Adolf Hitler**, der die Neuordnung des deutschen Volkes und Reiches nach den strengen Tugenden des soldatischen Geistes durchführte. Es war Hitlers Bestimmung, daß er, indem er Deutschland revolutionierte, hier mit dem Willen der völkischen Ordnung, der völkischen Ehre und des völkischen Rechtes die international-jüdische, pazifistisch-marxistische Gewaltherrschaft, die demokratische Diktatur überwand, notgedrungen auch das politische System des ganzen Europas dadurch in neue Bahnen lenken mußte.

Er begann die Fronten klar zu scheiden, indem er im Oktober 1933 aus dem Völkerbunde austrat und die Übereinstimmung des deutschen Volkes mit diesem Entschluß herbeiführte. Unmittelbar darauf schlug er eine empfindliche Bresche in das politische System Europas, indem er das von Marschall Pilsudski geschaffene Polen aus der Reihe der Gegner Deutschlands herausholte und mit Deutschland verband, im Januar 1934 (vgl. **Errichtung des deutschen Führerreiches, Bd. I Seite 119 ff.**). Seine dritte Tat war die schonungslose Aufdeckung der tiefen Unwahrhaftigkeit der Genfer Abrüstungskonferenz, welche die stürmischen Monate der ersten Hälfte des Jahres 1934 ausfüllten (vgl. a. a. O. **S. 120-170**). Dabei war Hitler stets noch von dem hoffenden Bemühen bewegt, die Konferenz vielleicht doch noch zu einem glücklichen Ende zu führen. Die Hoffnung erfüllte sich nicht. Die Abrüstungskonferenz brach im Juni 1934 innerlich zusammen, weil sie nicht von Versailles lassen konnte. Es war interessant zu sehen, wie die einzelnen Mächte auf diese Katastrophe reagierten: England fügte sich ins Unvermeidliche und betrieb Aufrüstung im schnellsten Tempo, Frankreich suchte sein Netz der Pakte fester zu knüpfen, Italien schickte sich an, den Donaauraum fest in seine Gewalt zu bekommen, Deutschland antwortete mit dem **Frontkämpferruf von Rudolf Heß**.

Den Schlußstrich unter diese Entwicklung zogen die drei Sommermonate von Mitte Juni bis Mitte September 1934. Sie brachten, wie wir sahen, den Zusammenbruch der "Abrüstungs"politik und der französischen Paktpolitik auf der ganzen Linie, sie brachten den Zusammenbruch des Versailler Systems in jener Verzweiflungstat, der Aufnahme Sowjetrußlands in den Völkerbund. Aber zugleich bilden diese drei Monate den Anfang und Ausgangspunkt einer unerhört kühnen Politik des Führers, der mit dem Elan des reinen Gewisses und des geläuterten Willens, d. h. mit dem Mute zum wahr-

ren Frieden der Freiheit, Ehre und Gleichberechtigung binnen kürzester Zeit das Deutsche Reich auf die Höhe seiner Gleichberechtigung und Souveränität emporführte.

Hier noch zwei Zeugnisse, wie tief die Wahrheit Hitlers bereits in anderen Völkern zu wirken begann. Anfang September hatte der Reichsleiter **Alfred Rosenberg mit dem amerikanischen Zeitungsbesitzer William Randolph Hearst eine Unterredung in Bad Nauheim.** Dieser sagte, daß heute die meisten Nordamerikaner glaubten, die Vereinigten Staaten seien besser daran gewesen, wenn sie nicht in den Krieg eingetreten wären; er sei sicher, daß sich die Vereinigten Staaten vom nächsten Krieg fernhalten würden. "Ihr in Europa könnt den nächsten Krieg für euch allein führen, und ich glaube nicht, daß dann viel von Europa übrig bleiben wird." Hearst schloß seine Ausführungen: **"Der erste notwendige Schritt für den Frieden ist das Verlangen nach Frieden und die Basis des Friedens muß Gerechtigkeit sein."**

Während in Genf die Sowjetunion in den Völkerbund aufgenommen wurde, schrieb **Lord Snowden am 17. September in der Daily Mail:**

"Es wird keine Anstrengung gemacht, die Beschwerden gewisser Länder zu berücksichtigen, die, solange ihnen nicht abgeholfen ist, den Frieden Europas gefährden. Anstatt zu versuchen, diese Ungerechtigkeiten wieder gutzumachen, beschäftigen sich die Mächte, die die Urheber dieser Ungerechtigkeiten sind, damit, Bündnisse zu schließen, um die Ungerechtigkeit aufrecht zu erhalten. Dieser Weg führt unmittelbar zu einem neuen Krieg. Die Hauptursache der europäischen Unruhe ist im Versailler Vertrag und in den Verträgen zu suchen, die zur Zerstückelung Österreich-Ungarns führten. Bevor diese Verträge nicht revidiert sind, wird es in Europa keinen Frieden geben. Inzwischen verschlimmert die Politik Großbritanniens, Italiens, Frankreichs und der Kleinen Entente neuerdings anscheinend mit Unterstützung Rußlands die Lage. Sie gibt den gekränkten Nationen jeden Grund zu dem Glauben, daß ein vereinbarter und entschlossener Wille besteht, sie mit Gewalt in Unterwürfigkeit zu halten... **Wenn Deutschland zu dem Versuche getrieben würde, seine Rechte mit Waffengewalt zu gewinnen, so würde die Schuld nicht ausschließlich bei Deutschland, sondern in der Hauptsache bei den Mächten liegen, die durch Versagung der Gleichheit Deutschland den Glauben und die Hoffnung auf etwas anderes als seine eigenen Waffen geraubt haben.**"

Wenn hin und wieder vor 1933 solche Stimmen im Ausland gehört wurden, dann hatten sie wenig Wert, weil das Reich, zu dessen Gunsten sie sprachen, keine innere Kraft besaß. Jetzt, wo Hitler dem Volke und Reiche der Deutschen ein neues moralisches Rückgrat aus soldatischer Kraft gegeben hatte, da stieg der Wert solcher Stimmen aufs Höchste, denn sie waren an ihrem Teile Künderrinnen einer neuen Zeit. Aus diesem Grunde war auch der Empfang der Auslandsdiplomaten, den der Führer am 12. September 1934 im Reichspräsidentenpalais veranstaltete im Anschluß an die Führerwahl, mit den dabei gewechselten Reden ein bedeutsamer Markstein in der Entwicklung, in der sich Europa im Augenblick befand. Der Doyen des diplomatischen Korps, der **Apostolische Nuntius Monsignore Cesare Orsenigo**, hielt eine kurze Ansprache, deren Höhepunkte folgende Sätze waren:

"Wir wissen wohl, daß man nur durch das Erstarren des Geistes der Wahrheit, der Gerechtigkeit und der Nächstenliebe in der Welt zur Befriedung der Völker gelangen kann. Und wir sind glücklich darüber, daß Eure Excellenz zu wiederholten Malen die Erklärung abgegeben haben, daß Deutschland, im Herzen Europas gelegen, fest entschlossen ist, ein wirksamer Faktor des Friedens zu sein."

Der Führer antwortete mit einer Ansprache, deren Kernstück den Inhalt der deutschen Außenpolitik folgendermaßen charakterisierte:

"Auch heute und vor Ihnen, meine Herren Vertreter der fremden Staaten, erkläre ich, daß es das unverrückbare Ziel meiner Politik ist, Deutschland zu einem festen Hort des Friedens zu machen. Nicht Macht und Gewalt sollen die Beziehungen unter den Völkern bestimmen, sondern der Geist der Gleichberechtigung sowie die Achtung vor der Arbeit und Leistung eines jeden anderen Volkes. Unter dem Schutze des Friedens werden ich und mit mir die Reichsregierung alle Kräfte der seeli-

schen Wiederaufrichtung unseres unter den Nöten des Krieges und der Nachkriegszeit fast zusammengebrochenen Volkes, der inneren Neuordnung unseres Reiches und der Überwindung seiner wirtschaftlichen und sozialen Not widmen. Wenn wir diese Aufgaben zu lösen vermögen – und wir werden sie lösen –, so dient Deutschland nicht nur sich selbst, sondern der ganzen Welt, und es trägt damit zu seinem Teil bei zum Wohle und zum Fortschritt der Menschheit. Zu diesem Werke, das hoffen wir zuversichtlich, wird uns der Segen der göttlichen Vorsehung, den Sie, Herr Nuntius, in so warmen Worten für uns anrufen, nicht versagt sein!"

Damit hatte der Führer in einem Augenblick, da die Lage Europas voller Gefahren war wie noch nie, erneut den Friedenswillen Deutschlands verkündet. Er hatte die Richtung gegeben, in der auch seine Mitarbeiter wirkten. Der Außenminister von Neurath betonte in zwei Reden am 13. und 19. September die deutsche Friedensliebe. Göbbels erklärte am 19. September, daß das deutsche Volk keine Revanche- und Kriegsgelüste hege, während am gleichen Tage der *Intransigent* in Paris eine Unterredung mit Rudolf Heß veröffentlichte, worin dieser mit starker Betonung auf Hitlers Friedensliebe und seinen Wunsch nach einer Verständigung mit Frankreich hinwies.



2. Kapitel: Drohende Wetter über Europa im Herbst 1934.

1.

Das große europäische Problem hatte sich seit der Machtergreifung Adolf Hitlers mehr und mehr verdichtet zur **Auseinandersetzung über die Frage, welche Kräfte in Zukunft die Völker führen sollten, die der völkischen Ordnung oder die der jüdisch-bolschewistischen Internationale.** Hitler zwang, nicht durch eine von außen wirkende Gewalt, sondern durch die Kraft der Idee, die Völker Europas, sich mit dieser Frage zu beschäftigen, sie zu entscheiden. Da man in Europa sieben Jahre lang dieser Entscheidung ausgewichen war, sich damit begnügt hatte, die Krisis latent zu ertragen und den Zustand des Verfalles stückchenweise zu kitten, mußte das Vorgehen Hitlers den Appell an großen Mut in sich schließen. Dies aber wieder barg in sich die unumstößliche Tatsache, daß der Schwerpunkt der europäischen Politik unmerklich, aber sicher, mehr und mehr vom Westen in die Mitte Europas, nach Berlin, hinüberwechselte. Aus diesem Vorgang allein läßt sich das begründen und verstehen, was in der Folge geschah.

Das war die Frage, von deren Lösung Hitlers Erfolg abhing: **Europa völkisch oder bolschewistisch?** Vielleicht trug gerade diese Fragestellung dazu bei, daß Moskau mit erhöhter Kraft sich den europäischen Fragen widmete. Moskau witterte instinktiv, daß jeder Erfolg Hitlers ein Antrieb für die gegenbolschewistischen Kräfte der anderen Völker und eine Erschütterung der bolschewistischen Ideenwelt war. Moskau mußte aus Selbsterhaltungstrieb eindeutig handeln. Klar zeichnet sich deshalb das Ziel der bolschewistischen Politik bereits seit 1933 ab. **Man will von Moskau aus einen breiten kontinentalen bolschewistischen Riegel über Warschau, Berlin, Paris und Madrid quer durch Europa legen, von dem aus man dann den unter Englands Führung stehenden Norden und den unter Italiens Führung stehenden Süden leicht zu erobern hofft.** Der Erfolg hing aber von der Eroberung Berlins ab. Berlin wurde der Punkt, wo die Frage, ob das Moskauer Ziel erreicht werden könne, entschieden wurde. Das Berlin Adolf Hitlers war der Punkt, an dem ganz Europa von Moskau aus den Angeln gehoben werden konnte. Alles, was nun geschah, war also nicht mehr allein unter dem alten Gesichtspunkt der erfolglosen Auseinandersetzungen zwischen Frankreich und England und Deutschland zu betrachten, sondern unter dem Gesichtspunkt der erfolgreichen Auseinandersetzung Deutschlands als der Vormacht Europas gegen Asien mit Rußland. Allerdings schaltete sich Frankreich durch seine Verbindung mit Rußland zu dessen Gunsten in die Auseinandersetzung ein.

Sehen wir uns Europa unter diesem Gesichtspunkt an. Beginnen wir mit **Spanien**. Die Monarchie dieses Staates hatte einst verhältnismäßig fest gestanden. Sie hatte 1916 das spanische Volk davor bewahrt, daß es auch in den Weltkrieg

**Spanischer
Aufstand 1934**

verwickelt wurde. Der spanische Großorient, besonders unter der Leitung Don Miguel Moraytas, hatte im Bunde mit dem Großorient von Paris alles versucht, Spanien ebenso wie Italien, Portugal und Griechenland in die Front der Gegner Deutschlands zu drängen. Tapfer hatte die königliche Regierung widerstanden. Dafür war sie vom Freimaurertum geächtet worden. Der Pariser Großorient organisierte jetzt in Spanien dieselbe Verbindung zwischen Freimaurern und Marxisten, die er vor 1914 vergeblich, oder wenigstens nicht durchgreifend genug, in Deutschland herzustellen sich bemühte (vgl. mein Buch *Deutscher Reichsspiegel* Seite 480 bis 594). In der Tat fiel die spanische Monarchie Mitte April 1931 diesen Intrigen zum Opfer, nachdem der König Anfang 1930 seinen Diktator Primo de Rivera entlassen hatte. Das unglückliche Land erlebte nun Ähnliches, wie es Deutschland nach dem 9. November 1918 durchmachen mußte. Jedoch die Novemberwahlen 1933, bei denen zum ersten Male die Frauen mitwählen durften, erwiesen, daß die überwiegende Mehrheit des spanischen Volkes mit dieser freimaurerisch-marxistischen Mißwirtschaft nichts mehr zu tun haben wollte; die Klerikalen trugen einen überlegenen Sieg davon; im Dezember 1933 wurde die marxistische Regierung beseitigt. Eine Zeit der Reaktion brach herein. Die Zeitungen wurden der Zensur unterworfen, die Gewerkschaftshäuser wurden geschlossen, die autonomen Bestrebungen in Katalonien wurden unterdrückt.

Die geschlagenen Marxisten schäumten vor Wut, sie sann auf Rache, stießen seit Sommer 1934 immer schrecklichere Drohungen aus, schufen sich in Katalonien und Asturien und im Baskenlande politisch ziemlich unabhängige Stützpunkte, wo sie blutige Pläne schmiedeten. Um die Mitte des September 1934 wurden die Zustände unhaltbar. Die Zentralregierung in Madrid erhielt Kunde von einem umfassenden marxistischen Aufstandsplane, der mit der Ermordung sämtlicher Regierungsmitglieder beginnen und mit der Diktatur des Proletariats, mit der **Rätediktatur** enden sollte. Ein großangelegter, zu Wasser durchgeführter Waffenschmuggel der Marxisten wurde festgestellt, so daß eine strenge Überwachung der Küsten angeordnet wurde; besonders marxistische Studenten betrieben den illegalen Waffenhandel. Bei einer Haussuchung entdeckte man, daß die Wohnung eines ehemaligen sozialdemokratischen Abgeordneten in eine regelrechte Werkstätte zur Herstellung von Bomben umgewandelt worden war, neunzig Kilogramm Dynamit wurden hier beschlagnahmt. Auch wurden Befehle des Revolutionsausschusses aufgefunden, wonach in Madrid das Kriegsministerium, das Verkehrsministerium und die Polizeidirektion in die Luft gesprengt werden sollten. Der Präsident der Republik, Zamora, und sein Premierminister, der ewige Zauderer und willensschwache Samper, erkannten, daß Gefahr im Verzuge, und versetzten am 20. September 1934 in Madrid 70 000 Zivilgarden in Alarmzustand.. Drei Tage später wurde der Alarmzustand über ganz Spanien ausgedehnt.

Das war für die **katalanische Marxistenclique in Barcelona das Zeichen zum Aufstand.** Dort verübten am 23. September die Syndikalisten drei Bombenanschläge, die Leitungen für Wasser, Licht und Gas wurden beschädigt. Zugleich ging bei Santander an der baskischen Küste eine Kirche in Flammen auf.

In der katalanischen Haupt- und Hafenstadt **Barcelona** nahm der anormal veranlagte, in lichtscheuen Kreisen heimische Präsident der Generaljunta von Katalonien, Louis Companys, das Heft in die Hand. Seine Spießgesellen waren der marxistische Gewerkschaftsführer Largo Caballero, der "spanische Lenin", und der frühere linksrepublikanische Ministerpräsident und Kriegsminister Azana. Welch sauberer Herr dies war, brachte die Madrider Polizei ans Tageslicht. Sie nahm den Marxisten Waffen und Munition weg, die aus staatlichen Arsenalen stammten. Azana hatte sie, als er Minister war, hintenherum an seine Gesinnungsfreunde verkauft! Beide, er wie die Marxisten, hatten den Nutzen davon!

All dies wußte Samper, aber er hatte nicht den Mut zum Einschreiten. Er sagte, er traue den spanischen Truppen in Katalonien nicht, trotzdem General Batet, der in Barcelona stand, späterhin sehr zuverlässig kämpfte. An diesen General und seine zehntausend Mann hatte sich das Verrätergesindel des Azana nicht herangemacht. Außerdem lehnten die katalanischen Weinbauern den Companys ab. Die ganze Streitmacht der Verräter waren die Syndikalisten und das Hafengesindel sowie die Mehrzahl der verführten Minen- und Landarbeiter.

Es wurde später festgestellt, daß die marxistischen Gewerkschaften Spaniens zur Vorbereitung des Oktoberaufstandes in ganz Spanien 40 Millionen Peseten (= etwa 13 Millionen Reichsmark) Arbeiter Groschen ausgegeben hatten. Aber Azana, Caballero und Companys hatten noch eine andere, reichlich sprudelnde Geldquelle: **Moskau!** In den später beschlagnahmten Akten von Barcelona fanden sich zahlreiche Scheckabschnitte, aus denen hervorging, daß aus Sowjetrußland sehr bedeutende Geldunterstützungen zur Finanzierung des Aufruhrs und seiner erfolgreichen Durchführung eingegangen waren.

Am 26. September 1934 erklärte sich die katalanische Nebenregierung für unabhängig von der Madrider Zentralregierung, sie weigerte sich, gewisse Anordnungen zum Schutze der öffentlichen Sicherheit durchzuführen. Das war der Anfang vom Ende.

Nun hätte Samper Gewalt anwenden müssen. Er tat es nicht. Das innere Schwächegefühl, das den zwischen rechts und links lavierenden Liberalisten erfüllte, hinderte ihn an entschlossenen Maßnahmen. Samper suchte zunächst Sicherungen nach rechts, zur **katholischen Volksaktion CEDA**, hin, deren Führer Gil Robles war, ein Rechtsanwalt aus Salamanca. Samper verhandelte mit dieser Partei und wollte mit ihr eine neue Regierung bilden. Nun galt die katholische Volksaktion nicht als einwandfrei republikanisch und in jener Zeit der Spannung machten die "Königstreuen" wieder von sich reden. Der Führer der Monarchisten, Calvo Sotelo, der frühere Finanzminister Primo de Riveras, weilte in Portugal, um dort mit den emigrierten Monarchisten, insbesondere mit dem General Sanjurjo, der den Monarchistenaufstand am 10. August 1932 geleitet hatte, zu verhandeln. Es ist möglich, daß die katholische Volksaktion in den Verhandlungen mit Samper gewisse, auf die Monarchisten bezügliche Bedingungen gestellt hat, die den Ministerpräsidenten in inneren Konflikt brachten. Andererseits zwangen ihn die Vorgänge in Barcelona zum Handeln. Er hoffte trotz der gescheiterten Verhandlungen mit Gil Robles, daß ihn die katholische Volksaktion unterstützen würde gegen die marxistische Revolte.

Er hatte sich getäuscht. **Als am 1. Oktober, nach einer Pause von drei Monaten, die Cortes unter starkem Polizeischutz in Madrid zusammentraten, da erklärte Gil Robles, seine Partei werde die Regierung nicht mehr unterstützen.** Darauf traten Samper und seine Minister zurück, die Cortes vertagten sich bis zur Lösung der Krise. Samper riet dem Präsidenten Zamora, die neue Regierung auf der Grundlage der radikalen Partei mit Einschluß der Agrarier und der katholischen Volksaktion zu bilden. Am Abend des 4. Oktober war nach mancherlei Schwierigkeiten das neue Kabinett unter Führung von Lerroux geschaffen. Die katholische Volksaktion übernahm das Arbeits-, das Justiz- und das Landwirtschaftsministerium, drei wichtige Ministerien, Samper übernahm das Auswärtige, die Parteifreunde des Radikalen Lerroux übernahmen ferner das Kriegsministerium (Hidalgo), das Innenministerium (Eloy Vaquéro), den Verkehr (Jalon), Industrie und Handel (Orozco), der Agrarier Cid wurde Minister für öffentliche Arbeiten. Das Gesamtbild der Regierung war dies: acht Radikale, drei Klerikale, zwei Agrarier, es war so, wie Samper vorgeschlagen hatte.

Die Marxisten kannten den Hauptpunkt der katholischen Volksaktion: sie wollte die marxistischen Gewerkschaften gänzlich durch die katholischen Arbeitervereinigungen verdrängen. Sie sahen daher in der vom Präsidenten herbeigeführten Entwicklung nach rechts und die so geschaffene antimarxistische Regierung eine Kampfansage. In der Nacht vom 4. zum 5. Oktober, unmittelbar nach Bekanntgabe der neuen Regierung, erklärten die marxistischen Gewerkschaften den Generalstreik für ganz Spanien. Madrid verwandelte sich in eine tote Stadt, ohne Autobusse, ohne Straßenbahnen, ohne Untergrundbahnen. Schon kam es zu Schießereien zwischen Syndikalistinnen und Polizisten, wo es neben drei Toten zahlreiche Verwundete gab. Die Polizei verhaftete zweihundert Rädelsführer, beschlagnahmte viele Waffen und Munition. Auch in anderen Städten, in Barcelona, Sevilla, Saragossa, San Sebastian, Oviedo ereigneten sich bereits schwere Zusammenstöße, ganz Spanien fieberte im Generalstreik.

Kräftig schürten die bolschewistischen Elemente das Feuer des Aufruhrs. Um die Mitternacht zwischen dem 5. und 6. Oktober befahl die syndikalistische Streikleitung, die Entwicklung in "revolutionäre" Bahnen zu drängen. In den Straßen Madrids hämmerten die Maschinengewehre, floß Blut.

Am Abend des 6. Oktober gegen 20 Uhr verkündete die separatistische Verräterbande in Barcelona unter Führung von Companys die Unabhängigkeit Katalaniens:

"Katalanen! Die monarchistischen und faschistischen Kräfte haben die Regierung übernommen, um die Republik zu zerstören. Alle guten Republikaner sind aufgestanden, um die Zerstörung der Republik zu verhindern. Katalonien kann dem ganzen spanischen Volk, das für seine Freiheit kämpft, seine Solidarität nicht verweigern. Katalonien bricht alle Beziehungen zu den spanischen Regierungsstellen ab."

Er gab die Losung aus: "Siegen oder sterben!" An die Spitze der neuen katalanischen Regierung, die sich "provisorische spanische Zentralregierung" nannte, trat Azana, mit dem Programm, Spanien in eine Förderativrepublik zu verwandeln. Zur gleichen Stunde tobte ein neuer marxistischer Großangriff in Madrid. In den sehr mangelhaft beleuchteten Straßen entstand ein wildes Pistolen- und Gewehrfeuer, es war für Polizei und Militär ein schwerer und verlustreicher Kampf, doch gelang es, die Marxisten niederzuhalten; davon hing das Schicksal Spaniens ab!

Kurz vor Mitternacht des 6. Oktober verkündet Lerrox den **Kriegszustand über ganz Spanien**. In aller Schnelligkeit sandte die Regierung starke Truppenabteilungen, darunter zwei Bataillone Fremdenlegion, und Kriegsschiffe nach **Barcelona**, um General Batet in seinem Kampfe zu unterstützen. Schon im Morgengrauen des 7. Oktober zwang Batet die katalonische Regierung zur Übergabe, nachdem der General gegen das Regierungsgebäude den Großangriff mit Mörsern hatte eröffnen lassen. Companys, der seine Losung "siegen oder sterben" weder im einen, noch im andern Stück erfüllte, ergab sich mit 31 Spießgesellen, darunter der Bürgermeister, auf Gnade und Ungnade, Azana floh im Flugzeug nach Frankreich, Largo Caballero wurde später verhaftet, als er die portugiesische Grenze überschreiten wollte. Barcelona und die öffentlichen Gebäude waren fest in der Hand des Militärs und damit der Madrider Regierung.

Aber der Aufstand war noch nicht zu Ende! In **Madrid** dauerten die Feuerüberfälle von Anarchisten unterstützter jungsozialistischer Gruppen auf Polizei und Militär, ja auf die Villa des Ministerpräsidenten Lerrox bis zum 9. Oktober fort, erst am 10. trat in der Landeshauptstadt Ruhe ein, jedoch die Arbeit wurde nur teilweise wieder aufgenommen. Die sozialdemokratische Zeitung *El Socialista* wurde verboten. Besonders hartnäckig aber wehrten sich die Aufständischen in Nordspanien. Unbekümmert um das Vorrücken der Regierungstruppen verübten sie den blutigsten Terror, ermordeten Polizisten, Geistliche, Nonnen, ja Waisenkinder und steckten Kirchen und Klöster in Brand, ja in Galicien versuchte man eine **selbständige galicische Republik auszurufen**. Von La Coruna über Oviedo, Gijon, Santander, Leon, Saragossa nach Levida und Barcelona stand das ganze Land noch in hellen revolutionären Flammen. In tagelangen schweren und verlustreichen Kämpfen vermochten die Regierungstruppen den Aufstand niederzuschlagen. Während in Saragossa bereits am 9. Oktober die Arbeit wieder aufgenommen wurde, wüteten die Furien in Asturien und Baskenland weiter. Sozialisten, Kommunisten und Anarchisten handelten gemeinsam, bildeten Sowjets und riefen die Räterepublik Asturien aus. Weiber und Kinder steckten Kirchen in Brand, Angehörige des Roten Kreuzes wurden zu Tode gequält, Greise,



*Aufstand in Katalonien:
Regierungstruppen in Barcelona. Photo Scherl.*



*Der 9. Oktober 1934 in Madrid.
Soldaten durchsuchen Fußgänger nach Waffen.
Photo Scherl.*

Kinder, Frauen, Geistliche und Nonnen wurden aufs grausamste hingemordet. Die Regierungstruppen mußten Bombenflugzeuge einsetzen, die Oviedo regelrecht von oben mit Bomben belegten. Damals begrub die berühmte Kathedrale 110 Frauen und 43 Kinder unter ihren Trümmern. Nach außerordentlich heftigen Kämpfen konnten endlich am Abend des 11. Oktober die von General Lopez Ochoa geführten Regierungstruppen – es handelte sich um afrikanische Bataillone – in Oviedo einziehen, doch mußten sie sich hier noch einen ganzen Tag lang in erbitterten Straßenkämpfen schlagen. 25 000 politische Gefangene wurden festgesetzt. Die Führer des Aufstandes wurden auf den ausgedienten Panzerkreuzer "Uruguay" in Barcelona gebracht. –

Im südlichen Spanien war Sevilla der Herd der Unruhen. Auch hier flammte der Aufstand am 8. Oktober nochmals heftig auf, als Sozialisten und Anarchisten gemeinsame Sache machten und die altberühmte Trinitatiskirche in Brand steckten. Aber auch hier sorgten die Regierungstruppen beizeiten für die Erstickung des revolutionären Feuers.

Niemand hatte größeres Interesse an einem Sieg des Chaos in Spanien als Moskau. Beauftragte doch die kommunistische Internationale etwa am 10. Oktober die französischen Kommunistenführer Cachin und Thorez, eine gemeinsame Aktion zur Unterstützung der kämpfenden spanischen Arbeiter durchzuführen! Aber was wollten die Franzosen vorläufig machen? Die Ereignisse bewiesen, daß in Spanien die antibolschewistischen Kräfte zunächst noch stärker waren als die bolschewistischen. Am 9. Oktober sprach das spanische Parlament der Regierung Lerro das Vertrauen aus und führte die Todesstrafe für politische Verbrechen und Sprengstoffvergehen wieder ein. Die Kriegsgerichte kannten kein Erbarmen. Companys und andere Stadträte aus Barcelona wurden zum Tode verurteilt; dasselbe stand Azana bevor, den man am 9. Oktober in Barcelona, aus Frankreich zurückgekehrt, um den Aufstand neu zu entfachen, mit dem Syndikalistenführer Angel Pestana und einem Hauptmann der Armee zusammen verhaften konnte.

Die verdiente Härte der kriegsgerichtlichen Urteile rief Anfang November 1934 **neue Aufstandsgefahr** hervor. Am 6. November erklärten die syndikalistischen Gewerkschaften (CNT) in verschiedenen Städten den Generalstreik. In Saragossa streikten Bauarbeiter und Kellner, auch in Alicante brach der Streik aus. Die Anarchisten, die am Oktoberaufstand kaum teilgenommen hatten, erklärten, sie würden mit den Syndikalisten zusammen den Generalstreik erklären, wenn die ausgesprochenen Todesurteile vollstreckt würden. Mit starker Faust hielt die Regierung zwar alle Aufstandsversuche nieder, wenn es sich auch nicht verhindern ließ, daß hier und da eine Gewalttat vorkam, so am 13. November in Valencia, als zwei Bombenanschläge gegen das Versammlungslokal einer rechtspolitischen Vereinigung und die Wohnung eines Pfarrers verübt wurden. Oder am 1. Dezember, als in einem Dorf bei Alicante drei marxistische Bomben vor dem Tor einer Kirche explodierten und großen Schaden anrichteten. Aber die marxistischen Drohmanöver bewirkten doch, daß nicht alle Aufrührer, wie z. B. Azana, die verdiente Strafe erhielten. Ende Dezember entschied der Oberste Gerichtshof, daß das vorliegende Beweismaterial gegen Azana nicht ausreiche zu einer Anklage wegen staatsfeindlicher Handlungen. Er wurde aus der Haft an Bord eines Kriegsschiffes entlassen. Zur gleichen Zeit beantragte in den Militärgerichtsverhandlungen gegen 66 Teilnehmer an den asturischen Oktoberaufständen der Anklagevertreter drakonische Strafen. Er forderte für 25 Angeklagte die Todesstrafe und für die übrigen 41 lebenslängliche Kerkerstrafen. Den Angeklagten wurde zur Last gelegt, im Rahmen der Revolte den Direktor eines Bergwerks, Raffael Rigo, weiterhin zwei andere Zivilisten, einen Oberst, einen Major, neun Soldaten und drei Zivilgardisten getötet zu haben.

Es schien zunächst, als sollten jetzt zwischen der **katholischen Volksaktion des Gil Robles und den Radikalen (gemäßigten Liberalen) des Ministerpräsidenten und den Agrariern** unter dem Eindruck der behobenen Gefahr die Bindungen enger werden, ja als sollte sich unter Gil Robles' Führung ein rechtsrepublikanischer Block entwickeln. Bald jedoch entstand unter der Oberfläche ein Zustand der Eifersucht zwischen den Parteien, der innerhalb der Regierung eine lähmende Spannung auslöste. Den Streitpunkt bildete die Vollstreckung der Urteile gegen die Aufrührer. Während die katholische Volksaktion unerbittliche Bestrafung forderte, um reinen Tisch zu machen, führten die Radikalen, eingeschüchtert durch marxistische Drohungen, umfangreiche Begnadigungen und

Amnestierungen ins Feld. Es schien zunächst, als sei die katholische Volksaktion die stärkere. Bereits Mitte November schieden Samper und Hidalgo aus der Regierung aus. Über die Neubesetzung konnte man sich nicht einigen. Wochenlang litt Spanien nun an einer schleichenden Regierungskrise. Anfang Januar 1935 entdeckte man in der portugiesischen Hauptstadt Lissabon kommunistische Geheimpapiere, die den Zusammentritt der dortigen Nationalversammlung zum Signal eines gleichzeitigen bewaffneten Aufstandes in Portugal und Spanien erklärten. Unter dem Eindruck dieser Alarmnachrichten sowie gleichzeitiger Aufdeckung bolschewistischer Umsturzpläne verständigten sich der Ministerpräsident Lerroix und Gil Robles wieder, daß sie an der augenblicklichen Zusammensetzung des Kabinetts nichts ändern wollten. Die aufs neue drohende Gefahr drängte die Führerstreitigkeiten in den Hintergrund.

Immerhin war die Stärke der Ordnungsfront nur eine scheinbare. Der unterirdische Nährboden des bolschewistischen Feuers in den Land-, Minen- und Hafendarbeitern war allzu lebenskräftig, als daß die Niederschlagung des Oktoberaufstandes von längerer Wirkung hätte sein können. Die Zeit der Ruhe wurde für die spanischen Marxisten eine Zeit der Sammlung und Schulung durch Moskau.

Um den 20. März herum wurde ein kommunistischer Umsturzplan beim kommunistischen Provinzialausschuß der Arbeiter- und Bauernvereinigung in Linares aufgedeckt. In Arjona sollte der gewaltsame Umsturz seinen Anfang nehmen. Trotz dieser drohenden Zeichen verharren die Radikalen bei ihrem Amnestierungswillen. Am 29. März setzte die Mehrheit der Radikalen in der Regierung die Begnadigung des wegen Teilnahme am Oktoberaufstand in Asturien zum Tode verurteilten Marxistenführers Pena sowie zwanzig anderer zum Tode verurteilter Aufständischer (siehe oben!) durch. Dieser Beschluß veranlaßte die der katholischen Volksaktion, den Agrariern und Liberaldemokraten angehörenden Kabinettsmitglieder, sofort zurückzutreten. Damit war die Regierung Lerroix gefallen. Es gelang Lerroix nach tagelangen Schwierigkeiten, schließlich eine Minderheitsregierung der Radikalen zu bilden. Damit war das unglückliche Spanien aber vom Regen in die Traufe gekommen. Denn diese Regierung fand ihre Gegner jetzt nicht nur bei den Marxisten, sondern auch bei den Rechtsparteien. Die innere Zerrüttung nahm ihren Fortgang, über den später weiter berichtet wird. –

Die spanischen Vorgänge waren ein Beweis mehr dafür, mit welcher ungebrochener Kraft der Bolschewismus in den Eingeweiden Europas wühlte, eine Erkenntnis, die um so ernster war, als **Sowjetrußland ja nun Mitglied des Völkerbundes geworden war**. Die spanische Regierung selbst hatte hierbei mitgeholfen. Und das hatte sie getan, weil die Radikalen **Frankreich** als Bundesgenossen gegen den Klerikalismus betrachteten. Zur Zeit König Alfons XIII. waren die Beziehungen zwischen beiden Ländern keine freundschaftlichen. Zu höchster Spannung gediehen sie im Jahre 1926, als der damalige Diktator Spaniens, General Primo de Rivera, mit Italien einen Schiedsgerichts- und Freundschaftsvertrag schloß. Ihm waren einige Geheimklauseln angehängt. Paragraph 13 bestimmte, daß im Falle eines Krieges der andere Partner unter allen Umständen wohlwollende Neutralität bewahren sollte.

Für Frankreich war die spanisch-italische Freundschaft insofern bedenklich gewesen, als Spanien sofort mit dem **Ausbau der Festungswerke auf den Balearen** begann. Im Falle eines Krieges hätten die verbündeten Mächte Spanien und Italien durch die West-Ostlinie Spanien – Balearen – Sardinien Frankreich glatt von seinen nordafrikanischen Kolonien abschneiden können. An dieser Tatsache ändert auch nichts der Umstand, daß Frankreich nachträglich seine Einigung mit Spanien herbeiführte. Schon aus diesem außenpolitischen Grunde mußte der Großorient von Paris für die Beseitigung der Monarchie in Spanien sorgen. **Die Aufrichtung der Republik in Spanien 1931 führte zur Abwendung vom faschistischen Italien und zur Anlehnung an das republikanische Frankreich**. Herriot und Weygand weilten in Madrid und machten die Balearen ihren Interessen dienstbar. So geriet die spanische Republik in die durch die Spannung zwischen Radikalen und Klerikalen noch vertiefte Abhängigkeit von Frankreich, und so nahm sie teil an dem verhängnisvollen Schritt der Einführung der Sowjetunion in den Völkerbund. Die Bolschewiken haben der spanischen Regierung auf dem Fuße ihren Dank abgestattet im Oktoberaufstand und den auf diesen folgenden Schwierigkeiten.



2.

Frankreich

Nun zu **Frankreich**. Dieser Staat befand sich das ganze Jahr 1934 in ernstesten politischen Fieberschauern. Er lavierte fortgesetzt auf der messerscharfen Schneide, die Ordnung und Frieden von Bürgerkrieg und Krieg trennt. Der **Stavisky-Skandal** (Siehe **[6. Teil] Bd. 1 Seite 143**) hatte eine monatelange innere Beunruhigung des Volkes zur Folge. Er enthüllte die **tiefe Korruption weiter Beamtenkreise der Republik**; vor allem wurde der Ein-druck erweckt, daß die **Polizei des Staates** moralisch, technisch, organisatorisch sozusagen keinen Heller mehr wert sei; eine Feststellung, die im Oktober durch den Königsmord noch wesentlich vertieft wurde. Mitte Juli 1934 war Tardieu soweit, daß er im Zusammenhang mit dem Stavisky-Skandal die ganze Regierung sprengen konnte. Damals bemühte sich Doumergue mit allen Kräften einen politischen Burgfrieden zustande zu bringen, der wenigstens seiner Regierung die Gewähr eines befristeten Fortbestandes sicherte, was insofern wichtig war, als sich im Lager des Marxismus eine bedrohliche Sammlung der Kräfte vollzog.

Aus Genf brachte die Regierung auch nicht viel heim. Es sei denn die **neue russische Freundschaft**. Man kann ja über diese Erwerbung verschiedener Meinung sein, vielleicht war sie doch mehr eine Belastung als eine Erhöhung der inneren Kraft, aber das mußte die Zukunft zeigen.

Anfang Oktober 1934 fanden Generalratswahlen statt, nach dreijähriger Pause. Die Wahlversammlungen waren teilweise sehr erregt, Schießereien und Schlägereien ereigneten sich. Aber noch konnte sich an jenem 8. Oktober, trotz Staviskyskandal und wachsender Arbeitslosigkeit, die breite demokratische Mitte als Schildhalterin der Republik behaupten, der rechte und der linke Flügel hatten gegenüber 1931 sogar eine leichte Einbuße erlitten. Der suggestive Ruf "Die Republik ist in Gefahr!" war für die freimaurisch geleiteten bürgerlichen Massen die beste Wahlparole gewesen.

Unmittelbar nach den Wahlen ereignete sich etwas Furchtbares. **Am Nachmittag des 9. Oktober traf König Alexander von Südslawien zu einem Staatsbesuch in Marseille ein. Als er mit Barthou durch die Straßen der Stadt fuhr, sprang ein Kroatte hervor und tötete den König und Barthou sowie zwei Begleiter durch eine Reihe von Revolverschüssen.** Der Attentäter selbst, Mitglied der Inneren Mazedonischen Revolutionären Organisation, wurde niedergeschossen. (Über Barthou vgl. **Anlage 4.**)

Der Mord warf ein bezeichnendes Licht auf die inneren Zustände Frankreichs. Auf die ausdrückliche Anfrage aus Belgrad, ob König Alexander vierzig Geheimdetektive zu seiner Bewachung mitbringen sollte, hatte die französische Polizeiverwaltung geantwortet, das sei nicht nötig, es sei für ausreichenden Schutz gesorgt. Daß dies nicht der Fall war, erwies der zufällig aufgenommene Film des Mordes, dessen Hersteller übrigens auch kurz danach auf rätselhafte Weise ums Leben kam. Das Versäumnis der Polizei ist um so unbegreiflicher, **da bereits am Morgen des 9. Oktober Pariser Amtsstellen von dem bevorstehenden Attentat Kunde erhalten hatten und trotzdem nichts taten, um die an sich schon recht mangelhaften Sicherheitsmaßnahmen zu verstärken.**

Ein Sturm des Entsetzens fuhr durch die Welt. Die öffentliche Meinung des französischen Volkes selbst verlangte jetzt Abhilfe der unhaltbaren Zustände. Innenminister Sarraut mußte gehen, der schuldige Generaldirektor der Sicherheitspolizei Berthoin wurde seines Postens enthoben, desgleichen der schuldige Präfekt des Departements Bouches-du-Rhone, Jouhannaud; schließlich trat auch der Justizminister Chéron zurück. Mit dem Königsmord von Marseille übertrumpfte die französische Polizei noch den Stavisky-Skandal. Vermochte Doumergue sein auch im Stavisky-Falle schwer belastetes Kabinett wenigstens noch zusammenzuhalten, so schien das nach Marseille kaum mehr möglich. Barthou war tot, zwei andere Minister mußten verschwinden. Dem scharfen Drängen von rechts, Einfluß in der Regierung zu gewinnen, vermochte Doumergue nur mit dem Hinweis auf das Ergebnis der Kantonalwahlen zu widerstehen: das Volk sei mit ihm und seiner Politik zufrieden. In der Tat überstand Doumergue wider alles Erwarten auch die schwere Krisis des Königsmordes.



Paris: Beisetzung des Außenministers Barthou, Oktober 1934. Photo Scherl.

Bereits am 13. Oktober wurde der 51-jährige Pierre **Laval**, bisher Kolonialminister, zum Nachfolger Barthous berufen. Laval, Rechtsanwalt, Südfranzose, aus dem Departement Puy-de-Dôme gebürtig, war bereits seit 1925 verschiedentlich Minister gewesen; er war es auch gewesen, der im Sommer 1931 (vgl. ***Der Kampf um das Dritte Reich Bd. II***) Deutschland die Daumenschrauben ansetzte und dann kurz darauf als erster französischer Ministerpräsident nach Berlin kam. Nun also war er der neue Außenminister.

Die Marseiller Vorgänge wurden aber schon bald durch **andere innere Sorgen Frankreichs** in den Hintergrund gedrängt. Doumergue hatte durch seine Erfahrungen im Frühjahr und Sommer den Eindruck gewonnen, daß **die Autorität der französischen Regierung auf sehr schwachen Füßen** stand. Dem mußte abgeholfen werden durch eine den Parlamentarismus einengende Staatsreform – **eine Staatsreform, die die Regierung in die Lage versetzte, im Innern gegen die sich festigende und durch Rußlands Aufnahme in den Völkerbund sowie die damit zusammenhängende vermehrte bolschewistische und antimilitaristische Propaganda außerordentlich gestärkte gemeinsame Front des Marxismus kräftiger auftreten und damit auch nach außen erfolgreicher sein zu können.**

Am 4. Oktober hielt Doumergue eine Rundfunkrede an das französische Volk: Die Regierung brauche mehr Autorität, damit nicht Unordnung und Anarchie einträten. Die Anarchie ziehe die Diktatur nach sich, er möchte diese aber seinem Volke ersparen. Die Parlamente müßten gefestigt werden, die Ministerpräsidentschaft müsse über ein ständiges Büro und gut ausgesuchtes Personal verfügen. Bisher sei das Fehlen der Verantwortung zum System erhoben worden. Er halte auch die Trennung der politischen und richterlichen Gewalt für unbedingt erforderlich. Das Ziel seiner Außenpolitik sei der Friede. Frankreich sei nicht rachsüchtig. Es werde sich gern zu allen Ententen bereit finden, deren aufrichtiges Ziel die Aufrechterhaltung des Friedens sein werde, **selbstverständlich unter der Bedingung, daß keine dieser Ententen Frankreich verpflichte, auf etwas zu verzichten, was es für seine Sicherheit für unerläßlich ansehe.** Diejenigen, die wirklich den Frieden wollten, seien nicht die, die sich damit begnügen, "Frieden zu blöken" und die Armee zu beschränken

(Marxisten!); diese Leute würden eines Tages unbewußt den Krieg über das Land heraufbeschwören. Wer dies aber abwenden wolle, der müsse das Land im Zustande guter Verteidigung halten für den Fall, daß es einmal angegriffen werden sollte. Der Bürgerkrieg im Februar hätte in sehr kurzer Zeit zum Krieg mit dem Auslande führen können. Um die Diktatur zu vermeiden, müsse man der gemeinsamen kommunistisch-sozialistischen Front die gemeinsame Front der Freiheit und des Vaterlandes entgegenstellen.

Als Ergebnis der in Genf und Paris gewonnenen Erkenntnisse war **der Sinn der Bestrebungen Doumergues, durch innere Kraft wieder zur äußeren Stärke zu gelangen, d. h. dem innerlich gefestigten und geeinten Deutschland innerlich ebenbürtig und überlegen zu werden.** Das war jedoch nur möglich, wenn man durch eine Verfassungsreform die Marxisten verhinderte, durch Kreditverweigerungen dem Heere, das ihrer Meinung nach die tragende Säule des bürgerlichen Staates war und dessen Führer aus den Rechtsverbänden hervorgingen, weiterhin Schwierigkeiten zu bereiten und militärfeindliche Propaganda zu treiben. Doumergue wollte nun die Verfassung vom 25. Februar 1875 in folgender Weise abändern: Die Zahl der Minister einschließlich dem Ministerpräsidenten wird auf zwanzig beschränkt, der Ministerpräsident übernimmt kein Ministerium; der Präsident der Republik darf die Abgeordnetenkammer vor Ablauf ihrer gesetzmäßigen Amtszeit auflösen, jedoch im Laufe des ersten Jahres ihrer Amtszeit nur auf Grund eines entsprechenden Senatsgutachtens, aber "in dem darauffolgenden Jahre kann der Präsident der Republik die Kammer ohne entsprechendes Senatsgutachten auflösen". Der Staat gibt den Beamten feste Anstellung und Gewähr beruflichen Fortkommens, jede ungerechtfertigte oder verabredete Diensteinstellung (wir sagen: Streik) zerreißt das Band, das sie mit dem Staat verbindet. Wenn die beiden Kammern den Staatshaushalt in Einnahme und Ausgabe vor dem 1. Januar nicht verabschiedet haben, darf der Präsident der Republik ohne weiteres (also im Wege der Notverordnung) den laufenden Etat auch für das kommende Jahr einsetzen.

Das also waren die Gedanken Doumergues zur Sicherung und Festigung der Staatsautorität: die Regierung sollte den Staat außerhalb des Parlaments fest in die Hand bekommen. Sie fanden wenig Gnade vor **den** Parteien, die da nicht nur eine Kürzung ihrer Rechte, sondern vor allem einen tückischen Überfall des Faschismus witterten. Vom 25. bis 28. Oktober fand in Nantes der **radikalsozialistische Parteitag statt**, der sich scharf gegen den Plan einer Kammerauflösung ohne Senatszustimmung wandte, dem könne kein guter Republikaner zustimmen. **Herriot**, der zugleich Staatsminister und Vorsitzender dieser Partei war, kam in eine schwierige Lage. Er konnte als Minister seinen empörten Parteiangehörigen gegenüber nur den Wunsch äußern, die Partei möge nicht den Burgfrieden brechen. In der Regierung aber befand er sich als Führer der Radikalsozialisten jetzt in tiefem Gegensatz zu Doumergue, sie konnten sich nicht über die Verfassungs- und Staatsreform einigen, so daß der politische Waffenstillstand, wenn auch nicht abgebrochen, so doch aber schwer erschüttert wurde.

In dieser Lage griff Doumergue zu einem Verzweiflungsmittel: Er suchte seine inneren Nöte nach außen abzuleiten, er machte **falschen Kriegslärm an der Saargrenze.** Am 31. Oktober mußte Marschall Pétain zur Begründung einer Nachtragsforderung von 800 Millionen für die Armee erklären, gegenwärtig könne die Regierung angesichts der beträchtlichen Erhöhungen der Rüstungen gewisser Länder die von Frankreich zu unternehmenden Anstrengungen nicht mehr auf eine Erhöhung der Effektivbestände beschränken. Zur gleichen Stunde wurden die ungeheuren Truppenmassen in Lothringen alarmiert und dem dort kommandierenden General wurde laut vor aller Welt die Weisung erteilt, sofort zum Eingreifen im Saargebiet bereit zu sein, wenn Knox um Hilfe bitte. London wurde von diesen "technischen Vorbereitungen" benachrichtigt (Siehe **[6. Teil] Bd. I Seite 369**).

In diesem Alarm Europas gipfelten die **französischen Truppenbewegungen des Oktober**, sie sollten der Regierung aus ihrer kritischen Lage helfen. In der Tat hing in diesen Tagen die Entscheidung über Krieg und Frieden an einem Haar. Nur die vorbildliche Disziplin der Saarbevölkerung und die eiserne Ruhe des Führers verhinderten den Ausbruch des Krieges! Aber warum das alles? **Nur weil Doumergue ebenso sehr außenpolitisch wie innenpolitisch der Opposition gegenüber eine *show of power*, eine theatralische Schaustellung der Macht brauchte, weil er**



Französische Manöver: Eine gegen Fliegersicht gedeckte schwere Feldhaubitze. Photo Scherl.



Französische Manöver: Ein Panzerwagen. Photo Scherl.



Französisches Militär in Metz. Photo Scherl.

glaubte, alle Franzosen seinen Wünschen gefügig zu machen, wenn er ihnen zeigte: Seht, wenn Recht und Frieden in Europa durch Deutschland bedroht sind, dann ist die französische Armee jederzeit deren zuverlässige Stütze, darum tretet geschlossen hinter die Regierung, die dieser Armee ihre besondere Sorgfalt widmet.

Die bürgerliche Demokratie stand in ihrer Mehrheit hinter Doumergue; das bewies die am 2. November in Arras tagende demokratische Allianz, deren Vorsitz Flandin, der Minister für öffentliche Arbeiten, inne hatte und der außerdem der neue Kolonialminister Rollin angehörte. Hier wurde es geradezu als Verrat an Vaterland und Frieden bezeichnet, wenn jemand noch von Rüstungsbeschränkung spreche. Der Abgeordnete Fabry, Vorsitzender des Heeresausschusses der Kammer, vertrat folgenden Standpunkt: Zwischen zwei untereinander so verschiedenen Ländern wie Deutschland und Frankreich könne Gleichberechtigung sich nicht durch Gleichheit der Streitkräfte äußern. Deutschlands Bevölkerungszahl, die Leistungsfähigkeit seiner Industrie und der in Deutschland vorherrschende Geist bewirkten, daß eine theoretische Gleichheit für Deutschland

eine ausgesprochene Überlegenheit bedeute. Der Gedanke einer Gleichberechtigung zwischen Deutschland und Frankreich sei ein reines Trugbild, ja sogar ein Verbrechen am französischen Volke. Entweder behalte Frankreich die Überlegenheit der Streitkräfte, die ihm die Verträge hätten zuerkennen wollen oder Deutschland werde die Überlegenheit besitzen, und das würde Frankreich in eine fürchterliche Lage versetzen, deren Ausgang niemand voraussagen könne. Man müsse sich übrigens bereits fragen, ob nicht Deutschland vielleicht schon diese Überlegenheit erreicht habe! Fabry schloß mit dem Bekenntnis zu Doumergue: **Der Bürgerkrieg sei der Vorläufer des Krieges mit dem Auslande; man möge das beherzigen.**

Jedoch die Panik, die diese sechzig Abgeordneten und die verschiedenen Parteidelegierten aus der Provinz vorschriftsmäßig zur Schau trugen, vermochte Doumergue nicht mehr zu retten. Die **Radikalsozialisten**, schon allzu nachhaltig von der antifaschistischen Alarmpropaganda verblendet, blieben starr und unnachgiebig. Am 3. November tagte unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik, Lebrun, zweiundeinehalbe Stunde lang der Ministerrat; er nahm Doumergues Vorschläge entgegen, strich den Satz, der die Kammerauflösung ohne Senatsbeschluß enthielt und meinte, zu Doumergues größter Unruhe, hierüber müsse die Kammer entscheiden. Im übrigen wurde der Ministerpräsident ermächtigt, in der Kammer den Antrag auf Einberufung einer Nationalversammlung zu stellen. – Damit war Doumergues Schicksal so gut wie besiegelt, seine Minister standen zum großen Teile nicht mehr hinter ihm, weil die ausschlaggebende Partei, die Radikalsozialisten, mehr und mehr vom "Antifaschismus" befallen wurde und jetzt das Zünglein an der Waage war. Indem sie von der Regierung, an der sie teil hatte, abrückte, näherte sie sich mehr und mehr der marxistischen Gemeinschaftsfront, dem *front commun*.

Das Volk wurde unruhig. Man sprach von gewaltigen Marxistendemonstrationen, die zur Abwehr royalistischer Kundgebungen stattfinden sollten, **Oberst de la Roque, Führer der Frontkämpfervereinigung "Feuerkreuz"**, stellte Forderungen: Aufhebung der marxistischen Front, energische Bekämpfung der Lebensmittelteuerung, Säuberung und Neuorganisation des gesamten Verwaltungsapparates. Die Dinge spitzten sich zu wie im Februar. Am Mittag des 8. November traten die radikalsozialistischen Minister zurück "weil eine Verständigung über die Vorlage der drei provisorischen Haushaltszwölfstel nicht erzielt werden konnte". Nun blieb auch Doumergue, der keine Minderheitsregierung führen wollte, nur noch der Rücktritt übrig. Sein Plan einer antimarxistischen Koalition Rechts-Mitte war gescheitert.

Der 45jährige Demokrat Flandin, ehemaliger Frontkämpfer, bildete die neue Regierung. Er selbst war Ministerpräsident, von seinen zwanzig

**Regierungswechsel
in Frankreich**

Ministern waren sieben Radikalsozialisten, darunter Herriot als Staatsminister ohne Portefeuille, drei Radikale Linke, ein Vertreter der Kriegsteilnehmer Rivollet; Senator Laval behielt das Außenministerium. Es war eine demokratische Mittelregierung. Am 13. November erhielt Flandin mit 423 gegen 118 Stimmen bei 60 Enthaltungen das Vertrauen der Kammer. In seiner Regierungserklärung erwähnte er mit keinem Worte mehr die Staatsreform und Nationalversammlung; damit waren Doumergues Bestrebungen um Schaffung einer autoritären Staatsgewalt ins Nichts zurückgesunken. Nur an einem Punkte der Doumergueschen Erbschaft hielt Flandin fest: am politischen Burgfrieden. Ihre Garanten sollten die beiden Staatsminister ohne Portefeuille, Herriot von den Radikalsozialisten und Marin von der Republikanischen Vereinigung sein.

Frankreich war auf seinem alten Standpunkte. In seinem Innern wühlte der Unfriede. Marxisten und Arbeitslose riefen Tumulte hervor, wie in Lille und St. Quentin, ja auch in der Kriegsmarine zeigten sich Spuren der Zersetzung, als die Besatzung eines Minenlegers "wegen schlechten Essens" zu meutern versuchte. In den Territorialtruppen ließen sich Zersetzungserscheinungen erkennen. Es war wie in Spanien: **der lachende Dritte im liberalistischen Parteiengzänk war Moskau!**

Gemäß seinem Standpunkte, den er mit Doumergue teilte, daß Bürgerkrieg das Vorspiel zum internationalen Kriege sei (eine Auffassung übrigens, die in den typisch freimaurerischen Gedanken von 1789 wurzelt, innere Schwierigkeiten durch erhöhte revolutionäre Aktivität nach außen hin zu überwinden, oder, wie man auch sagen könnte: den Kampf um den Sieg einer nationalen Idee auf inter-

nationaler Basis zu führen, das Recht einer nationalen Revolution durch eine Weltrevolution zu begründen), betrieb **Flandin kräftig die Rüstungspolitik**. Ende November bewilligte der Heeresausschuß 3½ Milliarden für Modernisierung der Flugwaffe, verteilt auf drei Jahre, drei Wochen später bewilligte die Kammer die von Pétain Ende Oktober geforderten 800 Millionen. Flandins Worte vom 17. Dezember trugen dabei zugleich den Anforderungen des Burgfriedens mit der Linken durchaus Rechnung: **Frankreich sei ein friedliebendes Vierzigmillionenvolk**; es müsse sich auf Grund seiner allzu reichen Erfahrungen gegen die Gefahr schützen, aber es dürfe **nur eine zur Abwehr bestimmte Militärorganisation haben**. Die "Einigung aller Franzosen auf eine Politik der Rettung des Volkes" war sein Ziel, allerdings, die bereits geplante Dienstzeitverlängerung wagte er noch nicht anzukündigen. –

Es war zu jener Zeit, daß ein Abgeordneter und Führer einer französischen Frontkämpferorganisation, **Jean Goy**, von einer Unterredung mit dem Führer aus Berlin zurückkam und in Paris die Regierungsstellen aus dem Gleichgewicht brachte mit der Erklärung, Hitler und die Nationalsozialisten wollten den Frieden, man müsse nur mit Hitler richtig reden. So war es Ende 1934 in Paris, daß episodenhaft die beiden Prinzipien, jenes, das den wahren Frieden wollte, und jenes, das die Überlegenheit Frankreichs als Voraussetzung der Gleichberechtigung forderte, heftig aufeinanderprallten. Die von Goy vertretenen Gedanken einer aufrichtigen Annäherung beider Völker wurden von **Oberst de la Roque**, dem Führer der Feuerkreuzler, unterstrichen, der da sagte, in Europa könne es keinen Frieden geben, ohne daß man sich mit Deutschland ausspreche.



3.

Sowjetrußland

Die Sowjetunion wurde durch zwei elementare Erscheinungen bedrängt: Die erste war der **Drang Japans in die Festlandküstengebiete des Fernen Ostens**, die zweite war das **Erlöschen des bolschewistischen Elans in der heranwachsenden Jugend**. Die alternden bolschewistischen Machthaber in Moskau hatten das bestimmte Gefühl, daß beide Ereignisse über kurz oder lang zum Kriege führen mußten, allein deshalb, damit der Idee der Weltrevolution der alte Lebensraum erhalten und neues Leben zugeführt wurde. Die Bolschewisierung Spaniens, der Wunsch, Frankreich zu erobern, waren bereits Auswirkungen dieser Idee. Im Herbst 1934 zeigte Moskau jedenfalls das Bestreben, die politischen und weltanschaulichen Verluste in Fernost durch Gewinne in Europa auszugleichen, ein Bestreben, bei dem Moskau auf seinen erbittertsten Gegner, Hitler, stieß. Sowjetrußland zwischen Japan und Deutschland, das war seit 1934 in wachsendem Umfange die bestimmende Größe des äußeren Schicksals der Bolschewiken.

Die Sowjetwahlen Mitte November zeigten einen inneren Wandel an, der sich innerhalb siebzehn Jahren im Wesen des Bolschewismus vollzogen hatte. Es kamen merkwürdige Sachen vor. So entzogen in der Nähe von Borisowo die Behörden allen Männern über 55 und allen Frauen über 48 Jahren das Wahlrecht, weil man in diesem Alter nicht mehr klar denken könne! Es handelte sich zweifellos um die Ausschaltung der Alten Garde der Bolschewiken zugunsten der heranwachsenden Jugend. Das Zentralkomitee der kommunistischen Partei Weißrußlands empfand das als bedauerlich. In Taschkent waren 64% der neugewählten Sowjetabgeordneten Analphabeten, während der Rest aus bolschewikenfeindlichen Kulaken und Popen, Großbauern und Priestern, bestand. In Krasnowodsk gingen von 600 Arbeitern überhaupt nur 80 zur Wahl! Das von Not und Elend, von Hunger und Kämpfen, von Unordnung und Verwahrlosung – ein schweres Eisenbahnunglück zwischen Moskau und Leningrad am 6. Januar 1935, das 27 Tote und 60 Verletzte forderte, war eine schwere Anklage gegen die Verrottung der öffentlichen Einrichtungen – erschöpfte russische Volk war seines "Systems der Freiheit" müde. Es schien auch, als seien die territorialen Zusammenhalte zerrüttet. Der sibirische Fernost machte durchaus den Eindruck einer selbständigen Republik, die nicht nach Moskau fragte, dort herrschte General Blücher mit einer Viertelmillion ihm treu ergebener Soldaten.

In Moskau aber saß das Hirn, das unablässig von der Weltrevolution träumte und die Idee daran durch ewige Wiederholung marxistischer Schlagworte und ewige Erneuerung politischer

und Sabotageprozesse wach erhielt. Dennoch hatte dieser Hochburg des Juden- und Verbrechertums das Bestehen des nationalsozialistischen Deutschland einen sehr schweren Schlag versetzt. Es gab in Moskau seit je zwei Richtungen: **eine radikale**, die jedes Paktieren mit den bürgerlichen Staaten Europas ablehnte und die Revolution als das ausschließliche Mittel der Politik gelten ließ und **eine weniger radikale**, die da meinte, bevor die Weltrevolution alle Staaten gestürzt habe, dürfe man schon einmal Bündnisse mit bürgerlichen Staaten eingehen und äußere Zugeständnisse machen. Durch Hitlers Regierungsübernahme waren die Ansichten auf die Erfolge der Weltrevolution sehr gesunken, es bestand für Moskau die Gefahr einer erneuten Isolierung in Europa, wie sie schon einmal 1920 stattgefunden hatte. **So entschloß sich Stalin im Herbst 1933, den gemäßigten außenpolitischen Kurs einzuschlagen, der sich in steigender Annäherung an Frankreich und im Beitritt zum Völkerbunde bekundete.**

Diese Vorgänge riefen in der Ende 1932 gebildeten **radikalen Richtung** eine tiefe Gegenwirkung hervor. Die Juden Sinowjew (Apfelbaum), Kamenew (Rosenfeld) und Trotzki (Bronstein), der einst von Stalin verdrängt war und im Exil in Frankreich lebte, scharten eine Gruppe von alten Kämpfern der KPD um sich, die einst bedeutende Ämter in Regierung und Partei innehatten, dann aus der Partei ausgeschlossen und nach vollzogener Unterwerfung wieder aufgenommen worden waren. In Leningrad und Moskau und anderen Städten sammelten sie in illegalen Organisationen alle unzufriedenen Elemente und einigten sie in einem sogenannten "neofaschistischen" Willen, der den herrschenden politischen Kurs, an dessen innerer und äußerer Niederlage sie nicht mehr zweifelten, beseitigen und die Sinowjew-Trotzkische Richtung zur Herrschaft bringen wollten. In den Reihen der Industriearbeiterschaft und der Professorenschaft saßen die Anhänger dieser illegalen Verbände. Lenins Witwe, die Krupskaja, die "Großmutter der Revolution", stand der Gruppe Trotzki nahe. Unter der Leitung von Katalinow entstand Anfang 1934 das "Leningrader Zentrum", dessen Köpfe Katalinow, Schatzki, Rumianzow, Mandelstam, Miasnikow, Levin, Sossizki und Nikolajew waren. Ähnliche Organisationen waren der unter Führung eines ausgeschlossenen Kommunisten stehende "Sokol" in Charkow, der für Faschismus Propaganda machte, und die Safarow-Gruppe.

Die Sinowjew-Trotzki-Gruppe nahm 1933 die Beziehungen zu einem nicht näher bezeichneten ausländischen Konsul auf, der sie mit Geld unterstützte und die Verbindung mit dem in Frankreich lebenden Trotzki herstellte. Ich glaube, daß die Beziehungen Stalins zu der rechtsbürgerlichen Regierung Frankreichs die Opposition endgültig bestimmten, zur Terroraktion überzugehen und die Ermordung Stalins ins Auge zu fassen. Indem man Stalin stürzte, gedachte man zugleich den französischen Kommunisten zu Hilfe zu kommen und die rechtsbürgerliche Regierung Frankreichs zu treffen. Bereits im Juli 1934 wurde ein Anschlag auf Stalin geplant. **Kirow**, der Sekretär der Leningrader Parteiorganisation, Stalins Vertrauter und "linke Hand", Mitglied des Politischen Büros des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei und Mitglied des Vollzugsausschusses der Sowjetunion, einer der mächtigsten und einflußreichsten Männer Rußlands, traf daher Maßnahmen, die nicht nur die Auflösung der illegalen Organisationen, sondern deren Vernichtung mit allen ihm zu Gebote stehenden Machtmitteln zum Ziele hatten.



Moskau: Menschen stehen vor einer Tabakbude an. Photo Scherl.



Moskau: Die Arbeitslosen melden sich zur Kontrolle. Photo Scherl.

Am Nachmittag des 1. Dezember krachte ein Schuß im Smolny-Institut zu Leningrad. Der dreißigjährige Nikolajew hatte Kirow eine Kugel durch den Kopf geschossen. Rücksichtslos griff jetzt Stalin durch. Sofort ließ er in Leningrad 39, in Moskau 32 Leute verhaften, durchweg alte kommunistische Kämpfer und Sowjetbeamte, zum Teil in höchsten Stellen, wie der mit manchen roten Ehren ausgezeichnete Chef der Leningrader Geheimpolizei, Medwed, und sein Gehilfe Formin. Polizei und Staatsanwaltschaft wurden als weißgardistisch verseucht behandelt. Ein Sondergesetz wurde geschaffen, wonach gegenrevolutionäre Elemente, die Terrorakte vorbereiten oder ausführen, ohne Gnade sofort erschossen werden sollen. Am 4. Dezember verfügte der Zentralexekutivauschuß in Moskau, daß sämtliche Gefangenen, die innerhalb der letzten drei Monate wegen staatsfeindlicher Umtriebe zum Tode verurteilt seien, sofort hingerichtet werden sollten, auch wenn noch unerledigte Gnadengesuche vorlägen.

Das Militärkollegium des Obersten Staatsgerichtshofes im Kreml begann zu arbeiten. Vom 5. bis 31. Dezember wurden unmittelbar durch Beteiligung an illegalen Verbänden in den Kirowmord verwickelte Personen hingerichtet in Leningrad 53, in Moskau 29, in Kiew 28, in Minsk 9. Bis weit in den Fernen Osten hinein reichte der Arm der Rache: denn zu diesen 119 Opfern kamen noch die zahlreichen roten Offiziere, die man aus ihren einsamen sibirischen Garnisonen herausholte und kurzerhand an die Wand stellte.

Am 16. Dezember wurden Sinowjew, Kamenew und Fedorow verhaftet, fünfzehn weitere Beteiligte folgten ihnen in den Kerker. Blasser Schrecken packte die, die ein schlechtes Gewissen hatten. Aus allen Teilen des Landes bekundeten ehemalige Anhänger Sinowjews und Trotzki dem Stalin ihre Treue und suchten sich seine Gnade durch Verrat ihrer Genossen zu sichern. Parteiversammlungen faßten schreiende Entschließungen, die mit lauter Stimme die Todesstrafe für die Verhafteten forderten. Mit Angst und Beben saßen die Freunde Trotzki in ihren Häusern und warteten stündlich auf die Häscher der OGPU.

Nach vierwöchiger Haft wurden Sinowjew und seine Genossen dem Gericht zugeführt. Drei Tage dauerte der Prozeß, vom 15. bis 17. Januar 1935. Obwohl auf Anweisung von höherer Stelle aus staatliche und parteiliche Organe die Erschießung Sinowjews und der anderen forderten, sah das Gericht in anbetracht der früheren Verdienste der Angeklagten von der Todesstrafe ab. Der Einfluß der Krupskaja verhinderte das Äußerste. Sinowjew wurde zu zehn, Kamenew zu fünf, die übrigen zu fünf bis zehn Jahren Gefängnis verurteilt. Weitere 76 Personen der Sinowjewopposition, darunter zahlreiche Kommunisten der alten Garde und hoher Ämter, wie der Chef der Leningrader OGPU, Medwed, und elf seiner Beamten, wurden auf zwei bis fünf Jahre nach Sibirien geschickt.

Damit war die Staatsaktion beendet. Die Gefahr aber war nicht beseitigt. Noch mancher andere Sowjetbeamte fiel in der Folge nicht nur als Opfer von Revolverschüssen, sondern auch durch richterliche Urteilssprüche. Die bolschewistischen Machthaber hatten einen ununterbrochenen erbitterten Kampf gegen die "Verbürgerlichung" ihres Regierungs- und Parteiapparates zu führen. Mitte Februar 1935 wurden die Söhne reicher Bauern und andere bürgerliche Elemente, denen das Wahlrecht entzogen war, aus dem Bauernkollektiv ausgeschlossen, solange ihre politische Zuverlässigkeit nicht geklärt sei; es sollte unter keinen Umständen die Bildung von Einzelbauernwirtschaften zugelassen und jede Möglichkeit des Anspruches von Eigentumsrecht auf Land unterbunden werden. Ende März 1935 wurden 16 Beamte eines Leningrader Maschinenbaurusts verhaftet und vor Gericht gestellt, weil sie über 200 Personen "bürgerlicher Abstammung" angestellt hatten. Die 200 Unglücklichen wurden nach Sibirien geschickt. Im Mai 1935 wurden in großem Stile die Pfarrer der Sowjetunion verfolgt, zum Tode verurteilt oder nach Sibirien geschickt, weil sie die hungernden Bauern durch Spenden des Auslandes unterstützt hatten. Die Angst vor der inneren Verbürgerlichung zwang Sowjetrußland, mit erhöhten Kräften die Minierarbeit in Westeuropa zu betreiben, die Furcht vor der äußeren Einkreisung trieb Rußland in den Völkerbund und zur Verbindung mit Frankreich. Indessen setzte sich der Kampf der Diadochen Stalin und Trotzki unterirdisch weiter fort. Er verschärfte sich, da Trotzki, der einstige Schöpfer der Roten Armee, zusehen mußte, wie Stalin dieses Machtinstrument jetzt für seine Zwecke ausbaute. –

Typisch aber für das Gesamtbild Europas in jener Zeitspanne war es, daß **die beiden großen Mächte Europas im Westen und Osten, Frankreich und Rußland, sich genötigt sahen, die Macht ihrer Regierungen nach innen und außen durch verwegene und bedrohliche Schaustellungen darzustellen.** Es liegt etwas sehr Dämonisches darin, daß eine Macht, die sich in ihrem innersten Wesen bedroht fühlt, ihre schwindende Stärke nur durch Blutopfer zurückzugewinnen hofft. Denn im letzten Grunde stand eine solche Erwägung ja auch hinter dem französischen Aufmarsch an der Saargrenze.



4.

**Französisch-
russische
Verbindung**

Die Furcht vor der inneren und äußeren Schwäche führte also in hohem Grade zugleich in Frankreich und Rußland zu außenpolitischem Anlehnungsbedürfnis. Beide Mächte fühlten seit Hitler mehr denn je, daß ihre Staatssysteme ihren Höhepunkt überschritten hatten und sich im Abstieg befanden. Wenn am 21. November 1934 der Generalinspekteur der Roten Kavallerie, Budjenny, in einem Aufruf an die Kavallerieregimenter der mongolisch-burjätischen Republik vom "Feuerschein des kommenden internationalen Krieges", der bereits in China begonnen hatte, sprach, dann drückte er das in Worten aus, was man in Moskau und in Paris spürte: **den kommenden Verzweiflungskampf um die Erhaltung versinkender Ideen und todgeweihter Mächte.**

Augenblicklich vereinigten sich die Interessen der beiden Staaten innerhalb ihres Gesamtlebensbildes auf die **Mitte Europas.** Die **Sowjetunion** empfand das starke und einige Reich Adolf Hitlers als einen störenden Widerstand auf ihrer geplanten europäischen Achse der Weltrevolution Moskau–Madrid. **Frankreich** empfand das Reich Hitlers als störenden Widerstand bei der weiteren Durchsetzung seiner Versailler Vorherrschaftsansprüche. Das deutsche Problem war das außenpolitisch vorherrschende und alles überragende in Paris wie in Moskau. Daraus ergab sich die Gemeinsamkeit der Interessen, die sich zwischen Rußland und Frankreich seit Deutschlands Austritt aus dem Völkerbunde im Oktober 1933 zu entwickeln begannen und sich bis zum September 1934 bereits zum Eintritt Rußlands in den Völkerbund verdichtet hatten. Im Herbst 1934 wurde diese Gemeinschaft bereits zu einer Art russisch-französischen Bündnisses vertieft.

Frankreich hatte die Absicht, auch **Polen** auf dem Wege des Nordostpaktes in die französisch-russische Gemeinschaft einzubeziehen. Wir sahen, daß dieser Versuch scheiterte. Dennoch legten sowohl Frankreich wie Rußland wegen der militärischen Bedeutung Polens zwischen der Sowjetunion und Deutschland größten Wert darauf, daß auch Polen gewonnen werde. **Am 12. November hatte Laval in Paris mit dem sowjetrussischen Geschäftsträger Rosenberg eine Besprechung, worin der Russe wohl dringend Laval ersucht hat, die abgebrochenen Nordostpaktverhandlungen Barthous mit Polen wieder aufzunehmen.** Man mußte Polen gewinnen, um das militärische Aufmarschgebiet Sowjetrußlands gegen das Reich zu beherrschen! Die Eingliederung Polens in das französisch-russische Bündnissystem war weniger eine politische Forderung als vielmehr eine militärisch notwendige Ergänzung.

Vom 19. bis 22. November weilte Laval in **Genf.** Am letzten Tage seines dortigen Aufenthaltes einigten sich er und Litwinow in aller Stille auf einen ausgesprochenen Militärpakt. Es ist diese Angelegenheit von einem merkwürdigen Geheimnis umgeben, von französischer Seite bewußt verschleiert. Am Nachmittag des 23. November erklärte der Berichterstatter der Finanzkommission, Archambaud, in der Kammer:

"In der Erkenntnis, daß die Haltung Deutschlands den Frieden Europas zu gefährden droht, haben Frankreich und Rußland ihre Freiheit sichern wollen, und **es ist nicht zu leugnen, daß eine Verständigung (entente) zwischen beiden Ländern besteht. Ich spreche weder das Wort Bündnis (alliance) noch das Wort Militärabkommen (accord militaire) aus. Ich stelle lediglich fest, daß die russische Armee stark ist und sehr gut ausgerüstet und daß sie uns im Falle eines Konfliktes mit Deutschland angeboten (offerte) ist.**"

Oberst Fabry gab diesen Worten den nötigen Nachdruck durch seine Entrüstung über die deutsche Aufrüstung.

Der Londoner *Star* war Mitte Dezember 1934 in der Lage, den angeblichen Text **des russisch-französischen Bündnisses** zu veröffentlichen: Dies war zunächst auf fünf Jahre abgeschlossen und im Artikel 1 als Defensivabkommen bezeichnet, **das sich nach Artikel 2 gegen Deutschland und Japan richtete**. Die beiden **Generalstäbe** sollten dauernd in direkter, drahtloser Verbindung stehen, außerdem werden beide Länder Militärmissionen entsenden. Frankreich soll Rußland sofort 400 seiner neuen Zwergkampfwagen zur Verfügung stellen. Artikel 5 legt fest, daß **im Falle eines japanischen Angriffs auf Rußland Frankreich** Sowjetrußland mit Kriegsmaterial bis zum Werte von vier Milliarden Franken versorgen wird, während **im Falle eines deutsch-französischen Krieges Rußland** sich zu Getreidelieferungen an Frankreich ebenfalls im Werte von vier Milliarden verpflichtet. Über die Entsendung von Truppen wurde vorläufig nichts vereinbart, diese Frage soll **mit besonderer Berücksichtigung der Stellung Polens** späteren Verhandlungen vorbehalten bleiben. Schließlich verpflichteten sich Frankreich und Sowjetrußland, **keinerlei Gegenseitigkeitsverträge mit Deutschland** abzuschließen.

Ohne Zweifel handelte es sich um einen von russischer Seite gemachten Paktvorschlag, der die Gefahr eines russisch-japanischen Krieges für viel größer hielt als die Gefahr eines russisch-deutschen Krieges. **Hierbei war dem Begriffe eines deutsch-französischen Krieges denkbar weitester, ich möchte sagen, genereller Sinn untergelegt, was einer grundsätzlichen Lösung Frankreichs aus den Bindungen des Locarno-Paktes gleichkam.** Die Worte Archambauds lassen erkennen, daß Laval den russischen Vorschlag nicht eindeutig abgelehnt hat, wie er es dem Locarnopakt gegenüber schuldig gewesen wäre, sondern ihn gleichsam als Interim bis zum Abschluß eines endgültigen Bündnisses angenommen hat unter der für ihn verpflichtenden Voraussetzung, innerhalb kürzester Zeit (wohl längstens sechs Monaten) den Ostpakt zustande zu bringen! **Bereits am Nachmittag des 24. November nahm Laval aufs neue die Ostpaktverhandlungen wieder auf, indem er eine neue, im Tone sehr geschmeidige Ostpaktnote nach Warschau sandte,** – jedoch mit demselben negativen Erfolge wie bisher.

Im Rahmen dieser geheimnisvollen Genfer Gespräche bewegte sich Laval auch mit seiner Kammerrede am 30. November: Er führte den Sinn der ganzen europäischen Politik auf die **Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Grenzen zurück**, wer diese anders ziehen wolle, störe den europäischen Frieden; aber zweiseitige Besprechungen lehnte er ab, Deutschland solle dem gegenseitigen Beistandspakte beitreten. Es gebe zwischen Deutschland und Frankreich keine territorialen Streitfragen, Frankreich treibe keine Angriffspolitik, sondern habe nur Sorge um den Frieden. In einer besonderen Unterredung mit dem Sonderbeauftragten des Führers, Ribbentrop, am 2. Dezember, setzte Laval nochmals die Notwendigkeit des Ostpaktes auseinander.

Gewiß hatte Laval jetzt den dringenden Wunsch, Deutschland in den Ostpakt hineinzubekommen, aber nicht um Deutschlands willen, sondern weil in diesem Falle Deutschland der Schlüssel zu Polen war. Dies zu gewinnen war er verpflichtet, wenn er Rußlands Freundschaft erhalten wollte.

Daß Flandin in seiner großen Kammerrede vom 25. Februar 1936 dieses Stadium der russischen Verhandlungen nicht berührt, ist verständlich. Merkwürdigerweise enthält aber auch die sonst sehr gute Dokumentensammlung "Locarno" von Dr. Fritz Berber, Berlin 1936, keinerlei Hinweis auf diesen Vorgang, weder die Erklärung Archambauds noch die Mitteilung des Londoner *Star*. –

Am 4. Dezember traf Laval in Begleitung des sowjetrussischen Geschäftsträgers Rosenberg und des südslawischen Außenministers Jefitsch in Genf zur außerordentlichen Saartagung des Völkerbundes ein. Laval konnte hier nur feststellen, daß seine eindringlichen Ostpaktbemühungen immer noch ohne Erfolg waren. Da der polnische Außenminister Beck erklärt hatte, er werde nicht nach Genf kommen, konnte es Laval nicht verborgen bleiben, daß Polen mit dem Ostpakt nichts mehr zu tun haben wollte. Das magere Ergebnis dieser Genfer Reise war ein **Protokoll, das Frankreich und Rußland am 5. Dezember unterzeichneten. Hierin verpflichteten sich die beiden Staaten, mit dritten Staaten keine zweiseitigen Verträge abzuschließen, ohne vorher**

untereinander sich verständigt zu haben. In diesem Protokoll wird zugleich die französisch-russische Entente als Kernstück des angestrebten Ostpaktes, an den man aber schon nicht mehr fest glaubt, betrachtet. Die Initiative scheint auch hier von Rußland ausgegangen zu sein: Flandin erklärte am 25. Februar 1936 vor der Kammer hierzu:

"Anderseits war unsere Zusammenarbeit mit Moskau derart eng, daß sie Laval und Litwinow dazu geführt hatte, am 5. Dezember 1934 in Genf ein Protokoll zu unterzeichnen, das bestimmte, daß keine der beiden Regierungen eine Abmachung eingehen sollte, die geeignet wäre, den Abschluß des Ostpaktes in Frage zu stellen."

Aber Flandin vergaß zu sagen, daß hier bereits die Bündnisidee die Paktidee zu verdrängen begann. Laval stand ganz im Banne Rußlands. Es war schon mehr russische Hörigkeit als französisches Interesse, wenn er verzweifelt um Polens Gehör warb und sich dabei geschickt als Freund Deutschlands zeigte.

In der Kammer erklärte er am 18. Dezember: Die Sowjetunion wolle doch an der internationalen Zusammenarbeit für den Frieden mitwirken. Frankreich werde die Verhandlungen über den Ostpakt fortsetzen und sei bemüht, die Zustimmung Polens zu gewinnen.

"Wir werden sehr bald unsere Unterhaltung mit Deutschland wieder aufnehmen. Ich habe bereits gesagt, daß man Deutschland auffordern werde, mit uns und den übrigen Ländern unter den gleichen Bedingungen und mit gleichem Rechte (*au même titre*) zu verhandeln. Deutschland wird aufs neue aufgefordert werden, sich diesem Kollektivpakt anzuschließen, in dessen Rahmen es versichert ist, die gleichen Garantien zu erhalten, die es den übrigen beteiligten Ländern gewähren wird... Ich werbe um den Beistand aller, die guten Willens sind. Wir haben uns um sie bemüht, wir bemühen uns auch jetzt noch um sie. Die französische Regierung wird niemals etwas tun, was Deutschland zu dem Glauben berechtigt, Frankreich wolle ihm gegenüber eine Politik der Vereinsamung treiben. Die deutsch-französische Annäherung im internationalen Rahmen ist eine wirkliche Friedensbürgschaft. Möge Deutschland davon überzeugt sein, möge es dementsprechend handeln. Und dann wird ein großer Schritt in Richtung auf die notwendige Versöhnung unserer beiden Völker getan sein."

Die Resonanz dieser Worte wurde weniger aus Berlin, als aus Warschau erwartet.

Deshalb fehlte diesen Engelzungen das Gewicht der inneren Überzeugung. Wie ein granitner Fels standen das Reich und Polen in den um sie brandenden französisch-russischen Paktwogen. Sie taten Laval nicht den Gefallen, ihm das Dach auf sein Bündnis mit Sowjetrußland heben zu helfen.



3. Kapitel: Die antibolschewistischen Mächte: Italien, England, Deutschland.

1.

Durch drei Ereignisse trat **Sowjetrußland** im Herbst 1934 in den Vordergrund der europäischen Politik: durch seine Aufnahme in den Völkerbund, durch seine Beteiligung am spanischen Oktoberaufstand, durch seine enge Anlehnung an Frankreich. Parallel hierzu schob sich **Italien** durch drei Ereignisse in den Vordergrund der europäischen Politik: durch die österreichischen Wirren Ende Juli, durch den Marseiller Königsmord Anfang Oktober und durch den Beginn des abessinischen Konfliktes Ende November 1934.

Die südeuropäische Kontinentalgroßmacht war von Frankreich ebenso wie die osteuropäische als ein Eckpfeiler für eine gegen Deutschland gerichtete Bündnis- und Einkreisungspolitik in Aussicht genommen. Im Frühjahr 1934, zur gleichen Zeit, da die Annäherung Frankreichs an Rußland geschah, nahm die Pariser Regierung auch engere Beziehungen zu Rom auf. Bald aber

mußte Barthou erkennen, daß zwischen den Bestrebungen Italiens und Frankreichs tiefe Gegensätze bestanden.

Mussolini kannte zwei große außenpolitische Probleme: ein europäisches, den **Donauraum**, und ein afrikanisches, **Erwerb von Kolonien**. Im März 1934 hatte Mussolini seinen wirtschaftlichen Einfluß im Donauraum, in Österreich und Ungarn, durch die römischen Protokolle gefestigt. Er versuchte nach dem Wiener Operettenputsch vom 25. Juli seine Beziehungen zu Österreich durch eine etwas allzusehr gegen Deutschland gerichtete Betonung zu vertiefen. Am 21. August traf Schuschnigg in Florenz ein, Mussolini empfing ihn am Bahnhof mit großem militärischen Gepränge. In der amtlichen Bekanntgabe wurde gesagt, beide Staatsmänner stimmten überein in bezug auf die Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit, die volle Autonomie Österreichs, aber der Geist der engen Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern solle erweitert und verstärkt werden; die Frage der Restauration der Habsburger stehe nicht zur Erörterung.

Das Interesse des Duce für den Donauraum **reizte die Staaten der Kleinen Entente**, die Tschechoslowakei, Rumänien und besonders Südslawien. Mit Argwohn blickten sie auf die Verengung der Bande zwischen Rom, Wien und Budapest und waren allzu leicht geneigt, eine "Verletzung der Friedensverträge" zu befürchten. Die ewige Angst vor dem Revisionismus beunruhigte Prag, Bukarest und Belgrad, denn eines Tages, so glaubten die dortigen Staatsmänner, würden Österreich und Ungarn, das starke Italien im Rücken, ja dieses selbst, eine Revision der Grenzziehung von 1919 fordern. Die kolonialen Forderungen, die Mussolini im Frühjahr 1934 stellte, ließen insbesondere Südslawien um seine dalmatische Küste zittern. Die Spannungen im Donauraum wirkten auch auf das Verhältnis zwischen Paris und Rom zurück. Der Besuch König Alexanders von Südslawien in Paris sollte hier eine Neuordnung vorbereiten und Barthou selbst wollte unmittelbar darauf nach Rom fahren, um die Politik Frankreichs, der Kleinen Entente und Italiens gleichzurichten. Sein Tod hinderte ihn daran.

Folgen des Königsmordes

Einem kritischen Höhepunkt strebten diese Spannungen durch die **Ermordung des südslawischen Königs** zu. Mitte Oktober bis Mitte Dezember 1934 ging Europa um Haaresbreite an einem allgemeinen südeuropäischen Kriege vorüber, der durch die Verbindung mit der Saarfrage ein allgemeiner europäischer Krieg hätte werden können.

Die letzten Hintergründe der Ermordung des Königs Alexander verlieren sich in geheimnisvolles Dunkel. Dieser König war der geniale Schöpfer des großserbischen Reiches. Sein Ziel war die Erziehung seines Volkes zu einem großen slawischen Einheitsstaate, ein Ziel, das er durch die Errichtung der Staatsdiktatur am 6. Januar 1929 zu erreichen hoffte. Man kann ihm wohl nicht die Ausschaltung und Entrechtung seiner kroatischen und mazedonischen Minderheiten zur Last legen, er bemühte sich vielmehr, die kulturellen Unterschiede zu überbrücken, wohl aber unterdrückte er rücksichtslos die staatsfeindlichen politisch-separatistischen Bestrebungen in diesen Minderheiten. Sie sollten alle sich erfüllen mit der Idee der großen Einheit aller Südslawen von der Adria bis zum Schwarzen Meer. Es sei bemerkt, daß dieser König kein Freimaurer war.

Nun war der König am 9. Oktober, noch nicht 46 Jahre alt, den Revolverkugeln eines Kroaten zum Opfer gefallen. Die Untersuchung ergab Zusammenhänge einer kroatischen Verschwörerorganisation, deren Mitglieder in Italien, Ungarn und Österreich Asylrecht genossen, und Zusammenhänge mit der Inneren Mazedonischen Revolutionären Organisation, deren Führer Iwan Michailoff war und die zu beiden Seiten der südslawisch-bulgarischen Grenze ihr dunkles Handwerk trieb.

Diese Feststellungen bildeten eigentlich nur den einen Teil der Enthüllungen, nämlich jenen Teil, der die unmittelbare Vorgeschichte des Mordes betraf und nun politisch ausgeweitet wurde. Demgegenüber versank der andere, interessantere und aufschlußreichere Teil ins wesenlose Dunkel, jener Teil, der nur durch gelegentliche Andeutungen berührt wurde und der sich mit der Frage beschäftigte, **wie die Ausführung des Mordplanes überhaupt möglich war.** Die wesentlichen Punkte sind diese:

1. Anfang September 1934 ist in Brüssel das Todesurteil über König Alexander gefällt und sogleich

in der internationalen Presse veröffentlicht worden (Baron Aloisi im Völkerbund am 8. Dezember 1934).

2. Unmittelbar nach dem Mord beschuldigt die südslawische Presse die Direktion des französischen Sicherheitswesens, daß diese der serbischen Regierung abgeraten hat, König Alexander die ihn sonst begleitenden vierzig Geheimpolizisten auf seine Reise mitzugeben, obwohl bereits 1933 ein Attentat auf den König versucht worden war!
3. Nach der Feststellung der französischen Behörden und Öffentlichkeit hat der Präfekt des Departements Bouches du Rhone noch nicht einmal den normalen französischen Polizeischutz gestellt. Es drängt sich unwillkürlich die Frage auf, ob nicht zwischen **den revolutionären Organisationen und anderen Verbänden**, z. B. der revolutionären Freimaurerei, eine Beziehung bestand, ähnlich derjenigen, die durch den Prozeß gegen die Mörder des Erzherzog Thronfolgers Franz Ferdinand 1914 aufgedeckt wurden! Man könnte vielleicht dann eine Gemeinsamkeit der Erscheinungen feststellen, die **1914 zur Ermordung des Erzherzog-Thronfolgers**, 1931 zum Sturz der Monarchie in Spanien und 1934 zur Ermordung des diktatorischen Königs von Südslawien führten. In diesem Zusammenhange sind auch noch zwei andere Tatsachen merkwürdig: Die Untersuchung wurde in Frankreich und in Südslawien geführt; aber Frankreich hatte den Schlüssel zum Geheimnis in der Hand; die leidenschaftlichen Angriffe Südslawiens auf Frankreich verstummten sehr plötzlich und wurden abgelöst durch noch leidenschaftlichere Angriffe auf Italien und Ungarn. **Der Streit um den Mord wurde durch Frankreich verlegt auf das hochpolitische Gebiet der heftigen Auseinandersetzung zwischen den Anhängern und den Gegnern der Vertragsrevision. Frankreich stempelte den Ermordeten zum Opfer revisionistischer Mörder.**

Die französische Presse gab das Signal: bereits am 10. Oktober erhob sie wilde Vorwürfe gegen Ungarn, das die kroatischen Emigranten begünstigt habe! Damit war die Angelegenheit auf dem Geleis, auf dem Frankreich sie haben wollte: **Aufrollung des Donauproblems gegen Italien!** In Südslawien selbst mußte dieser Funke sozusagen ins Pulverfaß fallen, denn in Agram, Serajewo, Laibach und anderen Städten ereigneten sich schwere italienfeindliche Tumulte; die Redner klagten Italien an, das alle bisherigen Anschläge gegen das Leben des Königs finanziert und vorbereitet habe. Eine neue Welle schwerer Anklagen wurde durch die Bemerkung eines italischen Rundfunksenders hervorgerufen, der von der "unhaltbaren Lage" Südslawiens und der bevorstehenden Auflösung des Staates sprach. Die südslawische Regierung wurde daraufhin beim italischen Außenminister vorstellig, bat um Aufklärung, weshalb die italische Garnison in Zara in den letzten Tagen erheblich verstärkt worden sei, und erklärte, in Belgrad sei man überzeugt, daß kroatische Revolutionäre italische Unterstützung erhalten hätten, es gebe eine Geldwährung "Ruma", die den Wert einer Lira habe.

Die immer noch im Laufe der Untersuchung aufflackernde südslawische Erbitterung gegen Frankreich wußte dieses geschickt auf Ungarn abzulenken. Das Ergebnis der in Belgrad und Paris geführten Untersuchung war dies: In Ungarn hatte bis zum April 1934 das Lager Janka Puzta für kroatische Emigranten bestanden; nach seiner Auflösung hätten die Emigranten mit Wissen und Unterstützung ungarischer Behörden ihre Umtriebe in Sunda Puzta fortgesetzt; die Kroaten seien ausgezeichnet bewaffnet gewesen und hätten nächtliche Schießübungen abgehalten. Von Janka Puzta hatten sich der Oberstleutnant Pertschewitsch und General Sarkotitsch nach **Wien** begeben. Pertschewitsch unterhielt engste Beziehungen zu habsburgischen Legitimisten, arbeitete mit an den Zeitungen *Der Österreicher*, *Wiener Zeitung* und *Reichspost*, die ihn als "angesehenen und ehrenhaften Mann" verteidigten. – Ein anderes Lager kroatischer Emigranten war in Borgotaro in **Italien**; hier befand sich die 400 Köpfe zählende Organisation Ustascha unter der Führung von Dr. Pawelitsch und Kwaternik. Pawelitsch hatte mit der Firma Angelini und Bernardon in Triest wegen Ausrüstung und Bewaffnung der Aufständischen in Verbindung gestanden. – Eine dritte Gruppe nun war die der Mazedonier des Iwan Michailow, der Ende Oktober von der türkischen Polizei verhaftet wurde, weil Jugoslawien und Bulgarien seine Auslieferung verlangten.

In Paris wurde festgestellt: **Die Schuldigen am Königsmord sind Pawelitsch, Kwaternik, Michailow, der in Belgien verhaftete Dr. Peritsch, General Sarkotitsch und Oberstleutnant Pertschewitsch.** Und zwar war die Sache so: Pawelitsch erteilte den Mordauftrag, er bestimmte den Haupttäter Georgieff (Kalemen, Jude!), Pertschewitsch, der mit ungarischen Generalstabs- und Truppenoffizieren aufs engste zusammengearbeitet hätte, wählte in Janka-Pusztas ebenfalls eine Gruppe von drei Mann durch das "Schwarze Los" aus, die den Anschlag ausführen sollten. In Zürich hat Kwaternik mit Georgieff (Kalemen) die aus Ungarn kommende Dreiergruppe erwartet; Kwaternik verteilte Geld und Waffen, die, wie die italische Polizei zugab, bei der Triester Firma gekauft worden seien. Pawelitsch und Kwaternik saßen in Turin in Haft, die von Frankreich geforderte Auslieferung lehnte Italien ab.

Ein unerhört scharfer und erregter Notenwechsel zwischen Belgrad und Budapest füllte die Oktober- und Novemberwochen aus. Rücksichtslos wies die südslawische Regierung die in ihrem Staatsgebiete wohnenden Ungarn aus. Die Siedehitze stieg auf einen derartigen Punkt, daß der europäische Friede aufs ernsteste gefährdet war.

Am Nachmittag des 22. November wurde dem Völkerbund die südslawische Beschwerdenote gegen Ungarn überreicht: Ungarn habe durch Duldung den Verbrecherorganisationen Vorschub geleistet; auf dem Gebiete eines fremden Staates würden Berufsverbrecher ausgebildet und geschult, die den Auftrag hätten, eine Reihe von Anschlägen und Morden zu einem bestimmten politischen Zweck (d. h. zwecks Erschütterung der antirevisionistischen Staaten!) auszuführen. "Die Erleichterungen und der Schutz, dessen sich die Verbrecher auf ungarischem Gebiet während ihrer eingehenden und langen Vorbereitungen erfreut haben, sind kaum glaublich!" Ein Satz, der Ungarn den Krieg androhte, wurde im letzten Augenblick weggelassen. – Frankreich war befriedigt.

Die ungarische Note vom 14. November, welche die Vorwürfe zurückweist und sofortige Behandlung der südslawischen Beschwerde vor dem Völkerbundsrat verlangte, ließ an Schärfe des Tones auch nichts zu wünschen übrig. In Rom wurde Ungarns Forderung sofortiger Behandlung der Angelegenheit gebilligt, was den Franzosen und den Engländern nicht paßte.

Am 5. Dezember 1934 begann die außerordentliche Völkerbundstagung. Beiderseits der südslawisch-österreichischen und der südslawisch-ungarischen Grenze marschierten bereits kampfbereite Truppen auf. Vier höchst kritische Tage waren der 7. bis 10. Dezember, als die Marseille-Angelegenheit vor dem Völkerbund verhandelt wurde. Der südslawische Außenminister Jeftitsch erhob schwere Anklagen gegen Ungarn. **Marseille sei das "logische Endergebnis der von der ungarischen Regierung auf ihrem Boden gebildeten verbrecherischen Umtriebe".** Er forderte ein internationales Abkommen zum Schutze gegen den "fehlenden guten Willen gewisser Regierungen". Er drohte mit dem Austritt Jugoslawiens aus dem Völkerbunde, wenn seine berechtigten Forderungen nicht erfüllt würden. **Frankreich, Rußland, die Tschechoslowakei und Rumänien** unterstützen Jeftitsch. Der junge politische Block Frankreich – Kleine Entente – Rußland stand in geschlossener Front.

Aloisi, Italiens Vertreter, nahm Ungarns Partei. Dies habe ein Recht, die Klärung der Anklagen zu verlangen. Schon 1927 habe Ungarn einen Freundschaftsvertrag mit Jugoslawien vorgeschlagen, den dieses aber zurückgewiesen habe. Gewiß, Ungarn strebe nach einer Revision der Friedensverträge, aber nicht auf terroristischem, sondern auf friedlichem Wege. Der Völkerbund solle eine normale Atmosphäre des Vertrauens schaffen.

Schroff standen die Auffassungen gegeneinander. Der Königsmord trat in den Hintergrund. Viel wichtiger war jetzt die Auseinandersetzung der **beiden Mächte Frankreich und Italien.** Am 10. Dezember, kurz vor Mitternacht, gelang Eden schließlich eine Vermittlung: Ungarns gute Absichten werden anerkannt, der Rat bittet Ungarn, diejenigen Maßnahmen mitzuteilen, die es zur Bestrafung gewisser nachlässiger Behörden ergriffen habe; ein Sachverständigenausschuß soll ein internationales Abkommen zur Unterdrückung des Terrorismus schaffen. – Ungarn seinerseits versprach nochmalige Untersuchung der Schuld gewisser Beamter und einen Bericht über das Ergebnis an den Völkerbund.

Die Genfer Lösung war **ein Erfolg Englands**. Es wollte Frieden in Europa und diktierte ihn. Es hatte kein Verständnis für irgendwelche Experimente, die das bestehende politische System erschüttern konnten. Vor allem aber hatte der Völkerbund durch einen tatsächlichen Erfolg sein moralisches Ansehen teilweise wiedergewonnen. Darauf kam es den Engländern, die den Völkerbund als die Stelle betrachteten, durch die sie zur Welt sprachen, ganz besonders an. Den ideellen Wert dieser Lösung, die in ausgesprochenem Gegensatz zu den Bestrebungen des französisch-russischen Blockes stand, wußten die Engländer sehr wohl zu schätzen. Den Nutzen trugen Italien und Ungarn davon, und so durfte mit einigem Recht der ungarische Außenminister Kanya am 12. Dezember in einem Privatgespräch mit einem Pariser Journalisten in Genf behaupten: "Mussolini wird Ungarn niemals opfern, selbst wenn es sich um das Einvernehmen mit Frankreich handelt." Man hatte in **Belgrad** das gleiche Gefühl. Dort fand am 17. Dezember eine gewaltige und leidenschaftliche Kundgebung von 10 000 Menschen gegen Österreich, Ungarn, vor allem aber gegen Italien statt. Mussolini wurde mit starken Schmährufen bedacht.

Bis in die innere Politik Jugoslawiens hinein wirkte die gewaltige Hand Englands. Die erst Ende Oktober neugebildete Regierung Uzunowitsch, die sich auf strikte Einhaltung des bisherigen Kurses festgelegt hatte, trat am 18. Dezember zurück, nachdem Außenminister Jeftitsch nach seiner Rückkehr aus Genf aus innerpolitischen Gründen ausgeschieden war. Jeftitsch bildete jetzt **eine neue Regierung mit völlig neuem Kurs: Bruch mit der Diktatur, Verständigung mit Italien, Einbeziehung der nationalen Minderheiten, Kroaten, Slowenen und bosnische Mohammedaner.** Er zog Persönlichkeiten heran, die bisher in der Opposition oder überhaupt außerhalb des politischen Lebens standen. Eine solche Regierung bot eine sichere Grundlage für Ruhe und Frieden, sie trug dazu bei, daß dem politischen Terrorismus der bisher ausgeschalteten nationalen Minderheiten der Boden entzogen wurde. England, das in seinem Empire die Gleichberechtigung der Nationen anerkannte, bewirkte, daß die ständige Unruhequelle in Südosteuropa, die exklusive großserbische Idee, im Interesse des Friedens zurücktrat. –



2.

**Italien und
Frankreich**

Etwa zu der Zeit, da die südslawische Krisis ihrem Höhepunkte zustrebte, Ende November 1934, kam auch die **Kolonialfrage Italiens ins Rollen**. Als die großen Mächte Ende des 19. Jahrhunderts Afrika unter sich verteilten, war Italien schlecht weggekommen. Es mußte sich mit **Massaua in Erythräa** (1884) und **Giuba im Somaliland** (1889) begnügen. Im Dezember 1900 räumte Frankreich Italien freie Hand in Tripolis ein, um den Dreibund zu erschüttern. Im Verhältnis zu den anderen Mächten war der Kolonialbesitz der Mittelmeer-macht Italien in Afrika sehr geringfügig. Bevor Italien 1915 in den Weltkrieg eingriff, schloß es mit den Alliierten am 26. April 1915 einen Vertrag, worin es sich unter anderem eine Erweiterung der afrikanischen Kolonien zusichern ließ.

Im Frühjahr 1934 verkündete Mussolini, das italische Volk sei ein Volk von Bauern und Matrosen, das seine Zukunft in Asien und Afrika suchen müsse. Die Entwicklung in Europa kam ihm zu Hilfe. Barthous gegen Deutschland gerichtete Einkreisungspolitik suchte auch in Rom einen Stützpunkt. Das war der Augenblick, wo der Duce seine Freundschaft preiswert verkaufen konnte: er berief sich auf den bezüglich der Kolonialfragen noch nicht eingelösten Vertrag von 1915 und **forderte von Frankreich einen Gebietsstreifen, der südlich von Lybien über Tibesti durch die Sahara bis zum Tschad-See hinunterreichte**, er verlangte ferner **Nationalitätenschutz für die in Tunesien wohnenden hunderttausend Italiener**, und schließlich versuchte er er auch noch **Französisch-Somaliland mit dem Hafen von Djibuti zu erlangen. Seine Grundidee war die der Dreiteilung Afrikas: Für Frankreich der Westen, für England die Mitte (Kairo–Kapstadt), für Italien der Osten. Der Scheitelpunkt dieses Systems sollte der Tschadsee sein.** Die Verhandlungen waren außerordentlich schwierig, sie schleppten sich Monate hin, besonders, seitdem sich Frankreich für Rußlands Eintritt in den Völkerbund eingesetzt hatte, und diese Verzögerung war schuld daran, daß Barthou und dann Laval ihren angekündigten Besuch in Rom immer weiter hinausschoben. Im No-

vember meinten die französischen Staatsmänner, Italien solle als Gegenleistung für ein Entgegenkommen Frankreichs in Flotten- und Kolonialfragen die bisherige **Unterstützung der ungarischen Revisionsforderungen aufgeben, denn es sei doch für Frankreich unmöglich, mit Italien ein politisches Abkommen zu schließen, wenn dessen Beziehungen zur Kleinen Entente und insbesondere zu Südslawien so schlechte seien.** Man glaubte in Paris, die Marseiller Untersuchungsergebnisse als möglichst billiges Druckmittel gegen Italien verwenden zu können, man wollte sie sogar möglichst lange verwenden und wünschte daher eine **Erörterung der südslawischen Angelegenheit im Völkerbund erst im Januar.** Doch umsonst! Bereits am 10. Dezember 1934 war die mit so viel Lärm begonnene Sache durch England erledigt. Frankreich hatte seine Trümpfe und das Spiel verloren, es war jetzt, **Mitte Dezember, bereit, als Grundlage für eine Besprechung zwischen Mussolini und Laval folgende Zugeständnisse zu machen: Abtretung eines breiten Landstreifens südlich von Lybien und westlich vom Sudan, Abtretung des nördlichen Zipfels von Französisch-Somaliland mit Ausnahme von Djibuti und Abschluß eines Handelsvertrages sowie eines Freundschaftsvertrages.** Einst hatte Frankreich Ägypten geopfert (1898), um Englands Freundschaft gegen Deutschland zu gewinnen, dann hatte es Tripolis geopfert (1900), um den Dreibund zu sprengen, jetzt wollte es Teile seines afrikanischen Besitzes opfern, wenn es dadurch möglich wurde, Österreichs Unabhängigkeit zu retten und doch zugleich Italien in den großen gegendeutschen Block einzugliedern.

Es war vorauszusehen, daß solch ein Plan **in der französischen Öffentlichkeit einen Sturm der Entrüstung und Empörung** hervorrief. Kein Fußbreit des Kolonialbesitzes den Italiern! hieß es überall. Besonders bei den Antifaschisten gingen die Wogen der Empörung hoch. Aber die französische Regierung glaubte, durch ihr Opfer Italiens Freundschaft zu erkaufen. Der englischen Zustimmung fühlten sich die Franzosen sowieso sicher. Nachdem in Jugoslawien eine gemäßigte Richtung ans Ruder gelangt war, mußte auch Mussolini gewisse Zugeständnisse zu machen. Das, was Frankreich nun als Entgelt für sein Entgegenkommen in Kolonialfragen vom Duce forderte, sah Ende Dezember 1934 so aus: **ein Garantieabkommen über die Unabhängigkeit Österreichs, das von Italien, Südslawien und der Tschechoslowakei unterzeichnet werden sollte; Frankreich, Deutschland, England, Ungarn und Rumänien sollte der Beitritt offen stehen; dazu ein Garantiepakt zur gegenseitigen Anerkennung der Grenzen.** War Mussolini nun schon bereit, diese Pakte zu unterzeichnen, so wehrte er sich doch gegen **Rumäniens Beteiligung,** er wollte nicht, daß die Kleine Entente als Staatenblock beteiligt würde, wodurch das Übergewicht Frankreichs im Donaauraum geschaffen würde.

An der Jahreswende 1934/35 verwässerte Österreich den französischen Donauplan gründlich. Die Wiener Regierung beanstandete in Paris die **Beteiligung der Nachfolgestaaten** am Garantiepakt, und ganz bescheiden schraubte Laval jetzt seine Ansprüche auf einen zwischen Frankreich und Italien abzuschließenden **Nichteinmischungspakt** zurück, er verzichtete auf einen Garantiepakt unter aktiver Beteiligung der Kleinen Entente. Jetzt lud Mussolini, dem es darauf ankam, in Afrika freie Hand zu erhalten, Laval telefonisch nach Rom ein, und am 4. Januar 1935 traf der französische Außenminister zu zweitägigen Verhandlungen in Rom ein – etwas zu kühl empfangen, wie die Franzosen meinten. **In fünf Protokollen wurde nun die gemeinsame Politik beider Staaten festgestellt.** Drei Protokolle betrafen Afrika; Frankreich trat südlich **Lybien im Tibestigebiet** ein großes Stück (114 000 qkm) an Italien ab, jedoch ohne ihm den Zugang zum Tschad-See zu gewähren; auch in Französisch-Somaliland willigte Frankreich in eine Grenzberichtigung zugunsten Italiens. Bezüglich der Italiener in Tunis setzte sich der französische Standpunkt durch: zehnjährige Verlängerung des gegenwärtigen Zustandes mit anschließender Überleitung in die normale Einbürgerungsgesetzgebung. Italien verzichtet auf die Nationalitätsvorrechte des Abkommens von 1896. Jedoch die Gefahr für Frankreich, daß die Zahl der in Tunis lebenden Italiener wesentlich größer als die der Franzosen ist, wurde dadurch nicht beseitigt. Die stille Italisierung von Tunis ging weiter. In einem anderen Protokoll wurde die gemeinsame italisier-französische Politik in **Südosteuropa** behandelt, hierin wurde auch ein französisch-italischer Konsultativpakt über ein gemeinsames Vorgehen bei Bedrohung der österreichischen Unabhängigkeit aufgenommen und schließlich eine Empfehlung an

die Nachbar- und Nachfolgestaaten, ein Abkommen über gegenseitige Achtung ihrer Grenzen und Nicht-einmischung in ihre inneren Angelegenheiten abzuschließen. Dieser zweite Pakt sollte zwischen Italien, Deutschland, Österreich, Ungarn, Tschechoslowakei, Polen, Rumänien, Südslawien geschlossen werden, und diese Staaten sollten auch eingeladen werden, dem französisch-italischen Konsultativpakt beizutreten. Ein letztes Protokoll beschäftigte sich mit Rüstungsfragen. (Vgl. **Anlage 6.**)



Mussolini und Laval unterzeichnen die römischen Protokolle. In der Mitte stehend: Baron Aloisi.

Photo Scherl.

Hatte Mussolini durch die Einigung mit Frankreich und seinen Trabanten, der Kleinen Entente, die auf der Konferenz von Laibach am 11. Januar den römischen Beschlüssen zustimmte, zwar auf seine bisherigen revisionistischen Ziele im Donauraum verzichtet, so hatte er doch die Möglichkeit freierer Entfaltung in Afrika, wo die Auseinandersetzung mit Abessinien bevorstand, gewonnen. **Frankreich** aber hatte sich einen regelrechten Bundesgenossen gegen Deutschland verschafft. Der tiefere Sinn des römischen Vertrages war der: **Frankreich war im Begriff, außerhalb des Völkerbundes ein Bündnissystem aufzubauen, das demjenigen der Vorkriegszeit, das der Einkreisung Deutschlands diente, sehr ähnlich oder gar gleich war. Außer der Kleinen Entente standen nun auch Rußland und Italien in der französischen Front. Aber das war eine sonderbare Verbindung. – Die Zukunft mußte lehren, wieweit der Bolschewist und der Faschist am Strange der bürgerlichen Republik Frankreich gemeinsam zu ziehen bereit waren.**



3.

Nach dem Zusammenbruch der Abrüstungskonferenz im Juni 1934 standen die Dinge auf dem europäischen Festlande so, daß die drei Großmächte Frankreich, Rußland und Italien für die vom Führer Deutschlands beabsichtigte Friedensaufbaupolitik vorläufig nicht in Frage kamen. Denn auch Italien war vom österreichischen Putsch bis zum Ausbruch des abessinischen Krieges merklich verstimmt gegen Deutschland, eine Tatsache, die durch die französisch-italische Einigung vom Januar 1935 noch besonders unterstrichen wurde.

Es war gleichsam schicksalhaft, daß der Führer in Europa lediglich eine Großmacht fand, die mit ihm durch das gleiche ehrliche Streben nach dem Frieden und seiner Erhaltung verbunden war: Großbritannien. Es gibt in der neueren englischen Geschichte wohl kaum eine so bedeutsame Zeitspanne wie die zweite Hälfte des Jahres 1934, in der die britische Politik eine so tiefe, innere Wandlung erfuhr.

Im ersten Kapitel zeigte ich die unmittelbare Folge, die die Erkenntnis vom Zusammenbruch der Abrüstungskonferenz in England bewirkt hatte: **eine vorübergehende Erschöpfung der politischen Kraft, ein Hervortreten militärischer Elemente, heftige Aufrüstung in Anlehnung an Frankreich.** Jedoch die Regierung des Empire war nicht willens, in die Fehler von 1919 zurückzufallen. Sie wußte, daß, nachdem Adolf Hitler den Bann von Versailles gebrochen hatte, Aufrüstung allein keine Friedensgewähr bildete. Nicht die Generäle dürfen den Gang der Dinge bestimmen, wie sie es in der auf Bündnisse gerichteten Politik Frankreichs taten, sondern die Staatsmänner; und wenn die aufrichtig den Frieden wollten, dann war er gesichert. Die nüchterne Erwägung, daß man dem neuen Deutschland die geforderte Gleichberechtigung nicht mehr versagen konnte, andererseits der Starrsinn der Franzosen und ihre Hinwendung zu Rußland führte ganz von selbst zu einer Annäherung Englands an das Reich, die durch das Entgegenkommen des Führers erleichtert und gefördert wurde.

Jedoch bevor wir die Entwicklung der zu den größten Ereignissen führenden deutsch-englischen Annäherung verfolgen, müssen wir ein Ereignis betrachten, das wie eine dunkle Wolke über den Himmel der britischen Politik zog. Es waren die von Mitte Oktober bis Mitte Dezember 1934 auf Englands Veranlassung und Einladung in London abgehaltenen **Vorbesprechungen für die 1935 geplante Flottenkonferenz**.

Es gibt auf unserer Erde drei **große maritime Hochspannungsgebiete: den Stillen Ozean, in dem sich die Interessen der Vereinigten Staaten und Japans kreuzen, den Atlantischen Ozean, an dem England, Frankreich und die Vereinigten Staaten beteiligt sind, und das Mittelmeer, wo Italien, Frankreich und England den Ausgleich ihrer politischen Ziele herzustellen haben**. Dem Washingtoner Flottenabkommen folgte das Londoner Flottenabkommen, und dies sollte auf der für 1935 geplanten Konferenz revidiert werden. An diesem Londoner Flottenabkommen waren nur England, die Vereinigten Staaten und Japan beteiligt gewesen. Frankreich war nicht erschienen, weil es sich weigerte, die Flottenparität mit Italien anzuerkennen; es beanspruchte eine größere Flotte, da es eine Mittelmeerküste und eine atlantische Küste zu schützen habe. Für England hatte das Beiseitestehen Frankreichs großen Nachteil gehabt. Denn Englands U-Bootsraum z. B. war in London auf 52 700 t begrenzt worden, während Frankreich 1934 bereits über 90 000 t U-Bootsraum verfügte!

Andererseits war **Japan** der Ansicht, daß die ihm in Washington und London auferlegte Flottenbeschränkung – es war für Vereinigte Staaten zu England zu Japan das Verhältnis 5 : 5 : 3 festgesetzt worden – wegen seiner wachsenden Bedeutung im Stillen Ozean nicht mehr gerechtfertigt sei. Hier geriet es in Meinungsverschiedenheiten mit den Vereinigten Staaten. Diese suchten jetzt in Rußland ein Gegengewicht gegen Japan und verlangten dessen Hinzuziehung zu den Londoner Vorbesprechungen, was aber von den Japanern abgelehnt wurde. Wenn nun die achtwöchigen Vorbesprechungen in London ergebnislos verliefen, so lag das daran, weil der japanische Admiral Yamamoto und der amerikanische Beauftragte Norman Davis nicht einig werden konnten.

Japan kam mit einem fertigen Programm nach London: Kündigung des Washingtoner und Londoner Abkommens, Parität im Verhältnis 4 : 4 : 4, Höchstmaß für Großkampfschiffe (20 000 Tonnen), Abschaffung der Flugzeugmutterschiffe als Kriegswaffe, keinerlei neue Uferbefestigungen, Beibehaltung der U-Bootsflotte durch Japan mit Rücksicht auf seine besondere geographische Lage am Stillen Ozean. Die Japaner erklärten, sie wünschten nicht etwa eine Flotte, die nun schon gleich so groß sei wie die britische, aber wünschten das Recht, ihre Flotte unter Umständen durch Neubauten auf den Umfang der britischen zu bringen. Obwohl sie anfänglich alle politischen Fragen abgelehnt hatten und sich nur auf technische Fragen beschränken wollten, sahen sie sich doch genötigt, gegen Ausgang November zur Begründung ihrer Forderungen politische Motive heranzuziehen: sie verlangten von vornherein die Absage an jeden Angriff und jede Bedrohung sowie die völlige Gleichstellung mit den beiden anderen Mächten im Hinblick auf die nationale Sicherheit.

England und die Vereinigten Staaten standen mit besorgten Mienen diesen Forderungen des japanischen Meernebenbuhlers gegenüber. England regte bei den Vereinigten Staaten eine "Vertagung" der Vorbesprechungen an, diese waren einverstanden, doch Japan wollte weiterverhandeln. Am 19. Dezember 1934 vertagte dann Sir John Simon die Besprechungen. Sie hatten zwei Folgen: Die bisher etwas getrübbten Beziehungen zwischen England und den Vereinigten Staaten wurden infolge der japanischen Haltung aufs neue gefestigt, Japan aber kündigte das Washingtoner Flottenabkommen; der japanische Ministerpräsident erklärte am 13. Dezember in Tokio, weil Amerika und England den japanischen Vorschlägen ablehnend gegenüberstünden, sei Japan gezwungen, das Abkommen zu kündigen. Am 29. Dezember empfing Staatssekretär Hull in Washington die Note, die den Wortlaut hatte: "Gemäß Artikel 23 des Vertrages von Washington gibt die japanische Regierung der Regierung der Vereinigten Staaten hiermit von ihrem Entschluß Kenntnis, den Vertrag zu kündigen, der nach dem 31. Dezember 1936 außer Kraft tritt."—



Erfolgreicher waren **Englands Friedensbemühungen in Europa**. England dämpfte das **Kriegsgeschrei, das Anfang November um das Saargebiet** sich erhob. England besänftigte den **Anfang Dezember sich zwischen Südslawien und Ungarn erhebenden Kriegslärm**. England wirkte in Südslawien im Sinne einer Annäherung an Italien und in Italien im Sinne einer Annäherung an Frankreich. **Ließ die französische Politik in den beiden widrigsten Fragen des ausgehenden Jahres 1934 deutlich das Hindrängen nach einer kriegerischen Lösung erkennen (Saar und Südslawien), so setzte England diesem Drange seinen absoluten Friedenswillen erfolgreich entgegen**. Daß sich die englische Politik gegenüber der französischen durchsetzen konnte, ergab sich aus der ruhigen und sicheren Haltung Adolf Hitlers. Dadurch wurde Deutschland Angelpunkt des europäischen Schicksals. Die Friedenspolitik des Führers ruhte auf zwei Pfeilern: **auf der Ablehnung des Ostpaktes und auf der Annäherung an England**.

Die Vertiefung der Beziehungen Deutschlands zu England begann mit Ausgang des Sommers 1934, und zwar zunächst auf wirtschaftlichem Gebiete. Schacht hatte eine Änderung in der Bewirtschaftung der Devisen vorgenommen, er hatte die nachträgliche Devisenzuteilung durch eine vorherige ersetzt, um den deutschen Importeuren die Möglichkeit zu geben, von vornherein zu überrechnen, wieviel Einfuhrware sie bezahlen können. Diese Änderung ging auf häufige englische Klagen zurück, Deutschland führe mehr Waren ein, als es hernach bezahlen könne. Allerdings war diese Neuordnung nun auch nicht nach dem Sinne der Engländer, sie sprachen von einer deutschen "Einfuhrkontrolle", die nicht mit dem deutsch-englischen Devisenabkommen übereinstimme. Die Folge dieser Meinungsverschiedenheit war eine von Schacht an den englischen Handel ergehende Einladung zu Besprechungen in Berlin.

Neben diesen Wirtschaftsverhandlungen wuchsen im Laufe der Herbstwochen **politische Besprechungen von großer Tragweite heran**. Ihr Erfolg wurzelte vor allem in jener englischen Erkenntnis, die Ministerpräsident MacDonald am 29. Oktober etwa so formulierte: **Englands guter Wille zur Abrüstung sei fruchtlos gewesen, es sei jetzt an der Zeit, daß England an seinen Schutz denke**. Allerdings mußte der Begriff Schutz eindeutig klargestellt werden. Es konnte sich hierbei **nicht bloß um Aufrüstung** handeln, sondern vor allem um die **Organisation eines zuverlässigen Friedenszustandes der Nationen**. So faßte es wenigstens das englische Volk auf. Bei den Wahlen Anfang November errang die **Arbeiterpartei in England und Schottland, die ausgesprochene Trägerin des pazifistischen Willens, einen gewaltigen Sieg, sie eroberte etwa 60 Prozent der Gemeinderäte**, in London z. B. 15 von 28 (1919: 14, 1922: 8, 1931: 3), in Glasgow stieg sie von 8 auf 14 Sitze. Diese politische Entwicklung stellte der militärischen gegenüber das nötige Gleichgewicht her. Sie hat wohl unmittelbar **Hendersons Geste vom 5. November** ausgelöst, als er das Präsidium der Abrüstungskonferenz auf den 20. November nach Genf einlud. Dies alles bewies, wie außerordentlich heftig die Engländer sich innerlich gegen die drohende Militarisierung der Politik sträubten. – Aus diesem Grund auch beförderte die Verstimmung gegen Frankreich, dem man die Schuld am Scheitern der Abrüstungskonferenz gab, und damit auch gegen die französische Partei innerhalb Englands eine zusehends wachsende Erstarkung der deutschfreundlichen Kreise.

Eine erste Übereinstimmung von hoher Bedeutung zwischen London und Berlin ergab sich Anfang November in der Saarfrage, als Frankreich falschen Kriegslärm machte. Es war eine aufsehenerregende Erklärung, als Simon am 6. November gegenüber den französischen Vorstellungen **die Befriedigung der britischen Regierung über die deutsche Loyalitätserklärung** ausdrückte (vgl. **[6. Teil] Bd. 1 Seite 370**). Das war ein Wendepunkt, die Saar war den Engländern ein Prüfstein für den ehrlichen und aufrichtigen Friedenswillen Hitlers geworden. Es läßt sich von nun an in der englischen Öffentlichkeit ein Erstarken der deutschfreundlichen Strömung deutlich feststellen. **MacDonald**, der überzeugter Pazifist und doch einer der eifrigsten Förderer der gegendeutschen Politik in der Vergangenheit war, erklärte in einer Rede am 9. November: Der Frieden sei die Hauptforderung der Zeit; England sei der beständigste und zuverlässigste Arbeiter für den Frieden; es bedaure, wenn Deutschland weiter aus Genf fernbleibe, und seine Regierung werde nie müde werden, dem deutschen Volke nachdrücklichst klarzumachen, daß es sich nicht gerecht werde, wenn

es allein bleibe. Aber er sagte auch, **eine große Genugtuung herrsche in England über die (deutschen) Erklärungen der letzten Tage, welche eine friedliche Abstimmung im Saargebiet verbürgten. Das war für MacDonald ein kleines Äquivalent für die Enttäuschung über den Zusammenbruch der Abrüstungskonferenz, der nach des Premierministers Meinung durch das Verhalten Deutschlands herbeigeführt worden war.** Am gleichen Tage sprach der **General Sir Jan Hamilton**, ein bekannter Heerführer des Weltkrieges, und bekundete in seinen Worten eine starke Sympathie für Deutschland. Mit einer versteckten Anspielung auf Frankreich sagte er, er ginge lieber mit den Deutschen als mit anderen auf die Tigerjagd, wenn eine solche in Europa abgehalten werden sollte! Am Waffenstillstandstage, dem 11. November, warnte der greise **Lloyd George** vor einer Wiederholung der Kriegsschrecken: das nächstemal würden Kinder an der Front stehen; er meinte zwar, MacDonalds Rede sei "voll düsterer Ahnungen" gewesen, doch schloß er mit einem bitteren persönlichen Angriff auf den franzosenfreundlichen Außenminister John Simon und seine politische Tätigkeit im Kriege. Am 15. November richteten auch die *Times* scharfe Angriffe gegen den Minister, der die "zweifelhafte Ehre habe, von denen gelobt zu werden, die für Isolierung und Aufrüstung eintreten"; die Zeitung sprach bereits von der Möglichkeit, daß die Regierung umgebildet werde. Sir John Simon, der Sohn des Wallisers und der Französin, hatte in seiner bisherigen Politik zwischen London und Genf stets Paris zwischengeschaltet. Sein Verhalten auf der Abrüstungskonferenz tendierte unverkennbar nach Paris. Die Zeiten hatten sich aber jetzt geändert. Gegen Ausgang 1934 rückte für ihn unter dem Drucke der öffentlichen Meinung die Entscheidung in greifbare Nähe, entweder den Kurs zu ändern oder von der politischen Bühne abzutreten. –

Die Erkenntnis von der Gerechtigkeit der deutschen Forderungen führte in England einen allmählichen, aber nachhaltigen Stimmungsumschwung herbei. Entscheidend war nun, daß am 8. November der **Sonderbeauftragte des Führers in Abrüstungsfragen, von Ribbentrop**, in London eintraf. **Diesem persönlich hochbescheidenen Manne gebührt das geschichtliche Verdienst dafür, daß des Führers gigantische Politik in der Folge so reiche Früchte tragen konnte!** Wir wissen heute noch nicht, was Ribbentrop in England verhandelt hat, aber schon am 13. November berichtete die Presse des Auslandes, **Ribbentrop wolle England für den Gedanken gewinnen, daß Deutschland im kommenden Frühjahr gewisse Bestimmungen des Versailler Vertrages aufkündigen werde.** Lordsiegelbewahrer Eden trat dieser Behauptung am nächsten Tage entgegen: "Über eine freundschaftliche Unterhaltung hinaus hat sich nichts ergeben. Es ist uns keinerlei neuer Vorschlag gemacht worden. Eine neue Entwicklung liegt nicht vor."

Nichts zeigte den sich anbahnenden Umschwung in der englischen Politik, die Hinwendung Großbritanniens zum Deutschland Adolf Hitlers deutlicher als die am 21. November beginnende **Parlamentstagung**. Sie war beherrscht von dem Widerstreite der **militärischen**, nach Frankreich neigenden, und der **politischen**, sich Deutschland zuwendenden Richtung. In seiner Thronrede erklärte König Georg V.:

"Die Aufrechterhaltung des Weltfriedens ist dauernd ernsteste Sorge meiner Regierung; sie wird fortfahren, die Unterstützung und Erweiterung der Autorität des Völkerbundes zu einem Hauptpunkt ihrer Politik zu machen. Sie hofft ernstlich, daß **das allgemeine Werk der Abrüstungskonferenz** aktiv in einer **politischen Atmosphäre** wieder aufgenommen wird, die für die Erzielung endgültiger Ergebnisse günstig ist. Inzwischen werden angestrengte Bemühungen unternommen werden, um internationale Vereinbarungen über Fragen zu erreichen, die gesondert behandelt werden können."

Diese Sätze enthalten den Kern der englischen Bestrebungen, **Frieden in der Welt, Verminderung der Rüstungen, tatsächliche Gleichberechtigung Deutschlands.** England war im Prinzip bereit, dem neuen Deutschland wehrpolitische Zugeständnisse zu machen, wenn dies seinerseits sich verpflichtete, die Forderungen der englischen Friedenspolitik nach Rüstungsbegrenzung zu erfüllen.

Über die Durchführung allerdings herrschten doch recht abweichende Meinungen innerhalb der Parteien. Am 25. November bezeichnete der Konservative Baldwin **das von der pazifistischen Arbeiterpartei geforderte Kollektivfriedenssystem als seltsam**, da Deutschland, Japan und die

Vereinigten Staaten nicht dem Völkerbunde angehörten. Die Forderung der Arbeiterpartei schein ihm noch verfrüht. **Großbritannien müsse es aber als seine Aufgabe betrachten, nicht bloß den status quo ante herzustellen und Deutschland und Japan in den Völkerbund wieder hinein-zubringen, sondern auch die Vereinigten Staaten in ihn hineinzuführen.**

Welche tiefen Gegensätze in der britischen Politik jetzt aufzubrechen drohten, das zeigten die **Verhandlungen im Unterhaus, am 18. November 1934.** In großangelegter Rede beantragte Churchill die Erhöhung der britischen Rüstungen, besonders in der Luft; seine Begründung war diese:

"Welches ist nun das große neue Ereignis, das während der letzten achtzehn Monate über uns hereingebrochen ist? Deutschland rüstet wieder auf! Nach dem, was wir hören, was uns erzählt wird, und was aus allen möglichen Quellen zu uns dringt – obgleich darüber in der Öffentlichkeit wenig gesprochen wird – besitzt Deutschland schon ein mächtiges, wohl ausgerüstetes Heer mit angezeichneter Artillerie und ungeheuren Reserven an ausgebildeten Mannschaften. Die deutschen Waffenfabriken arbeiten kräftig kriegsmäßig, das Kriegsmaterial strömt aus ihnen – bestimmt seit den letzten zwölf Monaten – in immer größerem Umfang."

Diese märchenhafte deutsche Aufrüstung bestimmte Churchill, an England den eindringlichen Appell zu richten, seine Rüstung nicht zu vernachlässigen: Großbritannien wolle beschließen, in den nächsten zehn Jahren eine Luftstreitmacht zu unterhalten, die wesentlich stärker sei als die Deutschlands. **Das deutsche Volk zwar habe gegenüber England sehr freundschaftliche Gefühle und die Annahme, daß es England angreifen werde, sei unbegründet.** Aber die deutsche Regierung könne dies bald tun, wenn Großbritannien nicht handle, denn alles, was bei der Organisation der deutschen Regierung notwendig sei, um ohne Ankündigung einen Angriff zu eröffnen, sei der Beschluß einer Handvoll Männer. (Dies Ausspielen des deutschen Volkes gegen die deutsche Regierung war eine Taktik, die die britischen Staatsmänner sehr ergiebig im Weltkrieg anwandten, und zwar mit Erfolg, weil die damalige deutsche Regierung nicht ihrer Führeraufgabe dem Volke gegenüber gerecht wurde.) Churchill fuhr fort: Es sei eine Gefahr für ganz Europa, wenn England sich in einer solchen Lage befinde, und sie könne in sehr kurzer Zeit akut werden. **Das Geheimnis, das die deutschen Rüstungen, die eine Verletzung des Vertrages darstellten, umgebe, müsse gelüftet werden.** Deutschlands ungesetzliche Luftstreitkräfte seien ebenso stark wie die englischen, in drei Jahren würden sie doppelt so stark sein. Großbritannien dürfe seine Verschleppungspolitik nicht weiter treiben.

Baldwin trat im Namen der englischen Regierung diesem Alarmruf Churchills gegen Deutschland entgegen: seine Worte seien unzutreffend. Gewiß, ein **Zustand der Nervosität sei eingetreten, der allerdings ein böses Vorzeichen für den Frieden Europas sei;** doch hoffe er immer noch auf die Möglichkeit einer Rüstungsbeschränkung. Das gegenwärtige Mißtrauen sei zurückzuführen auf die **Unkenntnis außerhalb Deutschlands und die Geheimnistuerei innerhalb Deutschlands.**

"Ich bin der Überzeugung und ich spreche hier mit einem Gefühl der Verantwortung, wenn ich von dem Zustand der Furcht rede, der in ganz Europa herrscht, nicht nur derart, wie ich ihr Ausdruck gab, sondern Furcht vor einem unbekanntem Terror, der hereinbrechen kann, eine Furcht, die in der Hauptsache auf der Unkenntnis dessen beruht, was in Deutschland vorgeht."

Eine Kritik des neuen Regimes in Deutschland liege ihm völlig fern (gegen Churchill!). Jedes Land brauche die Regierung, die es für gut halte. Gewiß stelle Deutschland Militärflugzeuge her, aber die deutsche Luftstreitmacht sei nicht halb so stark wie die gegenwärtige Luftflotte Großbritanniens.

Diese Rede bedeutet im ganzen genommen schon ein Abrücken von Churchill und den Kriegskonservativen. Jedoch stimmten beide darin überein, daß die **völlige Unkenntnis der militärischen Vorgänge in Deutschland eine Quelle ständiger großer Unruhe für die anderen Völker Europas sei,** für die Völker, die befangen in den unwahrhaftigen Vorstellungen der Vorkriegszeit im deutschen Heer den Träger eines aggressiv preußischen Imperialismus erblickten. Die nun folgende

Rede **Lloyd Georges** aber war ein offenes Bekenntnis zu Deutschland und eine Absage an Frankreich. **Deutschland warte nun vierzehn Jahre auf die Erfüllung der in Versailles gemachten Abrüstungszusagen, führte Lloyd George aus.** Er hielt Deutschlands Heer für gut in der Verteidigung, doch für schlecht im Angriff. **Der deutsche Heeresetat betrage nur die Hälfte des französischen. Er könne sich nicht vorstellen, daß Deutschland mutwillig England angreife. Frankreich besitze über vier Millionen ausgebildeter Reserven, es sei für einen großen Krieg gegenwärtig besser gerüstet als 1914. Man leihe Geld an Deutschlands Nachbarn, um mächtige Heere an dessen Grenzen aufzubauen. Wie könne man da überrascht sein, daß die Deutschen schließlich gegen das zur Revolution getrieben würden, was sie als chronische Enttäuschung ansähen?** Und dann spielte Lloyd George den letzten und stärksten Trumpf aus, den er, allerdings ohne Erfolg, schon 1919 anwandte:

"Ich sage voraus, daß in sehr kurzer Zeit – vielleicht nicht ein, vielleicht nicht zwei Jahren – die konservativen Elemente Englands auf Deutschland als ein Bollwerk gegen den Kommunismus in Europa blicken werden. Wenn Deutschland vor dem Kommunismus niederbricht und der Kommunismus Deutschland ergreift, so wird Europa folgen, weil die Deutschen ihn am besten bewerkstelligen würden. Ich bitte die Regierung, zu erwägen, ob nicht eine weitere Möglichkeit besteht, zu versuchen, die Mächte in Europa zu überreden, ihre Zusagen und ihr feierliches Versprechen, abzurüsten, wenn Deutschland dies tut, neu zu erwägen. Ihr werdet nicht Frieden in Europa haben, bis ihr das tut."

Er schloß mit den Worten: **"Meine ernste Überzeugung ist, daß die Welt von uns erwartet, daß wir ihr eine Führung geben."** Das war das stolze Selbstbewußtsein des britischen Weltbeherrschers, der in Genf nicht der *primus inter pares*, sondern der *primus omnium* zu sein beanspruchte.

Zum Schlusse erklärte Außenminister **Simon**, daß England für geregelte Rüstungsbeschränkung statt für unregelmäßiges Wettrüsten sei. –

Seit 1914 hat es wohl keine Parlamentssitzung in London gegeben, die in dem Sinne eine Zeitenwende genannt werden kann wie dieses Parlament, das wenige Monate nach dem Zusammenbruch der Abrüstungskonferenz tagte. Nie war Großbritannien weiter vom Gedanken der Bündnisse entfernt und seiner Idee des Weltreichs näher als in diesen Wochen. Das Parlament spiegelte den Widerstreit zwischen den beiden Prinzipien, wenn man so sagen darf, Versailles und Hitler wider und zeigte gerade dadurch, daß im Innersten der Streit schon entschieden war, indem Volk und Regierung sich von dem Krieg von Versailles abwandten und dem Frieden von Hitler zuneigten.

Ein bedeutsames Zeugnis der Zeitenwende war der Brief, den der **englische Zeitungskönig Lord Rothermere**, Besitzer der *Daily Mail*, *Daily Mirror*, *Evening News*, *Sunday Pictorial*, *Sunday Dispatch* und Beherrscher von 25 anderen großen englischen Zeitungen, **Anfang Dezember 1934 in der Daily Mail veröffentlichte.** Er sagt darin:

"Wenn andere leitende Persönlichkeiten vorsichtig wären, so würden sie Deutschland die Freundeshand bieten. **Ich gehöre zu denen, die glauben, daß Deutschland und Großbritannien Freunde sein sollten. Es gibt zwischen beiden Ländern keine Gegensätze.** Die meisten in England über Deutschland verbreiteten Nachrichten sind Schwindel. Hitler ist der glänzende Führer eines großen Volkes. Das Hitlerregime steht nicht vor dem Zusammenbruch und Deutschlands Wirtschaftslage ist nicht so tragisch. Ginge es nach mir, ich würde die Kriegsschuldfrage des Versailler Vertrages preisgeben, Deutschland alle unter britischem Mandat stehenden afrikanischen Kolonien zurückgeben und der deutschen Regierung mitteilen, daß Großbritannien kein Interesse an der deutschen Politik in Osteuropa habe."

Rothermere bereiste das Saargebiet und sprach unverhohlen seine Bewunderung über die zuchtvolle Haltung der Deutschen aus. Mitte Dezember weilte er, auf Ribbentrops Veranlassung, in Berlin.

Einen kräftigen Anstoß erhielt die **englische Politik in der Richtung eines deutsch-englischen Verständnisses im Dezember durch die Vorgänge in Genf und Paris.** Eden sagte Anfang Januar 1935, daß die durch die Marseiller Mordtat hervorgerufene Spannung zwischen Ungarn und Süd-

slawien eine noch ernstere Bedrohung des Friedens dargestellt hätte als die Saarfrage. Als treibende Kraft stand Frankreich hinter diesem Konflikt, wie wir sahen. Damals sprach Eden in seiner salomonischen Vermittlerrolle das Machtwort, das Europa und insbesondere England vor schwerer Kriegsgefahr bewahrte. Der Wissende konnte keinen Augenblick darüber im Zweifel sein, daß die Genfer Machtprobe zwischen England und Frankreich zwar zugunsten des ersteren ausgefallen war, daß sie aber zugleich ein Alarmsignal für Großbritannien war, sich auf dem Kontinent nach einem zuverlässigen Freunde umzusehen.

Neue Sturmzeichen wetterleuchteten über der in den gleichen Tagen stattfindenden **Veröffentlichung eines französisch-russischen Bündnisses. Die Engländer mußten in dieser Verbindung Frankreichs mit der Sowjetunion eine wahrhaft lebensgefährliche Attacke auf ihr weltumspannendes Kolonialreich, vor allem auf Indien, erblicken.** Allein schon dieser Umstand mußte es ihnen als notwendig erscheinen lassen, dem russisch-französischen militärischen Übergewicht auf dem Festlande ein Gegengewicht in irgend einer Weise zu geben. **Verbanden sich Rußland und Frankreich, dann war eine Aufrüstung Deutschlands im eigensten Interesse Englands die selbstverständlichste Sache der Welt.** Es standen sozusagen eigenste Interessen auf dem Spiele, als Rothermeres *Daily Mail* kurz vor Weihnachten (20. Dezember) **Frankreich mahnte, es möge sich einer internationalen Zusammenarbeit auf einer für alle Beteiligten tragbaren Grundlage nicht entziehen; Großbritannien habe sich bereits den praktischen Standpunkt zu eigen gemacht, daß Deutschland nicht für unbegrenzte Zeit durch starre Einschränkungen gedemütigt werden könne.** Dieser Auffassung neige auch Italien zu; Hitlers Haltung sei völlig freimütig gewesen; er wünsche aufrichtig eine Verständigung mit Frankreich, jedoch auf einer Grundlage, der ein ehrliebendes Volk zustimmen könne; wenn Deutschlands Gleichberechtigung zugestanden und eine Revision der Vertragseinschränkungen jetzt im richtigen Geiste vorgenommen werden würden, dann würde die über Europa lagernde Wolke verschwinden. –

Ernst, sehr ernst, stand es in der weihnachtlichen Zeit um Europa! Die Welt war voll banger Erwartung, erfüllt von schweren Kriegssorgen. Das alles beherrschende Gesprächsthema der Londoner war die Frage: "Krieg oder Frieden". Allerdings, an den unmittelbaren Ausbruch eines Krieges wollten sie doch nicht glauben. Sie beurteilten einen europäischen Krieg nur mit fünfzehnprozentiger, einen deutsch-französischen Krieg nur mit fünfprozentiger Wahrscheinlichkeit. Es bestand also an und für sich eine besonnene und ruhige Auffassung der Lage. Anfang Januar 1935 hielt auch die britische Regierung jede Kriegsgefahr für behoben. Eden erklärte am 4. Januar in Newcastle, es sei nicht wahr, daß ein neuer Krieg bevorstehe, "wenn es aber wirklich zu einem Krieg kommt, wird dieser das Ende der heutigen Welt bedeuten und für den Sieger wie für den Besiegten gleichermaßen vernichtend sein." –

Es steht wohl außer Zweifel, daß bereits vor Weihnachten 1934 der neue Kurs der englischen Friedenspolitik in großen Zügen festlag, die **Annäherung an Deutschland**, das seinerseits durch den Mund Görings erklärte, es wünsche ein Verhältnis fester und ehrlicher Freundschaft mit England, mit dem es durch Bande des Blutes verbunden sei, natürlich auf der Grundlage der Gleichberechtigung. Bevor der englische Außenminister Sir John Simon am 22. Dezember nach Paris fuhr, um Flandin und Laval zu einem Besuch nach London einzuladen, **bestand in den Kabinetten Londons und Berlins Übereinstimmung darüber, daß die ungerechten und einseitigen Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages für Deutschland fallen mußten.**

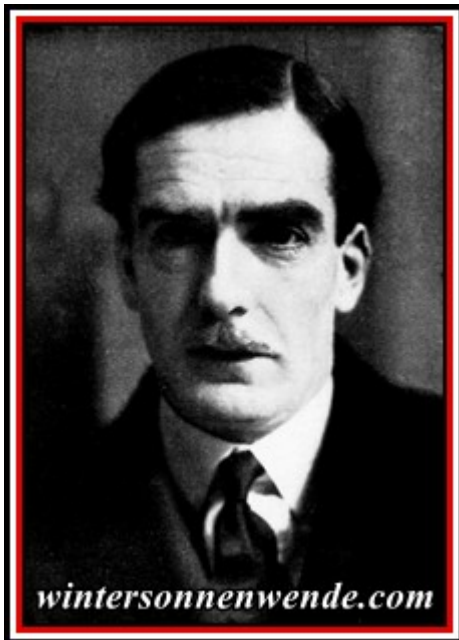


5.

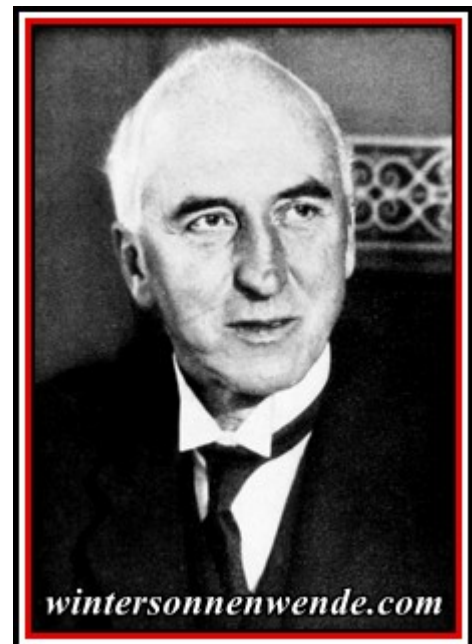
Mit der Unterredung Sir John Simons mit Flandin und Laval in Paris am 22. Dezember, dieser ersten Fühlungnahme zwischen dem zu Deutschland neigenden England und der neuen französisch-russischen Mächtegruppe, begann ein neuer Abschnitt: **er war ausgefüllt von englisch-französischen Unterhandlungen** über die Verwirklichung der deutschen Gleichberechtigung. Simon wagte an jenem Tage einen kräftigen Vorstoß; nachdem

**Großbritannien
und Frankreich**

er den Franzosen vor Augen geführt hatte, daß die britische Regierung dem Ostpakte Barthous keine Schwierigkeiten bereitet und die Genfer Einigung zwischen Südslawien, Italien und Frankreich gefördert hätte, vermochte er die französischen Minister zu bewegen, von der Note Doumergues und Barthous vom 17. April abzurücken und eine deutsche Aufrüstung unter bestimmten Voraussetzungen anzuerkennen, d. h. **auf den Boden der Genfer Gleichberechtigungserklärung vom 11. Dezember 1932 zurückzukehren**. Damit war man schon einen Schritt weitergekommen. In England versuchte man den Erfolg festzuhalten und auszubauen. Man dachte an einen großen Vorstoß Simons und Edens in Genf, wo sich der Völkerbundsrat versammelte, um die Saarfrage zu entscheiden. Der englische Botschafter in Berlin, Sir Eric Phipps, regte sogar am 10. Januar bei der Reichsregierung an, ob **Deutschland nicht als Ratsmitglied** daran teilnehmen wolle. Diesen sicher gut gemeinten Vorschlag mußte aber Hitler ablehnen, da er unter Umständen in bezug auf Hitlers Haltung dem Völkerbunde gegenüber leicht zu einem Präzedenzfall hätte gemacht werden können; England legte ja besonderen Wert auf die Rückkehr des Reiches nach Genf. **Mitte Januar 1935 begann das englische Kabinett**



*Anthony Eden,
der englische Lordsiegelbewahrer.
Photo Scherl.*



*Sir John Simon, der englische
Staatssekretär des Auswärtigen.
Photo Scherl.*

nichtsdestoweniger an die Frage heranzugehen, ob die **Militärklauseln des Versailler Vertrages gestrichen und ein allgemeiner Pakt über die Rüstungsbegrenzung abgeschlossen werden solle**. Man dachte hierbei sogar an eine **Wiederbelebung der Abrüstungskonferenz** im Februar. Gleichzeitig brachten die *Times* einen wahrscheinlich von Sir John Simon oder Eden inspirierten Artikel, worin ausgeführt wurde, daß heute, nach fünfzehn Jahren, die Bestimmungen über die militärischen Beschränkungen nicht mehr aufrechterhalten werden könnten und die Unterzeichner des Versailler Vertrages beim Völkerbundsrat die Ausschaltung der Militärklauseln im Teil V anregen möchten, vorausgesetzt, daß ein **allgemeines System der Begrenzung** vereinbart werde und auf alle Staaten ohne Unterschied angewendet würde.

Lord Allen of Hurtwood, der politische Beauftragte MacDonalds, stellte nach der Rückkehr von seiner Deutschlandreise in der Presse öffentlich fest, das Reich dürfe nicht mehr als minderwertig behandelt werden, man müsse ihm durch **internationale Übereinkunft in der Rüstungsfrage sein Hoheitsrecht zusichern**, denn nur durch die Anerkennung der militärischen Gleichberechtigung könne eine wirkliche Verständigung angebahnt werden, um so mehr, als Allen die Überzeugung gewonnen hatte, "daß Deutschland keinen Krieg will".

Der englische Plan, die drei Großmächte Großbritannien, das Reich und Frankreich auf eine gemeinsame Politik zu vereinigen, war dieser: **England wünscht Änderung bzw. Aufhebung der Versailler Militärklauseln; die hiermit de facto erreichte Gleichberechtigung soll dann gewissen etappenmäßigen Einschränkungen unterworfen werden, indem sich ihre praktische Verwirklichung innerhalb eines allgemeinen Rüstungsabkommens vollzieht; weiter wünscht England den Beitritt Deutschlands zu einem neuen, internationalen Paktsystem und damit die Zugehörigkeit Deutschlands zum Völkerbunde; zweifelhaft aber war noch, ob England bereit**

war, den Franzosen über Locarno hinausgehende militärische Garantien zu geben. Anzunehmen war es zunächst nicht.

Die Franzosen folgten der englischen Politik mit einem gewissen inneren Widerstreben. Wenn Ministerpräsident Flandin in einer über den französischen Rundfunk verbreiteten Rede am 12. Januar 1935 betonte, daß die Kriegsgefahren zerstreut seien, so meinte er vorerst jene Gefahren, die sich durch den Marseiller Königsmord erhoben hatten und durch die römische Verständigung gänzlich beseitigt worden waren. Flandin erklärte auch, daß man in den internationalen Beziehungen entgegenkommend sein und realistisch denken müsse, um den Frieden zu verdienen. Und gerade diese letzte Bemerkung barg wieder die ganze Unergründlichkeit der französischen Mentalität in sich! Der englische Journalist Ward Price wiederholte in einem Interview, das er Mitte Januar mit dem Führer hatte, die Äußerung eines hochstehenden französischen Politikers: "Wir glauben, daß Deutschland eine Politik der Versöhnung nur solange treiben wird, bis die Reichswehr sich in der Lage fühlt, einen Krieg erfolgreich führen zu können."

Die Saarabstimmung des 13. Januar 1935 war von derart gebieterischer Eindeutigkeit, daß keine Macht der Welt daran etwas zu ändern vermochte. In den Abendstunden des 17. Januar sprach der Völkerbundsrat das Saargebiet ungeteilt dem Reiche zu. **Laval** äußerte sich hierzu vor dem Völkerbundsrate folgendermaßen:

"Indem er die Rückkehr zu Deutschland begrüßte, hat Reichskanzler Hitler noch einmal seinen Friedenswillen betont. Er hat erklärt, daß der Akt vom 13. Januar einen entscheidenden Schritt auf dem Wege der Versöhnung der Völker bedeutet, und daß das Deutsche Reich keine territoriale Forderung gegenüber Frankreich habe. **Ich nehme davon Kenntnis.** Die Annäherung zwischen unsern beiden Ländern ist in der Tat eine der wesentlichsten Voraussetzungen der wirksamen Gewährleistung des Friedens in Europa. Frankreich ist friedliebend und verfolgt kein selbstsüchtiges Ziel. Es will der Würde, auf die ein großes Volk mit Recht bedacht sein muß, nicht in der geringsten Weise Abbruch tun. Aber die Geschichte lehrt, daß es in Sicherheit leben muß. Die anderen Nationen haben dasselbe Recht. Und um eines der Elemente dieser Sicherheit zu suchen, darf keine Regierung zögern, ihren Teil am Abschluß von Pakten zu übernehmen, die gerade den Zweck haben, jedem der unterzeichnenden Länder die unerläßlichen gegenseitigen Bürgschaften zuzusichern. **Erst gestern (16. Januar) hat der französische Botschafter in Berlin der Reichsregierung eine Note über den Ostpakt überreicht.** Bald werden wir nach der konkreten Form suchen, die den römischen Abmachungen gegeben werden kann, damit ihre wohltuende Wirkung sich auf alle interessierten Länder erstrecke. So faßt Frankreich seine Solidaritätspflicht auf, und das Gefühl dieser Pflicht ist für seine Schritte bestimmend. Der Friede ist ein Werk der Geduld, der Kühnheit und des Willens."

Hier in Genf, Mitte Januar, trat also die **Ende November neubelebte Paktidee wieder beherrschend in den Vordergrund der französischen Gefühle**, insbesondere hinsichtlich Deutschlands. Es war von gewisser Bedeutung, daß der **Russe Litwinow Frankreich an seine Solidaritätspflicht erinnerte.** Rußland erblickte in den römischen Vereinbarungen eine starke Bedrohung des Ostpaktes und erschwerte Lavals Bemühungen, die Zustimmung der Kleinen Entente zum Donaupakte zu erhalten. Litwinow entfachte einen neuen Ostpaktfanatismus, er erklärte, daß der Ostpakt "unabänderlich zum Angelpunkt aller diplomatischen Verhandlungen geworden" sei. Litwinow schrieb Frankreichs weitere Politik vor, indem er Laval folgendes Versprechen geradezu abpreßte: **mit Deutschland über keine Frage, auch nicht die Abrüstungsfrage zu verhandeln, bevor Deutschland dem Ostpakt und dem Donaupakt beigetreten sei; bei einer kommenden Abrüstung oder Rüstungsstillstandskonvention dafür zu sorgen, daß Frankreich und Italien einen Rüstungsvorsprung bekämen; im Falle einer deutschen und polnischen Absage an den Ostpakt die Regierungen beider Länder davon zu unterrichten, daß Frankreich mit Rußland und der Tschechoslowakei einen Vertrag ohne Deutschland und Polen schließen werde.** Und außerdem war in den französisch-russischen Besprechungen noch von einem russisch-französischen Flottenbündnis und der Rückgabe der Schwarzmeerflotte an Sowjetrußland die Rede. Litwinow hatte gut

reden: "Die Aussichten des Zustandekommens des Ostpaktes haben sich bedeutend vermehrt, und der **Abschluß des Paktes hängt gegenwärtig nurmehr von Deutschland ab.**" Daß der polnische Außenminister, Oberst Beck, den Ostpakt, dessen Text noch gar nicht existierte, scharf bekämpfte, störte Litwinow wenig. Es kam darauf an, Deutschland allein vor der Welt als den großen Störenfried hinzustellen, der aus bösem Willen die segensreiche friedensliebende französisch-russische Paktpolitik durchkreuzte! –

Ende Januar befand sich Frankreich in der kuriosen Lage, gebunden an die beiden unter sich gegensätzlichen Prinzipien Rom und Moskau mit England über die deutsche Rüstung verhandeln zu müssen. Die Erklärung vom 11. Dezember 1932, zu der sich Frankreich nun endlich bekannt hatte und aus der sich der Fortfall der Versailler Militärklauseln von selbst ergab, stand doch in einem sonderbaren, unüberbrückbaren inneren Gegensatz zum Ostpakt und zu den russischen Forderungen. Eine Folge dieser Tatsache war eine merkbare Zurückhaltung, ja Abkühlung der Franzosen gegenüber dem englischen Verhandlungswillen. So fand der englische Botschafter in Paris, Sir Clerk, als er, unmittelbar vor dem französischen Staatsbesuch in London, am 16. Januar mit Laval und Flandin auf Wunsch der Londoner Regierung zu einer Aussprache zusammentraf, eine eigentümliche Lage vor. Schwer enttäuscht stellte Clerk fest, **daß in Paris die Staatsmänner ganz unter den Einfluß Rußlands, der Kleinen Entente und des Großen Generalstabes geraten waren.** Unter Vorahnung dieses Umstandes hatte die englische Regierung bereits ihren ursprünglichen Plan – Verzichtformel der Siegerstaaten auf die militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages, Festlegung der deutschen und französischen Rüstung auf ihren gegenwärtigen Stand unter einer internationalen Kontrolle, Rückkehr Deutschlands nach Genf und Unterzeichnung einer Rüstungsstillstandskonvention – nun doch noch abgeändert durch **weitgehende Berücksichtigung der französischen Sicherheitsforderungen.** England bot nach harten und schweren Auseinandersetzungen in der eigenen Regierung **ausdrücklich die Erweiterung des Locarno-Vertrages durch ein Luftlocarno an und schlug vor, die Bestimmungen für die entmilitarisierte Rheinlandzone auch auf militärische Fluganlagen auszudehnen.** Weiterhin sollte der Völkerbund die neue Gleichberechtigungserklärung bzw. die Abänderung der Militärklausel des Versailler Vertrages beschließen, und **zwar erst nach der Rückkehr Deutschlands in den Völkerbund,** nach Abschluß einer Konvention zur Rüstungsbeschränkung und nach Ausarbeitung eines kollektiven Garantie- und Sicherheitsverfahrens durch den Völkerbund.

Selbst dieses Angebot lehnten die Franzosen zunächst ab. **Sie beharrten auf dem Ostpakt und auf der Erhöhung der französischen Effektivstärken,** bevor überhaupt von der Gleichberechtigung die Rede sein sollte. Nach stundenlangen Verhandlungen endlich gelang es Clerk, ein Mindestmaß von Übereinstimmung mit den Franzosen zu erreichen: Großbritannien stimmt jenem französisch-italienischen Protokoll der römischen Einigung zu, wonach **ein einseitiges Vorgehen Deutschlands auf dem Gebiete der Rüstungen für unzulässig erklärt wird; die Gleichberechtigungsnote vom 11. Dezember 1932** (vgl. *Der Kampf um das Dritte Reich, Band III Seite 152*) wird beiderseits als notwendige Voraussetzung zur praktischen Verwirklichung des Gleichheitsgrundsatzes anerkannt, jedoch macht Frankreich zur **unerläßlichen Vorbedingung für jegliche Rüstungsverhandlungen mit Deutschland dessen Beitritt zum Ostpakt.** England ist bereit, die **Rüstungsbeschränkungen der Verträge von 1919 und 1920 außer Kraft zu setzen,** vorausgesetzt, daß **Deutschland in den Völkerbund zurückkehrt** und daß in Genf eine **allgemeine Abrüstungsvereinbarung** zustande kommt, die die Ausführungsbürgschaften einschließt; Frankreich wünscht von England neue Sicherheitsgarantien gegen einen möglichen Angriff Deutschlands dadurch, daß die im Locarno-Pakt vorgesehene britische Waffenhilfe in einem solchen Falle automatisch eintreten soll; und schließlich sollen der Ostpakt, der mitteleuropäische Nichteinmischungspakt und die internationale Konvention der Rüstungsbeschränkungen in einen allgemeinen europäischen Friedenspakt verarbeitet werden. All das aber waren erst nur Feststellungen, aber noch keine bindenden Grundlagen für die bevorstehenden Londoner Verhandlungen, denn auch den Engländern war es klar, daß die letzten Pariser Besprechungen keine Übereinstimmung, sondern beträchtliche Meinungsverschiedenheiten ergeben hatten. Ebenso klar mußte ihnen aber auch sein, daß ihre Regierung bereits wieder

auf dem Wege war, **Frankreich große Zugeständnisse auf Kosten der deutschen Gleichberechtigung zu machen.**

Neben den diplomatischen Verhandlungen mit Frankreich lief in England eine **starke öffentliche Propaganda für Deutschland**, die im klaren Gegensatz zu den Kompromißplänen der Regierung stand. Mit größter Genugtuung hatten die Engländer Hitlers abermalige Erklärung aufgenommen, daß es nach der Regelung der Saarfrage keinerlei territoriale Streitpunkte zwischen Deutschland und Frankreich mehr gebe. **Dem englischen Journalisten Ward Price** hatte der Führer erklärt, Deutschland habe nur das Ziel, als vollständig gleichwertige Nation anerkannt zu werden; eine Unterscheidung zwischen moralischer und sachlicher Gleichberechtigung empfinde das deutsche Volk als Beleidigung; Deutschland werde von sich aus niemals den Frieden brechen, aber wer Deutschland anfasse, der werde in Dornen und Stacheln greifen; das deutsche Volk liebe den Frieden, aber es liebe auch die Freiheit, die Ehre und die Gleichberechtigung. **Lord Allen of Hurtwood**, der aus Berlin zurückgekehrt war, sprach von dem gewaltigen Ansehen, das Großbritannien in Deutschland habe. Eden hätte den Eindruck hinterlassen, daß es Großbritannien ehrlich meine und daß es seinen Einfluß bei anderen Nationen geltend machen werde. **Rothermeres Daily Mail** schilderte Hitlers aufbauende Politik. Die Ausführungen, die des Lobes voll waren über die Leistungen des Führers, schlossen: "Er hat bewiesen, daß er kein Demagoge, sondern ein Staatsmann und echter Reformator ist. Europa darf niemals vergessen, daß es ihm die Tatsache verdankt, daß der Kommunismus entscheidend und endgültig zurückgeschlagen worden ist." **Marqueß of Lothian**, der Vertreter der liberalen Partei im Oberhaus, der Ende Januar einige Tage in Berlin weilte und dort mit Hitler, Heß, Blomberg, Neurath, Ribbentrop zusammentraf, faßte seine Eindrücke zusammen: "Deutschland konsolidiert sich nach der Revolution. Es will bestimmt keinen Krieg." In zwei *Times*-Aufsätzen setzte der Lord auseinander, daß der Nationalsozialismus eine Bewegung persönlicher und nationaler Selbstachtung sei, daß die Aussichten für den Frieden sehr gute seien, wenn nur die britische Regierung die Zügel fest in der Hand habe. Deutschland wünsche keinen Krieg und sei bereit, auf ihn zu verzichten, wenn es **wirkliche Gleichheit** erhalte. Wenn auch Deutschlands Aufrüstung und Frankreichs Bündnispolitik eine schwerere Kriegsgefahr als 1914 in sich schlössen, so seien doch für einen wirklichen Frieden die besten Voraussetzungen gegeben. Die Entscheidung liege bei der britischen Regierung.

Deren politische Erkenntnis enthielten auf Grund der amtlichen und privaten Ermittlungen folgende vier Punkte:

1. Das Poincaré-Benesch-System bewaffneter Aufsicht ist zusammengebrochen.
2. Auf den Sturz der nationalsozialistischen Regierung in Deutschland darf man nicht rechnen, man muß sie also als politische Größe anerkennen.
3. Ohne Rücksicht auf den Versailler Vertrag muß man Deutschland unbedingte Gleichberechtigung mit den anderen Staaten zugestehen.
4. Man muß Hitler fragen, ob er bereit sei, sich einer allgemeinen Bürgschaft des territorialen *Status quo* in Europa für einen gewissen Zeitraum, etwa zehn Jahre, anzuschließen.

Waren sich die Engländer über die ersten drei Punkte vollkommen im klaren, so zweifelten sie auch nicht, daß der vierte Punkt in ihrem Sinne sich erledigen würde. Denn die Überzeugung, daß Hitler nicht den Krieg, sondern den Frieden wolle, hatte sich allmählich in den breitesten Schichten des englischen Volkes durchgesetzt. Und trotzdem blieb noch die Frage offen, ob und wie weit MacDonald und Simon den Franzosen in den bevorstehenden Verhandlungen entgegenkommen würden.

Es war gewiß Anfang Februar, wenn man so sagen darf, eine starke deutsche Strömung in England vorhanden. **Am 1. Februar kamen Flandin und Laval nach London, um mit MacDonald, Baldwin, Simon und Eden drei Tage zu verhandeln.** Das gab nun wieder der **französischen Partei** in London neuen Auftrieb. Diese Gruppe setzte ihre Hoffnungen auf Simon. Die **Franzosen** kamen nach London mit derselben Absicht, mit der sie nach Rom gegangen waren: **einen zuverlässigen**

Bundesgenossen gegen Deutschland zu erobern, auch sie hofften auf Sir John Simon. Sie hatten da gewisse Richtlinien mitgebracht: bevor Deutschlands Gleichberechtigung zugegeben werde, müsse es nach Genf zurückkehren; bevor mit Deutschland über Rüstungsfragen verhandelt werde, müsse es dem Ostpakt beitreten; und überhaupt müßten zwischen Frankreich und England die gegenseitigen militärischen Garantien befestigt und erweitert werden. Es war eben das, was England in Paris bereits unverbindlich zugestanden hatte, und noch etwas mehr dazu. Vor allem hatten die Franzosen das berühmte Schlagwort von der Unteilbarkeit des Friedens, das ihre Verbindung mit Rußland rechtfertigen sollte, mitgebracht. Die vorsichtigen Engländer gossen allerdings diesmal, wo sie vor ihrer Nation, ihrem Empire und der ganzen Welt große Verantwortung übernehmen sollten, doch viel Wasser in den französischen Wein. Sie wollten nicht unbedingt Deutschlands Rückkehr in den Völkerbund als zeitliche Vorbedingung für Verhandlungen machen, da diese sonst von vornherein aussichtslos sein würden. Sie wollten vielmehr einen allgemeinen Plan schaffen, der **neben** Deutschlands Rückkehr nach Genf die Frage der Sicherheit für **alle** beteiligte Länder und ein Abkommen für die Rüstungsbeschränkung enthalten sollte. Auch lehnten es die Engländer ab, **sofort** fertige Beschlüsse zu fassen, die den Schein erwecken könnten, als wolle man Deutschland vor vollendete Tatsachen stellen; es sollten vielmehr Vorschläge und Empfehlungen gemacht werden; die ganze inhaltsschwere Verhandlung sollte unverbindlichen Charakter tragen.

Andererseits fühlten sich die Engländer in ihrer Vermittlerrolle genötigt, auch **auf die Pläne der Franzosen** näher einzugehen. Sie billigten das **römische Protokoll**, insonderheit auch, soweit es "Rüstungen" betraf, sie fanden den **Donaupakt** in Ordnung und gewannen dem **Ostpakt** Geschmack ab, etwa wie man einem leicht angesengten Pudding noch Geschmack abgewinnen kann. Als Zugabe bekamen die Franzosen noch das in Paris bereits angebotene **Luftlocarno**, dessentwegen am Nachmittag des 2. Februar die plötzliche, das ganze Land aufregende Einberufung des britischen Gesamtkabinetts stattfand.

Das Londoner Kommuniqué

Aber es waren alles Anregungen, Vorschläge, Empfehlungen, Richtlinien, keine festen, bindenden Beschlüsse. Es wurde noch nicht, wie man das von früheren Konferenzen her genugsam kannte, das letzte Wort gesprochen, es fehlte jetzt hierzu noch jemand, und das war Deutschland. **Das Londoner Communiqué** vom 3. Februar 1935 (siehe **Anlage 7**) stellte die bestmögliche Vereinigung der englischen und französischen Meinungen unter den gegenwärtigen Umständen dar, aber es verriet trotz aller englischen Korrektheit doch wieder den richtunggebenden Einschlag eines französischen Windes in die Segel des britischen Schiffes, das sich langsam anschickte, wieder etwas flott zu werden und den Kurs auf Deutschland zu nehmen.

Die britische Regierung lud das Reich, sowie Belgien und Italien, unverzüglich ein, sich mit dem Plane des Luftpaktes zu befassen. Merkwürdigerweise befürwortete die britische Regierung aus **innerpolitischen Gründen eine Zweiteilung des Paktes in ein deutsch-französisch-englisch-belgisches Abkommen und in ein englisch-deutsch-italisches Abkommen. Weiterhin ersuchte sie, unter gleichzeitigem Hinweis, daß zwischen England und Frankreich in London kein Geheimbündnis geschlossen sei**, die Regierung in Washington, in die Aufhebung der aus dem Versailler Diktat in den Berliner Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland (1922) übernommenen militärischen Bestimmungen einzuwilligen. –

Im Gegensatz zu der Aktivität Großbritanniens stand **Flandins Rundfunkrede** vom 5. Februar, in der er mit akademischem Beharrungsvermögen die uralten Steckenpferde der französischen Politik ritt. Er sprach hier, wie schon so mancher französische Ministerpräsident der letzten 45 Jahre vor ihm, von dem heiligen Friedenswillen Frankreichs, er pries die Politik der Pakte als der Weisheit letzten Schluß, er bekannte sich sogar zu der Erklärung vom 11. Dezember 1932, stellte dann aber mit verhülltem Unmut, sich, wie er sagte, "jeder Polemik hierzu enthaltend", fest, daß Deutschland sich praktisch von einem Teil der ihm im Versailler Vertrag auferlegten Verpflichtungen freigemacht habe, und ließ seine Ausführungen gipfeln in der Bemerkung, daß die Rückkehr Deutschlands in den Völkerbund gleichzeitig mit dem allgemeinen Programm der Sicherheit und der Rüstungsbeschränkungen erfolgen müsse. So ward das Londoner Kommuniqué erst mit dem Sinne erfüllt, den es für die Franzosen haben mußte: mit der Überzeugung vom gerechten Frankreich und vom unge-

rechten Deutschland. Das ist die Unzulänglichkeit der Worte: ein Text und zwei Auslegungen. Die Engländer wollten zwischen Deutschland und Frankreich vermitteln, Frankreich wollte sein gutes Recht gegenüber Deutschland feststellen.

Wenn auch Flandin und Laval bei ihrer Rückkehr auf dem Bahnhof ihrer Hauptstadt von der Menge jubelnd empfangen worden waren – die Franzosen hatten das nicht unberechtigte untrügliche Empfinden, daß in London gegenüber der britischen Vermittlungsschwäche der starke französische Wille wieder sich einige Geltung verschafft hatte –, so war ihnen doch nicht wohl zumute. Hinter verschlossenen Türen nahmen sie die Vorwürfe ihrer russischen Freunde in Empfang. Schon bei den römischen Verhandlungen hatten die Moskowiter ihren Unmut nicht verhehlt: sie vermißten darin die eindeutige Isolierung Deutschlands; **in London aber schien Frankreich den in den Genfer Januarprotokollen Litwinow gegenüber versprochenen Vorrang der Ostpaktverhandlungen vor anderen politischen Besprechungen glatt preisgegeben zu haben!** Laval mußte sich gefallen lassen, daß ihm von den Russen gesagt wurde, er habe sein Versprechen gebrochen, **weil er den Luftpakt der Westmächte dringlicher behandelt habe, als den Ostpakt!** Ein solches Verhalten aber bilde eine Gefahr für die Unteilbarkeit des Friedens in Ost und West, auf die sich ja Frankreich und Sowjetrußland geeinigt hatten.

In der Tat war in London der Ostpakt, den die Franzosen Ende Januar in Paris noch als unerläßliche Vorbedingung bezeichnet hatten, zu kurz weggekommen.



4. Kapitel: Verschärfung der Beziehungen zwischen Italien und Abessinien. Beseitigung der Militärfesseln des Versailler Vertrages.

1.

Während England und Frankreich in der seit 1919 genügend bekannten Weise der Kabinettpolitik eine Übereinstimmung in der Frage der deutschen Gleichberechtigung zu erreichen versuchten, traten in Europa im Laufe von kaum zwei Monaten Ereignisse ein, deren urwüchsiger und elementarer Gewalt gegenüber alle Regierungskünste versagten.

Das erste dieser Ereignisse war die Abstimmung im Saargebiet, die mit einem vollen deutschen Siege endete. Die Folge davon war, daß der Völkerbund die Rückgabe des Saargebietes an das Reich bestimmte. Am 1. März 1935 wurde diese feierlich vollzogen. Damit war eine Quelle ständiger Unruhe und Unsicherheit in Europa aus der Welt geschafft.

Das zweite Ereignis war die **Zuspitzung der Beziehungen zwischen Italien und Abessinien**. Dieser Vorgang hatte wachsende Spannungen zwischen England und Italien im Mittelmeerraum und in Nordafrika zur Folge. Das Ansehen des Völkerbundes, der in dieser Angelegenheit völlig versagte, erhielt einen neuen empfindlichen Stoß zu den zahlreichen Prestigeverlusten der Vergangenheit.

**Italien und
Abessinien**

Das dritte Ereignis war die mutige Tat des Führers, wodurch dieser die ungerechten und einseitigen Militärfesseln, die dem Reiche durch den **Vertrag von Versailles** auferlegt worden waren, zerriß und die **Gleichberechtigung Deutschlands** verwirklichte.

Über die Abstimmung und Rückgliederung des Saargebietes ist im **1. Bande der "Errichtung des deutschen Führerreiches" Seite 358 ff.** berichtet worden. Wir wenden uns deswegen sogleich dem italisch-abessinischen Konflikte zu.

Italien war, wie oben gesagt wurde, einst bei der Verteilung der Kolonien zu kurz gekommen. Jetzt wollte Mussolini diesen Mangel ausgleichen. Die einzige Möglichkeit kolonialer Ausdehnung in Afrika bot das unabhängige äthiopische Kaiserreich, **Abessinien**. Im Jahre 1906 hatten **England, Frankreich und Italien** einen Vertrag unterzeichnet, der die Unabhängigkeit Abessiniens verbürgte, aber das Land in drei Interessensphären teilte; er wurde 1925 erneuert, als **Abessinien in den**

Völkerbund eintrat. Das Verhältnis zwischen Italien und Abessinien war aber schon jahrzehntlang recht gespannt; 1934 kam der Zündstoff zur Explosion. Einerseits hatten die italisch-französischen Kolonialverhandlungen den Kolonialwillen Italiens sehr ermutigt, andererseits alarmierte die Nachricht, daß Abessinien mit Japan einen Konzessions- und Emigrantenvertrag abgeschlossen habe, die Völker Europas. Der Negus in Addis-Abeba stellte nämlich einem japanischen Syndikat in Abessinien riesige Flächen für Baumwollkulturen zur Verfügung und gestattete, daß hier japanische Arbeiter beschäftigt werden sollten. Damit war das Signal zur **friedlichen Durchdringung Abessiniens durch Japan** gegeben, und wenn die Völker Europas nicht aufpaßten, war Abessinien eines Tages plötzlich eine japanische Kolonie.

Japan vor den Toren Europas! Das war der Eindruck in England, das Aden zu verlieren hatte, in Frankreich, das um Djibuti bangte, und in Italien, dessen Aussicht auf ein ostafrikanisches Kolonialreich bedroht wurde. Die japanische Durchdringung Abessiniens ging also sozusagen alle drei europäischen Kolonialmächte in gleicher Weise an, und zwar um so mehr, als im Laufe des Herbstes bekannt wurde, daß der Negus an Stelle der bisherigen belgischen in Zukunft japanische Militärinstruktoren zu verwenden gedachte.

Ende August verbreitete sich in der politischen Öffentlichkeit Europas die Meinung, England und Frankreich wollten Italiens Politik der friedlichen Durchdringung Abessiniens freie Hand lassen, England erhoffte hiervon eine Zurückdrängung Japans aus Afrika, Frankreich erhoffte ein Nachlassen des italischen Druckes zum Tschadsee. **Im Herbst, Mitte November, kam es in Ostafrika zu ersten Zusammenstößen:** in Gondar wurde das italische Konsulat von abessinischen Eingeborenen überfallen, kurz darauf, am 5. Dezember, fand ein erstes ernstes Gefecht bei Ual-Ual statt, als eine italische Truppenabteilung mit der abessinisch-britischen Vermessungskommission zusammenstieß und behauptete, diese befinde sich auf italischem Gebiete. Abessinien schob die Schuld auf Italien und erhob Einspruch beim Völkerbund, Mitte Dezember. Jedoch die mehrfachen abessinischen Proteste blieben ohne Erfolg. In der italischen Presse wies man auf die Gefahr des wachsenden militärischen Einflusses Japans in Abessinien hin, während in England sich das Gerücht verbreitete, es bestehe zwischen England, Frankreich und Italien ein Geheimabkommen über die Drittelung Abessiniens in wirtschaftliche und politische Einflußsphären. In Abessinien aber stieg die Erregung gegen Italien seit Anfang 1935 immer höher, weil man glaubte, Italien habe von Frankreich gegen Zugeständnisse in Europa freie Hand erhalten, das Protektorat über Abessinien aufzurichten.

Der Negus von Abessinien, Haili Selassie, hatte im Dezember 1934 und Januar 1935 verschiedene Male vor dem Völkerbunde in Genf gegen das Vorgehen Mussolinis und gegen tägliche Grenzverletzungen durch italische Truppen Einspruch erhoben. Beide Staaten waren Mitglieder des Völkerbundes. Dieser aber zog es vor, einer Entscheidung auszuweichen. **Am 19. Januar 1935 vertagte man in Genf nach bewährtem Beispiel die Behandlung des Streitfalles,** nachdem beide Staaten sich dem Rate gegenüber verpflichtet hatten, alle Maßnahmen zu unterlassen, die die Lage erneut erschweren könnten, und den Zwischenfall von Ual-Ual, vom 5. Dezember 1934, gemäß dem italisch-abessinischen Vertrag vom Jahre 1928 schiedsrichterlich zu erledigen.

Jedoch die Tatsachen waren stärker als der gute Wille. Zwei Tage vor der Genfer Vereinbarung hatte ein aufständischer Nomadenstamm Abessiniens in **Französisch-Somaliland** einen französischen Regierungsbeamten, 16 eingeborene Soldaten und 94 Eingeborene ermordet. Dieses Ereignis zeigte offenkundig, daß der Negus nicht in der Lage war, in seinem Reiche Ordnung zu halten und die Interessen der Europäer zu schützen. **Der Vorfall wurde in Rom bekannt, und Mussolini entschloß sich, unbeschwert durch die Genfer Vereinbarung, in Abessinien Ordnung zu schaffen.**

Ein Zurück gab es für den Duce nun nicht mehr. Mit gesammelter Kraft konzentrierte er sich jetzt auf Ostafrika. Am 24. Januar nahm er eine **umfassende Regierungsumbildung** vor. Er selbst war Minister des Äußeren und des Inneren, des Heeres und der Flotte, der Luftwaffe, der Kolonien und der Korporationen. Neben ihm, dem siebenfachen Minister, gab es noch sechs Minister für Finanz, Justiz, öffentliche Arbeiten, Landwirtschaft, Erziehung und Verkehr, die sämtlich ausgewechselt

wurden. Die neue Regierung bedeutete eine Sammlung aller Kräfte des Landes auf die bevorstehende Auseinandersetzung.

Die Schwierigkeiten des Vorhabens lagen für Italien allerdings **weniger in den militärischen Verhältnissen Abessiniens, als vielmehr in den geographischen und klimatischen**. Das Land hatte zehn Millionen Einwohner auf 1 120 400 Quadratkilometer, wovon immerhin zwei Millionen aufgeboden werden konnten. Aber es verfügte nur über eine halbe Million Gewehre, 250 Maschinengewehre, 180 Kanonen, fünf oder sechs Tanks und etwa zehn Flugzeuge. Hinderlich waren die gebirgige Dürre des Landes, die spärliche Besiedelung, die fehlenden Verkehrswege, sowie die Unannehmlichkeiten der Regenzeit und der durch das Klima bedingten Krankheiten. Nicht der Kampf mit den Waffen, sondern der Kampf mit den tausend unsichtbaren höheren Gewalten war auf Abessiniens Erde das gefährliche.

Aber **die immer umfangreicher werdenden Gefechte in den Grenzgebieten Ostafrikas** ließen dem Duce keine andere Möglichkeit als die des bewaffneten Eingreifens. Entweder spielte der Negus ein unaufrichtiges Spiel, oder seine Regierung war in der Tat nur ein Scheinregiment, denn während er Genf mit Hilferufen bestürmte, überfielen seine Krieger in den Grenzgebieten der italienischen Kolonien die Soldaten Italiens und töteten sie. Mussolini sah sich genötigt, in der zweiten Februarwoche zwei Divisionen, 25 000 Mann, zu mobilisieren, in erster Linie Spezialtruppen, Flieger, Tanks, leichte Artillerie, Sanitäter, weniger Infanterie. Der Negus seinerseits zog 30 000 gut bewaffnete Leute an den Grenzen zusammen. In Rom war man überzeugt, daß man tatkräftig die Kolonien verteidigen müsse.

Hinderlich war da wieder das **Verhalten der anderen Großmächte**. Auf Grund des Abkommens von 1906 war Mussolini genötigt, in **London** und **Paris** das Einverständnis zu seinem Vorgehen zu erlangen. Während er selbst immer noch Sühne für Ual-Ual forderte, mußte er zu seinem Ärger feststellen, daß Frankreich nichts wegen des Überfalls vom 18. Januar zu unternehmen gewillt war und England entschieden für eine friedliche Beilegung des Konfliktes eintrat. Es verlangte vom Duce Mäßigung und riet dringend, sofort und unmittelbar mit dem Negus zu verhandeln. Auf den ersten Blick machte Englands Haltung im Abessinienkonflikt während des Frühjahrs einen unentschlossenen, ja schwachen Eindruck. Es mahnte, drohte, griff auch wohl selbst auf beiden Seiten ein, führte aber seine Vermittlung nicht energisch durch. Man möchte, wie *Echo de Paris*, von einer "wohlwollenden Neutralität Englands gegenüber Italien" sprechen, die wohl darin ihren Grund hatte, daß ein großer Teil des englischen Volkes es gern gesehen hätte, wenn Italien den japanischen Einfluß in Afrika und am Roten Meere zurückgedrängt hätte. **Frankreich** zeigte sich über Englands Haltung befriedigt, **Japan** ließ durch seinen Botschafter Fujimura in Rom erklären, daß es sich entschieden jeder Besetzung Abessiniens durch eine fremde Macht widersetzen werde, denn es habe in Abessinien starke wirtschaftliche Interessen, und allgemein war man der Ansicht, daß Japan den Abessiniern das Rückgrat stärke. Diese äußeren Hemmungen wirkten im **Obersten Kriegsrat** nach, der am 12. Februar unter Mussolinis Vorsitz in Rom tagte. Hier wurden **vier Sühneforderungen** aufgestellt, die mit Rücksicht auf die anderen Mächte, vor allem auf England, noch nicht in der Form eines Ultimatus nach Addis Abeba geschickt werden sollten: Abessinien sollte Entschädigungen für den entstandenen Sachschaden leisten, sich entschuldigen, der italienischen Flagge in Addis Abeba die Ehre bezeugen und die Achtung der Grenzen feierlich verbürgen. Die Forderungen, durch welche Italien, wie es den Engländern erklärte, sich Abessinien gegenüber nur das Recht vorbehalten wollte, spätere Schadensersatzansprüche zu stellen, waren maßvoll und konnten von Abessinien, wenn es guten Willens war und vor allem die Möglichkeit zum guten Willen besaß, erfüllt werden. Aber gerade das bezweifelte Mussolini, er glaubte nicht, daß der Negus in der Lage sei, eine wirksame Kontrolle über die Grenzstämme auszuüben. Für alle Fälle übertrug er dem **General Rudolpho Graciani**, dem Bezwiner der lybischen Revolte, das Oberkommando der Abessinienexpedition. Der traf Anfang März in Italisch-Somaliland ein.

Die abessinisch-italischen Verhandlungen über die Bildung neutraler Zonen schleppten sich in Rom von Tag zu Tage hin, während draußen in Afrika die Zusammenstöße immer häufiger und heftiger wurden. Als am 14. Februar mit der Verschiffung der beiden mobilisierten Divisionen begon-

nen wurde, erklärte Mussolini, daß dies noch keine Massentransporte seien; sollten solche aber in nächster Zeit erfolgen, dann hätten sie nur den Auftrag, die italienischen Grenzposten gegen abessinische Angriffe zu verstärken. **Die Drohung gegen Abessinien war zugleich eine Beschwichtigung für England.** Die abessinische Regierung erklärte demgegenüber in Rom, daß die Sicherheit von Italienisch-Somaliland durch Abessinien nicht bedroht worden sei; die Mobilmachung von zwei italienischen Divisionen sei durch keine militärische Maßnahme Abessiniens gerechtfertigt; die Nachricht von dieser Mobilmachung sei nicht geeignet, die Atmosphäre des Vertrauens für eine befriedigende Fortführung der Verhandlungen über die Bildung einer Vergleichs- und Schiedskommission zur Lösung der italienisch-abessinischen Streitfrage zu erhalten. Abessinien trug unverkennbare Ablehnung gegen weitere Verhandlungen zur Schau. Der Negus betonte in privaten Gesprächen, daß er gern bereit sei, die Verantwortlichkeiten festzustellen und eine neutrale Zone einzurichten, er lasse sich aber nicht durch militärische Vorbeugungsmaßnahmen zwingen.

Mussolini gab keine Antwort auf die abessinische Erklärung. Am 16. Februar beschloß der Große Faschistische Rat, **Milizbataillone nach Ostafrika** zu senden und nötigenfalls weitere Milizabteilungen aufzubieten. Er dehnte die **Militärdienstpflicht vom 18. bis zum 55. Lebensjahre aus, wodurch Italien in der Lage war, über die stattliche Zahl von sieben bis acht Millionen wehrfähiger Männer zu verfügen.** Indem der Große Faschistische Rat Mussolini ermächtigte, alle erforderlichen militärischen Vorkehrungen zu treffen, erteilte er ihm die Blankovollmacht, den Konflikt mit Abessinien bis zu Ende auszutragen. Vier Tage später hielt es der **Oberste Rat für Landesverteidigung** für nötig, auf seiner zwölften Jahrestagung der Nation zu sagen, daß er in den ersten zwölf Jahren seines Bestehens seine Aufgabe gelöst habe, die darin bestehe, rechtzeitig die unerlässlich notwendigen Mittel bereitzustellen, damit eine etwaige kriegerische Aktion sich unter Voraussetzungen entfalten könne, die den Sieg ermöglichen. Er verkündete dem Volke, daß es seinen Bemühungen gelungen sei, Italien in der Versorgung mit Lebensmitteln – außer Fleisch –, Brennstoffen, Schmierölen und Erzen unabhängig vom Auslande zu machen. Während die Diplomaten in Addis Abeba verhandelten und sich abwechselnd mit Vorwürfen überhäuferten, zog der Duce seine **Soldaten zusammen und schickte sie übers Meer.** Allein in der ersten Hälfte des Februar meldeten sich 70 000 Schwarzhemden, die in die nach Afrika abgehenden Kampftruppen eingereiht werden wollten. Tag für Tag liefen aus den Häfen Italiens, vor allem aus **Neapel und Messina**, von der begeisterten Menschenmenge umjubelt und festlich geschmückt, die großen Transportdampfer aus, die, in respektvoller Entfernung von englischen Kriegsschiffen begleitet, ihren Weg durch den Suezkanal und das Rote Meer nahmen, um in Erythraa zu landen. **Bis Ende Februar waren etwa 50 000 Mann nach Ostafrika abgeschickt.** Der Transport von Neapel bis Massaua dauerte zehn Tage. General Graciani selbst schiffte sich am 12. Februar in Messina ein.

Indessen schien es, als sollte die **von England geförderte und von Frankreich unterstützte friedliche Beilegung des Konflikts wieder erfolgreich fortschreiten.** Die Tage vom 16. bis 20. Februar zeigten die Tendenz einer offenbaren politischen Entspannung; schiedsrichterliche **Grenzkommis-sionen** sollten gebildet werden, deren Aufgabe die Festsetzung einer neutralen Zone zur Verhinderung von ferneren Zwischenfällen sein sollte. Damit trat der Konflikt aus der Phase der direkten diplomatischen Verhandlungen beider Staaten, die, wie wir sahen, erfolglos geblieben waren, in das Stadium der schiedsrichterlichen Behandlung. Aber schon am 21. Februar kamen die Verhandlungen in Addis Abeba über die Beilegung des Grenzkonfliktes zum Stillstand. Italien erhob Einspruch, daß in die abessinische Grenzkommision militärische Mitglieder ausländischer Gesandtschaften aufgenommen wurden, und der Negus setzte seine Verteidigungsmaßnahmen systematisch fort



*Faschistische Miliz marschbereit nach Abessinien.
(Vor dem Bahnhof in Rom.) Photo Scherl.*



Ein für Ostafrika bestimmter Transport verläßt den Hafen von Genua. Photo Scherl.

unter Hinweis auf die ständigen Truppentransporte Italiens. Die Engländer zürnten deswegen Mussolini. Dieser beschränke sich nicht mehr auf Wiedergutmachung, sondern wolle die Gelegenheit benutzen, um die seit langem begehrten Vorteile für den italienischen Handel in Abessinien zu gewinnen. Falls seine "Vorbeugungs-" und "Verteidigungs"maßnahmen die Gefahr eines Kriegsausbruches in sich schlössen, würde Großbritannien Italien gegenüber energisch vorgehen, um diese noch in letzter Minute abzuwenden.

Gegen Ende Februar waren die italisch-abessinischen Verhandlungen, die auf Großbritanniens Drängen hin wieder aufgenommen worden waren, abermals auf dem toten Punkt angelangt. Am 27. Februar erklärte der **abessinische Geschäftsträger in Rom** feierlich:

"Als Vertreter meines kaiserlichen Herrn Haili Selassie schwöre ich bei meiner Ehre und bei der Ehre meiner Nation, daß die Regierung von Abessinien niemals daran gedacht hat und niemals daran denkt, die beiden benachbarten italienischen Kolonien Somali und Erythraa mit den Waffen anzugreifen."

Italien könne sich seine Truppenverschiffungen sparen. Mussolini entgegnete, daß die Tatsachen das Gegenteil bewiesen, Abessinien's Friedensbeteuerungen hätten erst Wert, wenn sie durch das tatsächliche Verhalten bestätigt würden. Der Duce erhöhte das Tempo der Truppentransporte.

Wieder legte sich England ins Mittel, wieder begann das Spiel der Verhandlungen. Am 4. März teilte **Mussolini den Engländern mit, daß zwischen Italien und Abessinien ein Abkommen geschlossen sei über die Errichtung einer neutralen Zone bei Ual-Ual, um neue Scharmützel zu vermeiden.** Der Negus war bereit, die Entschädigung für den entstandenen Schaden zu zahlen, wollte sich auch jeder unparteiischen Prüfung der Angelegenheit unterziehen, wenn er auch keine Verantwortung für die Zwischenfälle bei Ual-Ual übernehmen konnte; aber er lehnte eine Grenzrevision bei Italisch-Somaliland ab. Auf diese Gebietsfragen spitzte sich schließlich die ganze Angelegenheit zu. Drei Tage später sprach Kaiser Haili Selassie den Wunsch aus, auf friedlichem Wege die Gebiete zu behalten, die ihm gehören, und die wieder zu erlangen, auf die er nach den

früher mit Italien abgeschlossenen Verträgen Anspruch habe. Er forderte darüber eine schiedsrichterliche Entscheidung. Jedoch Italien lehnte diese ab.

Am 13. März stand fest, daß die Verhandlungen über die neutrale Zone und die Schadensersatzforderungen Italiens ergebnislos geblieben waren. Abessinien überhäufte Italien mit Vorwürfen und weigerte sich, die Forderungen Italiens weiter zu erörtern, wenn es vorher keine unparteiische Untersuchung gebe. Der abessinische Kaiser verlangte von Italien eine eindeutige Antwort, ob es bereit sei, den Streit schiedsrichterlicher Entscheidung zu unterbreiten, wie es in der italisches-abessinischen Vereinbarung vorgesehen sei. Eine Einigung kam nicht zustande. Mussolini bezweifelte nach wie vor, daß der Negus soviel Macht besitze, um für die Zustände seiner Grenzgebiete rechtsverbindliche Verträge zu unterzeichnen. **So teilte denn am 17. März Haili Selassie dem Völkerbunde mit, daß die Verhandlungen mit Rom gescheitert seien, und bat um seine Vermittlung, um vollständige Untersuchung und Prüfung der Angelegenheit:** Die italische Regierung sei nie auf wirkliche Verhandlungen eingegangen und habe vor Untersuchung des Streitfalles Wiedergutmachung verlangt; die militärischen Maßnahmen Italiens ständen im schärfsten Widerspruch zu dem Vertrag von 1928 und zum Genfer Abkommen vom 19. Januar 1935. Augenblicklich könne schon ein örtlicher Zwischenfall als Vorwand für eine militärische Aktion dienen. In seinem Lande ordnete der Negus erhöhte Wachsamkeit der Gouverneure, aber noch nicht Mobilisierung an. Alle Versuche Italiens, direkt weiterzuverhandeln, wurden von Abessinien jetzt unter Hinweis auf den Völkerbund zurückgewiesen.



2.

Die Engländer hofften, daß das in London vorgeschlagene **Luftlocarno** die Politik der großen Mächte, die zu erstarren drohte, neu beleben möchte. Es war ein Ansatzpunkt, von dem aus weitere Erfolge sich erzielen lassen würden. Mit allen Fasern ihres Herzens wünschten sie, daß Deutschland diesem Plane zustimmen würde, denn das würde in jeder Weise ein wertvoller Fortschritt zur Beruhigung Europas sein. Um den 8., 9. Februar herum, als Simon zu kurzem Besuch nach Paris gefahren war, tauchte in englischen Regierungskreisen der Gedanke auf, Simon könne auch Berlin besuchen und dort verhandeln auf einer Grundlage, die am besten folgendes enthielte: einen zehnjährigen Frieden auf der Grundlage des *Statusquo*, ein Rüstungsabkommen und eine vorher anerkannte Gleichberechtigung Deutschlands. Das war so ziemlich alles, was Deutschland forderte: Beseitigung des Versailler Vertrages als Verhandlungsgrundlage. Sei man erst so weit, dann gebe es Ruhe in Europa, und Großbritannien wünschte nichts sehnlicher als dies. Es litt selbst an starken inneren Verstimmungen. **Die Reform der indischen Verfassung** machte ihm zu schaffen. Sir Samuel Hoare, Staatssekretär für Indien, erklärte am 6. Februar 1935, die britische Regierung stehe fest zu dem Versprechen, das in der Präambel von 1919 gegeben sei, und zu der Auslegung durch den Vizekönig in Indien 1929, wonach das natürliche Ergebnis des Fortschrittes Indiens die Erzielung der Dominionstellung ist. Zwar die Konservativen waren einer Änderung der Verfassung für Indien abgeneigt. Die Festigkeit der Regierung – der Konservative Baldwin sagte am 11. Februar, das Kabinett sei entschlossen, keine wesentlichen Veränderungen seiner Verfassungsvorschläge für Indien zuzulassen – führte dazu, daß das Unterhaus an diesem Tage mit 404 gegen 113 Stimmen den Änderungsvorschlag der arbeiterteilichen Opposition ablehnte und den Indienvorschlag der Regierung in zweiter Lesung annahm, obwohl er den Konservativen sehr unsympathisch war. (Übrigens waren auch die **indischen Maharadschas** gegen die neue Verfassung, da sie von ihr die Beförderung nationaler oder gar bolschewistischer Unruhen befürchteten.) – Der zweite innerpolitische Gefahrenpunkt war der **Streit um die Arbeitslosenunterstützung**. Die Regierung wurde heftig von der Arbeiterpartei angegriffen, ein Abgeordneter bezeichnete sogar in der Hitze des Gefechtes die Mitglieder des englischen Königshauses als "Parasiten". Woher sollte die Regierung die Mittel nehmen, um die weitgehenden Wünsche der Arbeiterpartei zu erfüllen? Allein diese beiden Fragen, Indien und Arbeitslosenunterstützung, führte **Mitte Februar 1935 eine Krise für die Regierung MacDonald-Baldwin** herauf.

Hinzu kam die traurige Erkenntnis, daß die britische Regierung nun nach dem Zusammenbruch aller Abrüstungsverhandlungen sehen mußte, wie sie **im Vertrauen auf einen Erfolg der Abrüstungskonferenz ihre eigenen Rüstungen verhältnismäßig vernachlässigt hatte**. Jetzt galt es, im Eiltempo das Versäumte nachzuholen. Anfang März legte die Regierung den Heereshaushalt für 1935 vor: er betrug 124,2 Millionen Pfund Sterling und war um 10,5 Millionen Pfund Sterling größer als im Vorjahr. Das war die höchste Summe, die England seit 1922 für Rüstungszwecke ausgab! Die Territorialarmee sollte von 149 500 auf 152 200 verstärkt werden. Kriegsminister Lord Hailsham bemerkte hierzu in seiner Denkschrift:

"Wenn die Armee in die Lage versetzt werden soll, ihre Verteidigungsaufgaben zu erfüllen, dann werden noch beträchtliche Ausgaben und viel Arbeit erforderlich sein, um sie auf den modernen Stand der Leistungsfähigkeit zu bringen. Nach dem Willen der Regierung ist die Zeit gekommen, wo Maßnahmen ergriffen werden sollen, um unsere militärischen Vorbereitungen mehr der Jetztzeit anzupassen. Daher sind bei diesen Voranschlägen Vorkehrungen für Materialausgaben und für eine zahlenmäßige Vermehrung aller Teile eines Programms enthalten, dessen Durchführung sich notwendigerweise auf eine Reihe von Jahren erstrecken wird."

Diese Heeresvermehrung war psychologisch eine Ungeheuerlichkeit in einem Zeitpunkte, da die breiten Massen des Volkes auf die Abrüstung hofften. Die Regierung mußte sich Mühe geben, eine Propaganda zu treiben, die das Volk von der Notwendigkeit überzeugte. So hören wir am 7. März **Eden** in Swindon über die englische Wehrpolitik sprechen: sie bedeute kein Abweichen von der Politik des Völkerbundes, aber die Regierung müsse die nackte Wirklichkeit in Betracht ziehen; in den letzten Jahren sei Europa von einer wachsenden Nervosität erfüllt worden; um dieser Nervosität zu begegnen, bemühe sich die britische Regierung im Augenblick, eine europäische Regelung zustande zu bringen mit dem Ziele, daß **alle Länder aktive Mitglieder des Völkerbundes werden**; die Wissenschaft und Technik haben Englands geographische Abgeschlossenheit herabgemindert, so daß die Folgen europäischer Ereignisse sich unmittelbarer als bisher auf England auswirken könnten; der politische Ausblick Englands habe sich den veränderten Umständen noch nicht angepaßt; die wachsende Beunruhigung der Welt zwingt auch Großbritannien zur Vermehrung seiner Rüstung.

Die Regierung Großbritanniens glaubte sogar, zur Begründung ihrer Wehrpolitik Anfang März dem Unterhaus ein besonderes "**Weißbuch**"

Britisches Weißbuch

vorlegen zu müssen. **Die englische Aufrüstung wurde hier vor allem begründet mit dem Hinweis auf die deutsche Wiederaufrüstung und den kriegerischen Geist, der in der deutschen Jugend herrsche.** Das Weißbuch, das **Hitlers Friedenswillen** zugab, bezweifelte aber indirekt, ob dieser Friedenswille des Führers stark genug sei, sich gegen die öffentliche Meinung, gegen den kriegerischen Geist insbesondere der Jugend zu behaupten. Deswegen müsse England gerüstet und gewappnet sein. Dieses Weißbuch war letzten Endes die logische Folge jener Hinwendung zu Frankreich, welche die Regierung Großbritanniens infolge der Londoner Besprechungen von Anfang Februar vorgenommen hatte. Politisch gesehen war es ein Vorstoß der französischen Partei in London, deren Stützpunkt das Kriegsministerium war. Auf das englische Volk hatte diese Beweisführung allerdings nicht die beabsichtigte Wirkung. Sie erschien ihm rückständig und unklug, insbesondere, da Volk und Regierung keinen sehnlicheren Wunsch hatten als den, daß das Reich in den Völkerbund zurückkehren möge. Eine Erfüllung dieses Wunsches hätte in Großbritannien größte Freude ausgelöst.

Gedanken britischer Staatsmänner

Der sonst gar nicht deutschfreundliche **Garvin, Herausgeber des englischen Wochenblattes Observer**, gab Anfang Februar 1935 dem

englischen *business* mit folgenden Worten Ausdruck: Der Vertrag von Versailles ist tot. In seinem Rahmen sind erfolgreiche Verhandlungen mit Deutschland nicht möglich. Das Dritte Reich Hitlers kann nur auf der **Grundlage absoluter Gleichberechtigung** dazu veranlaßt werden, sich zuerst an konstruktiven Besprechungen und später an einem Kollektivsystem zu beteiligen. Deutschland hat sich selbst gewaltsam befreit, wer wollte es jetzt mit Fesseln aus Papier knebeln? **Entweder kehrt**

es freiwillig in den Völkerbund zurück oder überhaupt nicht. Nicht bedingte, sondern absolute Gleichberechtigung Deutschlands ist als Vorbedingung für Verhandlungen mit Berlin über ein neues System der allgemeinen Stabilität und Sicherheit nötig. Die zweite Voraussetzung ist dann eine fest begrenzte und für eine mäßig lange Reihe von Jahren geltende Verständigung, vielleicht ein zehnjähriger Friede. Wir glauben, sagt Garvin, wenn Hitler sein Wort gäbe, er würde es halten! Der Friede ist gesichert, wenn Deutschland mit den anderen Mächten eine gegenseitige Garantie des territorialen *Status quo* auf die Dauer von zehn, sieben oder gar fünf Jahren abschließen würde.

Grob ausgedrückt war es etwa dies: Deutschland kann machen was es will, wenn es nur zuverlässig den Frieden Europas schützt und nicht stört. Für die Regierung, die diese Idee ins Reich der Tatsachen übersetzen mußte, hieß das: **von dem geplanten Luftlocarno aus einen Weg zu finden, der das Reich wieder in den Völkerbund führt,** demgegenüber sinkt die Frage, ob Deutschland jetzt aufrüstet oder aufrüsten darf, zur Bedeutungslosigkeit herab, denn **die endgültige Entscheidung über die allgemeine Zulässigkeit von Rüstungen wird die Zukunft bringen.**

Am 7. Februar 1935 sagte **MacDonald** in einer Rede zu Luton, Grafschaft Bedford, das **englisch-französische Luftabkommen** sei die wirksamste Vorbeugung gegen einen Angriff, die je von der internationalen Diplomatie geschaffen sei. Von den Verhandlungen mit Frankreich und Deutschland hoffte er, "das Ergebnis wird sein, **daß Deutschland von neuem im Völkerbund erscheinen wird** mit dem 'Ehrenkranz', auf den es Anspruch erhebt". Dort könnten dann Deutschland und Frankreich ruhig miteinander sprechen. Am folgenden Tage führte Außenminister Simon vor der englischen Handelskammer in Paris aus:

"In Anwesenheit von Ministerpräsident Flandin darf ich sagen, daß das von uns in der vergangenen Woche in London vollbrachte Werk gegen kein Land gerichtet ist. **Unsere Absicht ist nicht, zu einem beschränkten Abkommen zu gelangen, sondern wir suchen im Gegenteil durch die Anregung eines Planes, der als die Grundlage einer freien und gleichen Aussprache zwischen allen interessierten Nationen dienen kann, für den Frieden und das Wohlergehen aller zu arbeiten und das Friedensgebäude auf festere Grundlagen zu stellen.**"

Man verschloß nicht die Augen vor den Schwächen des Völkerbundes, aber man glaubte, daß die über das Luftlocarno in Gang kommenden Verhandlungen auch das Schiffchen des Völkerbundes wieder flott machen würden. Das war etwa der Sinn der Rede, die **Eden** am 15. Februar 1935 vor der Versammlung der englischen Völkerbundsvereinigung in Rugby hielt: **Der Völkerbund sei nicht vollkommen, er befinde sich in einem Zustande der Entwicklung, aber er sei stärker als vor sechs Monaten;** die Vorstellung eines kollektiven Friedenssystems habe zweifellos Fuß gefaßt; England sei entschlossen, diese Gelegenheit zu benutzen, um eine internationale Ordnung auszubauen und es würde sich freuen, wenn andere Länder den Glauben Englands an diese Körperschaft teilen würden; solange die Mitgliederliste des Völkerbundes nicht vollständig sei, werde der Völkerbund nicht in der Lage sein, diejenigen Ergebnisse zu erzielen, die sonst erzielt werden könnten.

Schatzkanzler Neville Chamberlain sagte auf einer Kundgebung am 22. Februar in Bradford: **Es sei der Angelpunkt der Politik der englischen Regierung, den Völkerbund zu stärken, da er das einzige Mittel sei, um den Frieden und die internationale Zusammenarbeit zu erreichen; deshalb sei es das Ziel Großbritanniens, Deutschlands Rückkehr in den Völkerbund zu bewirken.**

Im Unterhaus arbeitete Simon am 11. März das Ziel Englands in folgenden Worten heraus:

"**Die Politik der britischen Regierung ist unveränderlich auf eine Mitgliedschaft beim Völkerbund gegründet.** Jeder Staat in Europa außer einem ist Mitglied des Völkerbundes, und wir tun alles, eine politische Grundlage zu schaffen, auf der dieser Staat sich wieder wirksam der Arbeit des Völkerbundes anschließen kann. Weit davon entfernt, zu der Lage zurückzukehren, die vorherrschte, bevor der konsultative Grundsatz geschaffen wurde, **ist es das Hauptziel der Verhandlungen,** mit denen wir uns befassen und in denen der Lordsiegel-

bewahrer Eden und ich uns in Bälde auf unsere Reise begeben, **die Voraussetzungen zu schaffen, unter denen Deutschland in den Völkerbund zurückkehren kann.**"

Daß auch die große Mehrheit des englischen Volkes für den Völkerbund war, ergab eine im Frühjahr 1935 von der englischen Völkerbundsliga veranstaltete **Umfrage**. (Vgl. **Einleitung Seite 9.**)



3.

Das Reich

Nirgends fanden Englands Bemühungen um einen wahren Frieden wärmeren Widerhall als in **Deutschland**. Wenn das Reich nach gewonnener Erkenntnis der Unfruchtbarkeit der Abrüstungsverhandlungen in einmütiger Geschlossenheit von Führer und Volk bereits seit Monaten seine Sorge dem Aufbau der Wehrmacht widmete, wenn wir alle bereits seit dem Frühjahr 1934 Groschen um Groschen, Mark um Mark mit Freuden hingaben, damit der Führer in der Lage war, gemäß der von ihm geforderten Gleichberechtigung das deutsche Heer der Kriegsmacht der anderen anzugleichen, so geschah das genau aus demselben Grunde, den MacDonald für Großbritannien geltend machte: **Damit nicht Deutschland eines Tages unfähig sein sollte, seine Beiträge zur allgemeinen Sicherheit zu leisten**. Das Reich war bereit, diese Aufgabe zu erfüllen im Rahmen der Freiheit und der Ehre. Seit der französisch-sowjetrussischen Verbindung war die Notwendigkeit hierzu dringend, geradezu eine europäische Verpflichtung geworden.

Wenn der Führer im Januar 1935 dem Engländer Ward Price erklärte, daß Deutschland von sich aus nie den Frieden brechen werde, aber daß der, der Deutschland angreife, in Disteln und Dornen greife, dann führte er diesen Gedanken auf der **Münchener Parteigründungsfeier vom 24. Februar 1935** in einer klaren und entschlossenen Weise weiter aus. "Das muß die Welt wissen", sagte er:

"Unser Ja bleibt Ja und unser Nein bleibt Nein! Wir sind gewillt zu jeder Zusammenarbeit, soweit sie sich mit der Ehre einer freien und unabhängigen Nation verträgt. Wir sind entschlossen, uns restlos auf eigene Füße zu stellen, wenn die Welt von uns Unwürdiges fordert. Als unehrenhaft empfinden wir jeden Versuch, unser Recht anders zu bemessen als die Rechte anderer Völker. Auch die andere Welt wird umlernen müssen. Sie wird die 14 Jahre deutscher Geschichte vor uns aus ihrem Gedächtnis nehmen und an Stelle dessen einsetzen müssen die Erinnerung an eine 1000jährige Geschichte vordem, und sie wird dann wissen, daß dieses Volk wohl 14 Jahre ehrlos war durch eine ehrlose Führung, aber 1000 Jahre vordem stark und tapfer und ehrlich gewesen ist. Und sie kann überzeugt sein, daß das Deutschland, das heute lebt, identisch ist mit dem ewigen Deutschland. **Der schmachvolle Interimszustand ist vorbei! Die Nation ist einig in dem Bestreben nach Frieden und entschlossen in der Verteidigung der deutschen Freiheit. Wir wollen nichts anderes als anständig unter anderen Völkern leben. Wir wollen keines Volkes Freiheit bedrohen. Wir sagen aber jedem, daß, wer dem deutschen Volk die Freiheit nehmen will, dies mit Gewalt tun muß, und daß gegen Gewalt wir uns Mann um Mann zur Wehr setzen werden! Niemals werde ich oder wird eine Regierung nach mir, die aus dem Geist unserer Bewegung stammt, die Unterschrift der Nation setzen unter ein Dokument, das den freiwilligen Verzicht auf die Ehre und Gleichberechtigung Deutschlands bedeutet. Demgegenüber kann die Welt aber auch überzeugt sein, daß, wenn wir etwas unterschreiben, wir es dann auch halten. Was wir glauben, aus Prinzipien der Ehre oder des Vermögens nicht halten zu können, werden wir nie unterzeichnen. Was wir einmal unterzeichnet haben, werden wir blind und treu erfüllen.**"

Getreu diesen Grundsätzen war der Führer sofort bereit gewesen, **die Londoner Anregungen eines Luftpaktes** aufzugreifen und weiterzuverfolgen. Am Nachmittage des 13. Februar hatte Neurath bereits dem englischen Botschafter Sir Eric Phipps und dem französischen Botschafter François-Poncet die Meinung der Reichsregierung übermittelt. (Vgl. **Anlage 9.**)

Die deutsche Antwort, höflich, folgerichtig, klar und bestimmt, erhebt nur eine Frage, die für

Deutschland ebenso wie für England brennendste, zum Kernpunkt aller internationalen Verhandlungen: **die Befriedung des Luftraumes**. Völkerbund und Ostpakt treten völlig in den Hintergrund, wie in London sachlich, in Paris mit Groll festgestellt wurde. Zum erstenmal ist amtlich von den deutschen Luftstreitkräften die Rede, jedoch nicht als Kriegswaffe, sondern als Schreckmittel für Friedensbrecher. Mit Entschlossenheit beharrt der Führer auf der Ablehnung aller unfruchtbaren Massenverhandlungen und Konferenzmethoden, weist er wieder den Weg der Einzelbesprechungen von Mann zu Mann. Der tiefere Sinn der deutschen Haltung beruht aber darin, daß durch die unbedingte Zustimmung zum Luftpakt, der bekanntlich auf englische Initiative zurückging, wieder die durch die Londoner Besprechungen französisch beeinflussten Beziehungen Großbritanniens zu Deutschland richtiggestellt werden sollten. Betonung des Luftpaktes – Ignorierung des Ostpaktes, das ließ erkennen, daß Deutschland einen Ausbau seines Friedenssystems gemeinsam mit England, nicht aber mit Rußland beabsichtigte. Und so war es folgerichtig, daß das Reich die britische Regierung um vertrauensvolle Vermittlung in dieser Sache bat.

Die **Franzosen** dagegen fühlten sich unter dem starken Drucke Sowjetrußlands unbehaglich. Stürmisch **drängten die Sowjets zum Abschluß des Ostpaktes**. Jedes Mittel war ihnen recht. Sie versorgten die französische Regierung mit einem schier unerschöpflichen Vorrat an Tatarennachrichten über die deutsche Aufrüstung, wie Archambaud am 12. März im Heeresausschuß der Kammer selbst zugab. Laval mußte am 13. Februar dem Sowjetbotschafter versichern und versprechen, daß die französische Regierung mit dem Reiche keine Sonderverhandlungen aufnehmen werde, solange nicht der Ostpakt abgeschlossen sei. Mit Argwohn und Unmut verfolgten daher die Franzosen die Bemühungen Englands um den Luftpakt.

Der bereits um den 8., 9. Februar herum aufgetauchte Gedanke eines **englischen Staatsbesuches in Berlin** nahm festere Formen in London an. Auch die Franzosen gaben sich den Anschein, als seien sie einverstanden, hätten aber zunächst gern erst einmal eine gemeinsame englisch-französische Antwort auf das deutsche Memorandum zum Londoner Kommuniqué, vielleicht in der Form eines Fragebogens an Hitler, erteilt, aber hierauf gingen die Engländer nicht ein. Jedenfalls versuchten die Franzosen, die ganze Angelegenheit zu verschleppen. Im französischen Ministerrat des 19. Februar meinte Laval, **daß mit einer beschleunigten Entwicklung der Verhandlungen nicht zu rechnen sei**. Die allgemeine Richtung der französischen Politik war, England zwar freie Hand für die Behandlung der deutschen Antwort zu lassen, aber darauf zu dringen, wie es Rußland wünschte, **daß die englisch-französische Erklärung vom 3. Februar ein unteilbares Ganzes** bilde. Damit war tatsächlich England gebunden. Um den politischen Druck zu verstärken, stieß die französische Rüstungsindustrie an der Pariser Börse das englische Geld in Massen ab, wodurch ein bedenkliches Absinken der Pfundwährung, fast bis auf Zweidrittel ihres Wertes, herbeigeführt wurde.

Britische Pläne

In der Tat, am 20. Februar hatte die **britische Regierung bereits folgende ganz von Frankreich beeinflusste Meinung**: Das Hauptziel der englisch-französischen Vorschläge sei die allgemeine Befriedung Europas, die Erreichung dieses Zieles hänge von der erfolgreichen Behandlung folgender vier Fragen ab:

1. von der Stabilisierung der politischen Lage in Osteuropa – also Ostpakt!
2. von der Sicherung Österreichs – also Donaupakt!
3. von der Stärkung des Völkerbundsgedankens und
4. von der Rückkehr Deutschlands auf den Platz, den einzunehmen es berechtigt sei. Sollten die Verhandlungen hierüber erfolgreich weitergehen, dann müsse das Reich erst seinen Standpunkt zu den Sicherheitsfragen des Londoner Kommuniqués klarlegen, **diese Klarstellung sei dann die Voraussetzung für den Abschluß einer Luftkonvention**.

Die Sache war in Paris geschickt gemacht: Deutschland legt Wert auf den Luftpakt? Gut – aber Voraussetzung ist Erfüllung der französisch-russischen Wünsche, zu deren Sprachrohr sich wieder einmal **Außenminister Simon** machte, **hatte doch der französische Handelsminister Marchand**

am 8. Februar diesem bei seinem Besuch in Paris öffentlich bestätigt, daß er den besonderen Dank der französischen Regierung verdiene, weil er unermüdlich für Aufrechterhaltung und Vertiefung des englisch-französischen Einvernehmens arbeite.

Lord Snowden läßt uns einen Blick hinter die Kulissen tun, wenn er in diesen Februartagen in einer Abhandlung "Gerechtigkeit für Deutschland" schrieb:

"Die französische Politik strebt eine schwer gerüstete englisch-französische militärische Allianz an. Tatsächlich wird in den Reden der französischen Minister bereits angenommen, daß eine solche Verständigung bereits besteht und daß Frankreich im Falle eines Krieges mit Deutschland auf die britische Unterstützung rechnen kann. Wenn diese Politik weiter Erfolg hat, könnte England in einen Krieg verwickelt werden, der mit englischen Interessen gar nichts zu tun hat."

Die englische Öffentlichkeit hatte keinerlei Verständnis für eine solche Haltung der britischen Regierung. Die *Times* forderten energisch den britischen Besuch in Berlin, man müsse den Eindruck beseitigen, daß hinter dem neuen englisch-französischen Plane (vom 3. Februar) irgendwelche dunklen Absichten zu suchen seien, die in Deutschland den Eindruck fernerer Ausschaltung erwecken könnten. Lord Snowden wies in dem obenerwähnten Artikel auf **Deutschlands freundschaftliche Gefühle gegenüber England** hin und schloß mit diesen Sätzen:

"England hält den Schlüssel der Situation in seiner Hand. Es muß seine Politik ändern, es muß Deutschland die Hand zur Freundschaft reichen. England muß den guten Willen zeigen, die Anlässe der Beschwerden Deutschlands zu beseitigen. Wenn England eine sympathische Haltung gegenüber Deutschland bekunden wird, wenn es sich loslöst von jener deutschfeindlichen Politik, die heute die europäischen Angelegenheiten beherrscht, ist der Friede gesichert."

Nachdem Frankreich den Eindruck gewonnen hatte, daß Simon in Berlin die französischen Forderungen hinreichend vertreten werde, stand der Reise des Engländers nichts mehr im Wege. Downingstreet, das jetzt den anderen Gedanken, deutsche Minister nach London einzuladen, fallen ließ, versprach sich viel vom Berliner Staatsbesuch, man erwartete eigene Anregungen und Gegenvorschläge der Reichsregierung zu den einzelnen Punkten. Wenn auch Laval auf den Fragebogen verzichtet hatte, so war es doch gewiß sein Wunsch, wenn man aus England vernahm, das Reich solle zuvor seine **Bereitschaft zur Verhandlung über alle Punkte des Londoner Kommuniqué** erklären, denn der Luftpakt allein lohne die Reise nicht, da grundsätzlich alle fünf Mächte hierin bereits übereinstimmten.

England hatte auch **Sowjetrußlands Meinung über das London-Kommuniqué** eingefordert. Litwinow ließ am 21. Februar durch Maiski (London) und Potemkin (Paris) den Westmächten mitteilen, daß nach sowjetrussischer Meinung die Sicherheit in Europa nur durch den Abschluß **aller** im Londoner Kommuniqué erwähnten Abkommen erreicht werden könne; die vorgeschlagenen regionalen Beistandspakte würden, wie Litwinow bemerkt, durch die größten europäischen Mächte Sowjetrußland(!), Frankreich, England und Italien, die 365 Millionen Menschen oder 70% der europäischen Gesamtbevölkerung umfaßten, unterstützt. Auch lud Litwinow Sir John Simon nach Moskau ein, eine Einladung, die wegen des "schlechten Eindrucks", den ihre Befolgung machen könne, in der englischen Öffentlichkeit mit geteilten Gefühlen aufgenommen wurde. Laval jedoch wünschte sehr energisch, daß Simon die beiden "befreundeten" Mächte in Moskau und Warschau besuchen möchte.

**Russische
Ansichten**

Die russische Meinung wurde von Botschafter Maiski in einer Rede vor der englischen Völkerbundsliga vom 20. Februar in aller Kürze dahin formuliert, daß eine Nichtverwirklichung des Ostpactes den Weg zu einem neuen Weltkrieg bereite und daß ein Luftpakt der Westmächte ohne das Bestehen eines Ostpactes bedeutungslos wäre. Weiterhin erklärte Litwinow den Westmächten, daß eine Abrüstung gegenwärtig unmöglich sei und daß die Kriegsgefahr nur durch den Ostpakt gebannt werden könne.

Man sieht, sie waren in Paris und Moskau mit allen Kräften bemüht, die neue Gemeinsamkeit der Politik zwischen London und Berlin, deren sinnfälliger Ausdruck der Luftpakt war, durch die Zweckmäßigkeiten der französisch-russischen Politik, deren sinnfälliger Ausdruck der Ostpakt war, zu verdrängen. In dem Gegensatz Luftpakt–Ostpakt konzentrierte sich im Frühjahr 1935 der große Umformungsprozeß der gesamteuropäischen Politik, der durch den Zusammenbruch der Abrüstungskonferenz eingeleitet worden war. –

Die Tage vom 22. bis 26. Februar wurden von **deutsch-englischen Besprechungen in Berlin** ausgefüllt. Das Ergebnis war die Erklärung Neuraths, das Reich sei einverstanden, daß die in Aussicht genommenen deutsch-englischen Besprechungen sich auf **alle** im Kommuniqué des 3. Februar angedeuteten Punkte im einzelnen wie in der Gesamtheit erstrecken sollten; Deutschland betonte hierbei seine schon oft bekundete Bereitschaft, mit allen seinen Nachbarn Nichtangriffspakte abzuschließen, lehnte aber nach wie vor gegenseitige Unterstützungspakte ab. Indem das Reich über den Inhalt seines Memorandums vom 13. Februar jetzt hinausging, erfüllte es nicht eine bloße Geste des Entgegenkommens, sondern bewies seinen ersten guten Willen, im Interesse einer wirklichen Befriedung Europas alle Hindernisse beiseite zu räumen, die sich irgendwo zeigten, denn es kam ihm nicht auf das Einzelschicksal, sondern auf das Schicksal des ganzen an. –

Der ursprüngliche deutsche Plan eines deutschen Staatsbesuches in London wurde nun auch in Berlin beiseite geschoben, und **am 26. Februar lud die Reichsregierung den englischen Außenminister in aller Form ein, nach Berlin zu kommen**; damit wurde der Wunsch der englischen Öffentlichkeit erfüllt.

In London befriedigten die Berliner Verhandlungen, obwohl Sir Simon die Schwierigkeit kannte, die ihm bevorstand: Deutschland wolle Nichtangriffspakte mit seinen Nachbarn, Sowjetrußland fordere das System gegenseitiger Unterstützung, Englands Aufgabe sei es nun, so meinte man im britischen Kabinett, Vorschläge für einen Plan internationaler Bindungen zu machen, der allgemein angenommen werden könne. Es wurde beschlossen, daß **Simon, von Eden und wahrscheinlich auch von Sir Robert Vansittart begleitet, am 6. März in Berlin eintreffen und dort drei Tage bleiben sollte**; ob die Engländer dann nach Moskau und Warschau weiterreisen würden, das stand allerdings noch nicht fest. Für diese Ausdehnung der Europareise seines Außenministers hatte das britische Volk wenig Sinn.

Einer französischen Einladung folgend weilte Sir Simon am 27. Februar in Paris, um mit Monsieur Laval zu frühstücken. In Paris hieß es, es sei "kein amtlicher Besuch", in London wurde ausdrücklich erklärt, daß Frankreich keineswegs versucht habe, Simon irgendwelche einengenden Richtlinien für seine Berliner Reise zu geben. Eine starke Strömung in Volk und Regierung Englands, zu der auch der Luftfahrtminister Lord Londonderry, der Freund Ribbentrops, gehörte, mißbilligte entschieden jede Verschleppung des Luftpaktes durch andere Erwägungen, wie z. B. den Nordostpakt.

Es ist wohl nicht anzunehmen, daß Laval und Simon ein gelehrtes Zwiegespräch über die Schlacht von Waterloo gehalten haben. Es muß bemerkt werden, daß Laval am Vortage, am 26. Februar, sich mit dem Sowjetbotschafter Potemkin sehr eingehend über die Aussichten des Ostpaktes unterhalten hat. Der Gegenstand der Gespräche zwischen Laval und Simon muß sich daher auf folgenden Gebieten bewegt haben: **Das Londoner Kommuniqué ist ein unteilbares Ganzes; Deutschlands Widerstand gegen den Ostpakt muß gebrochen werden, kommt der Ostpakt nicht zustande, dann schließen Frankreich und Sowjetrußland einen Beistandspakt; der englische Staatsbesuch in Moskau, vielleicht auch in Prag ist unbedingt notwendig.** Simon seinerseits hat Laval und Flandin versichert, daß auch seine Regierung an der Unteilbarkeit der Londoner Vorschläge festhalte, ferner, daß er **nicht als Unterhändler, sondern nur als Informator nach Berlin** fahre, um die Auffassung der Reichsregierung kennen zu lernen. Es war interessant, daß unmittelbar nach der Abreise Simons am 28. Februar Laval sich wiederum zu Potemkin begab und ihm seine Gespräche mit Simon mitteilte: er versicherte, der Ostpakt werde auf keinen Fall vernachlässigt werden; sollten sich Deutschland und Polen weiter sträuben, dann werde man den Ostpakt ohne die beiden

schaffen und ihnen ein fertiges Abkommen unterbreiten. In London andererseits wurde nach Simons Rückkehr die Reise nach Moskau und Warschau als "höchstwahrscheinlich" bezeichnet. **Die Pariser Zusammenkunft diene also wieder einmal der Gleichrichtung der englischen und französischen Politik!**

Daß die Verbindung der britischen Regierung mit den Franzosen sich nicht ganz mit der Auffassung des englischen Volkes deckte, ließ sich wiederum aus verschiedenen Presseäußerungen erkennen. *Daily Mail* glaubte anfangs März sicher sagen zu können, daß im **Mittelpunkt der Berliner Verhandlungen der Luftpakt** stehen würde; falls Hitler wünsche, daß Deutschlands Gleichheit in der Luft anerkannt würde, werde Sir Simon wahrscheinlich sofort beistimmen. Garvin schrieb am 3. März im *Observer*, hinsichtlich der Auf- oder Abrüstung müsse **Deutschlands absolute Gleichberechtigung unter den Großmächten** als eine moralische Voraussetzung ein für allemal anerkannt werden, und zwar so uneingeschränkt, als habe es nie einen Weltkrieg und nie einen Frieden von Versailles gegeben.

Am 4. März teilte Sir Eric Phipps dem Außenminister Neurath mit, **daß am Abend des 7. März Sir John Simon und Eden in Berlin eintreffen würden.**

**Entrüstung
über Weißbuch**

In diesem Augenblick platzte in London eine Mine der französischen Partei, die im britischen Kriegsministerium ihren Stützpunkt hatte. Es war das **Weißbuch der Regierung**, das die Rüstungsvermehrung Großbritanniens mit dem **Hinweis auf die deutsche Gefahr** begründet (vgl. **Anlage 10**), das die "ungesetzliche deutsche Aufrüstung" als Vorwand für die eigene Aufrüstung nahm. MacDonald und Simon billigten diesen unfairen Versuch, das Volk gegen Deutschland umzustimmen. Da wenige Tage später Frankreich dasselbe Manöver machte, ist anzunehmen, daß es sich um einen **gemeinsamen Schritt handelte, der ebenfalls in den Besprechungen des 27. Februar festgelegt worden war.** Vielleicht erhoffte Laval davon auch die außenpolitische Wirkung, daß eine hierdurch herbeigeführte Verstimmung Deutschlands die Atmosphäre der Berliner Besprechungen trüben, den Engländerbesuch unter Umständen ganz vereiteln könne. Es fiel auf, daß gleichzeitig mit dem Erscheinen des Weißbuches der **Kurs des Pfundes** stieg, ein Vorgang, der in wirklich zwingender Weise erkennen ließ, daß es sich auch hier um die von Frankreich gewünschte Gleichschaltung der britischen und französischen Politik handelte.

Das Gegenteil des beabsichtigten Zweckes geschah. **Beim größten Teile des englischen Volkes erregte das Weißbuch nicht nur Erstaunen, sondern Unwillen.**

Unterhausdebatte

Vertreter aller Parteien hielten es für Unsinn, jetzt, als die englisch-deutschen Verhandlungen bevorstanden, dieses Dokument zu veröffentlichen. Der Pressedienst der englischen Arbeiterpartei bezeichnete es als einen **Betrug an der Sache des Friedens.** Aus den Kreisen der **Liberalen und Arbeiterpartei** war der Widerspruch besonders heftig. **Lord Snowden** bezeichnete das Weißbuch als "das tragischste Dokument seit dem Kriege", der Vorwurf, daß Deutschland für die erhöhten Rüstungen verantwortlich sei, sei fürchterlich, zumal er vor der geplanten Berliner Reise Simons erhoben werde. **Lansbury** fragte, ob Simon wirklich glaube, daß es für freundschaftliche Verhandlungen förderlich sei, ein so unfreundliches Dokument zu veröffentlichen, er fragte, ob Simon das Weißbuch nicht bis nach Abhaltung der Besprechungen zurückziehen möchte? Die Arbeiterpartei beschloß, am kommenden Montag im Unterhaus einen Tadelantrag gegen die Regierung einzubringen. Ein Teil der Arbeiterpartei erwartete, daß Henderson nun sein Amt als Präsident der Abrüstungskonferenz niederlegen würde. Er tat es aber nicht, weil er meinte, daß ein solcher Schritt von den Gegnern der Abrüstung als eine Bestätigung ihrer Ansicht angesehen werden würde, daß die Abrüstungsversuche nutzlos und zum Fehlschlag verurteilt seien. Der Führer der liberalen Unterhausgruppe, **Sir Herbert Samuel**, meldete eine Entschließung gegen das Weißbuch an, die folgendermaßen lautete:

"Das Unterhaus bedauert tief, daß die Art und Weise, in der die britische Regierung die Verhandlungen mit anderen Ländern geführt hat, nicht zu größerer Sicherheit für die Erhaltung des Friedens, sondern zu der Forderung nach einer erheblichen Mehrausgabe für Rüstungen geführt hat."

Infolge der Saarfeiern des 1. März hatte sich der **Führer Adolf Hitler eine starke Erkältung zugezogen**, die ihn nötigte, den englischen Außenminister zu bitten, seinen Besuch auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben. Dieser Umstand schwächte zwar die unmittelbare internationale Wirkung des Weißbuches etwas ab, aber der innere Streit darum in England wurde dadurch nicht beendet. **In der Unterhaussitzung des 11. März stießen die beiden Fronten heftig aufeinander.** Major **Attlee** begründete den Tadelsantrag der Arbeiterpartei: Das Weißbuch sei ein ebenso bemerkenswertes wie beklagenswertes Dokument; er sei sich im Augenblick nicht sicher, ob der im Weißbuch enthaltene Hinweis auf die deutsche Wiederaufrüstung und den kriegerischen Geist in Deutschland berechtigt sei oder nicht, aber es sei merkwürdig, daß der Außenminister in Deutschland freundschaftliche Besprechungen führen solle und daß gleichzeitig ein solches Dokument veröffentlicht werde, das notwendig in Deutschland Anstoß erregen müsse; die Arbeiterpartei sei gegen das heutige System in Deutschland, aber es sei nur fair zu sagen, daß es auch andere Länder gebe, die ihre Jugend nach militärischen Grundsätzen erzögen; Abrüstung müsse eine Angelegenheit sein, die alle Länder gleichmäßig angehe. Das Weißbuch kennzeichne einen völligen Wechsel in der Politik, es werfe England in die Vorkriegsatmosphäre, in ein System von Bündnissen und Rivalitäten und in ein Rüstungswettrennen zurück; aber die Arbeiterpartei sei nicht gewillt, die alten Methoden mitzumachen, und er glaube, daß die junge Generation der ganzen Welt diese Politik der alten Männer zurückweisen werde. Der Sprecher der liberalen Opposition, **Sir Herbert Samuel**, nannte das Weißbuch ein bedauernswertes Dokument, auf das Deutschland viel antworten könne; ein plumperes Stück Diplomatie als das britische Weißbuch sei bisher nicht zu verzeichnen gewesen.

Der Präsident des Staatsrates, Baldwin, erwiderte für die Regierung. Er gab einen Überblick über die Entwicklung der letzten Monate, die gewissermaßen ihren Angelpunkt im Londoner Kommuniké gefunden habe, wies dann darauf hin, daß der Besuch Simons in Berlin Ende März stattfinden werde, und suchte die Wirkung des Weißbuches abzuschwächen, indem er sich dagegen verwahrte, daß man nur auf Deutschlands Aufrüstung hingewiesen habe, auch in Rußland, Italien, Japan, USA wären die Rüstungen sehr erhöht worden. Baldwin schloß:

"Wenn das englische Volk die Vorschläge des Weißbuches durchführt, dann wird es nicht nur nicht gegen den Frieden arbeiten, sondern in Zukunft den Frieden sichern. **Ein Land, das nicht gewillt ist, die notwendigen Vorsichtsmaßnahmen zu seiner eigenen Verteidigung zu ergreifen, wird niemals Macht in dieser Welt haben, weder moralische, noch materielle Macht.**"

Der Konservative **Sir Austen Chamberlain** sagte: Das kollektive System müsse unter allen Umständen gefördert werden, aber niemand dürfe glauben, daß durch eine Vielheit von Pakten ein Krieg verhindert werden könne, wenn irgend eine Nation gute Aussichten auf Erfolg dabei sehe; es gebe nur ein Mittel, einen solchen Krieg zu verhindern, nämlich dem mutmaßlichen Angreifer klar zu machen, er werde einer Streitmacht gegenüberstehen, die so überwältigend sei, daß sie von vornherein jede Aussicht auf einen Sieg nehme. Der konservative Abgeordnete Brigadegeneral **Spears** ergänzte hierzu: Deutschland stelle im Monat 300 Feldgeschütze her, diese Zahl sei neuerdings auf 500 gestiegen, während die führende englische Rüstungsindustrie das ganze Jahr nur 400 Feldgeschütze herstellen könne; angesichts der Schnelligkeit, mit der Deutschland wieder aufrüste, herrsche in ganz Europa größte Beunruhigung.

Der Außenminister **Sir John Simon** beschloß die Aussprache. Er stellte den Völkerbund in den Mittelpunkt der britischen Politik; über das augenblickliche Problem äußerte er sich so:

"**Wir waren alle froh, festzustellen, daß die deutsche Regierung ihren willigen und freundschaftlichen Geist begrüßte. Nichts, was hier gesagt worden ist, und ich hoffe nichts, was anderswo gesagt worden ist, hat diese Lage in geringstem Maße eingeschränkt.** In diesem Geiste bereiten Eden und ich uns vor, unsere Reise nach fremden Hauptstädten zu unternehmen, und solange vorausgesetzt wird, daß diese Reisen in diesem Geiste unternommen werden, wird eine freimütige und offenherzige Darlegung der Besorgnisse, die wir für die Zukunft empfinden, keinen Schaden anrichten. Wir streben danach, im Geiste des

Realismus die politische Grundlage zu erzielen, auf der derartige Besorgnisse behoben werden können und auf der die europäische Sicherheit gestärkt werden kann – darunter ein Ostpakt oder irgend ein Gegenstück davon – und auf der unsere Hoffnungen auf eine allgemeine Beschränkung der Rüstungen gerechtfertigt werden können. Wir trachten danach, dies in gleichberechtigter Verhandlung mit allen in Betracht kommenden Staaten zu tun."

Es gelang der Regierung, die Opposition schachmatt zu setzen. **Mit 244 gegen 79 Stimmen lehnte das Unterhaus kurz vor Mitternacht den Mißtrauensantrag der Arbeiterpartei ab. MacDonald**, der infolge Krankheit an der Parlamentssitzung nicht teilnehmen konnte, mochte empfunden haben, daß es ein Pyrrhussieg der Regierung war. Es zog eine neue Zeit herauf, für die seine politischen Methoden, die im Schatten von Versailles herangereift waren, nicht mehr paßten. Er war abgespannt und amtsmüde, er sehnte sich nach Ruhe; er dachte, das Amt des Premierministers, das er innehatte, an Baldwin abzutreten und dessen Funktion als Präsident des Geheimen Staatsrats zu übernehmen. Der Sturm um das Weißbuch hatte ihm hart zugesetzt. Am 13. März sah er sich genötigt, "angesichts der falschen Auslegung des Weißbuches" auf folgende drei Punkte nochmals ausdrücklich hinzuweisen:

1. Die britische Regierung hegt nicht den geringsten Zweifel, daß der Einfluß Englands zugunsten des Friedens riesig geschwächt werden würde, wenn England bei der augenblicklichen Weltlage versuchen würde, eine Politik einseitiger Abrüstung bis zu einem Punkte zu verfolgen, wo England als verhältnismäßig wehrlos und unfähig angesehen werden würde, seine Beiträge zur kollektiven Sicherheit zu leisten.
2. Die tatsächliche Erhöhung der Voranschläge beschränkt sich auf die Vergrößerung der britischen Luftstreitkräfte, die im Juli und November letzten Jahres dem Parlament mitgeteilt worden sind.
3. In der Haltung der Regierung gegenüber dem Völkerbund ist keine Änderung eingetreten.

MacDonald hatte als ehrlicher Pazifist seit vielen Jahren bis zu diesem Tage seine Haut für Frankreichs Interesse zu Markte getragen. Die durch Hitlers Auftreten begründete neue Ära in Europa ließ ihn die Fruchtlosigkeit seiner Bemühungen erkennen, tiefe Enttäuschung erfüllte ihn. Der Erfolg des Weißbuches zeigte ihm, wie tief in England die Meinung des Volkes und sein Wille bereits revolutioniert worden war, seitdem die Politik des Reiches in den festen Händen des Führers ruhte. Auch das Volk Großbritanniens wurde sehend. Der Glaube an die Solidarität der europäischen Kulturvölker auf der zuverlässigen Grundlage der nationalen Ehre setzte sich auch im englischen Volke immer kräftiger durch.



4.

Das Londoner Kommuniqué lud Deutschland zur Teilnahme am Luftpakt ein. Damit war das Reich von den Westmächten als gleichberechtigte Luftmacht anerkannt worden. In der deutschen Antwort von Mitte Februar ist zum ersten Male von den Deutschen Luftstreitkräften die Rede. Am 9. März teilte der Führer den auswärtigen Mächten mit, daß die Reichsregierung die neue deutsche Luftwaffe aufbaue.

**Haltung
des Reiches**

Der Freund Lord Rothermeres, Ward Price, hatte am folgenden Tage eine Unterredung mit **Joachim von Ribbentrop**, dem Beauftragten des Führers für Abrüstungsfragen, der Ende 1934 in London die deutsch-englische Verständigung vorbereitet hatte. Ribbentrop erklärte dem Engländer, niemand in Deutschland verstehe den Teil des Weißbuches, der sich mit Deutschland beschäftige, erst recht verstehe niemand den Termin der Veröffentlichung am Vorabend des britischen Besuches in Berlin; nicht Entrüstung, vielmehr bittere Enttäuschung habe das Weißbuch hervorgerufen. **In seinem aufrichtigen Wunsche nach Versöhnung mit Frankreich und nach Frieden habe Deutschland Großbritannien als Garantiemacht des Locarnopaktes um seine Vermittlung gebeten**; auch den Engländern könne nicht entgangen sein, wie herzlich dieser neue Kurs in Deutschland begrüßt worden sei; auf diese hoffnungsfrohe Stimmung habe dies Weißbuch abkühlend gewirkt wie ein

Wintersturm auf den Vorfrühling. Vor allem, so sagte Ribbentrop, zweierlei habe man in Deutschland nicht verstanden. **Erstens, daß das Weißbuch versuche, Deutschland in den Augen des englischen Volkes für die britische Aufrüstung verantwortlich zu machen.** Deutschland habe doch **den Beweis seines Abrüstungswillens** erbracht, seine gesamte Flotte zerstört oder ausgeliefert, 56 000 Geschütze vernichtet, desgleichen 9 Millionen Gewehre, 275 000 Maschinengewehre, 39 Millionen Granaten zerstört und sämtliche Flugzeuge vernichtet. Dieses abgerüstete Deutschland habe Jahr für Jahr auf die Einlösung des Abrüstungsversprechens der anderen Staaten gewartet, der Führer sei so weit gegangen, zu erklären, daß Deutschland bereit sei, auch das letzte MG abzuschaffen, wenn die anderen Nationen dasselbe täten! Erst als alles vergeblich geblieben sei, habe der Führer die notwendigen Maßnahmen zur Wiederherstellung der notwendigen Verteidigungsmacht des Reiches ergriffen. **Zweitens aber empfinde man in Deutschland es als ganz unmögliches Verfahren, zwischen Wille und Absicht des Führers und der Tendenz der öffentlichen Meinung und insbesondere der Jugend einen Zwiespalt herstellen zu wollen.** Entweder man glaubt dem Führer, oder man glaubt ihm nicht!



*Joachim von Ribbentrop.
Photo Scherl.*

Ward Price warf hier ein, ob der alte militaristisch-aggressive Geist, den die Welt früher der Junkerkaste zuschob, nicht in der deutschen Reichswehr noch vorhanden sei. Damit zog der Engländer wieder einen internationalen Ladenaufhänger aus der Zeit der freimaurerischen Lügenpolitik ans Tageslicht. Wir anständigen Deutschen wissen, daß es niemals im deutschen Heere einen militaristisch-aggressiven Geist oder eine Junkerkaste gegeben hat, genau so wenig, wie man im Namen der historischen Wahrheit von einem preußischen Imperialismus sprechen darf.

Ribbentrop erwiderte dem Engländer, es gebe heute in Deutschland keine Kaste mehr, **die Deutschen seien ein Volksstaat, und die Armee sei ein ausgezeichnetes Instrument für die Landesverteidigung und bestehe aus einer hervorragenden Gemeinschaft von Offizieren und Soldaten, sie kennen keinen aggressiven Imperialismus:**

"Eine starke Armee ist der natürliche Bestandteil jeder großen Nation und hat gar nichts mit kriegerischen Absichten zu tun. England glaubt z. B. zur Verteidigung seines Reiches eine sehr starke Flotte zu benötigen. Wir Deutschen haben dafür volles Verständnis und niemandem von uns fällt es ein, England deshalb kriegerische Intentionen zu unterschieben."

Schließlich äußerte der Engländer seine Meinung, daß ihm die deutsche Reaktion auf das britische Weißbuch etwas zu übertrieben erscheine. Darauf entgegnete Ribbentrop:

"Es ist möglich, daß wir vielleicht etwas sensitiv sind, allein dies ist nur die natürliche Folge unseres 15jährigen Kampfes der Selbstbehauptung gegen den Geist der Vernichtung von Versailles. Kürzlich schienen die Ereignisse zu beweisen, daß dieser Geist von Versailles ausgelöscht sei. Aber nein, plötzlich erscheint er wieder und sein Sprecher ist – Großbritannien. Das heutige Deutschland und besonders der Führer wünschen aus tiefinnerster Aufrichtigkeit gute Beziehungen zu Großbritannien, kann man da von zu großer Empfindlichkeit sprechen, wenn man Äußerungen aus dem Lande eines mit Freude erwarteten und geschätzten Gastes zwei Tage vor dem Besuch ernst nimmt?"

Ribbentrops Ausführungen schlossen mit dem Hinweis, daß **hinter dem Führer und Kanzler die gesamte Nation einmütig und geschlossen stehe.** Er sei der Garant der Beständigkeit in der inneren und äußeren Politik. Nur ein völlig gleichberechtigter und freier Staat könne ein wirklicher

Partner in vertrauensvollen Beratungen sein und zu freien Vereinbarungen mit anderen souveränen Staaten gelangen.

Unmittelbar nach der Unterredung mit Ribbentrop begab sich Ward Price zum **General der Flieger, Göring**. Dieser erklärte ihm folgendes:

"Im Ausbau unserer nationalen Sicherheit mußte, wie wir mehrfach der Welt erklärt haben, auch **für die Sicherheit in der Luft** Sorge getragen werden. Ich habe mich hierbei auf das notwendigste Maß beschränkt. Die Richtlinie meines Handelns war nicht Schaffung einer die anderen Völker bedrohenden Angriffswaffe, sondern nur die Errichtung einer militärischen Luftfahrt, stark genug, Angriffe auf Deutschland jederzeit abzuwehren. Durch die englische Regierung ist Deutschland u. a. aufgefordert worden, einem Luftpakt beizutreten, einem Pakt, der zum Inhalt hat, gemeinsam gegen einen den Frieden störenden Angreifer zur Luft vorzugehen. Nachdem die deutsche Regierung die Bereitwilligkeit der Hilfe ausgesprochen hatte, war es notwendig, nun eine klare Trennung innerhalb der deutschen Luftfahrt durchzuführen, nämlich in der Richtung: Welches sind die Luftstreitkräfte, die zur Verfügung gestellt werden können? Aus dieser Lage heraus wurde die Bestimmung getroffen, wer innerhalb der deutschen Fliegerei künftig zu den Luftstreitkräften gehört und wer in Zukunft bei der zivilen Luftfahrt, bzw. dem Luftsport zu verbleiben hat. Es war notwendig, auch äußerlich diese Abgrenzung kenntlich zu machen dadurch, daß die Angehörigen der deutschen Luftstreitkräfte Soldaten im Sinne des Gesetzes wurden, ihre Führer also Offiziere. Es handelt sich aber hierbei nur um einen Teil der bisher in der allgemeinen deutschen Luftfahrt tätigen Personen. Der Unterschied zwischen unseren Luftstreitkräften und der zivilen Luftfahrt geht deshalb in Zukunft klar und deutlich aus der Verschiedenheit der Rangabzeichen sowie aus der Dienstgradbezeichnung hervor. Ich fasse zusammen: Unsere Bereitwilligkeit zum effektiven Schutze des Weltfriedens, unsere Zusage, dem Bedrängten zu Hilfe zu eilen, machte die Heraushebung der militärischen Luftfahrt notwendig, wenn unsere Zusage nicht leere Phrase bleiben sollte."

Göring traf ferner die Feststellung, daß die Luftwaffe ein integrierender Bestandteil jeder Sicherheit sein müsse und ohne Luftwaffe auch Armee und Marine, mögen sie noch so stark sein, ohne Nutzen seien. –

Diese beiden deutschen Staatsmänner haben in ihren Ausführungen sozusagen den geistigen Extrakt der politischen Entwicklung des Winters 1934/31 (Anfang November 1934 bis Anfang März 1935) gegeben. Die drei Männer, in deren Hände der Führer in jenen 130 Tagen das Schicksal Deutschlands gelegt hatte, waren **Ribbentrop, Göring und Blomberg, der Reichswehrminister.** Ribbentrop insbesondere hatte die Aufgabe, die internationale Politik geistig vorzubereiten auf die Entschlossenheit des Reiches, sich nicht länger in der Gewährung seiner Gleichberechtigung verträsten zu lassen. Ribbentrop ging nach London, um die britische Regierung von der gerechten deutschen Forderung zu überzeugen. Zahlreiche Engländer des öffentlichen Lebens kamen nach Berlin, um sich von dem ehrlichen Friedenswillen des Führers zu überzeugen. Diese vorurteilslosen Männer führten einen Propagandafeldzug zugunsten des Reiches im englischen Volke durch, der die Friedensliebe Hitlers und darum seine gerechte Forderung nach militärischer Gleichberechtigung ins helle Licht rückte. Männer des Parlaments und der Presse unterstützten wirksam die diplomatischen Auseinandersetzungen zwischen London und Berlin. Der Schwerpunkt dieser Tätigkeit lag in den Monaten November, Dezember und Januar, sie vollzog sich vor dem Hintergrunde der Saarabstimmung, welche die weltgeschichtliche Größe und Würde des Reiches offenbarte.

Der zweite Abschnitt dieser Entwicklung umfaßt **die Zeit von Anfang Februar bis Anfang März**, von der Londoner Konferenz bis zum Weißbuch. Dieser Zeitabschnitt stand unverkennbar im Zeichen wieder vordringenden französischen, durch Rußland verstärkten Einflusses. Jedoch der Führer ließ die vorher errungenen Positionen nicht wieder fahren, der bei den Systemregierungen übliche Umfall blieb aus. Den Systemleuten fehlte das politische Genie, dessen erste Voraussetzungen der feste und unerschütterliche Wille der Führer und die gesammelte Kraft des Volkes, beide auf ein großes Ziel gerichtet, sind. Nur der mit hellem Auge besitzt die Kunst, den Stand der Sonne zu ken-

nen, wenn Wolken sie verhüllen. So konnte der Führer Adolf Hitler, als französische Wolken vor die Sonne der deutsch-britischen Verständigung traten, doch sofort das aus dem ihm Gebotenen herausgreifen, was seinem Ziele am nächsten kam. Den Nordostpakt, diese einseitig russisch-französische Angelegenheit, konnte er vor seiner Nation nicht verantworten, wohl aber erkannte er den Wert des Luftpaktes! **Das den Vorschlag des Luftpaktes enthaltende Londoner Kommuniqué vom 3. Februar 1935, das ihm in aller Form mitgeteilt wurde, war ein vollgültiges völkerrechtliches Dokument. Die Einbeziehung Deutschlands hatte lediglich Sinn unter der Voraussetzung der Anerkennung Deutschlands als Luftmacht. Die Überreichung des Kommuniqués erkannte das Reich also automatisch als Luftmacht an, und damit hatten England und Frankreich *de facto* jene Versailler Bestimmungen, welche dem Reiche die Luftwaffe verboten, außer Kraft gesetzt! Auf Grund dieser Tatsache begann General Göring unverzüglich den für Deutschland notwendigen Auf- und Ausbau der Luftwaffe. Ohne daß dem von der Gegenseite widersprochen wurde, sprach die Reichsregierung in ihrer Antwort vom 13. Februar von den deutschen Luftstreitkräften. Damit war also grundsätzlich das Versailler Diktat in seinen das Verbot der Luftwaffe für Deutschland betreffenden Artikeln durchbrochen.***

Die Zunahme des französischen und russischen Einflusses in London strebte dem Gipfelpunkte zu, den das englische Weißbuch bildet. Dieses Weißbuch ist ein Abirren Englands von der seit November 1934 eingeschlagenen geraden Linie gewesen. Die britische Regierung war wieder in den Versailler Bannkreis geraten und hatte sich so in einem *circulus vitiosus* verfangen. Dies fühlte ein großer Teil des englischen Volkes selbst, und darum sparte dieser Teil nicht mit Vorwürfen gegen die Regierung. Am bittersten jedoch fühlten sich in Deutschland die Männer enttäuscht, die seit Wochen in London auf das Zusammengehen Deutschlands und Englands auf geradem Wege hingearbeitet hatten.

Es war der Sinn der Worte Ribbentrops, diese deutsche Enttäuschung zu begründen. Aber die deutsche Regierung dachte nicht daran, sich von Großbritannien verleiten zu lassen, nun auch den krummen Pfad der Schwäche gegenüber Frankreich und Rußland mitzuwandeln. Ganz im Gegenteil! Mochte England augenblicklich, rückwärts blickend, vorübergehend vom graden Wege abweichen, das Reich war entschlossen, den geraden Weg, der seit November über das Londoner Kommuniqué hinüber in eine neue politische Zukunft führen sollte, unbeirrt weiterzugehen. Gerade in diesen ersten Märztagen, etwa vom 4. bis zum 15. März, hing das Schicksal Europas an einem Faden. Die großen Mächte standen am Scheidewege: auf Deutschlands Festigkeit kam es an, welchen Weg Europa gehen würde. Ein kurzes Schwanken des Führers hätte für unseren gesamten Erdteil die beginnende Vorherrschaft Sowjetrußlands, der Weltrevolution, bedeutet. Der Richtpunkt des Reiches auf dem Wege der festen Entschlüsse war die **Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht am 16. März**. Doch bevor wir sie näher betrachten, müssen wir die internationale Lage der zehn vorhergehenden Tage verfolgen.



5.

Die Erkältung des Führers hatte diesen, wie wir sahen, veranlaßt, den englischen Außenminister Simon zu bitten, seinen Besuch in Berlin zu verschieben. Gleichzeitig erschien das englische Weißbuch, das den ersten Eindruck erweckte, als sollte der Draht zwischen London und Berlin wieder abreißen. Einige Tage der Spannung folgten: was wird Hitler tun? fragte man sich. Am 10. März jedoch empfing der **deutsche Außenminister Freiherr von Neurath** den englischen Botschafter Sir Phipps und teilte ihm mit, daß der Führer vierzehn Tage in Bayern zur Erholung verweilen wolle. **Nach seiner Rückkehr, Ende März, stehe dem englischen Besuche nichts mehr im Wege.** In England wirkte die Begegnung zwischen Neurath und Phipps wie eine Erlösung, die Presse sprach von einer merklichen Verbesserung der internationalen Atmosphäre. Garvin schrieb im *Observer*, vom Berliner Besuch des englischen Außenministers hänge mehr denn je zuvor ab; man müsse wünschen, daß die Besprechungen im "ursprünglich beabsichtigten Geiste" durchgeführt würden, obwohl man zugeben

**Verschiebung
des englischen
Besuches**

müsse, daß der Angriff des englischen Weißbuches gegen Deutschland unklug gewesen sei. Es war ein Zeichen von der Stabilität der öffentlichen Meinung Großbritanniens, daß gerade jetzt entschiedener denn zuvor die Verständigung mit Deutschland gefordert wurde. "Verbrennt das englische Weißbuch!" forderte *Sunday Dispatch*, und Colin Brooks meinte, England solle die ganze Versailler Politik fallen lassen und reinen Tisch in Europa machen. Simon sollte den Führer nach Deutschlands Beschwerden und nationalen Notwendigkeiten befragen, ja Brooks ging so weit anzuregen, daß Simon die Rückgabe der von Deutschland abgetrennten Gebiete vorschlagen solle!

Sir Phipps teilte dem Reichsaußenminister als **neuen Termin für Simons Besuch den 25. und 26. März mit**, und Neurath erklärte, daß dem Führer diese Tage genehm seien.

Das Reich hatte fair gehandelt. Dadurch wurde das Schiff der britischen Politik, das durch die Ereignisse der letzten Wochen auf dem französischen Sande ziemlich fest saß, wieder flott. Auch Sir John Simon wußte, daß es dem Führer zu danken war, wenn Großbritannien sein Ziel weiter verfolgen konnte. Am Abend des 15. März hielt er in Swansea eine große Rede, in der er den Frieden als "das größte der britischen Interessen" bezeichnete; deshalb sei Großbritannien treuer Anhänger des Völkerbundes, der allerdings in drei Punkten die Hoffnungen nicht erfüllt habe: er sei nicht umfassend, seine Leistungen hätten enttäuscht, in der Abrüstungsfrage habe er versagt. Es bestehe kein Zweifel, daß nach Deutschlands erzwungener Abrüstung vereinbarte Rüstungsherabsetzungen in anderen großen Staaten beabsichtigt waren. Statt dessen hätten gewisse Staaten, z. B. Japan, USA, Sowjetrußland, Deutschland – Frankreich nannte er nicht – aufgerüstet. Es sei ein Punkt erreicht, wo einseitige Abrüstung nicht weitergeführt werden könne. Er täusche sich nicht in den Schwierigkeiten seiner Besuche auf dem Kontinent, aber auch der kleinste Erfolg werde neue Möglichkeiten für die Abrüstung erschließen, und diese würde den Völkerbund und das kollektive Friedenssystem stärken; jedenfalls seien die drei bevorstehenden Besuche (– Berlin, Moskau, Warschau –) ausnahmslos wichtig und die britische Regierung begrüße aufrichtig die Gelegenheit, die so in drei großen Hauptstädten Europas geboten werde, um das internationale Einvernehmen zu fördern; das sei die Hauptsorge der Regierung.



6.

Diejenigen, die aus dem Vorfall des Weißbuches und der Verschiebung des Berliner Besuches neue Hoffnung schöpften, **waren die Anhänger des Ostpaktes**, Frankreich und vornehmlich Rußland. Mit Gift und Galle hatte die *Iswestija* die Vorbereitungen Simons für seine Reise nach Berlin verfolgt und sie geradezu eine Unanständigkeit gegenüber Frankreich genannt. England dürfe nicht vergessen, daß es Frankreich gegenüber Verpflichtungen hinsichtlich des Ostpaktes übernommen habe; Simons Taktik aber, Deutschlands Wünsche von den Augen abzulesen, vergrößere nur die Spannung in Osteuropa; Englands Haltung könne schlechte Folgen haben. (Anfang März.)

Als dann der Plan plötzlich geändert wurde und man in Moskau sah, daß sich die britische Regierung in ihren Entschlüssen von niemandem beeinflussen ließ, wurden die **Russen in London geschäftig**. Der bolschewistische Botschafter Maiski gab am 9. März Sir Robert Vansittart zu verstehen, daß die Regierung in Moskau es begrüßen würde, wenn Eden so bald wie möglich, vielleicht schon am 13. oder 14. März (*Sunday Times*), nach Moskau kommen würde. Dafür allerdings zeigte die englische Regierung wenig Neigung. Ein Besuch Moskaus vor der Berliner Reise hätte in Deutschland als Brückierung aufgefaßt werden können; dieser neuen Gefahr wollte sich die englische Regierung nach der Geschichte mit dem Weißbuch nicht aussetzen.

Für die Russen hing von Englands Verhalten sehr viel ab. **Die baltischen Staaten, Estland, Lettland, Litauen**, trafen keine Anstalten, dem Ostpakt irgendwie näherzukommen, da sie das nicht unrichtige Empfinden hatten, daß sie durch diesen Pakt in die Einflußsphäre der Sowjetunion gedrängt würden. Polen und Deutschland lehnten den Ostpakt überhaupt ab. Würde Eden nun nach Moskau kommen, so könnte dieser Besuch zu einer gewaltigen moralischen Unterstützung der Ostpaktidee werden, um so mehr, wenn er vor dem Berliner Besuch stattfinden würde.

Ein von einer zentralen, gewiß in der französischen Regierung sitzenden Stelle aus geleiteter **groß-angelegter und einmütiger Feldzug der französischen Presse** unterstützte die russischen Bemühungen. Hier wurde besonders aus den Äußerungen Görings zu Ward Price ein Verstoß Deutschlands gegen den Versailler Vertrag und ein Widerspruch zum Londoner Kommuniqué vom 3. Februar 1935 konstruiert. Die Franzosen suchten damit zu beweisen, daß das Verhalten Deutschlands den Ostpakt jetzt erst recht herausfordern und daß Eden sich unverzüglich nach Moskau begeben müsse. Jedoch die französischen Überredungskünste waren ebenso erfolglos wie die russischen Anbiederungsversuche; **das englische Kabinett beschloß, daß Simon und Eden am 25. und 26. März in Berlin verweilen sollten, daß Simon von Berlin nach London zurückkehren, Eden aber nach Moskau weiterreisen sollte, wo er vom 28. März bis 1. April mit Stalin verhandeln solle; auf seiner Rückreise sollte Eden in Warschau einen Besuch abstatten.** –



7.

Die Nachrichten-Agentur Havas brachte am 14. März eine Nachricht aus London, die folgendes enthielt: Man habe guten Grund zu der Annahme, daß Sir John Simon und Eden beauftragt würden, dem Reichskanzler persönlich zur Kenntnis zu bringen, daß das Londoner Kabinett **das Sicherheitssystem im Westen wie im Osten Deutschlands als voneinander unlösbar betrachte**; jede Anregung, die Sicherheit in Osteuropa unabhängig von Frankreich zu organisieren, würde daher in London als nicht den Erfordernissen der Lage entsprechend angesehen; die Sicherheit sei im übrigen nur durch gegenseitigen Beistand zu erreichen. Wenn diese Ansicht in Berlin gebilligt würde, würden die englischen Besucher alle Freiheit haben, um mit den deutschen Unterhändlern **über eine Anerkennung der deutschen Aufrüstung zu verhandeln**, die der Genugtuung entsprechen würde, die sie auf dem Gebiete der Sicherheit erreichen werden. **Diese Anerkennung dürfe jedoch nicht so weit gehen, Deutschland die gleichen Streitkräfte wie Sowjetrußland zuzugestehen.** Im übrigen bedaure man in gutunterrichteten Londoner Kreisen, daß Deutschland vor dem Besuch der englischen Minister in Berlin zur Militarisation der Zivilflieger schreite, die eine sehr deutliche Verletzung des Teiles V des Versailler Vertrages darstelle. In London glaube man, daß einer Verhandlung zur Schaffung eines neuen vertraglichen Sicherheitssystems nicht eine Maßnahme hätte vorausgehen dürfen, die einer einseitigen Kündigung des früheren diplomatischen Werkzeuges gleichkäme. Man wisse noch nicht, ob deswegen ein diplomatischer Protest erfolgen werde oder ob Sir John Simon die Angelegenheit selbst in Berlin behandeln werde. Jedenfalls sei aber sicher, daß sie nicht mit Stillschweigen übergegangen werde.

Dieser Havasbericht aus der Mitte der französischen Partei in London, als deren Basis, wie gesagt, gewisse militärische Kreise betrachtet werden müssen, sollte dazu dienen, **die von der französischen Regierung geplante Einführung der zweijährigen Dienstzeit als internationale Notwendigkeit zu begründen.**

Bereits im Herbst trug sich die Regierung mit dem Gedanken der Dienstzeitverlängerung. Doch verhinderte damals der Regierungswechsel seine parlamentarische Behandlung. Flandin hoffte vielleicht, daß ihm irgendwelche Umstände zu Hilfe kommen würden, den Widerstand der Opposition gegen das Regierungsvorhaben zu vermindern. So kam es, daß er die Erörterung der Dienstzeitverlängerung, die bereits im April 1935 in Kraft treten sollte, gewissermaßen bis auf den letzten Augenblick, bis auf den März 1935 verschob. Es zeigte sich aber, daß die inneren Spannungen unvermindert weiterbestanden.

**Verlängerung
der Dienstzeit
in Frankreich**

Marschall Pétain, der am 1. März in der *Revue des Deux Mondes* einen öffentlichen Vorstoß für die zweijährige Dienstzeit gemacht hatte, äußerte am 8. März einem Vertreter des *Matin* gegenüber:

"Die Verlängerung der Militärdienstzeit ist unbedingt erforderlich und dringend, denn es handelt sich nicht um eine theoretische, sondern um eine praktische Frage. **In Anbetracht der intensiven Wiederaufrüstung Deutschlands und der Gefahr eines überraschenden An-**

griffs, wie sollen wir die Nichtverletzung unserer Grenzen sichern? Das benachbarte Heer besteht aus 600 000 Mann, die sofort verfügbar sind."

Bei der Eröffnung der **Messe von Lyon** am 10. März hielt Ministerpräsident Flandin eine Rede, worin er erklärte, die Aufrüstung Deutschlands, die die Unterzeichner des Versailler Vertrages machtlos gewesen seien zu verhindern, habe für Frankreich den **Eintritt in die rekrutenmageren Jahre** (1936 bis 1940) viel gefährlicher gestaltet; von Deutschlands gutem Willen werde es abhängen, ob der große europäische Friede auf einer unbestreitbaren Grundlage der Gleichberechtigung verwirklicht werde; inzwischen halte Frankreich seine Landesverteidigung aufrecht. Unter Hinweis auf die Bedrohung des europäischen Friedens durch Deutschlands "Aufrüstung" beschäftigte sich **seit Anfang März** der französische Ministerrat energisch mit der **Heraufsetzung der militärischen Dienstzeit**. Nach den Angaben des Französischen Generalstabs sollte die Zahl der jährlich Einberufenen, die bis jetzt 230 000 betragen habe, in den Jahren 1936–1940 auf einen jährlichen Durchschnitt von 118 000 absinken infolge der durch die Kriegsjahre bedingten Geburtenausfälle. Zwei Maßnahmen sollten ausgleichend wirken: **die Herabsetzung des dienstpflichtigen Alters von 21 auf 20 Jahre und die Verlängerung der Dienstzeit** in der Weise, daß die im April 1935 Eingezogenen 18 Monate, dagegen die vom Oktober 1935 an Eingezogenen zwei Jahre dienen sollten. **Flandin vertrat im Ministerrat am 12. März** die Dienstzeitverlängerung; er wies darauf hin, daß es sich in keiner Weise um die Erhöhung der unter den Fahnen stehenden Effektivstärken handele, sondern nur darum, die Verringerung des Kontingents durch eine vorübergehende (bis 1940 währende) Verlängerung der Dienstzeit auszugleichen. Es scheint, daß im Ministerrat infolge des radikal-sozialistischen Widerspruchs keine Übereinstimmung über diese Frage erzielt wurde. **In der Öffentlichkeit nahmen die Marxisten aller Richtungen scharf Stellung gegen die Absicht Flandins**. Auch die Sitzung des Heeresausschusses der französischen Kammer, der am 13. März diese Frage behandelte, verlief sehr stürmisch. Da die Aussicht, die Dienstzeitverlängerung auf dem üblichen parlamentarischen Wege durchzuführen, sehr gering war, beschloß Flandin, sie auf Grund Artikels 40 des Rekrutierungsgesetzes zu verordnen; später wollte die Regierung dann ein entsprechendes Gesetz vorlegen. Flandin hoffte, bis Ende des Sommers einen Überblick über die internationale Lage im allgemeinen und über die Entwicklung der Paktverhandlungen sowie über die Aussichten einer Wiederaufnahme der Arbeiten der Abrüstungskonferenz im besonderen zu gewinnen. Dann sollten Kammer und Senat unter Berücksichtigung dieser Entwicklung über den Antrag der Regierung auf gesetzmäßige Verlängerung der Dienstzeit auf zwei Jahre befinden. Jetzt sollte vorerst eine parlamentarische Aussprache vermieden werden.

Am 15. März gab Flandin vor der Kammer eine Erklärung zu seinem Vorhaben ab. In seiner Begründung sagte er unter anderem:

"Als nach dem Abgange Deutschlands von Genf **die Aufrüstung dieser großen benachbarten Macht in verschiedener Form und im weiten Ausmaß trotz der Bestimmungen des Teiles V des Vertrages von Versailles fortgesetzt wurde**, in dem Augenblick, wo die Effektiven in der deutschen Armee erheblich erhöht sind **durch einseitigen Beschluß, dem die französische Regierung ihre Zustimmung ebensowenig gibt wie die englische**, kann Frankreich es ohne Gefahr für die Landesverteidigung nicht zulassen, daß die Effektiven seiner Armee geringer werden, als durch das Gesetz vom 31. März 1928 vorgesehen war, also zu einer Zeit, als die deutsche Aufrüstung offiziell in den von dem Friedensvertrag bestimmten Grenzen geblieben war. Den kasernierten und sofort verfügbaren 480 000 Mann in Deutschland, zu denen zahlreiche vormilitärische oder militärähnliche Abteilungen hinzutreten, die vom Effektivkomité in Genf als unvereinbar mit einer gerechten Beschränkung der Rüstungen erklärt worden sind, können wir zu Beginn des Jahres 1935 nur 278 000 Mann entgegenstellen, die jederzeit auf dem Boden des Mutterlandes verfügbar sind. Nach den allen bekannten Plänen wird Deutschland 1936 über wenigstens 600 000 Mann verfügen, und wir werden gleichzeitig infolge des Beginnes des rekrutenarmen Zeitabschnittes und unter der Voraussetzung, daß unsere Hoffnungen auf die Einstellung von Kapitulanten z. T. in Erfüllung gehen, und unter Berücksichtigung der durch die Ausgleichsmaßnahmen erzielten jährlichen

Erhöhung auf 208 000 Mann sinken. Ein derartiger Unterschied ist unzulässig, selbst wenn man zu diesen 208 000 Mann die 72 000 der im Mutterlande stehenden, aber als Reserve für unsere Überseestreitkräfte zum Schutze und zur Verteidigung unseres großen Reiches bestimmten mobilen Streitkräfte zählt.

Frankreich bleibt der Politik der Festigung des Friedens und der Organisierung der internationalen Sicherheit treu und will seine friedfertigen Absichten in keiner Weise einem Zweifel aussetzen. **Die Regierung stellt aber, ebenso wie es die englische Regierung in ihrem kürzlich veröffentlichten amtlichen Schriftstück getan hat, fest,** daß noch ein weiter Weg zurückzulegen ist, bis man eine absolute Sicherheit findet, ohne hinter sich die Mittel haben zu müssen, um sich gegen einen Angriff zu verteidigen. Sie wird den Umstand nicht aus dem Auge verlieren, daß noch entsprechende Verteidigungsmittel nötig sind, um die Sicherheit zu gewährleisten und um es Frankreich zu ermöglichen, in vollem Umfange in der Welt an der Aufrechterhaltung des Friedens mitzuarbeiten. Unter diesen Bedingungen hat die Regierung beschlossen, die Rekruten, die im April und Oktober dieses Jahres eingezogen wurden, länger unter den Fahnen zu behalten. Der Beschluß findet Anwendung bis einschließlich 1939. Die zeitliche Indienststellung wird für die Rekruten, die im April 1936 zwölf Monate gedient haben, weitere sechs Monate betragen, und für die späteren Klassen auf weitere zwölf Monate ausgedehnt werden. Außerdem hat der Kriegsminister einen Gesetzesvorschlag eingebracht, der ihn ermächtigt, das augenblickliche militärdienstpflichtige Alter allmählich bis auf 20 Jahre herabzusetzen und die getrennte Einziehung der Rekruten – April und Oktober – zu beseitigen. Das Gesetz sieht weiter eine Erhöhung der Zahl der Berufssoldaten vor. –

Die Regierung hat niemals die Lösung der Frage der Effektivbestände mit den sehr viel weitergehenden Fragen der Landesverteidigung verwechselt und wird sie auch nicht verwechseln. Sie betont aber, daß der Schutz der Grenzbefestigungen und des Landes gegen den Einfall ein Mindestmaß von Effektivbeständen erfordert. Sie appelliert an die vaterländische Mitarbeit des Parlamentes, das noch niemals die Landesverteidigung im Stich gelassen hat, um Frankreich die Mittel für seine Sicherheit zu geben. **Sie erklärt noch einmal den friedlichen Willen eines in einem Jahrhundert viermal überfallenen Landes(!!!) und ist sich bewußt, der Repräsentant eines Landes zu sein, das seine Rüstungen nur in dem Maße aufrecht erhält, wie sie für die Verteidigung des Friedens, die Aufrechterhaltung der Sicherheit und die Entmutigung des Angriffs notwendig sind."**

Die Rechte und die Mitte nahm Flandins Rede mit Beifall auf, die **Linke** aber verharrte, **bis weit in die Reihen der Radikalsozialisten hinein**, in eisigem Schweigen. Der jüdische Marxistenführer **Leon Blum** warf dann der Regierung Zweideutigkeit vor, die Regierung möge ihre Absichten gleich offen bekennen und die zweijährige Dienstzeit nicht als vorübergehende Ausnahme, sondern sofort als Gesetz einführen. Das Ziel der Regierung sei die Einführung der zweijährigen Dienstzeit und die Bildung eines Berufsheeres. Sieben Milliarden Franken seien für Befestigungen ausgegeben worden, um Effektiven zu sparen. Warum ändere man jetzt die Politik? Das Jahreskontingent von 1935 sei völlig normal. Frankreich verfüge im Mutterlande einschließlich der in Frankreich garnisierenden Kolonialtruppen nicht über 278 000, sondern über annähernd 500 000 Mann. Das reiche aus, um die Festungen zu besetzen und die Verteidigung zu organisieren. Aber gewisse militärische Kreise hätten das Interesse, ein Berufsheer zu schaffen. **Frankreich verfüge über größere Streitkräfte, als die tatsächliche Verteidigung erfordere. Man bereite eine Angriffsstrategie vor.** Gegen die Gefahr eines Angriffs könne Frankreich keine Sicherheit im Wettrüsten finden. Dazu brauche man mehr als zwei



Ein harmloses Blockhaus als französische Festung am Rhein. Photo Scherl.

Dienstjahre. Die Marxisten glaubten nicht, daß eine Gewaltlösung nötig sei. Die wahre Sicherheit sei die, die den Krieg verhindere. Weshalb trage die Regierung nicht den Fortschritten der Sicherheitsorganisation – Sowjetrußlands Eintritt in den Völkerbund, römisches Abkommen usw. – Rechnung? Man zwingt Deutschland, ein Abrüstungsabkommen zu unterzeichnen. Sei man heute wieder so weit wie 1913, habe sich nichts geändert in den 22 Jahren?

Der nationalsozialistische Abgeordnete Oberst Fabry erwiderte Blum als Vertreter der Militärkommission der Kammer, die ganze Debatte sei überflüssig, wenn das Deutschland von heute noch dasselbe wäre wie das von 1928, als Frankreich sich die Militärgesetzgebung schuf. Kein Kriegsminister könne verantworten, daß der Mobilmachungsplan in Frage gestellt würde. – Im Redekampf für und gegen die Forderung der Regierung kamen auch die beiden Radikalsozialisten **Herriot und Daladier**, von denen der erste als Minister für, der zweite gegen die Regierung sprach, zu Wort.

Eine scharfe Auseinandersetzung innerhalb der radikalsozialistischen Partei unmittelbar vor der Kammersitzung hatte ergeben, daß die Fraktion mit 27 gegen 12 Stimmen für Herriot eintrat, der für den Fall, daß die Fraktion gegen ihn stimme, seine Ämter als Minister und Parteivorsitzender zur Verfügung stellte.

Bei der Schlußabstimmung in der Kammer mußte Flandin zwischen rechts und links hindurchsteuern. Die sozialistischen und radikalsozialistischen Anträge wurden mit 389 gegen 190 Stimmen abgelehnt. Flandins zweiter Erfolg war dann, daß der Antrag der rechtsstehenden Abgeordneten und des Obersten Fabry, die Regierung solle sofort eine Gesetzesvorlage über die zweijährige Dienstzeit einbringen, mit 530 gegen 44 Stimmen abgelehnt wurde. Darauf wurde der Vertrauensantrag des linksradikalen Abgeordneten Laurent Zynar mit 354 gegen 210 Stimmen angenommen. Flandin war glücklich zwischen links und rechts durchgekommen.

Damit hatte Frankreich den tatsächlichen Beweis erbracht, daß die Abrüstung ein Phantom war, für welches die Regierung der dritten Republik keinerlei Verständnis, geschweige denn Sympathie hatte. Welche Gedanken die militärischen Kreise, die die Politik Frankreichs leiteten, beherrschten, dafür eine Äußerung, die General Niessel am 14. März 1935 im *Paris Soir* tat:

"Paris liegt der Grenze näher als Berlin, aber das Rheinland hat genug große Städte und Industriezentren, an lohnenden Zielen wird es uns nicht fehlen." (Nach *Soldatenbund*, Berlin 5. 6. 36.)



8.

Die Havas-Meldung und die Flandin-Rede riefen den deutschen Widerspruch hervor. Das deutsche Nachrichtenbüro stellte die in beiden enthaltenen französischen Vorwürfe richtig. Es brachte damit die Meinung zum Ausdruck, die die Reichsregierung bereits oft genug den Franzosen mitgeteilt hatte. (Vgl. **Anlage 11.**)

Jetzt handelte der Führer. **Englands** Kriegsministerium rüstete auf und machte Deutschland dafür verantwortlich, daß es das tat. **Frankreichs** Regierung war im Begriff, die zweijährige Dienstzeit einzuführen, um seinen hohen Rüstungsstand zu erhalten. **Rußland** war ein bis an die Zähne bewaffneter Staat; es war der Verbündete Frankreichs und der Todfeind Deutschlands. Es schürte in Paris durch unerschöpfliche Tatarennachrichten über Deutschlands Aufrüstung. Rings um Deutschland erhob sich ein



*Französischer Brückenkopf am Oberrhein.
Photo Scherl.*

**Wiedergewinnung
der Wehrhoheit**

waffenstarrer feindlicher Wall, der mit Flugzeugen aus der Luft und mit Kanonen auf der Erde in der Lage war, Deutschland in einen Trümmerhaufen zu verwandeln, und der genau so tat, als hätte man nie auch nur eine Minute von und über Abrüstung gesprochen.

Ein deutscher Staatsmann durfte nicht zulassen, nachdem alle ehrlichen Versuche und Angebote einer Abrüstung fehlgeschlagen waren, daß das deutsche Volk allein wehrlos inmitten hochgerüsteter Staaten bleiben müsse.

"Ein ungerüstetes Land ist inmitten einer hochgerüsteten Welt eine stete Aufforderung zum Krieg. Nicht das bewaffnete, sondern das unbewaffnete Deutschland hat Europa beunruhigt. Durch die Wiedereinführung der Wehrpflicht wurde jene Balance wieder hergestellt, die notwendig ist, um zu fruchtbaren Diskussionen über die großen ungelösten Probleme der Weltpolitik zu kommen."

So schrieb Reichspropagandaminister Goebbels am 18. März (*Klarheit und Logik*). Andererseits verhehlte sich der Führer nicht, daß **die Unkenntnis der anderen Staaten über Deutschlands Aufrüstung eine stete Quelle der Beunruhigung war.** Diese Unruhe war nicht etwa auf die Tatsache der Aufrüstung Deutschlands an sich zurückzuführen, sondern auf die vielen Entstellungen und Übertretungen, die von übelwollenden, deutschfeindlichen Elementen, vor allem in Moskau, verbreitet wurden und infolge eben der in der Welt herrschenden Unkenntnis nur zu leicht auf empfänglichen Boden fielen. Die Welt spürte das Bedürfnis, über den deutschen Rüstungsstand, über dessen Erhöhung sie keinerlei Zweifel hegte, Klarheit zu erhalten, sie sollte nun wissen, woran sie war. Propagandaminister Goebbels erklärte in seinem oben erwähnten Aufsatz, daß amtliche und nichtamtliche Stellen des Auslandes oft genug beklagt hätten, daß ohne uneingeschränkte Kenntnis der Absichten Deutschlands eine Konsolidierung des Friedens ausgeschlossen erscheine. Mehr als einmal sei von diesen Stellen der Wunsch ausgesprochen worden, Deutschland möge der Geheimniskrämerei ein Ende machen und klipp und klar dartun, wohin es steuere, was es wolle und welche Pläne es habe. Der Führer fühlte sich auch aus diesem Grunde verpflichtet, offen und rückhaltlos die deutschen Absichten klarzulegen, weil ein solcher Schritt in Wahrheit ein Element der Beruhigung für Europa sein würde. – Schließlich war sich der Führer darüber klar, daß, nachdem Rußland mit seiner Waffenmacht in den Völkerbund aufgenommen worden war, der Versailler Vertrag von selbst in bezug auf die Militärklauseln gefallen war; denn zur Zeit seiner Entstehung war an die große Militärmacht im Osten noch nicht zu denken. Er ging deshalb den von ihm eingeschlagenen Weg bis zu Ende. Am Nachmittag des 15. März, zur gleichen Stunde, da Flandin vor der Kammer seine Rede hielt, unterbrach er seinen Krankheitsurlaub, den er in Bayern verbrachte, kehrte nach Berlin zurück und hatte noch am gleichen Abend Besprechungen mit seinen Ministern. Ein Ministerrat, der am Mittag des 16. März, einem Sonnabend, zusammentrat, beschloß das **neue Gesetz über den Aufbau der Wehrmacht**, das in zwei wesentlichen Paragraphen bestimmt:

1. Der Dienst in der Wehrmacht erfolgt auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht.
2. Das deutsche Friedensheer, einschließlich der überführten Truppenpolizeien, gliedert sich in zwölf Korpskommandos und sechsunddreißig Divisionen.

Eine Proklamation an das deutsche Volk (siehe **Anlage 12**) legte die Gründe der Regierung dar.

Dieses Ereignis löste in Deutschland hellen Jubel aus. Der würdige Hintergrund der Wiederverkündung der allgemeinen Wehrpflicht war **das Heldengedenken, das am Sonntag, dem 17. März, in der Mittagsstunde gefeiert wurde durch einen mit einer Gedenkrede des Reichskriegsministers von Blomberg ausgefüllten Staatsakt in der Berliner Staatsoper und anschließender Ehrung der alten Fahnen im Lustgarten durch Verleihung des noch vom Generalfeldmarschall von Hindenburg für Frontkämpfer und Kriegsteilnehmer gestifteten Ehrenkreuzes.** Viele Tausende von Spenden und freiwilligen Meldungen begeisterter Deutscher gingen in den nächsten Wochen beim Reichswehrministerium ein.

Die Schande der Wehrlosigkeit, die in Versailles dem Reiche zugefügt worden war, war damit getilgt. Nach der zwei Monate zuvor durchgeführten siegreichen Saarabstimmung war das Ereignis

des 16. März 1935 wohl einer der erfolgreichsten und schwersten Stöße, den das neue Reich nach kaum zweijährigem Bestehen dem auf Versailles aufgebauten Lügensystem zugefügt hat. Die durch die fast dreijährige Genfer Abrüstungsposse – die Abrüstungskonferenz war am 3. Februar 1932 eröffnet worden – mit Zündstoff hochgeschwängerte Atmosphäre Europas war mit einem Schlage bereinigt worden. Die Völker Europas hatten die Entwicklung kommen sehen, die Regierungen aber waren erschrocken, weil sie nicht daran geglaubt hatten, und wußten nicht, wie sie sich jetzt verhalten sollten. Sie waren jahrelang gewohnt gewesen, mit zaghaften und feigen Regierungsmännern in Deutschland zu verhandeln, jetzt aber standen sie dem Führer gegenüber, der über alle zweifelnden Bedenken die mutige Tat stellte. Er durfte es, weil das Volk nicht mehr von Parteien zerrissen wurde, sondern einmütig seinem Willen folgte. Zwei Jahre hindurch hatte das Volk willig seine Opfer gebracht. Es hatte Woche für Woche, Mann für Mann, Groschen um Groschen gespendet, nicht, um Wohlleben zu erringen, sondern um den Mitarbeitern des Führers die Mittel zu geben, mit denen in fieberhaft ununterbrochener Arbeit bei Tag und Nacht die neuen und weiten Kasernen geschaffen wurden, in die, wenn die Stunde gekommen war, die Söhne der Nation als Träger von Ehre und Freiheit, als Schützer von Frieden und Sicherheit einziehen sollten.

Diese Stunde war jetzt gekommen.

Es war unvermeidlich, daß der Führer von **ausländischen Pressevertretern** befragt wurde. So empfing er am Abend des 17. März nach seiner Rückkehr nach München den Vertreter der *Daily Mail*, **Ward Price**. Dieser legte Adolf Hitler drei Fragen vor:

- ob Deutschland auch in Zukunft genau so bereit sei, mit England und Frankreich zu verhandeln, wie er dies in seiner Note vom 13. Februar zum Ausdruck gebracht habe,
- ob sich Deutschland nach wie vor an die territorialen Bestimmungen des Versailler Vertrages gebunden halte, und
- welchen Eindruck der Schritt des 16. März auf das deutsche Volk gemacht habe.



*Heldengedenkfeier des 17. März 1935 in Berlin:
Der Führer verleiht den Fahnen der alten Armee das Ehrenkreuz. Photo Scherl.*



Heldengedenkfeier des 17. März 1935 in Berlin: Der Vorbeimarsch am Führer. Photo Scherl.

In diesen drei Fragen war alles enthalten, was das englische Volk an der Wiederherstellung der deutschen Wehrhoheit interessierte.

Auf die erste Frage antwortete der Führer, **die Herstellung der deutschen Wehrhoheit sei ein Akt der Wiederherstellung der verletzten Souveränität eines großen Staates.** Anzunehmen, daß ein souverän gewordener Staat weniger geneigt sei zu einer Verhandlung, als ein nicht souveräner, würde absurd sein. Gerade weil das Reich ein souveräner Staat sei, sei es auch bereit, mit anderen souveränen Staaten zu verhandeln.

Auf die zweite Frage erwiderte der Führer, **durch den Akt der Wiederherstellung der deutschen Wehrhoheit sei der Versailler Vertrag nur in jenen Punkten berührt, die durch die Verweigerung der analogen Abrüstungsverpflichtungen der anderen Staaten tatsächlich ohnehin schon längst ihre Rechtskraft verloren haben.**^{**} Die deutsche Regierung sei sich klar darüber, daß man eine Revision territorialer Bestimmungen internationaler Verträge nie durch einseitige Maßnahmen hervorrufen könne.

Auf die dritte Frage schließlich entgegnete Adolf Hitler, **das deutsche Volk empfinde den Akt vom 16. März überhaupt nicht so sehr als einen militärischen, sondern vielmehr als einen moralischen.** Nicht das Gefühl des Hasses gegen eine andere Nation erfülle das deutsche Volk, sondern vielmehr das Gefühl des Glückes, daß das eigene Volk nun wieder frei sei. Es handle sich nicht um Krieg oder Frieden, und darum sei es möglich gewesen, in der Proklamation der Wehrhoheit laut und deutlich für den Frieden zu plädieren, und die deutsche Mitarbeit an der Sicherung des Friedens zur Verfügung zu stellen. **"Denn das deutsche Volk will keinen Krieg, sondern es will ausschließlich das gleiche Recht aller anderen. Das ist alles."**

Die innerdeutsche Seite der wiedererlangten Wehrhoheit beleuchtete der Reichskriegsminister, Generaloberst von Blomberg, in einer Abhandlung, die der *Völkische Beobachter* am 19. März brachte. Er sagt darin zunächst, es sei falsch, die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht für ein

Ereignis zu halten, das in erster Linie die Wehrmacht und ihre Interessen berühre. Sie berühre die Ehre der ganzen Nation. Es habe sich gezeigt, daß zwischen dem kleinen Berufsheer und dem deutschen Volke eine Kluft gewesen sei, die daher kam, daß die heranwachsende junge Generation vom Wehrdienst, der vornehmsten und männlichsten Aufgabe aller Angehörigen des Volkes, ausgeschlossen gewesen sei:

"Der Übergang von dem im Waffenhandwerk vollendet ausgebildeten Berufskämpfer (*nämlich nach den Versailler Vorschriften! D. Verf.*) zum Soldaten der allgemeinen Wehrpflicht (*nach dem Gesetz vom 16. März*) entspricht so dem innersten Wesen des deutschen Menschen, der sich stets als der geborene Verteidiger seines Volkes und Landes gefühlt hat."

Die Trennung zwischen Berufsheer und Volk habe einen auf die Dauer unerträglichen Zustand geschaffen. Das deutsche Heer sei kein Erobererheer, Deutschland gebe im Waffendienst seiner wehrfähigen Mannschaft nur das Mittel zur Verteidigung seiner Grenzen und seines Lebensraumes. Hinzu komme, daß das deutsche Volk in der Wehrpflicht stets die durch nichts zu ersetzende Schule der Nation gesehen habe, die Schule der Disziplin, der Kameradschaft und der praktischen Volksgemeinschaft, in der der Charakter der jungen Generation geformt wurde. Die Auswirkungen dieser Erziehung habe sich in allen Berufen und Lebensaltern befruchtend fortgesetzt, und ihr Fehlen in den Jahren nach dem Zusammenbruch habe Deutschland bitter erfahren müssen. Die Jugend des vergangenen Zeitalters habe an einer inneren Zerrissenheit gekrankt, die sie zum großen Teil für die gemeinsamen Aufgaben des Volkes verloren gehen ließ. Die kommende Generation werde in der Wehrmacht eine Pflegestätte nationalsozialistischen Geistes und echter Volksgemeinschaft finden. Die Wehrmacht sehe den Sinn der Tradition, die sie als verpflichtendes Erbe trage, im Geiste der gleichen Pflichterfüllung. Die Dienstpflicht werde keine Privilegien mehr kennen; nicht höhere Bildung, sondern Charakter und Leistung würden Weg und Wert des Einzelnen bestimmen. Blomberg schloß:

"So steht die deutsche Wehrmacht heute an einem entscheidungsvollen Einschnitt ihrer Entwicklung. Der mannhafte Entschluß des Führers hat die Bahn freigemacht zu der wahren Erfüllung des Wortes, das noch die Unterschrift des verehrten Generalfeldmarschall-Reichspräsidenten trägt: 'Der Dienst in der Wehrmacht ist Ehrendienst am deutschen Volk.' Das höchste Gut des Staates, die junge waffenfähige Mannschaft, wird wieder durch ihre Schule der Wehrhaftigkeit gehen. Ich weiß, daß sich die Wehrmacht des in sie gesetzten Vertrauens weiter würdig erweisen wird, getreu ihrem Eide, der sie an Adolf Hitler, den Schöpfer und Führer des neuen Deutschlands, auf Leben und Tod bindet."

So hatte das Reich nun das erhalten, was ihm zu seiner Vollendung noch fehlte: Zum Lebensherzen, das die NSDAP mit all ihren Gliederungen, der SA und der DAF vor allem, bildet, und zum zuverlässigen Knochengerüst des Beamtentums kam jetzt der starke Arm der Wehr; es konnte von nun an keinen Deutschen mehr geben, der außerhalb einer dieser drei Gemeinschaften stand. Insofern wurde der 16. März 1935 zum Schlußstein des Schöpferwerkes der Totalität von Führer und Volk im Reiche.

Anmerkungen:

* Teil V, Dritter Abschnitt: Luftstreitkräfte, Artikel 198-202. [...zurück...](#)

** Es handelt sich um Teil V, Artikel 159-179, Landstreitkräfte, mit den Untertiteln: Sollstärken und Stäbe der deutschen Armeen; Bewaffnung, Munition und Material; Rekrutierung und militärische Ausbildung. [...zurück...](#)



**Generalfeldmarschall
Werner von Blomberg.
Photo Scherl.**



5. Kapitel: Europa und der 16. März.

1.

Seit Deutschlands Austritt aus dem Völkerbunde hat wohl kein Ereignis das auf Versailles gegründete System Europas schwerer erschüttert als die **Tat des Führers vom 16. März 1935**. Die **englische Unterhaussitzung des 18. März** stand ganz im Banne dieser deutschen Entwicklung. Sir John Simon teilte mit, daß er in Berlin habe eine **Protestnote** überreichen lassen. Dieser Protest stellte in **höflich-sachlicher Form** fest, daß die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht im Widerspruche zum Londoner Kommuniqué stünde, und **gipfelte in der Frage, ob der deutschen Regierung unter den veränderten Umständen der britische Besuch noch erwünscht sei**. (Vgl. **Anlage 14**.) Mit innerer Zufriedenheit teilte Simon mit, daß die Reichsregierung diese Frage bejaht habe. Im Hinblick auf den vorgeschlagenen **Luftpakt** fragte ein Abgeordneter die Regierung, ob diese der französischen versprochen habe, mit dieser allein ein gegenseitiges Schutzabkommen einzugehen, falls es unmöglich sei, Deutschland zu gewinnen. Eden verneinte dies.

Großbritanniens selbständiges Vorgehen in Berlin war für die Pariser Regierung, die gerade mit Mussolini zusammen an eine gemeinsame Aktion Englands, Frankreichs und Italiens dachte, keine angenehme Überraschung. Auch herrschte Mißstimmung darüber, daß Simon nun doch noch nach Berlin reiste. Aber Sir John Simon dachte nicht daran, den bevorstehenden Besuch durch eine Haltung zu gefährden, die von der Reichsregierung als nicht wohlgesinnt aufgefaßt werden konnte. Das britische Volk hätte ein solches Verhalten seiner Regierung nicht mehr verstanden. Denn viel wichtiger als alle unfruchtbaren solidarischen Proteste war dem Volke jetzt erst recht die persönliche Aussprache zwischen deutscher und englischer Regierung. In Paris, Rom und London wurde die britische Regierung im Laufe des 19. März bestürzt, gemeinsam zu handeln, das Zusammenwirken der drei Regierungen zu bekunden und gemeinsam die einseitige Kündigung eines vielseitigen Vertrages zu verurteilen. Alles war vergeblich. **Die Italiener und vor allem die Franzosen hatten schließlich nur die eine Bitte an Sir Simon, daß sein Berliner Besuch nicht als Trennung der britischen Politik von derjenigen Frankreichs und Italiens ausgelegt würde**. Soweit war es schon!

Am 20. März zeitigte der **französische Ministerrat** gewisse Beschlüsse. Zunächst wurde eine Protestnote an die Reichsregierung fertiggestellt, die in leidenschaftlichem, ja hemmungslosem Tone Einspruch erhob gegen das Gesetz des 16. März; sie wurde durch François-Poncet am 21. März dem Reichsaußenminister von Neurath überreicht, der sie als unzutreffend ablehnte (vgl. **Anlage 15**). Sodann wurde in Paris beschlossen, den **Völkerbundsrat** mit der deutschen Angelegenheit zu befassen. Diesem zweiten Beschlusse stimmte Italien, das am 21. März ebenfalls eine scharfe, von Neurath abgelehnte Protestnote hatte in Berlin überreichen lassen (vgl. **Anlage 16**), zu, obwohl Mussolini anfänglich nicht für eine Befassung des Völkerbundsrates war. So ging in Genf am 21. März ein Telegramm Lavals ein; darin wurde die Einberufung einer außerordentlichen Ratstagung beantragt, um zu prüfen, inwieweit der Frieden Europas bedroht sei durch Deutschland, das, indem es das Wehrgesetz und die deutsche Militärluftfahrt schuf, "durch einen einseitigen Akt die vertraglichen Verpflichtungen bewußt verleugnet habe". **In England jedoch herrschte hierüber Verärgerung, weil nichts weniger geeignet sei, das einheitliche Ziel Europas, Deutschland nach Genf zurückzubringen, zu vereiteln als eine Einmischung des Völkerbundes**. Immerhin stimmte die britische Regierung dem französisch-italienischen Plane einer **Zusammenkunft von Vertretern der drei Regierungen vor der Berliner Reise Simons zu**. Diese Zusammenkunft sollte aber nur vorbereitenden Charakter haben.

In einer außerordentlichen Sitzung des Senats vom gleichen Tage richtete **Ministerpräsident Flandin schwere Anklagen gegen Deutschland**. Die Proklamation des Führers bedeute den Abschluß einer Politik, die die Vernichtung der auf dem Völkerbund fußenden Arbeit bedeuten würde. Wo bleibe die Gerechtigkeit, von der die Satzungen des Völkerbundes sprechen, wenn jeder sich das Recht beimesse, die Verpflichtungen der Verträge zu verleugnen? Was bleibe von der Kraft des internationalen Rechtes übrig, wenn man die

Proteste

**Haltung
Frankreichs**

eigene Kraft jeder Nation an die Stelle dieses Rechtes setze? Frankreich könne die Auffassung des Reiches nicht teilen, ebensowenig, wie es die Begründung der Reichsregierung dazu nicht annehmen könne. **Frankreich habe seit 15 Jahren viel für die Annäherung und Wiederversöhnung der beiden großen Völker getan(!), aber diese Versöhnung könne nicht auf der Verkehrung der Wahrheit und auf der Ablehnung des Rechtes und der Gerechtigkeit fußen.** Es sei nicht wahr, daß das deutsche Volk nach viereinhalbjährigem Kriege die Waffen niedergelegt habe. **Über die Verantwortung an der Entfesselung des Krieges sei das Urteil längst gesprochen. Er, Flandin, werde nicht zulassen, daß dieses Urteil in Verjährung gerate.** Er fordere Hitler auf, die Erinnerungen eines seiner großen Vorgänger, nämlich des Fürsten Bülow, zu lesen über die Vorgänge, unter denen die Kriegserklärung Deutschlands an Rußland erfolgt sei. **Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit der beiden Völker, eine Zusammenarbeit, die der Wunsch aller sei, könne nicht zustandekommen durch ein Vergessen der Verantwortlichkeiten.** Im Anschluß daran suchte Flandin nachzuweisen, daß Frankreich abgerüstet habe. Wenn Frankreich sich anschicke, fuhr er fort, auf Grund des Artikels 11 der Völkerbundssatzungen jetzt den Völkerbund mit einem für die Sache des Friedens so schwerwiegenden Akt zu befassen, so diene Frankreich damit nicht seinem eigenen Interesse, sondern dem Interesse der Gesamtheit der Staaten. Der Friede der Welt stehe auf dem Spiel. Gewiß wolle Frankreich Ungerechtigkeiten nicht aufrechterhalten oder untragbare Zustände. Im Rahmen der Legalität seien alle Abänderungen der Verträge möglich, das habe man in der Vergangenheit gezeigt (Österreich, Ungarn, Bulgarien!). Frankreich hasse den Krieg. **Die Regierung werde alles tun, um den Frieden aufrechtzuerhalten und werde in dem Bemühen nicht ablassen, um sich einen mächtigen Block der Staaten zu schaffen, die denselben Idealen treu geblieben seien wie Frankreich.**

Der Senat sprach der Regierung das Vertrauen für ihre Politik der nationalen Sicherheit und der Sicherung des Friedens mit 269 gegen 21 Stimmen aus.

Zwei Tage später hielt der **nationalistische Abgeordnete Franklin-Bouillon** in der Kammer eine Rede, die folgende Gedanken enthielt: Es sei genug der Lüge, daß es ein gutes Deutschland gebe, das den Frieden wolle, und daß alles in Genf geregelt werden könne. **Man solle aufhören, England gegenüber schüchtern zu sein. Deutschland habe durch seine Aufrüstung der zivilisierten Welt den Krieg erklärt. Man müsse die Nationen des Friedens gegen die Räubernationalen militärisch gruppieren.** Man brauche keine Angst zu haben: Deutschland und Ungarn seien zusammen 80 Millionen Menschen, die die Vernichtung der Verträge und den Krieg wollten. Ihnen gegenüber wollten 400 Millionen Menschen die Aufrechterhaltung der Friedensverträge. Wenn man von Polen und England absehe und annehme, daß sie neutral seien, blieben immer noch 320 Millionen Menschen übrig.

Die Haltung Frankreichs läßt sich nur unter dem Gesichtspunkte verstehen, daß es wieder einmal die subjektiven Grundlagen seiner 300jährigen politischen Existenz zusammenbrechen sah. Und nicht nur das. Die Führer in Frankreich fühlten, daß **dieser Zusammenbruch seiner Politik vielleicht der verhängnisvollste und gefährlichste werden könnte, den es je erlebte.** In diesem Augenblick umklammerte Frankreich durch sein Bündnissystem fast das gesamte außerdeutsche Europa. Wenn dieser "mächtige Block der Staaten" zertrümmert würde, dann würde das heutige Frankreich keinen Augenblick länger in der Lage sein, seine durch die Tradition dreier Jahrhunderte gesegnete "Politik des Friedens" fortzusetzen, sondern das Volk der "bürgerlichen Demokratie und Freiheit" würde widerstandslos das Opfer seines russischen Verbündeten werden. Es war eine verzweifelte Sache für Frankreich, daß England im Begriff war, sich von dem "mächtigen Block der Staaten" zu distanzieren.

Gewiß darf man auch Simon glauben, wenn er meinte, daß für ganz Europa die deutsche Mitteilung vom Sonnabend (16. März) wie ein schwerer Schock gekommen sei. Am schwersten jedoch fühlte sich die pazifistische **Arbeiterpartei** enttäuscht. Ihr Sprecher **Lord Lansbury** erklärte am 21. März im Unterhaus folgendes: Die Nachrichten über die Ereignisse in Deutschland hätten in England eine solche seelische Erschütterung verursacht, daß sie nur mit den Geschehnissen im August 1914 verglichen werden

**Haltung
Großbritanniens**

könnten. Die Mentalität in England und im Ausland sei die Mentalität des Krieges. **Es sei Englands zwingende Pflicht, einen entscheidenden Schritt zur Rettung der Zivilisation zu tun.** Lansbury verlangte Internationalisierung aller Verkehrsfluglinien der Welt, um die Gefahr eines Luftkrieges zu beseitigen, verlangte, daß Simon in Berlin nicht die deutsche Aufrüstung anerkennen solle, sondern erklären müsse, daß der Sinn der englischen Friedens- und Paktspolitik nicht Aufrüstung, sondern Abrüstung sei.

Trotz aller Enttäuschungen, Überraschungen und inneren Gegensätze innerhalb großer Teile des Volkes waren die Engländer aber nach wie vor ehrlich bereit, sich mit Deutschland zu vergleichen. Sir John Simon selbst tat das Menschenmögliche, um Frankreich und Deutschland zu nähern. War er auf den französischen Plan einer vorbereitenden, englisch-französisch-italischen Besprechung in Paris vor dem Berliner Besuch eingegangen, so begrüßte er es in seiner Unterhausrede vom 21. März, wenn im Anschluß an die geplanten Besprechungen in Paris, Berlin, Moskau, Warschau, Prag weitere Unterhaltungen stattfinden würden, an denen auch Deutschland teilnehmen würde. Damit verdiente er sich allerdings nicht Dank der Franzosen. *Echo de Paris* schrieb, **Sir John Simon versuche nichts mehr und nichts weniger, als Frankreich zum Viererpakt zurückzuführen, indem er der Hoffnung Ausdruck gebe, daß Deutschland an der zweiten beabsichtigten Konferenz in Stresa teilnehme; das sei unannehmbar.** Das war natürlich übertrieben, denn Simon wollte nicht eine geplante Dreierbesprechung in London oder Stresa nach dem Berliner Besuch in eine Viermächtekonferenz umwandeln, sondern er hielt es für nützlich, wenn die vorhergehenden Besprechungen erfolgreich gewesen seien, eine Aussprache unter allen am Sicherheitsproblem interessierten Mächten, auch Deutschland, stattfinden zu lassen.

Am 23. März vormittags traf Eden in Paris ein, um mit Laval und Staatssekretär Suvich die Lage zu besprechen. Der Engländer vermochte gegenüber Frankreich seinen Willen durchzusetzen, die zweite Konferenz, in Stresa, bis zum 11. April hinauszuschieben. So gewann England Zeit für die Besuche in Warschau, Moskau, Prag und für eine Aussprache im englischen Unterhaus vor dieser Konferenz. Dagegen lehnten Laval und Suvich Edens Wunsch, Simons Vollmachten für Berlin zu erweitern, ab. Wahrscheinlich wollte Eden die Zustimmung Frankreichs dazu haben, unter Umständen den deutschen Entschluß vom 16. März als Verhandlungsgrundlage anerkennen zu dürfen, ein maßgebender Teil des englischen Volkes hätte dies, wie sich gleich zeigen wird, als durchaus annehmbar empfunden. Aber gerade das lehnte Laval rundweg ab und zog sich auf Teil V des **Versailler Vertrages** zurück, indem er gemeinsam mit Italien als Ausgleich für die industrielle Überlegenheit Deutschlands einen entsprechenden und dauernden Rüstungsvorsprung vor Deutschland forderte. Nach Abreise des Engländers soll Laval, laut *Oeuvre*, in einer Ansprache geäußert haben, die Engländer würden feststellen, ob Deutschland entschlossen und endgültig dem Frieden den Rücken kehren wolle, oder ob eine Hoffnung bestehe, daß es wieder in das europäische Konzert zurückkehre; sicher sei, daß Frankreich und England über die Friedenspolitik einig seien; Laval setzte große Hoffnungen auf die Freundschaft Mussolinis. (Siehe **Anlage 17.**)



2.

Am späten Nachmittag des 24. März trafen Sir Simon und Eden im Flugzeug auf dem Berliner Zentralflughafen ein. Sie wurden herzlich und ehrenvoll empfangen.

**Die Briten
in Berlin**

Mit dem englischen Botschafter Sir Phipps waren Neurath und Ribbentrop zur Begrüßung erschienen, der erste Sturm der Leibstandarte Adolf Hitler, die "hundert lebendigen Wahrzeichen einer einseitigen Revision von Verträgen", wie die *Times* meinten, erwiesen den Engländern die Ehrenbezeugung. Zu beiden Seiten der Straßen standen Tausende und aber Tausende begeisterter Menschen, die den Engländern zujubelten und zeigten, wie groß das Vertrauen der Deutschen auf den ehrlichen und gemeinsamen Friedenswillen beider Nationen war.

Die Augen der Welt waren nach Berlin gerichtet. Vor seiner Abreise auf dem Londoner Flugplatz Croydon hatte Simon erklärt, er erwarte keine plötzlichen Ergebnisse, dazu seien die Probleme zu

umfangreich und zu schwierig. "Wir werden aber mit dem Einsatz aller Kräfte um unser Ziel kämpfen. Unser aller Ziel ist: Friede auf Erden und guter Wille unter den Menschen."

Die Sonntagspresse Londons sprach von Simons "großer Mission". Der *Observer* schrieb, Deutschland habe jetzt zwischen Isolierung und kollektiver Sicherheit zu wählen; Deutschland fühle sich stark; sein Vorgehen vom 16. März habe jede Gefahr eines diplomatischen Kuhhandels, den Hitler verabscheue, beseitigt. Garvin wies darauf hin, daß **die nationale Wehrpflicht tief im nationalen Leben Deutschlands wurzele und daß ein Aufgeben dieser jetzt wiederhergestellten stolzen Überlieferung nicht in Frage komme**. Es könne kein gesünderes System eines vereinbarten Friedens in Europa geben ohne die Anerkennung der absoluten Gleichberechtigung Deutschlands unter den Großmächten. Daraus folge, daß **die allgemeine Wehrpflicht ebenso berechtigt und unvermeidlich sei im Dritten Reiche wie in Frankreich, Italien, Rußland und Japan**. *Evening News* umriß das Ziel der Simon-Reise in folgenden bündigen Worten:

"Er geht nach Berlin, um Herrn Hitler zu sagen: Vergiß all diesen Quatsch von wegen Gleichberechtigung und Versailler Vertrag. Wieviel Prozent soll deine Armee, Flotte und Luftmacht betragen gegenüber den Armeen Frankreichs, Englands, Italiens, Rußlands usw.? Ebenso: was sind deine Bedingungen für deine Rückkehr nach Genf und die Unterzeichnung von einem oder mehreren gegenseitigen Assistenzpakten?"

Die *Times* versicherten, daß die englischen Minister die Unterstützung der ganzen Nation hinter sich hätten, daß es Großbritanniens einziges Ziel sei, einander widersprechende Interessen zu versöhnen und ein zuverlässiges Friedenssystem zu schaffen; die Zusammenkunft in Stresa sei eine Höflichkeit gegenüber den beiden anderen Regierungen, man dürfe hoffen, daß dort nichts geschehen werde, was der Zusammenkunft ein antideutsches Gesicht geben könnte; die britische Regierung sollte eigene Politik treiben.

Das englische Volk in seiner Gesamtheit begleitete Simon mit seinen besten Wünschen nach Berlin. Volk und Regierung waren einig darin, Europa zu befrieden, indem man Deutschland gewann.

Zwei Tage, den 25. und 26. März, saßen Adolf Hitler, Neurath, Ribbentrop und Staatssekretär von Bülow sowie die drei Engländer, Simon, Eden und Phipps in schwerwiegender Aussprache zusammen. Es scheint, daß in diesen Unterhaltungen die Neuordnung des deutschen Wehrwesens vom 16. März nicht die Hauptrolle gespielt hat. Gegenstand der offenen Aussprache zwischen den beiden Mächten, die sich als durchaus gleichberechtigt gegenüberstanden, bildeten **die fünf Punkte des Londoner Kommuniqués vom 3. Februar**: Abrüstungsfrage, Ostpakt, Donaupakt, Deutschlands Rückkehr nach Genf und der Luftpakt für Mittel- und Westeuropa. Über allen Erörterungen stand **der feste und aufrichtige Wille der Deutschen, eine wirkliche und dauerhafte Verständigung mit Frankreich** herbeizuführen.

Die Engländer hatten eine ungeheuer wertvolle Gelegenheit, den Führer des neuen Deutschland und seinen politischen Willen jetzt unmittelbar kennen zu lernen.

Völlige Übereinstimmung zwischen Deutschen und Engländern wurde, wie man in London feststellte, **allein in den Fragen der Rüstungsbegrenzung und des Luftpaktes erzielt**. Der Eindruck der Engländer war dieser: Der Führer war bereit, nachdem Deutschland durch den Schritt vom 16. März das notwendige Verhältnis seiner Wehrkraft zu seinen Nachbarn gewonnen hatte, eine allgemeine proportionale Verminderung des Rüstungsstandes zu erörtern; er war ferner bereit, auf alle Waffen zu verzichten, die auch die anderen Staaten abzuschaffen bereit seien; er hielt es für durchaus möglich, daß allgemein auf schwere Tanks und Geschütze mit mehr als 30 Kilometer Reichweite verzichtet würde; auch mit einer internationalen Aufsicht über die nationalen Rüstungen war Adolf Hitler einverstanden. Außerdem legte er die durchaus maßvollen Flottenforderungen Deutschlands klar. (*Times*, 4. April 1935.) Schließlich erklärte er den Engländern, daß Deutschland in der Luft die Gleichheit mit England erreicht habe (Simon im Unterhaus, 3. April 1935), und daß er sofort bereit sei, für Westeuropa einen Luftpakt abzuschließen. Das alles waren schon wesentliche Übereinstimmungen in wichtigen Punkten. Allerdings über die Einzelheiten der Verhandlungen

über die anderen Punkte – Ostpakt, Donaupakt, Völkerbund – wurde zunächst in der Öffentlichkeit noch Stillschweigen bewahrt. Daher kam es, daß hier und da in der Presse phantastische Meldungen auftauchten, wie z. B., daß der Führer die Rückgabe des **Korridors** und die Angliederung der deutschsprachigen Gebiete der Tschechoslowakei gefordert habe. Solche Gedanken irrten weit ab.

Die nachträglichen Veröffentlichungen lassen aber gewisse Teile der Verhandlungen über die Pakte erkennen. Danach hielt der Führer (vgl. **Anlagen 22** und **23**) nach wie vor an seiner **Ablehnung des von Frankreich vorgeschlagenen Ostpaktes** fest, weil er in der beabsichtigten gegenseitigen Beistandsverpflichtung nicht eine Erhöhung der Friedensgarantie, sondern vielmehr eine Erhöhung der Kriegsgefahr erblickte. Insbesondere wies der Führer in diesem Zusammenhange auf die **Schwierigkeit hin, den Angreifer zu bestimmen**. Demgegenüber bot Adolf Hitler erneut **Nichtangriffspakte** mit seinen Nachbarn an, ja, er war auch einem **kollektiven Sicherheitspakt, wie ihn die Engländer wünschten**, nicht abgeneigt, vorausgesetzt, daß er sich auf Nichtangriff, Schiedsverfahren und Konsultation gründe (vgl. **Anlage 22**). Jedoch war der Führer nicht bereit, Litauen in dieses System einzubeziehen. Dann fragte Simon den Führer, wie er über die **Teilnahme an einem Sicherheitspakt denke, falls die eine oder die andere Gruppe der Paktteilnehmer unter sich ein Abkommen gegenseitiger Unterstützung abschließen**; der Engländer hatte hier die französisch-russische Verbindung im Auge. Hitler erwiderte, daß seiner Meinung nach dieser Gedanke sehr gefährlich und anfechtbar sei, da er darauf hinauslaufen würde, Sonderinteressen einer Gruppe im Rahmen des weiteren Systems zu schaffen; er ließ aber durchblicken, daß das Bestehen solcher Beistandsvereinbarungen das Reich nicht hindern würde, Nichtangriffspakte auf der von deutscher Seite gezeichneten Basis abzuschließen. **Aus alledem gewannen die Engländer die Überzeugung, daß der für den Fall des Scheiterns des Ostpaktes angekündigte französisch-russische Beistandspakt zwar kein Hinderungsgrund für das deutsche System der Nichtangriffspakte sein würde, daß aber die von Frankreich angeregte Ostpaktidee endgültig aufgegeben werden mußte.**

Über den im römischen Protokoll vom 6. Januar 1935 fixierten **mitteleuropäischen Pakt** meinte der Führer, daß er dessen Notwendigkeit nicht einsehe; auch sei es schwierig, den Begriff der äußeren "Nichteinmischung" zu bestimmen und von "inneren Erhebungen" klar zu trennen. Wenn aber die andern Regierungen einen solchen Pakt wünschen, sei das Reich nicht abgeneigt, diese Frage näher zu prüfen. Bezüglich des **Völkerbundes** erklärte der Führer den Engländern, daß Deutschland nicht gewillt sei, ihm anzugehören, wenn es ein "Land mittleren Rechtes" bleiben solle; das Reich befinde sich aber solange in untergeordneter Stellung, als es z. B. keine **Kolonien** besitze.

John Simon erklärte einem Berichterstatter der *Mitteldeutschen Nationalzeitung*, er persönlich sei mit dem in Berlin Erreichten zufrieden; in Wirklichkeit hätte er auch nicht mehr erwartet, ja sogar Zweifel gehabt, die Verhandlungen in zwei Tagen soweit vorwärts bringen zu können; daß dies möglich gewesen, sei in erster Linie der freundschaftlichen Art und Weise des Führers zu danken. Am 28. März im Unterhaus war er etwas kühler:

"Ein beträchtliches Abweichen der Meinungen zwischen den beiden Regierungen trat bei den Besprechungen zutage. Aber das Ergebnis der Zusammenkunft war insofern zweifellos wertvoll, als beide Seiten in der Lage waren, ihre diesbezüglichen Standpunkte klar zu verstehen, ein Prozeß, der für jeden weiteren Fortschritt unerlässlich ist."

Am gleichen Tage schrieben die *Times*: Hitler hätte in Ausführungen, die sachlich und menschlich stärksten Eindruck auf Simon und Eden gemacht hätten, dargelegt, daß es für Deutschland unmöglich sei, mit den "Champions des Kommunismus" zusammenzuarbeiten.

Der Gewinn der Berliner Reise bestand für die Engländer zwar nicht in irgendwelchen realen Erfolgen, sondern in zwei sehr wertvollen Erkenntnissen: zunächst wußten sie nun, daß das Reich wieder eine große Macht geworden war, mit der und mit deren politischen Zielen die andern Mächte zu rechnen hatten, was sie seit zwanzig Jahren nicht mehr getan hatten. Sodann hatten sie aus dem Munde eines Mannes auf Grund seines eigenen, unmittelbaren, anderthalb Jahrzehnte währenden Kampfes vernommen, welche Weltgefahr der **Bolschewismus** ist und welche solidarischen

Verpflichtungen aus dieser Tatsache sich für die Völker Europas und ihre internationale Zusammenarbeit ergeben (vgl. **Anlage 18**). Gerade dies zweite war wesentlich; denn in London waren die Engländer in diesem Punkte nur gar zu gern geneigt, Hitlers Warnungen als übertrieben zu bezeichnen.



3.

Gewiß, Simon war scheinbar mit leeren Händen zurückgekehrt. Die französische Partei in London beeilte sich, das ganze Unternehmen Simons als verfehlt und gescheitert hinzustellen und nun lauter denn zuvor ein enges Zusammengehen Englands mit seinen früheren Alliierten in gemeinsamer Front gegen Deutschland zu befürworten. Aber sie blieben in der Minderheit, die dieses wollten. Die Mehrheit des englischen Volkes hatte große Zuversicht für die Zukunft, auch wenn die Hoffnungen auf den Völkerbund und auf den Ostpakt gescheitert waren. Obwohl die in Berlin offenbar gewordene Abweichung der Meinungen es unmöglich erscheinen ließ, Deutschland in absehbarer Zeit in den Völkerbund und in ein System der Kollektivsicherheit nach französischem Wunsche hineinzuziehen, bezeichneten die englischen Minister Simons Berliner Reise als außerordentlich nützlich und wertvoll; sie planten, nach der Konferenz von Stresa eine Konferenz nach London einzuberufen, zu der auch Deutschland eingeladen werden sollte. Die *Times* meinten, die Berliner Ergebnisse könnten für Europa nur dann von Segen sein, wenn sie in Stresa mit Achtung, gutem Willen und Aufrichtigkeit aufgenommen und weiterbehandelt würden. – **Das ist die welthistorische Bedeutung der Berliner Märztage: Adolf Hitler hatte es in Englands Hand gegeben, zum Kündler und Vermittler eines neuen Friedenswillens vor den Völkern zu werden auf einer Grundlage, die frei von bolschewistischen Giftkeimen war. Bei England lag es nun, ob es jetzt diesen Weg gehen oder zu jenem Zustand der Unruhe, der Furcht, des Mißtrauens zurückkehren wollte, der mit dem Weltkrieg begann und in Versailles und Genf sich fortsetzte.** –



Sir John Simon verabschiedet sich von Freiherr von Neurath auf dem Tempelhofer Flughafen zu Berlin. Photo Scherl.

Daß es mit dem Ostpakt nun nichts mehr werden würde, darüber mußte jetzt auch der letzte Zweifel fallen. In Frankreich verbreiteten sich Unruhe und Argwohn. Laval mußte schwere Vorwürfe ertragen. Die Einführung der Wehrpflicht in Deutschland, die englische Note und die schwächliche Äußerung der französischen Regierung habe eine üble diplomatische Lage geschaffen; was sich da anbahne, könne Frankreich seine Bündnisse und Freundschaften kosten; der Chef einer verbündeten Regierung habe in Paris bereits zu verstehen gegeben, daß es ihm schwer fallen würde, einen außenpolitischen Kurswechsel zu vermeiden, wenn Frankreich immer wieder versage, teilte *Echo de Paris* am 25. März seinen Lesern mit. Einige Tage später spöttelte die Pariser Presse, nachdem sie die beruhigende Tatsache, daß die Berliner Besprechungen nur informatorischen Charakter besessen hätten, betont hatte, die Engländer hätten Hitler ein Friedenspatent ausgestellt. D'Ormesson meinte im *Figaro*, als Kennwort für die deutsch-englische Zusammenkunft könne man "Deutschland gegen Rußland" wählen.

Die in Frankreich um sich greifende Stimmung könnte man als panikartige Trostlosigkeit bezeichnen. Franklin-Bouillon hielt am 28. März im Parlament wieder eine seiner wilden Reden: Deutschland habe Europa den Krieg erklärt, es bestehe die gleiche Kriegsgefahr wie 1914, die Kammer dürfe nicht in die Ferien gehen. Die Wogen der inneren Erregung, die durch die Drahtzieher des Antifaschismus heftig geschürt wurde, gingen so hoch, daß selbst Ministerpräsident Flandin voll schwerer Sorge war! Er sprach die außerordentlich bezeichnenden Worte: **Angesichts der gegenwärtigen Lage lege die Regierung Wert darauf, daß die Abgeordneten und Senatoren sich in ihre Wahlkreise begäben und dort zu Ruhe und Besonnenheit mahnten(!)**. Wenn die Dinge ernster würden und die Zusammenberufung des Parlaments nötig werde, werde die Regierung ihre Pflicht tun. Trotzdem wurde in dieser stürmischen Sitzung der Antrag auf Parlamentsferien bis 28. Mai mit 382 gegen 238 Stimmen abgelehnt. Die Antifaschisten mißtrauten der Regierung.

Wie die "beruhigende" Tätigkeit der Minister selbst aussah, dafür zwei Beispiele.

- Am letzten Märztag behauptete **Staatsminister Herriot in einer Rede zu Lyon, das republikanische Frankreich sei Gegenstand eines zunehmenden Hetzfeldzuges in Deutschland, das versucht habe, die Alliierten des großen Krieges, welche die "Freunde des Friedens" geblieben seien, zu trennen**. Trotz der Enttäuschung über die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland wolle er keine aggressiven Worte gegen Deutschland richten. Es sei Herr seines Geschickes. Wenn es scheinbar zu einer Zusammenarbeit nicht bereit sei, könne es Frankreich nicht daran hindern, sich daran zu beteiligen. Die beste Lösung sei, wenn sich Deutschland an der internationalen Zusammenarbeit beteilige.
- Tags zuvor hatte **Kriegsminister General Maurin bedauert, daß Frankreich seit Kriegende schwach geworden sei und nicht genug für seine materielle Kriegsvorbereitung gesorgt habe!**



4.

Eden setzte die "Erkundungs- und Anfragebesuche", wie sich Simon am 28. März im Unterhaus ausdrückte, fort. In den letzten Märztagen weilte er in **Moskau**. In Frankreich stieg das Barometer der Hoffnung. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand der **Ostpakt**. Eden lehnte allerdings den russischen Druck ab, in dem amtlichen Kommuniké ein Versprechen der britischen Regierung auszudrücken, daß Großbritannien eine Haltung unzweideutigen Wohlwollens gegenüber einem östlichen Sicherheitssystem einnehme, das ohne Deutschland abgeschlossen werde, aber jederzeit dessen Beitritt ermögliche. Lange, aber vergeblich, bemühten sich die Russen, dies Zugeständnis zu erlangen, um schließlich festzustellen, daß man bei fernerer Weigerung Deutschlands sich dann mit einem gegenseitigen Unterstützungspakt Frankreich-Rußland-Tschechoslowakei begnügen müsse. Im Laufe der Besprechungen enthüllte Stalin dem Engländer seine schweren Kriegsbesorgnisse; 1914, so sagte er, habe das Ausdehnungsbedürfnis nur einer Nation die Kriegsgefahr heraufbeschworen, 1935 aber werde die Kriegsgefahr durch das Ausdeh-

nungsstreben zweier Nationen begründet: Deutschlands und Japans; die Entscheidung liege bei dem "kleinen" England. Eden versicherte dem schreckhaften roten Imperator, daß England für den Frieden sei, wobei er die Frage der kommunistischen Propaganda absichtlich in den Hintergrund treten ließ. (Vergl. **Anlage 19.**)

In **Warschau** weilte Eden die ersten drei Tage des April. In Unterredungen mit dem polnischen Außenminister Oberst Beck und Marschall Pilsudski konnte der Engländer feststellen, daß in Warschau nach wie vor eine entschiedene Abneigung gegen den Ostpakt bestand. Jedoch schlug Eden dem Marschall Abänderungen vor, die Polen den Beitritt erleichtern sollten, so vor allem die Forderung, daß bei jeglicher Beschlußfassung Einstimmigkeit herrschen sollte – einen Vorschlag, den zur gleichen Zeit die britische Regierung in Paris machte. (Vgl. **Anlage 20.**) Mit seinem Besuch in **Prag** am 4. April beendete Eden seine Rundreise. Was in Prag verhandelt worden ist, ist zur Zeit unbekannt. Die amtliche Mitteilung darüber, die bereits für Moskau und Warschau sphinxhaften Charakter trug, verdichtet sich hier zu völliger Undurchsichtigen. (Vgl. **Anlage 21.**) Die *Times* meldeten jedenfalls am 4. April, Eden habe feststellen können, daß die Tschechoslowakei für den Fall, daß Deutschland und Polen sich abseits halten sollten, entschlossen sei, den Ostpakt mit Frankreich und Sowjetrußland abzuschließen.

Das Ergebnis für Großbritannien aus den Tagen vom 25. März bis 4. April faßten die Times am 4. April in einem Leitartikel "Die Rolle Großbritanniens" folgendermaßen zusammen: Pilsudski schein sehr deutlich gesagt zu haben, daß Polen nicht bereit sei, einem Pakt gegenseitigen Beistandes in Osteuropa beizutreten. **Trotzdem habe man in Europa Polen nicht gleich als Gegner des Kollektivsystems gebrandmarkt. Deutschland aber habe man als solchen verurteilt, weil es dem Ostpakt widerspreche.** Hitler sei zu zweiseitigen Pakten mit jedem Nachbarn, Litauen ausgenommen, bereit, worin sich die Unterzeichner verpflichten würden, dem Angreifer weder militärischen, noch wirtschaftlichen, noch finanziellen Beistand zu leisten. Der Angreifer würde also isoliert sein und kein Bündnis bekommen, so wie es auch die Völkerbundssatzung wolle. Gerade jetzt aber bestehe die Gefahr, daß etwas geschaffen werde, was aussehe wie kollektive Sicherheit (Edens Feststellungen in Prag!), was aber unvermeidlich zu einem System feindlicher Blocks und einem unsicheren Gleichgewicht der Mächte entarten würde. England stehe selbstverständlich bei den Ländern, die bereit seien, sofort und rückhaltlos seine Ideen zu teilen. **Bisher sei viel zu viel Nachdruck auf die negative Seite der Erklärungen Hitlers gegenüber Simon gelegt worden; die positiven Seiten seien viel zu wenig gewürdigt.** (Und hier macht die große englische Zeitung jene Angaben über die Berliner Gespräche, die bereits oben wiedergegeben sind.)

Die *Times* erkannten als das Ergebnis der englischen Ermittlungen die Annäherung an Deutschland. Die marxistische Presse allerdings sah sich genötigt, gegen Deutschland zu hetzen und schwere Verleumdungen auszustreuen.



5.

Inzwischen unternahm die englische Regierung noch einen Versuch, den Ostpakt zu retten; sie hoffte, durch den Einbau eines Sicherheitsventils doch noch den Führer oder wenigstens Polen zu gewinnen. **Ende März schlug sie in Paris vor,** dem Ostpakt einen ähnlichen Charakter zu geben wie dem Völkerbundspakt, d. h. für alle Unterzeichner die Einstimmigkeit vor irgendwelchen Entscheidungen oder Schritten festzusetzen. So könne der Pakt allgemeine Anerkennung finden.

Die Franzosen sahen schließlich auch ein, daß der Ostpakt in seiner Urform nicht allgemein durchführbar war. Sie machten natürlich dafür die "Unnachgiebigkeit der Reichsregierung" verantwortlich, während "Rußlands friedliche Absichten" außer Zweifel standen! Den englischen Vorschlag ignorierten sie.

**Französisch-
russischer
Beistandspakt**

Dafür tauchte **Anfang April in Paris der Gedanke auf, das ursprünglich regional gedachte Abkommen in ein europäisches umzuwandeln und die ursprüngliche Beistandsverpflichtung auf Nichtangriff, Nichtunterstützung des Angreifers und Konsultation zu beschränken, es**

sollte jedem Unterzeichner freigestellt werden, mit anderen Partnern Beistandspakte abzuschließen; man glaubte, diese Tarnung französischer Bündnisabsichten mit Hitlerschen Gedanken würde den polnischen und möglicherweise auch den deutschen Wünschen besser entsprechen. Jedoch trat hierbei unausgesprochen **die Idee des französisch-sowjetrussisch-tschechoslowakischen Bündnisses**, gewissermaßen der kleine Ostpakt, **dessen eindeutiger Kern die militärische Allianz gegen Deutschland war**, in den Vordergrund. Bereits Anfang April waren die Verhandlungen zwischen Paris und Moskau soweit gediehen, daß der Abschluß eines Bündnisses als nahe bevorstehend betrachtet wurde. Besonders die Engländer interessierten sich für die "Allianz im neuen Stil" (*Times*), durch die offensichtlich der Völkerbund beiseitegeschoben wurde. Wenn auch das britische Volk mit mißtrauischen Augen diese französisch-russische Verbindung betrachtete, dann glaubte doch die britische Regierung auf Grund der Erklärung Hitlers, daß ein solcher Pakt zwar bedenklich, aber kein Hindernis für einen deutschen Nichtangriffspakt sei, in Stresa keinen Widerspruch hiergegen erheben zu sollen. Die "formelle Billigung" Großbritanniens (Flandin 25. 2. 1936) gab Frankreich in Stresa Mitte April jegliche Handlungsfreiheit in bezug auf den Russenpakt.

Nun gerieten zwar die französisch-sowjetrussischen Verhandlungen in dieser Zeit etwas ins Stocken, weil Litwinow Frankreich zu automatischer Hilfeleistung im Falle eines flagranten Angriffs zu zwingen suchte. Außerdem forderte Laval von den Russen das Versprechen, daß die kommunistische Propaganda in Frankreich und seinen Kolonien eingestellt und nicht mehr von den Russen unterstützt werde. Es war überhaupt merkwürdig zu sehen, wie die französische Regierung innerpolitisch in erbitterter Fehde mit den Kommunisten lag, außenpolitisch aber die Freundschaft der Bolschewiken suchte. Da nun beide Staaten ein starkes Interesse am Zustandekommen des Vertrages hatten, insonderheit Rußland aber aus Unruhe über polnisch-italische Besprechungen in Venedig stürmisch in Paris auf Abschluß drängte, gab Laval schließlich trotz der scharf ablehnenden Haltung eines großen Teiles der französischen Öffentlichkeit nach, indem er die automatische Hilfeleistung zugestand und die Hemmung der kommunistischen Propaganda in Frankreich durch einen in Zukunft geplanten "Pakt der moralischen Abrüstung" zu erreichen hoffte. **Es war ein "Kompromiß" auf Frankreichs Kosten!** Und zwar im wahrsten Sinne des Wortes! Denn die Sowjetregierung forderte nebenbei von Frankreich eine Viermilliardenanleihe zur Neuorganisation des verlotterten Sowjeteisenbahnwesens. Der Pariser Ministerrat fand das allerdings zu teuer, er beschnitt die Summe sehr erheblich. (Vgl. Anl. 29.)

So kam dann am 2. Mai 1935 zu Paris der französisch-russische Beistandspakt automatischer Hilfeleistung zustande, der den Schwebezustand des russischen Interims vom November 1934 beseitigte, allerdings auch den damaligen russischen Vorschlag sehr zu Frankreichs Gunsten abwandelte. Die geheimen militärischen Bestimmungen des Vertrages vom November 1934 wurden in Geheimklauseln zum Beistandspakt ergänzt und vervollkommenet durch entsprechende Abmachungen mit Rumänien, das den Russen im Konfliktsfalle Durchmarschrecht durch Bessarabien zugestanden hat, und mit der Tschechoslowakei, die sich anschickte, 50 neue Flughäfen zu bauen, um im "Konfliktsfalle" sowjetrussische Fluggeschwader aufzunehmen. Für Rußland hatte der Vertrag formell den Wert, den der Locarnopakt für Frankreich besaß. Natürlich enthielt er für Rußland damit auch faktisch, trotz aller rechtlichen Ablehnungen, die Verpflichtung automatischen Eingreifens, sobald Frankreich meinte, eine Verletzung des Locarnopaktes feststellen zu müssen. Auf diese Weise hatte Frankreich das europäische Gefahrenmoment nicht nur durch Erweiterung der Gefahrenzone von Westen nach Osten, sondern auch durch Verflechtung des Bolschewismus in interne Auseinandersetzungen des europäischen Staatensystems wesentlich erhöht. **Die Spitze gegen Deutschland** ließ der Vertrag nicht nur in der stark betonten Berufung auf den Völkerbund, dessen Mitglied das Reich nicht war, erkennen, sondern auch in der ausdrücklich erwähnten Tatsache, daß **er aus dem ursprünglich geplanten Ostpakt und seinem Nebenabkommen, welches Frankreich, Deutschland und Rußland zu gegenseitiger Hilfeleistung verpflichten sollte, hervorgegangen sei**. Es wird in dem Vertrage gesagt, daß er nur in den früher vorgesehenen Grenzen angewandt werden sollte, also jetzt gegen das außenstehende Deutschland! Eines der Argumente, die

Laval zehn Tage später in Warschau vorbrachte, bestand in der Erklärung, **daß der Pakt für den Fall eines etwaigen Angriffs Deutschlands auf Rußland oder Frankreich unterzeichnet sei.** Auch hier läßt sich die Rückwirkung auf den Locarnopakt unschwer erkennen: die französisch-russische Allianz tritt in Kraft, wenn Frankreich der Meinung sein sollte, daß der Locarnopakt durch Deutschland verletzt worden sei, er tritt nicht in Kraft, falls Belgien oder Frankreich ihn verletzen! (Siehe Anlage 25.)

In seiner Kammerrede vom 25. Februar 1936 sagte Flandin, die französische Regierung sei der Ansicht gewesen, daß der Beistand "nur in dem einzigen Falle wirksam" werden dürfe, in welchem Völkerbundssatzung und Locarnopakt seinen Unterzeichnern volle Handlungsfreiheit lasse. Laval und Litwinow seien weiter der Ansicht gewesen, daß der Beistand nur im Rahmen des Völkerbundes wirksam werden solle; nichts im Wortlaut des Abkommens dürfe als im Widerspruch zur Völkerbundssatzung oder zu früher von den Vertragschließenden unterschriebenen Verpflichtungen ausgelegt werden; das Abkommen solle nicht als ein in sich abgeschlossenes diplomatisches Instrument, sondern müsse als erste Etappe der Organisierung der kollektiven Sicherheit in Osteuropa betrachtet werden. – Damit zog Flandin eine scharfe Grenze zwischen den Zuständigkeiten des Locarnopaktes und des Russenpaktes, dieser sollte "nur" im Falle eines deutsch-russischen Konfliktes wirksam werden. Dieselbe Ansicht machte sich auch die englische Regierung zu eigen, sie meinte, ein deutsch-russischer Konflikt könne nicht die Verpflichtungen des Locarnovertrages in Kraft setzen, und deshalb nahm sie Kenntnis vom französisch-russischen Beistandspakt, ohne Einspruch zu erheben.

Mal abgesehen von den juristischen Wortdeuteleien, mal abgesehen auch von den Erfahrungen, die Deutschland fünfzehn Jahre lang mit Genfer Vertragsauslegungen gemacht hatte, **wäre es an sich und tatsächlich doch ein Bruch des Locarnopaktes, wenn Frankreich in das Rheinland einmarschieren würde, um Rußland beizustehen.** Weil der Russenvertrag die Forderung des aktiven Beistandes enthält, deshalb verstößt er trotz aller Gutachten von Völkerrechtslehrern und Kronjuristen praktisch und politisch gegen den Locarnopakt. Und das war es, was Deutschland an der Sache interessierte. Diese willkürliche Verfügung über deutsches Land nach den politischen Interessen dritter Staaten mußte das Reich bereits als die Vorbereitung eines Angriffs auf seinen Bestand auffassen.

Neben dieser auf Rußland gerichteten Tätigkeit forcierte die Regierung Frankreichs mit allen Kräften ihre militärischen Maßnahmen.

**Französische
Militärmaßnahmen**

Am 1. April nahm die Kammer ein **Gesetz über den Aufbau der Luftflotte** an, das eine Stärke des Luftheeres von 36 000 Mann und 1700 Offizieren vorsah. Nach Flandins Mitteilungen erforderte das Programm der Landesverteidigung für 1935 etwa 800 Millionen Franken (= 131 Millionen Mark), im folgenden Jahre 1 Milliarde (= 164 Mill. Mark) für die Luftwaffe; für Materialbeschaffung seien 4½ Milliarden Franken (= 738 Millionen Mark) nötig. Auch die Flotte sollte durch Neubauten vergrößert werden. Man gedachte, bis 1939 hierfür 1100 Millionen Franken auszugeben.

Als Überleitungsmaßnahme für die beschlossene Verlängerung der Dienstzeit wurden 60 000 im April ausgediente Soldaten zwar nicht sechs, wie erst geplant, aber drei Monate länger, bis zum 14. Juli, unter den Fahnen behalten. Es wirft ein Licht **auf den durch die bolschewistische Propaganda bereits zerrütteten Geist der Truppe**, daß angesichts dieser Maßnahmen es beim 126. Infanterie-Regiment in Brive zu Zwischenfällen kam. Eine Kompanie veranstaltete dort mehrmals Kundgebungen, bei denen "Nieder mit der zweijährigen Dienstzeit! Nieder mit dem Krieg!" gerufen und die Internationale gesungen wurde. Gendarmerie und Mobilgarde mußten zusammengezogen, zahlreiche Soldaten mußten verhaftet werden.

Ende April untersagte der französische Ministerrat auf Veranlassung des Handelsministers vorübergehend die Ausfuhr von gewissen, für die Landesverteidigung wichtigen Rohstoffen, vor allem von Magnesium, Baumwollabfällen und Holz für Gewehrschäfte.

Von Ende März an den ganzen April über wurden **Regimenter aus dem Süden und Westen an die Nordostgrenze verlegt**. Die "Grenzen wurden geschützt". Im Zuge dieser Truppenverschiebungen wurden Regimenter von Marokkanern und Senegalnegern nach dem Oberelsaß geschickt.

Fast täglich traten **Kabinett, Armeeführung und Heeresausschuß der Kammer zu geheimen Besprechungen** zusammen. Es blieb nicht aus, daß infolge von Indiskretionen gewisse Dinge ans Licht der Öffentlichkeit kamen. So teilte der Kriegsminister Anfang April mit, daß **zwischen den Generalstäben Frankreichs, Sowjetrußlands, der Tschechoslowakei und Italiens Abkommen bestünden**. Es wurde gesagt, daß im Kriegsfall **Sowjetrußlands Flugwaffe** Frankreich sofort Hilfe leisten würde. (Bemerkungen übrigens, die ihren Sinn erst aus den geheimnisvollen Novembergesprächen erhalten.) Es wurde auch behauptet, daß im Falle eines deutsch-französischen Krieges die **französischen Truppen freien Durchmarsch durch Belgien** haben sollten. Allerdings stellte am 11. April in der belgischen Kammer der belgische Kriegsminister Devèze ein Abkommen dieses Inhaltes in Abrede.

Es war erstaunlich, wieviele vergebliche Mühe man sich in Frankreich machte, um die eingebildete deutsche Gefahr abzuwehren! –



6.

**Frankreich
und Italien**

In jener Zeit war **Italien der Bundesgenosse Frankreichs**. Der Duce gehörte in den Monaten Anfang 1934, da die Abrüstungskonferenz im Sterben lag, zu den Staatsmännern, die sich energisch für Deutschlands Aufrüstung in gewissen Grenzen einsetzten. Im Juni 1934 weilte der **Führer bei Mussolini in Venedig**, und es schien, als bahne sich zwischen beiden Männern ein engeres Verhältnis der Freundschaft an. Da kam **der österreichische Putsch von Ende Juli 1934**. Von dieser Zeit an herrschte in Italien eine **starke Verstimmung gegen das Reich**, infolge der irrigen Auffassung, daß die deutschen Nationalsozialisten in Österreich Verwirrung stiften wollten, um das Land dem Reiche besser und schneller angliedern zu können. **In Österreich selbst bestanden erhebliche Spannungen zwischen Heimwehr und Nationalsozialismus**, und Mussolini glaubte, seinen Sympathien für die Heimwehr durch einen entsprechenden Gegensatz zum Nationalsozialismus besser Nachdruck geben zu können.

Durch die **römischen Vereinbarungen vom Januar 1935** fand das in der zweiten Hälfte 1934 geformte europäische Verhältnis Mussolinis seinen festen Ausdruck. **Die italisch-französische Verbindung beruhte auf dem Grundsätze der Wechselseitigkeit: Frankreich gab Ostafrika preis, Mussolini zog sich von der Donau zurück, jedoch nicht ohne weiterhin ein wachsendes Auge darauf zu haben**, daß nicht etwa die Klerikalen oder die Nationalsozialisten den Vizekanzler und Heimwehrführer Starhemberg aus dem Sattel heben könnten. Unter dem **Gesichtswinkel der Gefahr für Österreich betrachtete** der italische Regierungschef seit den **Januarprotokollen die deutsche Rüstungsfrage**: er, der vorher hierin einen von Frankreich abweichenden Standpunkt eingenommen hatte, **stimmte jetzt bei, daß eine einteilige Abänderung der deutschen Wehrbestimmungen aus dem Versailler Vertrag nicht statthaft sei**. In Übereinstimmung mit Frankreich legte er am **21. März in Berlin einen scharfen Protest gegen die Wiederherstellung der deutschen Wehrhoheit** ein.

Es war rührend zu sehen, wie **Frankreich** alles tat, um die Gunst Mussolinis zu erhalten. Ende März verbreitete sich das Gerücht, Frankreich wolle im Rahmen der römischen Abmachungen für 75 Millionen Pfund die **Insel Madagaskar an Italien** verkaufen. Die Pariser Zeitungen befürworteten es, daß der Duce **Abessinien** seinem Reiche einverleibe. Sie scheuten nicht zurück, zu sagen, Deutschland liefere Waffen und Hunderte von Tanks an den Negus und stehe hinter ihm, wie es einst hinter Abd-el-Krim gestanden habe. Zu diesem Märchen fügten sie das andere, Mussolini habe sich von Deutschland abgewandt, weil in Venedig ihm der Führer kriegerische Gewaltpläne entwickelt hätte! Sie appellierten an den Stolz und das Selbstbewußtsein Italiens, indem sie verkündeten, **Mussolini sei der einzige, vor dem sich Deutschland fürchte**. All das erschien in den itali-

schen Zeitungen wieder, erfüllte den einfachen Mann wie den Wirtschaftsführer und den Gelehrten mit großem Selbstbewußtsein, und so wurde der Boden gefestigt, auf dem der Duce Politik machte.

Ende März zog Mussolini "zur Vorsicht" die ganze Jahresklasse 1911 ein. Auf die Unsicherheit der internationalen Lage hinweisend **brachte er die italische Armee von 160 000 auf rund 600 000 Mann in der ersten Aprilhälfte!** Der Staatssekretär im Kriegsministerium, General Baistrocchi, erklärte am 29. März im italischen Senat, niemand könne voraussehen, ob ein Krieg ausbreche; man könne aber behaupten, daß er fast plötzlich, nach wenigen Tagen politischer Spannung, ausbrechen würde; deshalb dürfe man nicht die Initiative des Angriffs verlieren, das Gesetz des Handelns dem Gegner überlassen, man müsse also gerüstet sein.

"Im April werden wir rund 600 000 Mann unter den Waffen haben, die vollkommen ausgerüstet und in geschlossene Einheiten gegliedert sind. Wir sind für jede Aufgabe bereit, die uns das Schicksal stellen wird. Kein Ereignis wird uns unvorbereitet überraschen." –

Vor allem begann Italien mit besonderem Nachdruck sich dem **Ausbau der Luftwaffe zuzuwenden**. Das Finanzministerium legte Ende März eine Rüstungsanleihe von 148 Millionen Lire (etwa 50 Mill. RM.) auf, die "zur Entlastung der unter dem Schutze des Staates stehenden Unternehmen" verwandt werden sollten.

Es handelte sich bei allem um "Vorsichtsmaßnahmen". Es wäre irrig, dem Duce irgendwelche Angriffsabsichten zu unterstellen, aber die französische Kriegspsychose hatte sich nach Italien verbreitet, und Mussolini lebte in der Furcht, daß plötzlich die deutschen Regimenter nach Österreich vordringen und das Land besetzen könnten. Die im allgemeinen gut unterrichtete Außenpolitikerin des französischen *Oeuvre* schrieb sogar am 10. April, **Mussolini habe vor einigen Tagen der Pariser Regierung ein französisch-italisches Militärbündnis zur Verteidigung Österreichs vorgeschlagen**. Dies Bündnis habe mehr oder weniger bestimmte Versprechungen enthalten, worauf Rom mit der Kleinen Entente und mit dem Balkanbunde, also den Nachbarstaaten Österreichs, Militärabkommen schließen sollte.

Trotz alledem war Mussolini entschlossen, **vorurteilslos nach Stresa zu gehen**; hierin zeigte sich, wie er den Dingen überlegen war. Stresa sollte seinem Willen nach eine politische, nicht eine militärische Demonstration werden. Er wußte, daß **ohne Deutschland in Europa kein dauernder Friede sein kann**. Er wußte aber auch, daß die Idee der Abrüstung eine Utopie war. Diese beiden Erkenntnisse mußten irgendwie vereinigt werden. So sollte Stresa **ein Pol europäischer Politik werden, dessen Wesenszug der Verzicht auf die gefährliche Abrüstungsutopie sein sollte** (*Popolo d'Italia*, 2. IV.). Allerdings sollte auch **die gemeinsame Front der drei Mächte auf der Grundlage des Londoner Kommuniqués vom 3. Februar** hergestellt werden. Daneben wollte er die **österreichische Unabhängigkeit sicherstellen** und erwägen, ob nicht **gewisse Friedensbedingungen der Verträge mit Österreich, Ungarn und Bulgarien abgeändert werden könnten**. *Popolo d'Italia* brachte am 9. April eine offiziöse Erklärung für die Aufrüstung der drei Staaten. In einem anscheinend von Mussolini selbst stammenden Artikel des *Popolo d'Italia*, "Unser Plan" (11. April) äußerte er, von Stresa solle nicht der Krieg ausgehen und nichts beschlossen werden, was einen solchen in nächster Zeit unvermeidlich mache; natürlich könne Stresa nicht den ewigen Frieden sicherstellen; der Friede hänge vor allem von jemand ab, der nicht in Stresa teilnehme (Deutschland); man könne in Stresa nur allgemein beraten, denn die Lösung mancher grundlegender Fragen hänge von den Nichtanwesenden, Deutschland, Polen, Rußland, ab; Italiens Plan sei: "Bis zur Klärung des Horizontes Aufrechterhaltung einer ständigen Streitmacht von 600 000 Mann, Ausrüstung dieser Streitmacht mit den modernsten Waffen und Beschleunigung der Luft- und Seerüstungen."



7.

Stresa

Vom 11. bis 14. April 1935 fand die Dreimächtekonferenz in Stresa statt. Frankreich erschien mit der Absicht, eine feste Front mit klarer Spitze gegen Deutschland wieder herzustellen. Der Ostpakt trat in den Hintergrund; am Tage vor seiner Abreise legte Laval den Gesandten der

Kleinen Entente und des Balkanpaktes die **Grundzüge der geplanten französisch-russischen und tschechoslowakisch-russischen Beistandsabkommen dar. Italien** hatte den Plan, zwar auch die Front der drei westlichen Mächte wieder zu festigen, aber doch Deutschland irgendwie zu behandeln, denn ohne Deutschland kein Friede in Europa. England wollte als ehrlicher Friedensmakler beileibe keine antideutschen Sonderallianzen, sondern wollte eine Formel finden, auf der die vier Großmächte zu gemeinsamer Friedensarbeit sich vereinigen konnten. Die britische Regierung bangte im stillen vor der Gefahr eines gegen Deutschland gerichteten französisch-italisch-sowjetrussischen Militärbündnisses, wenn sich Großbritannien abseits hielte (*News Chronicle*). Ein Erfolg aber schien den Engländern nur auf der Grundlage des Völkerbundes möglich.

Es hatten sich versammelt **MacDonald, Simon und Vansittart** von englischer Seite, **Mussolini, Suvich und Aloisi** aus Italien, **Flandin**, gestärkt durch das Vertrauen, das ihm die Kammer am 2. April vor ihrer nun doch noch beschlossenen Vertagung bis zum 28. Mai mit 410 gegen 134 Stimmen ausgesprochen hatte, **Laval und Loger** als Vertreter Frankreichs. **Sir John Simon** bemühte sich, den Besprechungen von vornherein einen harmonischen Grundton zu geben; er führte aus:

Es werde ausdrücklich festgestellt, daß Großbritannien alles tun werde, um die Solidarität unter den drei Mächten zu stärken. Die leitende Idee der englischen Besuche in den Großstädten Europas sei nicht etwa gewesen, Deutschland glauben zu machen, daß die britische Regierung dem Schritt vom 16. März nicht widersprechen wolle, sondern festzustellen, **ob noch irgendeine Hoffnung dafür vorhanden sei, daß Deutschland in ein gemeinsames System zurückkehren werde. Englands Richtlinie sei, ein kollektives Abkommen zur Sicherung des Friedens zu erreichen.** England glaube, daß **der Völkerbund geeignet sei, den Frieden zu organisieren**, des weiteren müsse man ein bindendes **internationales Rüstungs-** – nicht Abrüstungs-! – **abkommen** erreichen.

Die englischen Darlegungen bewirkten, daß bereits am ersten Tage der Konferenz die Italiener dem englischen Plane, eine neue Konferenz unter Beteiligung Deutschlands, Polens und Sowjetrußlands zu berufen, wohlwollend gegenüberstanden.

Am Vormittage des zweiten Verhandlungstages, dem 12. April, einigten sich die **drei Regierungen, gemeinsam den französischen Antrag über die deutsche Aufrüstung vor dem Völkerbunde zu vertreten**, es aber dem Völkerbundsrat zu überlassen, von sich aus den endgültigen Wortlaut der Entschließung festzulegen. Es handelte sich hier um einen **französisch-italischen Kompromiß**, dem sich die Engländer anschlossen. Im Laufe des Nachmittags machte dann Simon ergänzende Mitteilungen über **Deutschlands Haltung in der Frage des Ostpaktes**. Hierbei fragte Laval, wie sich Deutschland verhalten werde, wenn andere Mächte als Deutschland als Teilnehmer dieses Paktes unter sich noch besondere Beistandsabkommen schließen sollten. Zur Zeit der französisch-russischen Paktverhandlungen war diese Frage die brennendste für Laval; er wollte für alle Fälle neben seinem Pakt mit Rußland die Tür für den Ostpakt offen halten. Scheinbar genügten ihm Simons Darlegungen nicht, denn dieser erbat von Stresa aus noch einmal telegraphisch in Berlin eine ausdrückliche Antwort auf diese Frage. **Neurath erwiderte, Deutschland sehe eine derartige Möglichkeit immer noch als gefährlich an, sei aber dennoch bereit, an einem Verträge teilzunehmen, auch wenn andere Staaten unter sich darüber hinausgehende Abkommen schließen sollten; Deutschland würde aber Wert darauf legen, daß seine eigene Mitteilung und die dieser andern Staaten in zwei verschiedenen Schriftstücken niedergelegt würden.**

Damit war die Ungewißheit der Franzosen in diesem Punkte behoben. – Die Bahn für ihre Russenallianz war frei, da auch die Engländer keine Einwände dagegen erhoben. –

Betrachtet man das **Endergebnis von Stresa** (vgl. **Anlage 26**), dann bedeutete es einen **unzweifelhaften Sieg der lateinischen Idee über den englischen Willen**. Man griff auf das römische Protokoll und das **Londoner Kommuniqué** zurück, man **verurteilte das "vertragsbrüchige" Deutschland und kündigte gleichsam durch die Blume Sanktionen an**, und man versprach auf Vorschlag Mussolinis **Österreich, Ungarn und Bulgarien Wehrfreiheit**. (Diese drei Staaten hatten an die Konferenz ein formelles Ersuchen gerichtet, die militärischen Bestimmungen der Friedensverträge zu revidieren.) Über diesem dreigliedrigen Ergebnis stand **zusammenfassend das Bekenntnis der**

englisch-französisch-italischen Solidarität, sinnfällig ausgedrückt durch das **erneute feierliche Bekenntnis Englands und Italiens zum Locarnopak**t. Dies Bekenntnis ging zwar unmittelbar aus dem Meinungs austausch über den bevorstehenden Frankreich-Rußlandpakt hervor, es diente aber nicht der Klarstellung, sondern der Verschleierung, der Verwirrung. Laval hatte, nüchtern gesagt, die Genugtuung, daß England und Italien im Falle eines deutsch-russischen Konfliktes die Voraussetzungen des Locarnopaktes als nicht gegeben ansahen! Nicht die Worte, die gesprochen wurden, sondern die Umstände, unter denen das Ergebnis zustande kam, machten es zu einem Siege der intransigenten französischen Politik.

Faßte man in **Paris Stresa** infolge des dort stattgefundenen geradezu märchenhaften Umfalls der britischen Regierung **als eine Bekräftigung der englisch-französisch-italischen Solidarität** auf, dann betonte man in London, daß man neue Verpflichtungen nicht übernommen und die alten nicht erweitert hätte. Aber auch das hörte man in England: Man müsse es ganz klar sagen, daß man die einseitige Aufkündigung von Verträgen grundsätzlichen Charakters nicht zulassen könne. England bleibe seinen alten Freunden treu, wolle aber den Kreis seiner Freunde erweitern. Deutschlands Erklärung zum Ostpakt habe befriedigt; **man sehe jetzt zwei Gruppen, die eine: Deutschland und Polen, die andere nur Frankreich, sie würden sich gegenseitig nicht stören**. Das heißt also, daß England sich in Stresa von Laval hatte überzeugen lassen von der Ungefährlichkeit des französisch-sowjetrussischen Beistandspaktes für den Locarnopak, und daß England deswegen gegen den französisch-russischen Pakt Einwendungen nicht zu machen hatte.

Das Ergebnis von Stresa war dies: Deutschland wurde wegen des 16. März in den Bann getan, Frankreich erhielt als Ersatz für die Weigerung Englands, neue Verpflichtungen zu übernehmen, die Absolution für den Sowjetpakt, Italien bahnte sich einen neuen Weg zum Patronat über Österreich, und England, der bereitwillige Helfer und Friedensstifter, wurde mit leeren Redensarten über kollektive Sicherheit abgespeist. Den Engländern lag Stresa schwerstens in den Gliedern.

Premierminister MacDonald gab seine Enttäuschung über Stresa offen zu, aber er erklärte zugleich, daß er kein Atom seiner Hoffnungen aufgegeben habe, denn durch die herabsinkenden Wolken sehe er den Sonnenschein; die Konferenz von Stresa werde bestimmt helfen, die Wolken zu zerstreuen und die Sonne durchbrechen zu lassen, wenn ihr Geist erhalten, ihre Beschlüsse befolgt und ihr Zweck nicht gefährdet werde (Rundfunkrede 17. April). Im Unterhaus sagte er am 17. April:

"Wir sind nach Stresa gegangen, um frühere politische Erklärungen im Lichte neuer und verschlechterter Verhältnisse zu prüfen. Viele dachten, daß diese neuen Verhältnisse neue Verpflichtungen der britischen Regierung bedeuten würden. Wir haben keine übernommen. Wir haben die Tür für Deutschland offen gehalten, damit es sich als ein aktiver Teilhaber den Bewegungen anschließen kann, die wir geplant haben, um ein **System kollektiver Sicherheit in Europa** zu schaffen. **Ohne Deutschland seinen Schritt zu verzeihen, haben wir zu erkennen gegeben, daß unsere Politik weiterhin auf die Satzung des Völkerbundes gegründet sein wird. Die drei auf der Konferenz vertretenen Staaten sind auseinandergegangen als eine Staatenkombination, die dazu verpflichtet ist, zusammenzuhalten.**"

In Genf wurde auf diese Worte das Siegel gedrückt. –

Von Stresa gings nach **Genf**. Hier hatte sich der Völkerbundsrat vom 15.–17. April versammelt, um über **Frankreichs Anklage gegen Deutschland** (siehe **Anlage 27**) zu entscheiden. Diese Anklage war von jenem Geiste beherrscht, der zur Genüge bekannt war: Der Völkerbund und insbesondere Frankreich hätten sich alle Mühe gegeben, um der Welt den Frieden zu verschaffen. Nur Deutschland habe nicht den guten Willen gezeigt. Der durch nichts gerechtfertigten brutalen Geste vom Oktober 1933 sei der Vertragsbruch am 16. März 1935 gefolgt. Wohin solle man kommen, wenn der Völkerbund solche Handlungen durchgehen lasse?

Jedoch bei einer großen Zahl der fünfzehn Ratsmächte löste die Klageschrift Widerspruch



Genf

aus. Besonders die "neutralen Staaten", wie man in Paris sagte, zeigten sich zurückhaltend, sie hatten keine Lust, in Gegensatz zu Deutschland zu kommen; Polen, Dänemark und die südamerikanischen Staaten erwiesen sich als Gegner des französischen Schrittes. Laval legte nichtsdestoweniger dem Rate den **Entschließungsentwurf der drei Stresa-Mächte vor, der nichts mehr und nichts weniger als eine Verurteilung Deutschlands und eine Aufforderung, sich über Sanktionen zu verständigen**, war. Der polnische Außenminister Beck wies in seiner anschließenden Rede darauf hin, daß durch die Politik des Völkerbundes selbst die deutsche Aufrüstung herbeigeführt worden sei; Polen wünsche auch nicht, daß, nachdem es mit seinem westlichen Nachbar aufrichtige und loyale Friedensbeziehungen hergestellt habe, diese nun durch neue Pläne (Ostpakt) in Frage gestellt würden.

Die Aussprache über den Entschließungsentwurf am 17. April brachte neben den Befürwortungen Simons und Aloisis und **scharfen Ausfällen Litwinows gegen Deutschland** Loyalitätserklärungen Spaniens, Portugals und Südamerikas gegenüber dem Völkerbunde. Die Abstimmung über den Entschließungsentwurf brachte das überraschende Ergebnis, **daß Dänemark sich allein der Stimme enthielt**, während 13 Ratsmitglieder für die EntschlieÙung stimmten, die drei Stresamächte, Polen, Spanien, Portugal, die Tschechoslowakei, Sowjetrußland, die Türkei, Argentinien, Chile, Mexiko und Australien. Die skandinavische und englische Presse antwortete mit schwerer Verstimmung, während die Pariser Presse vor allem über Polens Haltung frohlockte. (EntschlieÙung siehe **Anlage 28.**) In Warschau bemühte man sich, Polens Haltung als eine formelle, aber unbedeutende und wertlose Demonstration hinzustellen, um sie Deutschland verständlich zu machen. Neben dieser EntschlieÙung beschloÙ der Rat gemäß den Anregungen von Stresa die **Bildung eines Ausschusses**, der von 13 Staaten beschickt wurde und die Frage der Sanktionen gegen zukünftige Vertragsbrüche prüfen sollte.

Es verdient noch bemerkt zu werden, daß über dieser Völkerbundsratstagung die besondere Atmosphäre sich ausbreitete, welche durch die **starke Erregung der kleinen Entente über Mussolinis Vorschlag, Österreich die Wiederaufrüstung zuzugestehen**, hervorgerufen war.

Das Reuterbüro legte Simon ein Wort in den Mund, das er vor seiner Abreise aus Genf am 17. April gesprochen haben soll: "Stresa war gut, Genf war noch besser!" Der Sinn dieses pythischen Ausspruches war sehr dunkel. War er ernst gemeint, dann gingen doch die Auffassungen sehr auseinander!

Bereits am Abend des 17. April ließ der **Führer dem englischen Botschafter Phipps einen maßvollen und sachlichen Protest gegen die Genfer EntschlieÙung** überreichen. Am 20. April wurde der Protest des Reiches den andern beteiligten Regierungen zugestellt: sie hätten nicht das Recht, sich zum Richter über Deutschland aufzuwerfen; der Beschluß des Völkerbundsrates versuche eine neue Diskriminierung Deutschlands und müsse deshalb sehr entschieden zurückgewiesen werden; die Reichsregierung behalte sich vor, ihre Meinung zu den im Ratsbeschluß berührten Einzelfragen demnächst darzulegen.

Die Berliner Korrespondenten der britischen Zeitungen kabelten ihre Beobachtungen nach London: **Die bitterste deutsche Kritik richte sich mehr gegen den Völkerbund als gegen die einzelnen Mächte**; die Deutschen erklärten, daß jegliche Neigung für eine schließliche Rückkehr nach Genf einen ernsten Rückschlag erlitten habe; aber trotz des Rückschlages für den Völkerbundsgedanken scheine doch noch einige Möglichkeit für kollektive Verhandlungen zu bestehen. Eine gewisse Ernüchterung in London war die Folge. Garvin meinte im *Observer*: An sich sei das Genfer Urteil richtig, aber das Gesicht und der Ernst des Protestes von Stresa hätten vollauf genügt, und hierbei hätte man es belassen sollen.

Aus dieser Atmosphäre heraus, die schwanger war von Vorwürfen des britischen Volkes gegen seine Regierung, ist jener Aufsatz zu verstehen, den unter dem Titel: **"Friede, Deutschland und Stresa" Premierminister MacDonald am 25. April im Wochenblatt der nationalen Arbeiterpartei, News Letter veröffentlichte.** Er begann mit dem harten Los des Friedensstifters, um dann nüchtern zu sagen, Deutschland habe in einer Weise ge-

**England
und Stresa**

handelt, die das gegenseitige Vertrauen in Europa zerstörte; es beanspruche ein Maß bewaffneter Macht, das die meisten Nationen Europas seiner Gnade preisgebe. Das deutsche Volk verlange viel zu viel von denen, die es am besten verstehen und das größte Mitgefühl mit ihm haben, wenn es fordere, daß sein Ziel ebenso wie seine Methoden ohne Furcht und Verdacht hingenommen werden sollten.

"Ich weiß, daß, wenn die unruhige Geschichte dieser Zeiten im kalten und gerechten Licht der Wahrheit studiert und aufgezeichnet werden wird, nicht die ganze Schuld vor Deutschlands Tür abgeladen werden wird. Dies aber wird Deutschland von dem Tadel nicht befreien, die Aussichten auf Erfolg der Friedensbemühungen zerstört zu haben, auch nicht von dem Tadel, Europa plötzlich besorgt gemacht und sich wieder dem verhängnisvollen Weg des Militarismus zugekehrt und somit die Nationen Europas gezwungen zu haben, sich wieder mit erhöhter militärischer Rüstung zu versehen. Die Tür für eine ehrenvolle Vereinbarung, die Deutschland nicht nur sicher machen, sondern ihm auch das Vertrauen seiner Nachbarn geben und es zu einem geschätzten Gefährten beim Friedenswerk, anstatt zu einem Ungewissen und verdächtigen Beobachter machen wird, ist nach wie vor offen und niemand anders als Deutschland wird sie schließen. Stresa hat dies klargemacht."

Die Zeitungen der Liberalen und der Arbeiterpartei waren über die "sonderbare Haltung des Premierministers" (*Daily Herald*) erstaunt und beunruhigt. Hier sprach der Geist einer versunkenen Zeit. MacDonald, der gewiß mit Leib und Seele allezeit für die Abrüstung sich eingesetzt hatte, versuchte jetzt in der Erkenntnis des Genfer Fehlschlages eine verzweifelte Rechtfertigung seiner Politik. Er tat dies – seine Worte beweisen es – mit ehrlichem Herzen, aber er trug dem Fortschritt der Zeit, den Adolf Hitler verkörperte, nicht Rechnung; seine geäußerte Meinung war deshalb nach allem, was er selbst unmittelbar miterlebt hatte, nicht nur verfehlt, sondern sogar bedenklich, weil er sie in seiner Eigenschaft als Premierminister vertrat. Was Wunder, daß die französische Presse frohlockend mit Fingern auf Deutschland zeigte, das die "Straße des Friedens verwüstet" habe!

Das britische Volk ging über MacDonalds Meinung und über seine Hilfsstellung für die französische Bündnispolitik in Stresa **zur Tagesordnung über.** Die *Times* brachte eine Reihe von Äußerungen britischer Persönlichkeiten, die Genf ablehnten. In den letzten Apriltagen äußerte hier der Unterhausabgeordnete **Oberstleutnant Cuthbert Headlam**, der im Weltkriege Staboffizier der englischen Truppen in Frankreich und später parlamentarischer Sekretär der Admiralität war, sich zu Genf: Die Entschließung werde sicherlich die in Deutschland allgemein verbreitete Ansicht bestätigen, daß der Völkerbundsrat ein sklavisches Werkzeug der Siegermächte sei. Augenblicklich wäre der Versuch, die Sanktionen für Übertretung internationaler Verpflichtungen zu verstärken, verhängnisvoll, wenn nicht zugleich eine Vertragsrevision auf friedlichem Wege eingeleitet würde. Frankreich und die Kleine Entente hätten seit 1918 jeden derartigen Versuch zäh abgelehnt; daran sei jeder Versuch einer wirklichen Befriedung Europas gescheitert; es zeige sich immer deutlicher, daß **Frankreichs Auffassung von Sicherheit nichts anderes bedeute als eine Reihe bewaffneter Bündnisse für die strikte Aufrechterhaltung des Status quo.** Deshalb werde jede Paktpolitik die Form einer europäischen Koalition gegen Deutschland annehmen. Diesen Zustand des bewaffneten Waffenstillstandes müsse England ablehnen. Es müsse die europäische Frage **mehr vom britischen als vom französischen Standpunkt betrachten;** England habe zur Zeit keinen Grund, mit Deutschland zu brechen, denn das Reich sei anscheinend immer noch bereit, die Rüstungsbegrenzung zusammen mit einem Plan internationaler Überwachung anzunehmen.

**England
und Genf**

Die kaum zwanzig Minuten währende **Rede des Premierministers vor dem Unterhaus am 2. Mai** war durchtränkt von jenem elegischen Geiste, der denjenigen erfaßt, der sein ganzes Lebenswerk gescheitert sieht. Deutschlands Vorgehen habe in den letzten Monaten den Frieden Europas aufs tiefste gestört, dies festzustellen beschränkte sich MacDonald, ohne, zur Verwunderung der Abgeordneten, weitere Angriffe gegen Deutschland zu richten. Jedoch sah MacDonald Möglichkeiten einer Politik, die auf den seit dem Londoner Kommuniqué geschaffenen Grundlagen, worunter na-

türlich auch Stresa eine Rolle spielte, sich gründete. Aber der Premierminister beschränkte sich nur auf kurze Mitteilungen, es schien, als läge ihm die Zukunft so fern, daß er keinen Anteil mehr an ihr hatte. Bereits in der Kabinettsitzung vom 1. Mai hatte die Regierung beschlossen, Anfang Juni dem König ihren Gesamtrücktritt zu erklären. Der innere Gegensatz war zu groß geworden. Sir John Simon, dem man vorwarf, daß er die deutsche Aufrüstung zugelassen habe, und der Luftfahrtminister Lord Londonderry, dem man vorwarf, daß er die britischen Luftrüstungen vernachlässigt habe, hatten die Absicht, nicht wieder in die Regierung einzutreten. Erschöpfung und Depression hatte die britische Regierung befallen, nachdem sie erkannt hatte, daß ihr guter Wille zum Frieden in Stresa und Genf die Gegensätze nur wieder vertieft, statt eingeebnet hatte.

MacDonald mußte es dann noch erleben, daß die von ihm verteidigte **Genfer EntschlieÙung am 7. Mai im Oberhaus hart kritisiert wurde**. Lord Dickinson brachte zu Beginn der Sitzung folgende EntschlieÙung ein:

"Das Oberhaus bedauert die Annahme der dritten Schlußfolgerung der RatsentschlieÙung, da **sie geeignet ist, die Meinungsverschiedenheiten zwischen den europäischen Nationen in einem Augenblick zu unterstreichen, wo alles getan werden sollte, um eine freundschaftliche Zusammenarbeit zustandezubringen**. Das Oberhaus ersucht die Regierung, im Benehmen mit den andern Mächten **die Verhandlungen mit Deutschland auf einer Linie wieder aufzunehmen, die für das deutsche Volk annehmbar ist und einen dauerhaften Frieden in Europa sichern wird.**"

Die anschließende Aussprache ergab eine überwältigende Zustimmung und eingehendes Verständnis für Deutschland, wo eine neue Generation herangewachsen sei. Lord Dickinson bezeichnete die EntschlieÙung als unglücklich, Lord Mottistone, der zu den britischen Abgeordneten in Versailles gehört hatte, schilderte, wie man von Deutschland die Unterschrift erpreÙt habe: **Nicht Deutschland, sondern die andern Mächte hätten ihr in Teil V gegebenes Versprechen nicht erfüllt**. Fast alle Lords, mit Ausnahme Lord Cecils, der von der militärischen Erziehung der deutschen Jugend sprach, stellten sich auf Deutschlands Seite. Lord Ponsonby von der arbeiterteilichen Opposition glaubte, daß das deutsche Volk beim Lesen des Berichts über die Aussprache **das Maß tiefer Sympathie erkennen werde, das in England für die deutsche Nation vorhanden sei**.

Die Demonstration für Deutschland war so gewaltig, daß sie nicht ohne Eindruck auf die Regierung Großbritanniens bleiben konnte. Überzeugt von dem moralischen Eindruck der Aussprache, zog Dickinson seinen Antrag wieder zurück, da der Zweck erreicht sei.

In diesen Tagen feierte **König Georg V. von Großbritannien sein 25jähriges Regierungsjubiläum**. Der durch diesen AnlaÙ begründete Telegrammwechsel mit dem Führer war in einem besonders herzlichen Ton gehalten und stellte das gemeinsame Interesse des Friedens in den Mittelpunkt der beiderseitigen Politik.

Mitte Mai verlangte Lord Snowden, der ehemalige arbeiterteiliche Schatzminister, in einem Aufsatz in der *Daily Mail* **ehrliche Handlungsweise gegenüber Deutschland**, der drohende Krieg in Europa könne nur durch eine Änderung der internationalen Politik verhindert werden; mehr denn je sollte Freundschaft mit Deutschland die Politik Großbritanniens sein; der Tadel des Völkerbundes gegen Deutschland werde sicher als größte Tat salbungsvoller Heuchelei seinen Platz in der diplomatischen Geschichte erhalten, und der Versailler Vertrag sei ein flagranter Bruch der Verpflichtungen der alliierten Mächte gewesen.



8.

Luftrüstungsfieber

Die Regierungen und Parlamente der großen Mächte verfielen im Frühjahr geradezu in ein **Luftrüstungsfieber**. Am 29. April fand ein **englischer Kabinettsrat statt, der eine weitgehende Beschleunigung der Luftrüstungen unter Einschluß der Dominions beschloÙ**. Man warf dem Luftfahrtminister Lord Londonderry vor, er habe nachlässig gehandelt,

indem er sich nicht bemüht habe, den Umfang der deutschen Luftrüstungen kennen zu lernen und die englische Luftflotte zu vergrößern. Demgegenüber erklärte **Sir John Simon** am 2. Mai im Unterhaus, daß zwar der Umfang der deutschen Luftrüstungen erheblich schneller zugenommen habe, als die englischen Berater im vergangenen Herbst für wahrscheinlich gehalten haben, daß aber Deutschland nach der Erklärung des Führers vom 26. März Luftparität mit England habe. Das bedeute, daß die Stärke der deutschen Frontlinienflugzeuge einer britischen Frontlinienstärke von 800–850 Flugzeugen entspreche, einschließlich der britischen Überseeziffern, aber ausschließlich der Hilfsflugzeuge und besondern Einheiten. Mitte Mai konnte *Daily Telegraph* seinen Lesern mitteilen, **die englische Regierung plane eine Verdreifachung der heimischen und annähernd eine Verdoppelung der gesamten britischen Luftstreitkräfte in der ganzen Welt binnen zwei Jahren**; im April 1937 sollte die Luftflotte umfassen in der Heimat 128 Geschwader mit 1460 Flugzeugen, in Übersee 50 Geschwader mit 530 Flugzeugen. In den Betrachtungen der Engländer spielte ein neuer Flugzeugtyp eine Rolle, der das schnellste (400 km/h) und leistungsfähigste Kampfflugzeug sein sollte und das "fliegende Fort" genannt wurde.

Frankreich warf im April eine Anzahl sehr schneller Jagdflugzeuge nach Metz und Straßburg, um einem befürchteten deutschen Überfall begegnen zu können. Nach Straßburg kamen in den letzten Apriltagen von Reims sechs Jagdflugzeuge neuesten Typs, die eine Stundengeschwindigkeit von fast 400 Kilometern erreichen sollten. Das Land besaß am 1. Januar 1935 fast 100 Flughäfen, 48 staatliche, 47 kommunale und private, die dem öffentlichen Verkehr zur Verfügung standen; Luftfahrtminister Denain hielt für nötig, daß bis zum 1. Juli 1935 noch 22 neue Land- und Wasserflughäfen fertiggestellt würden. Der Luftfahrtminister entwickelte Anfang April auf dem Kongreß des französischen Luftschiffverbandes seine Pläne zur Verbesserung der Luftwaffe. Hierbei war besonders auffallend die Ankündigung, daß die französischen Flugzeuggeschwader als einzige in der Welt mit einem motorgekuppelten Geschütz ausgerüstet würden, um das die fremden Fliegerorganisationen Frankreich beneiden würden. Die Flugzeugindustrie wurde angewiesen, sämtliche Militärflugzeuge, die ursprünglich bis zum Frühjahr 1937 geliefert werden sollten, bereits bis Ende 1935 fertigzustellen.

Rußland arbeitete mit allen Kräften an der Vermehrung seiner Luftwaffe. Die Sowjetregierung beschloß Mitte Mai, die Dorfbevölkerung für die Luftwaffe zu interessieren und Verständnis für die militärische Luftfahrt unter der bäuerlichen Jugend zu erwecken, diese militärisch im Flugwesen auszubilden. In Paris erzählte man sich, Sowjetrußland besitze über 4000 moderne Kampfflugzeuge. (Vgl. auch **Anlage 5.**)

Mussolini weihte am 27. April die in der Nähe Roms neugegründete Stadt Guidonia ein. Sie empfing ihren Namen von einem bekannten Flieger und sollte so Zeugnis ablegen vom Willen des faschistischen Italien, die Lüfte zu erobern. Einzelheiten über dieses Ziel hatte der Unterstaatssekretär im Luftfahrtministerium, **Valle**, in der italienischen Kammer bereits einen Monat vorher entwickelt: **Italien habe sich entschlossen, das für sechs Jahre vorgesehene Programm des Aufbaues seiner Luftstreitkräfte zu beschleunigen und schon in drei Jahren durchzuführen; Italien baue gegenwärtig Bombenflugzeuge, die imstande seien, eine Geschwindigkeit von 330 Kilometern zu entwickeln und rund 3600 Pfund Sprengstoff mit sich zu führen.**

Das große Ereignis jener Frühjahrswochen war der **Abschluß eines Luftabkommens zwischen Paris und Rom**, das in Ergänzung der römischen Protokolle vom Januar 1935 eine Reihe von Vereinbarungen auf dem Gebiete der Handels- und Militärluftfahrt bringen sollte. Aus diesem Anlaß traf am 10. Mai Denain zu einem sechstägigen Besuche in Rom ein. Die militärische Persönlichkeit des französischen Unterhändlers und die militärischen Ehren seines Empfanges zeigten der Welt,



Die Rote Armee: Der Militärflugplatz von Moskau. Photo Scherl.

daß der Gegenstand der Verhandlungen sich nicht bloß auf zivile Gebiete bewegte. **Bereits am 13. Mai konnte das französisch-italische Luftabkommen unterzeichnet werden**, dessen Gegenstand die enge Verbindung des Luftverkehrs beider Staaten, insbesondere die Eröffnung einer Luftlinie Rom–Paris am 1. Juni war. Der Erfolg der Reise des Generals Denain löste in Paris hellen Jubel aus.

Die Nervosität, die in den Luftzonen aller Staaten Europas zitterte, veranlaßte den **Reichsminister der Luftfahrt, General Göring**, der am 1. April auch den Oberbefehl über die Flakartillerie übernommen hatte und so das gesamte Flugwesen, Luftflotte und Flugabwehr, in seiner Hand vereinigte, **am 2. Mai vor der ausländischen Presse Erklärungen abzugeben**. Der Minister betonte, daß bei der Regierungsübernahme des Führers nicht das geringste von einer deutschen Flugwaffe vorhanden gewesen sei; nachdem die technischen und industriellen Möglichkeiten bis zum äußersten ausgebaut worden seien, hätte die neue deutsche Flugwaffe schlagartig geschaffen werden können. **Die Richtlinie sei immer die Sicherheit der deutschen Nation**. Es hänge ausschließlich von den anderen Mächten ab, die Höhe der deutschen Luftwaffe zu bestimmen.

"Wenn Sie mich fragen: 'Wie stark ist nun die deutsche Luftwaffe?', dann kann ich Ihnen versichern, daß die deutsche Luftwaffe immer so stark sein wird wie die Konstellation in der Welt für oder gegen den Frieden. Ich sage Ihnen nichts Überraschendes, wenn ich betone, daß die deutsche Luftwaffe so stark ist, daß derjenige, der Deutschland angreift, einen sehr, sehr schweren Stand in der Luft haben wird. Denn die deutsche Luftwaffe verfügt über kein einziges altes Flugzeug! Sie verfügt über keinen einzigen alten Motor! Was die deutsche Luftwaffe heute an Motoren und Maschinen besitzt, ist das Modernste, was überhaupt existiert."

Trotz alledem, so fuhr der General fort, sei Deutschland nach wie vor bereit, an Luftkonventionen mitzuarbeiten und gemäß übernommener Verpflichtungen seine Luftstreitkräfte im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten nicht nur zur Sicherung und Verteidigung Deutschlands, sondern auch zur Sicherung und Verteidigung des europäischen und Weltfriedens einzusetzen. Die deutsche Luftflotte sei nicht so riesengroß, wie man vielleicht im Ausland annehme. Sie sei geschaffen worden im **Bekenntnis Deutschlands für den Frieden**, und sollten einmal die Völker sich auf die Abschaffung der Luftstreitkräfte einigen, so werde Deutschland sich davon nicht ausschließen. **Deutschland stehe keiner Regelung im Wege, wenn sie von den anderen Völkern ehrlich betrieben werde, aber es komme nur eine Regelung in Frage, die auf vollständig gleichberechtigter Basis beruhe.**



*Die deutschen Seeflieger in Kiel-Holtenau:
Der Start. Photo Scherl.*



*Die deutschen Seeflieger in Kiel-Holtenau:
Der Staffelwinkel. Photo Scherl.*

Die eindrucksvollen und klaren Ausführungen Görings hinderten allerdings nicht, daß zwei Wochen später (15. Mai) **Lord Rothermere** im englischen Oberhaus als konservativer Abgeordneter ausführte, England stehe heute vor der Möglichkeit der schrecklichsten Gefahr in der ganzen englischen Geschichte; die Entwicklung des Bombenflugzeuges könne das ganze Gesicht Europas

stark verändern. Rothermere begründete die englische Aufrüstung unter Hinweis auf die "deutsche Gefahr", die er geradezu phantastisch ausmalte: **Deutschland besitze 10 000 Bombenflugzeuge, das sei eine "schauerliche Gefahr"**, der England nur begegnen könne, daß es jeden eventuellen Feindstaat wissen lasse, daß es mit gleicher Münze herausgeben könne.

6. Kapitel: Frankreich, Litauen, Österreich.

1.

Wir wenden uns jetzt **Frankreich** zu. Laval hatte am 2. Mai den Beistandspakt mit Sowjetrußland geschlossen, diese "unbefriedigende, traurige Vernunfttete", wie sich der *Jour* ausdrückte. Frankreich hatte vor der Hand darauf verzichten müssen, daß die Russen im französischen Heer und in der französischen Arbeiterschaft die kommunistische Propaganda einstellten. Was das hieß, mag man daran ermessen, daß Anfang April der Zentrale Ausführende Ausschuß der im Jahre 1920 durch die 3. Internationale gegründeten Roten Gewerkschaftsinternationale in Moskau beschlossen hatte, ein westeuropäisches Sekretariat in Paris zu eröffnen, das unmittelbar unter Moskau stehen sollte. Zum Vorsitzenden dieses Sekretariats wurde der bekannte französische Kommunistenführer Gaston Mommonsseau, der seit 1920 in der Komintern und der Roten Gewerkschaftsinternationale eine wichtige Rolle spielte, ernannt. Zu dieser Roten Gewerkschaftsinternationale gehörten auch die ehemaligen Oppositionsgruppen der Amsterdamer Internationale. Dieser Beschluß hieß nichts anderes als planmäßige Organisierung der Weltrevolution in Frankreich. Ein Geist der Auflehnung gegen militärische Gewalt war bereits gezüchtet, eine Atmosphäre des Streikfiebers war schon geschaffen, bolschewistische Agenten und Spitzel trieben sich im Lande herum – Mitte April 1935 wurden 20 allen Nationalitäten und Gesellschaftsklassen angehörende Personen der 32köpfigen Spionagesellschaft der Lydia Stahl und des amerikanischen Ehepaares Switz, die für Sowjetrußland arbeitete, vor dem Pariser Strafgericht abgeurteilt – und es klang fast wie ein Leitwort für den Pakt mit Frankreich, als Sowjetrußlands Kriegskommissar Woroschilow am 1. Mai im Aufruf für die Rote Armee verkündete: Sowjetrußland – dieses Wort klinge für die Arbeiter und Werktätigen aller Länder wie ein Schlachtruf – Sowjetrußland sei das Bollwerk der Weltrevolution!

Am 5. und 12. Mai fanden in Frankreich Gemeindewahlen statt. Sie waren von dem üblichen marxistischen Krach und Getöse begleitet. Demonstrationen, Proteste, Verhaftungen, Verletzungen blieben nicht aus, die vereinigte marxistische Front fühlte sich durchaus als Herrin der Lage. Das Ergebnis jagte der Bourgeoisie einen heftigen Schrecken ein: In den 858 Wahlbezirken stiegen die Kommunisten von 48 (1929) auf 91! Die Sozialisten gingen von 195 auf 189 zurück, die Radikalsocialisten verloren 4, sie bekamen 222 Sitze. **Der Sieg der Kommunisten war der erste sichtbare Erfolg des marxistisch-kommunistischen Wahlbündnisses, aus dem später durch Hinzutritt der linksbürgerlichen Radikalsocialisten die "Volksfront" hervorging.** In Paris bekam der Stadtrat statt einem Kommunisten, wie bisher seit 1919, deren acht, während die zehn Sozialisten auf fünf zurückgingen. Viele Gemeinden der Provinz gerieten unter marxistische Verwaltung. Das Ergebnis war so erschütternd, daß im ersten Augenblick an eine Gefahr, einen Rücktritt des Kabinetts Flandin gedacht werden konnte. *Echo de Paris* meinte, das Volk habe sich gegen die Regierung ausgesprochen und erwarte, daß die parlamentarische Atmosphäre eine grundlegende Änderung erfahren werde. Die jüdisch-bolschewistische Saat begann zu sprießen.

Um das **französische Bündnisssystem in Osteuropa** durch eine Kette neuer Erfolge zu befestigen, begab sich **Laval am Abend des 9. Mai auf die Reise nach Warschau und Moskau**, wohin er bereits im April eingeladen worden war. Am Nachmittag des folgenden Tages wurde der Franzose in Warschau auf dem Bahnhof vom polnischen Außenminister Oberst Beck höflich, aber kühl empfangen. Es war etwas länger als ein Jahr her, daß Lavals Vorgänger Barthou in Warschau weilte und stark enttäuscht wieder abreiste. Nachdem aber Beck seine Unterschrift unter den Genfer Tadelsantrag gegen Deutschland gesetzt hatte, glaubte Frankreich wieder festere Hoffnungen auf Polen setzen zu dürfen. Nun hatte sich allerdings

Laval in Warschau

Oberst Beck wenige Tage später, zu Ostern, d. h. am 21. und 22. April, nach Venedig begeben, wo er mit Suvich zusammentraf. Die Außenpolitikerin des *Oeuvre* schien gut unterrichtet zu sein, wenn sie als den Zweck der Aussprache angab, daß **Beck hier mit allen Mitteln den Abschluß des französisch-russischen Bündnisse zu vereiteln suchte**. Es lag durchaus im Rahmen des Möglichen, wenn Beck dem faschistischen Italien vorstellte, sein Bündnis mit Frankreich müsse zerbrechen, wenn dies sich mit dem bolschewistischen Rußland verbinde. Beck und Suvich sollen auch übereingekommen sein, daß **Italien eine Aussöhnung zwischen Polen und den baltischen Staaten, insbesondere Litauen, herbeizuführen suchen solle**. Man erwog den **Plan eines mitteleuropäischen Paktes, der auch Polen und die Randstaaten umfassen solle, wodurch Sowjetrußland ausgeschaltet wurde**. Diese italisch-polnische Politik kam allerdings nicht in Gang, jedoch wurde das französisch-russische Beistandsabkommen geschlossen. – Unmittelbar vor Laval's Eintreffen führte der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im polnischen Sejm, **Fürst Janoß Radziwill**, im Czar im Zusammenhang mit dem französisch-sowjetrussischen Pakt, wonach Sowjetrußland verpflichtet ist, Frankreich bewaffnete Hilfe zu leisten, aus, **ob Laval und die französische Öffentlichkeit wirklich glaubten, daß Polen seine Ostgrenze den Millionen der Roten Armee öffnen werde, deren Hauptziel doch die Vorbereitung der kommunistischen Weltrevolution sei, und ob die französische Öffentlichkeit wirklich glaube, daß die Stäbe der Roten Armee in Krakau, Posen, Wilna oder Warschau sich niederlassen könnten; derartige Illusionen zu hegen, liege nicht im Interesse der freundschaftlichen Entwicklung der polnisch-französischen Beziehungen**.

Damit stand fest, daß Laval's geplante Überzeugungsversuche zwecklos sein würden, denn die französische Partei in Polen war klein und schwach. Wie das gut informierte *Oeuvre* schrieb, wollte Laval in Warschau darauf hinweisen, daß der französisch-russische Beistandspakt keineswegs gegen Polen gerichtet sei, sondern **nur für einen etwaigen Angriff Deutschlands auf Rußland oder Frankreich** unterzeichnet sei; selbst wenn Polen Sowjetrußland angreifen sollte, dürfte Frankreich nach den Bestimmungen seines Paktes mit Rußland seinem Sowjetverbündeten keine andere als die im Artikel 16 der Völkerbundssatzungen im Falle einer Verletzung dieser Satzungen vorgesehene Hilfe leisten.

Der Franzose bekam demgegenüber manchen Vorwurf zu hören: Frankreich habe Polen in jeder Weise vernachlässigt, habe es wirtschaftlich nicht unterstützt, sei gegenüber dem größten Erfolg der polnischen Politik, dem Friedenssicherungsabkommen mit dem Reich, verständnislos, ja ablehnend geblieben, es habe durch das sowjetrussische Abkommen das französisch-polnische Bündnis ernstlich in Frage gestellt. Man müsse nämlich in Paris wissen, daß jeder Versuch russischer Truppen, die Grenze zu überschreiten, welche Vertragspflichten auch immer als Vorwand dienen könnten, von Polen als Kriegsfall betrachtet werden müsse.

Drei offizielle Bankette fanden in Warschau statt, die erwarteten freundschaftlichen Tischreden wurden aber nicht gehalten. Die Polen wurden trotz aller schönen Worte Laval's den **Eindruck nicht los, daß sie durch den russisch-französischen Pakt glatt überrumpelt werden sollten**. Der Schmerz hierüber war um so bohrender, weil sie noch fünf Wochen früher Eden gegenüber sich einem Kollektivabkommen grundsätzlich nicht abgeneigt gezeigt hatten und nun plötzlich auf Grund dieser Tatsache in ein ganz neues machtpolitisches System hineingestellt wurden. Und ob auch Laval den Polen versicherte, sie sollten nicht zu gegenseitiger Hilfeleistung gezwungen werden, die Sowjetarmee sollte kein Durchmarschrecht haben, das Bündnis solle nicht Ostpakt genannt werden, die Polen sollten weder gegen Litauen, noch gegen die Tschechei besondere Verpflichtungen eingehen, es käme nur darauf an, ob sie sich einem kollektiven System einordnen wollten oder nicht – die Polen zeigten keine Lust, sich dem russischen Wolfe in irgendeiner Weise zu verbinden. Und wenn auch Laval wider besseres Wissen versicherte, der französisch-russische Pakt sei von keinerlei finanziellen Zusicherungen an Rußland begleitet, der **Zweck des Abkommens sei allein gewesen, Deutschland des großen Rohstoffbeckens und der fast unerschöpflichen Quellen an Menschenmaterial, die Rußland darstelle, zu berauben**, die Polen nahmen dies alles höflich zur Kenntnis, blieben aber kühl. Oberst Beck beharrte auf seinem Plane eines mehrseitigen Nichtan-

griffs- und Konsultativpaktes. Der amtliche Bericht über den Warschauer Besuch vermag folgendes magere Ergebnis festzustellen:

"Der Meinungs-austausch gab den beiden Ministern die Möglichkeit festzustellen, daß der gemeinsame Gegenstand ihrer Bestrebungen die Erhaltung des europäischen Friedens und der Sicherheit durch Organisierung einer breit aufgefaßten internationalen Zusammenarbeit sei, die allen die Möglichkeit zur Mitarbeit biete."

Das bedeutet, daß Polen sich eindeutig gegen Laval's Ostpakt-politik erklärt hatte.

Marschall Pilsudski, der wegen seiner schweren Erkrankung an Magen- und Leberkrebs Laval nicht empfangen konnte, starb am Abend des 12. Mai, an dessen Morgen der Franzose Warschau verließ. Der **große Revolutionär und geniale Staatsgründer**, der im Weltkrieg in Magdeburg interniert war, der während der oberschlesischen Unruhen eine maßvolle Haltung einnahm und gewissermaßen der Gegenspieler Korfants war, **hatte die Freundschaft zwischen Deutschland und Polen begründet**. Sein Tod löste in Deutschland tiefe Trauer aus, in Paris flackerten Hoffnungen auf. Ihn allein hielt man dort für denjenigen, der Polen mit Deutschland verbunden, und mit dem Tone innerster Überzeugung verkündete *Journal*, daß Polens ganze politische Entwicklung der letzten Zeit jetzt in Frage gestellt sei. *Echo de Paris* war deutlicher: Der wahre Lenker der polnischen Außenpolitik sei nun von der Bühne abgetreten; da dürfe man mit Recht fragen, ob die ziemlich paradoxe Diplomatie Warschaus die bisherige Richtung beibehalten werde; mit Pilsudski verschwinde der Traum eines ukrainischen Reiches, der Traum von Kiew, der Warschau in die Arme Berlins getrieben habe. (Vgl. **Anlage 30.**)

Beschwingt von neuen Hoffnungen erschien auch **Laval am Morgen des 13. Mai in Moskau**. Litwinow empfing ihn, der Bahnhof war mit französischen und sowjetischen Fahnen geschmückt, gewaltig klangen die Töne der französischen und der Sowjethymne durch die Bahnhofshalle. Auch Litwinow war von neuen Hoffnungen erfüllt, denn die französischen Gemeindevahlen vom Vortage hatten den Kommunisten starken Zuwachs gebracht. Das Wahlergebnis bildete den geeigneten Hintergrund für den Staatsbesuch und seinen Verlauf.

Laval in Moskau

Laval unterstrich den Sinn seines Besuches gebührend: Durch den Moskauer Besuch habe die französische Regierung die ganze politische Bedeutung des Beistandspaktes unterstreichen wollen.

"Die Ideale unserer Länder sind zwar nicht die gleichen, aber sie sind geeint durch die starken Hände der Friedensliebe. Ich weiß, daß ich unser beider heißen Wunsch ausdrücke, wenn ich sage, wir würden es gern sehen, wenn andere Länder an dem friedlichen Aufbauwerk teilnehmen würden, das so notwendig ist. Jedes Land hat seine eigenen Bestrebungen, und gleichzeitig sorgt jedes Land für den Schutz seiner Ehre und Würde. Aber jedes Land hat die Pflicht, seinen Beitrag zur internationalen Sache der Solidarität zu liefern."

Radek sah allerdings in der Moskauer *Prawda* nicht so blumenreiche Hintergründe der Bündnispolitik: Die kapitalistischen Staaten hätten aus Angst vor dem rasch emporwachsenden Deutschland ein Zusammengehen mit der Sowjetunion, deren Friedensliebe bekannt sei, zur Sicherung des Friedens angestrebt; trotz dieser Bündnispolitik werde die Sowjetunion niemals ihr Klasseninteresse vergessen. Hinter dem Transparent der französischen Friedensliebe flackerte also die Flamme des bolschewistischen Klassenkampfes, der Weltrevolution.

Die französische Agentur Havas verbreitete eine Meldung, wonach **Laval seine 4½stündige Unterredung mit Stalin als ein "Liebesmahl wahrer Freundschaft" bezeichnete!** Die bürgerliche Presse von Paris wagte im Anschluß hieran die schüchterne Hoffnung zu äußern, daß es nun nicht mehr im Sinne der Bolschewiken liegen könne, daß in Frankreich, insbesondere in der französischen Armee, kommunistische Propaganda getrieben werde. Allerdings gab wohl Stalin dem Franzosen eine Zusicherung, daß das Heer nicht weiter unterhöhlt werden solle. Aber das war wohl nur eine taktische Maßnahme. Die revolutionären Demonstrationen, die zu Ehren Laval's durchgeführt wurden, lassen doch andere Tendenzen erkennen. Noch unmittelbar vor seiner Abreise am Abend des 15. Mai wurden ihm zu Ehren Ballettvorführungen veranstaltet, die u. a. "Bilder aus der franzö-

sischen Revolution von 1789" boten. Es war fast, als sollte durch den Appell an eine große Tradition das revolutionäre Gewissen der französischen Bourgeoisie wieder geweckt werden. **Der Schwerpunkt der Besprechungen lag aber doch auf außenpolitischem Gebiet**, im besonderen hat wohl Laval gewisse polnische Wünsche und Vorbehalte vorgetragen und um deren Berücksichtigung gebeten. **Für Laval hing in Moskau sehr viel davon ab, die Möglichkeit einer Wiedergewinnung Polens vorzubereiten.** Für den Erfolg der demnächst einsetzenden französisch-sowjetrusischen Generalstabsbesprechungen war es entscheidend, daß Polen der Eintritt in den durch die "deutsche Gefahr" hervorgerufenen Ring aller Völker, die die Verträge verteidigen wollten, leicht gemacht wurde. Mit neuen Hoffnungen für den Ostpakt kehrte Laval am 15. Mai nach Warschau zurück, um an der Beisetzung Pilsudskis in Krakau teilzunehmen. (Vgl. **Anlage 31.**)



Polen: Marschall Pilsudskis Leichenzug in den Straßen Warschau. Photo Scherl.

Zu dieser machtvollen und glänzenden Feierlichkeit, welche die Bedeutung des polnischen Staates nach außen hin bekundete, waren viele hohe und höchste Würdenträger, Staatsmänner und Generäle der Staaten Europas erschienen. **Das Reich war vertreten durch General Göring**, von seiten Frankreichs war außer Laval Marschall Pétain gekommen. Für politische Besprechungen war bei diesem Staatsakt keine Möglichkeit, und Laval war nicht in der Lage, seine Moskauer Ergebnisse nutzbringend auszuwerten. Aber er hatte bei dieser Gelegenheit am Vormittag des 18. Mai eine Begegnung mit General Göring, wo in privater Unterhaltung und mit großer Offenheit alle zwischen beiden Völkern zur Debatte stehenden Fragen erörtert wurden, ohne daß auf Einzelheiten eingegangen wurde. So nahm der zweite Warschauer Besuch eine von Laval nicht vorhergesehene Wendung; er wäre, wenn er die Begegnung mit General Göring vorausgesehen hätte, vielleicht bei seinem ersten Warschauer Aufenthalt vorsichtiger in seinen Äußerungen gewesen!

Als Laval wieder in Paris eintraf (20. Mai), fand er die französische Regierung in tiefer innerer Zerrüttung. Die Erfolglosigkeit seiner Osteuropareise wurde auch nicht durch die Erklärung aus der Welt geschafft, die er nach seiner Rückkehr abgab:

**Regierungskrise
in Frankreich**

"Meine Reise war ausgezeichnet. Die Aufnahme, die ich als Vertreter Frankreichs gefun-

den habe, war herzlich und **bisweilen** erhebend. Ich glaube sagen zu können, daß die internationale Lage sich auf Grund meiner Besprechungen gebessert hat."

Diesen Glauben in moll teilte allerdings nur Laval.

Eine geschickte Regie hatte dafür gesorgt, daß der polnische Mißerfolg Lavals verdeckt wurde **durch den am 16. Mai in Prag abgeschlossenen tschechoslowakisch-russischen Beistandspakt**, der von Außenminister Dr. Benesch und dem Sowjetgesandten Alexandrowski unterzeichnet wurde und das Gegenstück zu dem zwei Wochen vorher zustande gekommenen französisch-russischen Beistandspakt bildete. Gleichzeitig wurde in Moskau von der Sowjetregierung und einer tschechoslowakischen Abordnung die **Einrichtung eines regelmäßigen Luftverkehrs zwischen den Hauptstädten beider Länder** vereinbart. Wenige Tage vorher hatte die Tschechei Rußland einen **Kredit von 250 Millionen Kronen zum "Wareneinkauf"** in der Tschechoslowakei zur Verfügung gestellt. Das tschechoslowakisch-sowjetrussische Militärbündnis bedeutete **für den Bolschewismus einen neuen erfolgreichen Vorstoß nach Europa**. Seit Mitte März 1935 bereits weilte in Prag eine aus sowjetrussischen Generalstabsoffizieren bestehende Militärmission. Seit dieser Zeit etwa reiste zusammen mit tschechischen Offizieren eine sowjetrussische Kommission durch das Land, um die geeigneten Plätze für fünfzig neu anzulegende Militärflughäfen festzustellen! Aber auch die andere Seite kam zur Geltung: Die bolschewistische Agitation und Zersetzung der tschechoslowakischen Armee wurde mit Hochdruck vorwärtsgetrieben. Immer fester und zielbewußter verband sich der Geist der Weltrevolution mit den tschechischen Regimentern. Das Bündnis von Mitte Mai tat sein Übriges, den südlichen Nachbar des Reiches schlagkräftig zu machen, indem es ihm das bolschewistische Todgift tief einimpfte.



Tschechoslowakisches Militär.
Photo Scherl.



Tschechoslowakische
Panzerwagenabteilung. Photo Scherl.



2.

Die unsichtbaren Mächte der Revolution, die in den Logen und in den marxistischen Parteien wirkten und von hier aus als mitbestimmende Nebenregierung die Entschlüsse des Kabinetts leiteten, erblickten im Abschluß des französisch-sowjetrussischen Bündnisses den ersten Teil ihres im Frühjahr 1933 beschlossenen Programmes. (Vgl. **Anlage 1.**) Den französischen Marxisten wie den sowjetrussischen Machthabern kam es jetzt darauf an, daß das Bündnis auch innenpolitisch in Frankreich zuverlässig untermauert wurde. Der große Zusammenschluß aller, die der aktiven Revolution verschworen waren, mußte als das nächste Ziel erreicht werden. Das geschah nicht mehr mit Hilfe der Regierung, sondern gegen sie; die Umstände begünstigten die Entwicklung.

Bereits im April drängte der linke Flügel der Radikalsozialisten heftig zum Marxismus hin. Verzweifelt wehrte sich Minister Herriot gegen das "Mindestprogramm", das die *Front commun* den Radikalsozialisten aufzuzwingen versuchte: kollektive Tarifverträge, bezahlter Urlaub, Vierzigstundenwoche. Aber sein Gegenspieler in der Partei, der Geschichtspräsident Edouard Daladier aus

Orange, war erfolgreicher, er drängte die Radikalsozialisten an die Seite der Marxisten. Im Mai 1935 beunruhigte eine kurze aber scharfe Währungskrise das Volk. Es war wohl eine Folge des Russenpaktes, daß die internationale Börsenspekulation sich gegen den Franken wandte. In der Zeit vom 1. bis 17. Mai betrug der Goldabfluß aus Frankreich eine Milliarde, in der Woche vom 17. bis 24. Mai stieg er auf 3 Milliarden, und in den drei Tagen vom 25. bis 27. Mai kamen noch drei Milliarden dazu! Die englische Presse meldete, daß am 28. Mai eine panikartige Goldflucht von Frankreich nach England zu Wasser und zur Luft stattgefunden habe. Im Laufe des Tages seien fünf Tonnen Barrengold im Werte von 1¼ Million Pfund Sterling auf dem Luftwege nach England gebracht worden. Ein Postdampfer brachte Gold im Werte von ½ Million Pfund Sterling. Hunderte von Franzosen eilten nach England, um ihre Franken in Pfund Sterling umzutauschen. Diese Goldflucht war der Ausdruck einer panikartigen Furcht vor dem Bolschewismus.

Flandin mußte etwas unternehmen. Sicher ging es auf seine Anregung zurück, als Englands Finanzbehörden große Summen Franken aufkauften, um die französische Währung zu stützen. Aber es half nichts. Flandin, der bei der Regierungsübernahme im November 1934 geglaubt hatte, daß sein Kabinett der Mitte im Gegensatz zu der ausgesprochenen Rechtsregierung seines Vorgängers Doumergue sich ohne Ausnahmegesetze gegen die auseinanderstrebenden Meinungen der einzelnen Kammergruppen werde durchsetzen können, war genötigt, am 30. Mai ein Ermächtigungsgesetz dem Parlamente vorzulegen:

"Senat und Abgeordnetenversammlung übertragen der Regierung die Befugnis, bis zum 31. Dezember 1935 alle Maßnahmen mit Gesetzeskraft zu treffen, die geeignet sind, die Sanierung der öffentlichen Finanzen, die Wiederbelebung der Wirtschaftstätigkeit, die Verteidigung des öffentlichen Kredites und die Aufrechterhaltung der Währung zu verwirklichen. Diese vom Minister zu erlassenden Verordnungen werden den Kammern vor dem 31. Juli 1936 zur Ratifizierung unterbreitet werden."

Ein erbitterter Kampf um das Gesetz setzte ein. Minister Herriot erklärte, es handle sich darum, ob der Staat über die Spekulation oder die Spekulation über den Staat Sieger bleiben solle. Die rechtsgerichteten Freunde der Abwertung waren stärker als die Regierung. Der Schwerindustrielle Laurent führte aus, die Finanzlage habe am 13. Mai begonnen ernst zu werden, genau an dem Tage, da Laval in Moskau sich vor dem Grabe Lenins verneigt habe. Damit habe die rote Front in Frankreich neuen Auftrieb erhalten. Paul Reynaud sah die einzige Rettung des Landes in einer aus Mitgliedern aller Parteien bestehenden neuen Regierung des Landes. Seine Rede machte tiefen Eindruck. Unter ihrem Nachhall verweigerte die Kammer in der ersten Stunde des 31. Mai Flandin mit 353 gegen 202 Stimmen die nachgesuchten Vollmachten und führte so seinen Sturz herbei.

Staatspräsident Lebrun betraute den 61jährigen Kammerpräsidenten Fernand Bouisson mit der Regierungsbildung. Der Industrielle Bouisson war 1924 der Sozialistischen Partei beigetreten, 1927 als Marxist Präsident der Kammer geworden und 1933 wieder aus der Partei ausgeschieden. Er brachte ein "Kabinett der verbreiterten nationalen Union zu Verteidigung des Franken" zusammen, das alle Parteien mit Ausnahme der Internationalen Sozialisten (Leon Blum) und Kommunisten umfaßte. Laval, Maurin, Denain, der jüdische Postminister Mandel blieben in ihren Ämtern. Als ihre Aufgabe betrachtete die neue Regierung möglichst schnelle Beseitigung der Währungskrise und Herstellung des Gleichgewichts der öffentlichen Finanzen – die Staatsschulden waren 1930–1935 von 265 auf 340 Milliarden gestiegen! – unter möglicher Schonung des kleinen Mannes und der Beamtenschaft.

Am 4. Juni trat Bouisson vor die Kammer mit Regierungserklärung und Vollmachtenforderung, die er nicht bis zum 31. Dezember, sondern nur bis zum 31. Oktober ausgedehnt wissen wollte. 264 Neinstimmen gegen 262 Jastimmen stürzten ihn. Die Radikalsozialisten hatten ihr Wort gebrochen und Herriot die Gefolgschaft verweigert. Sie waren Daladier gefolgt, der sie an die Seite der marxistischen Opposition geführt hatte. Vergeblich versuchten 17 Abgeordnete hinterher ihr Nein in ein Ja zu verwandeln, um für Bouisson eine Mehrheit zu konstruieren. Das Parlament hatte gesprochen, Bouisson war gestürzt. Draußen aber, auf den Boulevards, im Quartier Latin, auf dem Opern-

platz, demonstrierten die Anhänger der royalistischen *Action française* sowie der *Jeunesse Patriote* und anderer faschistischer Verbände gegen den destruktiven Parlamentarismus. Die Polizei mußte alle Kräfte aufbieten, um ernstere Störungen zu vermeiden.

Nun sollte der 53jährige Korse Pietri, Kriegsminister seit Doumergue, der zur Mitte zählenden Gruppe Flandin angehörend, die Regierung bilden. Sein Ziel war die breite parlamentarische Union mit Einschluß der Partei Leon Blums. Natürlich waren die von ihm geforderten Vollmachten wesentlich begrenzter und geringer. Das paßte nun wieder den Rechtsparteien und der *Banque de France* nicht. So scheiterten Pietris Bemühungen in der Morgenfrühe des 6. Juni.

Das Volk wurde noch unruhiger. Die "Vereinigung der Steuerzahler"(!) kündigte große Versammlungen gegen Staatsbankrott und Bürgerkrieg an. Die Feuerkreuzler wetterten gegen die Abgeordneten, die sie Sklaven der kapitalistischen und marxistischen Internationale nannten, die nationale Vereinigung ehemaliger Frontkämpfer, die 3½ Millionen Mitglieder zählte, rief zur Tat gegen die schwachen Politiker auf. Die *Action Française* rief nach Rettung aus Korruption und Spekulation. Leon Blum sah eine "vorläufige Lösung" nur in der Bildung einer Regierung, "die sich auf eine entschlossene zusammenhaltende demokratische Mehrheit und die Arbeiterorganisationen sowie die demokratischen Kräfte des Landes stützt". Vielleicht hoffte Leon Blum, daß er schon jetzt zur Macht kam, denn die Radikalsozialisten begannen jetzt ernstlich die Verbindung mit den Marxisten zu suchen, Gefahr war im Verzuge.

Nachdem noch Herriot, Bouisson und der radikalsozialistische Fraktionsführer Delbos vergeblich eine Regierung zu bilden versucht hatten, gelang es endlich in den Morgenstunden des 7. Juni Laval, die 99. Regierung der dritten Republik auf die Beine zu stellen. Sein Erfolg beruhte wohl nicht zuletzt darauf, daß er der Mann war, der der Linken durch den Russenvertrag empfohlen war. Seine Regierung war eine ausgesprochene bürgerliche Linksregierung: von 20 Mitgliedern waren sechs bürgerliche Mitte, dagegen neun Radikalsozialisten und zwei Marxisten. Am 8. Juni stellte Laval sein Kabinett der Kammer vor:

"Die Vollmachten werden sich auf den Kampf für die Verteidigung des Franken und gegen die Spekulanten beschränken. Das Parlament wird weiterhin tagen. Die Regierung wird die Diskussion der Interpellationen annehmen, wenn sie sie auch nicht besonders begünstigen wird. Die Vollmachten werden bis zum 31. Oktober laufen. Ihre Ratifikation (d. h. ihre Anerkennung durch das Parlament) wird bis zum 31. Dezember erfolgen müssen."

Außerdem wurde Einschränkung und Abbau der öffentlichen Ausgaben vorgesehen. Laval bekam mit 326 gegen 160 Stimmen das Vertrauen. Gegen ihn waren die Marxisten. Der linke Flügel der Radikalsozialisten hatte sich der Stimme enthalten.

"Das Kap ist glücklich umschiff" meinte das *Oeuvre*. Rechts war man resigniert. Laval hänge von der Gnade der Radikalsozialisten ab. Der höllische Tanz des Parlaments müsse in den Abgrund führen, schrieb *Le Jour*, das Kabinett Laval lebe nur deshalb, weil die Radikalsozialisten in ihrem zerstörerischen Kampfe müde geworden seien; es wisse in seinem fensterlosen Bau nicht, was im Lande vorgehe; zwischen ihm und dem Lande gebe es keine Brücken mehr. Nun, vielleicht wußte Laval, der sich als Vorkämpfer der Demokratie und des Friedens fühlte, sehr genau, daß an ihn und seine diplomatischen Fähigkeiten, zwischen rechts und links hindurch zu lavieren, geradezu ungeheure Ansprüche gestellt werden würden.

Die revolutionäre Losung "Demokratie gegen Faschismus" zog immer größere Kreise des französischen Volkes in ihren Bann. Hatten schon die Wahlen vom 12. Mai den Kommunisten große Gewinne gebracht, so brachte auch der zweite Wahlgang zur Erneuerung des Generalrats des Seinedepartements am 2. Juni den Kommunisten 13, den übrigen Marxisten 6, den Bürgerlichen 4 Sitze, so daß der Generalrat des Paris umschließenden Departements nun insgesamt 67 Marxisten, davon 23 Kommunisten, 5 Radikalsozialisten und 68 Bürgerliche umfaßte. Da die Radikalsozialisten, wie sich bald zeigte, links stimmten, hatte die *Front commun* die Mehrheit. "Der Faschismus ist auf dem Rückzuge, es lebe

**Revolutionäre
Spannungen
in Frankreich**

der rote Gürtel!" frohlockte der *Populaire*. Offensichtlich blühte der rote Weizen. Von Moskau aus wurden die Kommunisten angewiesen, maßvoll und verständig zu sein, die Propaganda im Heere vorsichtig zu betreiben, um möglichst große Teile des französischen Volkes für die Linksfront zu gewinnen: Ziel müsse immer bleiben, eines Tages die Regierung zu übernehmen. In den schweren Tagen der Regierungskrise schüttelten Streiks gegen die Wirtschafts- und Steuerpolitik der Regierung die Hauptstadt. Die Marxisten aller Richtungen steigerten ihre Propaganda, die der Gehorsamsverweigerung im Heere diene. Auf dem 32. Parteitage der Marxisten am 9. Juni in Mülhausen entband der Generalsekretär Paul Faure die französischen Soldaten ihres Eides, wenn ihre Generäle von ihnen verlangen sollten, daß sie den Faschismus verteidigten! Am folgenden Tage beschloß, mit Wissen und Willen Moskaus, das Zentralkomiteé der französischen kommunistischen Partei die Fortsetzung der antimilitaristischen Propaganda im Heere. Die Armee sei bürgerlich und richte sich gegen die Interessen der Arbeiterklasse.

Immer heftiger und bedrohlicher wurden die Auseinandersetzungen mit den Faschisten. Kaum ein Tag verging, an dem nicht irgendwo Zusammenstöße sich ereigneten. In der Kammer selbst verbat sich jedoch Laval jegliche Auseinandersetzungen, da die Regierung für ihr schweres Werk Ruhe brauchte. Am letzten Tage der Kammersitzung, am 28. Juni noch, versuchte die Volksfront in der Kammer einen Vorstoß mit ihrer Forderung, die Rüstungsindustrie zu verstaatlichen. Um allen Auseinandersetzungen aus dem Wege zu gehen, zog Laval seine Vorlage über die Militärkredite in Höhe von 5,7 Milliarden zurück. Die *Front commun* hatte vom Ministerpräsidenten ein Verbot der faschistischen Aufzüge und Versammlungen gefordert. Laval erklärte: Die Demokratie könne nur durch Autorität verteidigt werden: die Regierung werde die freien Einrichtungen und den republikanischen Staat gegen jede Beeinträchtigung schützen und erinnere an den Grundsatz, daß keine Einzelperson und keine Teilgruppe von Bürgern sich die Souveränität anmaßen könne. – Das war eine Erklärung nicht nur gegen rechts, sondern auch gegen links! Darauf schickte Laval das Parlament für vier Monate nach Hause.

Das Mißtrauen gegen Laval veranlaßte die Radikalsozialistische Partei, sich eindeutig für die *Front commun* zu erklären; sie schloß sich dem antifaschistischen Aufruf der Marxisten vom 30. Juni an (vgl. **Anlage 32**). Herriot, der Vorsitzende der Radikalsozialisten, verwahrte sich allerdings hiergegen; seine Partei sei keine revolutionäre Partei, er drohte mit seinem Rücktritt. Da aber die übergroße Mehrheit für Anschluß an die *Front commun* stimmte, kündigte Herriot, einem Konflikt ausweichend, für den Herbst seinen Rücktritt vom Vorsitz an. Der Gegenspieler Herriots war Edouard Daladier, der südfranzösische Geschichtsprofessor, ein besonnener Mann, der einer ruhigen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus durchaus zugänglich war. Daladier, der Idealist, sah den Kampf zwischen den Roten und den Weißen heraufziehen, für den man sich beizeiten entscheiden müsse. Alle Republikaner müßten sich, ohne Rücksicht auf Parteigrenzen, zusammenschließen. Republik und Vaterland seien voneinander nicht zu trennen. In den ersten Julitagen entschied sich die Partei endgültig für Daladier, gegen Herriot.

Die unruhvollen Tage, angefüllt mit plötzlichen und heftigen Zusammenstößen zwischen Feuerkreuzlern und Marxisten gingen dahin, der große Nationalfeiertag, der 14. Juli, war da. Die umsichtige Regierung hatte dafür gesorgt, daß die feindlichen Brüder sich bei ihren Aufmärschen nicht zu Gesicht bekamen. Zwischen dem kleinen Häuflein Feuerkreuzlern und "Französische Solidarität", es waren wohl 55 000 Mann, und der mehr als zehnfachen Übermacht der Antifaschisten hielt die Regierung ihre offizielle Truppenparade ab, und so kam es, daß der gefürchtete Tag ruhig verlief. Offensichtlich aber hatte er die Schwäche der Feuerkreuzler enthüllt. In ihrer Organisation selbst war es zu Auseinandersetzungen gekommen. Ein Teil der Mitglieder forderte nämlich den sofortigen Kampf gegen den Parlamentarismus. Immerhin Oberst de la Rocque erklärte, seine Bewegung hätte sehr an Kraft gewonnen, die 320 000 Mitglieder von Anfang Juni hätten sich verdoppelt. Was aber hatte das zu bedeuten gegenüber der Tatsache, daß die Volksfront, die Marxisten aller Richtungen und das linksliberale Kleinbürgertum, einen geschlossenen Block bildete, daß hinter der versöhnten Trikolore und roten Fahne Leon Blum, Edouard Daladier, Pierre Cot, Eugen Frot und Cachin einträchtiglich marschierten in dem Siegesbewußtsein: "der Faschismus wird nicht mehr

heraufziehen!" Es war die Symbolik des Tages, daß diese Männer an der Bastillesäule eine Aufschrift anhefteten: 1789–1935.

Betrachtet man den Zustand Frankreichs an jenem 14. Juli 1935, so war nicht zu verkennen, daß die Kräfte der revolutionären Aktion eine ungeheure Steigerung erfahren hatten. So sollte es auch sein, das lag ganz im Sinne Rußlands, denn den Bolschewisten erschien die Aktivierung der Revolution im Geiste des Marxismus als die beste Gewähr für den zukünftigen Bestand und die Auswirkung des französisch-sowjetrussischen Bündnisses (vgl. **Anlage 32**). Jede Stärkung der französischen Volksfront entlastete das sowjetrussische Außenkommissariat von Arbeit und Sorgen.

3.

**Sudetenland
und Memelland**

Der Kampf gegen das Sudetendeutschum ist, solange es eine Tschechoslowakei gibt, keinen Augenblick zur Ruhe gekommen. Im Brennpunkte dieses Kampfes standen **die deutschen Schulen**, und das Prager Schulministerium bemühte sich unablässig, diesen deutschen Schulen Vernichtungsschläge zu versetzen, wo es konnte. Die Auflösung deutscher Schulen wurde mit Sparmaßnahmen begründet.

Im Herbst 1934 wurde ein **großer Schlag gegen die deutsche Universität in Prag** geführt. In Durchführung des Universitätsgesetzes von 1920 forderte das Prager Schulministerium am 22. November den Senat der deutschen Universität Prag auf, die aus dem 14. Jahrhundert stammenden Gründungsinsignien dem Rektor der tschechischen Universität auszuliefern. Da sich der deutsche Senat weigerte, diese Forderung, die das Sudetendeutschum aufs tiefste erregte, zu erfüllen, **stürmten tschechische Studenten, von ihren Professoren aufgewiegelt, am 24. November die deutsche Universität und verwüsteten einen Teil der Räume aufs schlimmste**, und nur der erbitterte Widerstand der deutschen Studenten verhinderte, daß das ganze Carolinum ein Trümmerhaufen wurde. Jedoch die tagelange Brutalität der Tschechen und die Haltung der Regierung zwang die Deutschen zu schmachvoller Demütigung: **Am 26. November übergaben sie die ehrwürdigen Insignien, fünfzehn goldene Ketten der akademischen Würdenträger, das alte goldene Szepter des Rektors, die vier Szepter der einzelnen Fakultäten und das alte Siegel von 1348 den Tschechen.**

Eine wilde Flamme der Empörung loderte **überall in Deutschland** empor. Die deutschen Hochschulen, Professoren und Studenten legten feierlichen Protest gegen diese Gewalttat ein, die eine Schmach für das ganze Deutschtum darstellte, in Wien nahmen die Demonstrationen umfassenden Charakter auch gegen die Regierung Schuschnigg an.

Eine endlose und lückenlose Kette weiterer Provokationen und Verfolgungen erfüllte die Wintermonate. Der **Wahlkampf, der den Maiwahlen vorausging, rief zahlreiche Überfälle und blutigen Terror hervor**. Insbesondere gegen Ende April, als **Konrad Henlein dazu übergang, die überwiegende Mehrheit aller Sudetendeutschen in einer großen, umfassenden "Heimatfront" zu einigen**, brach ein wilder Terror über die unglücklichen und wehrlosen Deutschen herein, die oft genug noch ohne jeden polizeilichen Schutz blieben. Und dennoch wurden die **Parlamentswahlen vom 19. Mai ein sieghaftes Bekenntnis zur deutschen Einheit**. Zwei Drittel der 1,8 Millionen deutscher Wähler, nämlich 1¼ Millionen, gaben Henleins **Sudetendeutscher Heimatfront** die Stimme, sie bekam 44 Mandate, während die deutschen Sozialdemokraten, Landwirte und Christlich-sozialen die Hälfte ihrer Mandate einbüßten. Die Sudetendeutsche katholische Volkspartei ging mit 22 Mandaten (3 mehr als 1929) aus der Wahl hervor. **Im Tschechenparlament war nächst den 45 tschechischen Agrariern Konrad Henleins "Sudetendeutsche Heimatfront" die stärkste Partei geworden**. Unzweifelhaft hatte das Bündnis der Tschechoslowakei mit Sowjetrußland, das von der überwältigenden Mehrheit aller Deutschen als eine Provokation Hitlers und des Reiches aufgefaßt wurde, als der Appell zu Einheit und innerer Festigung gewirkt. Wie der schützende Ring eines kampferprobten Feldheeres legte sich Konrad Henleins Sudetendeutsche Heimatfront draußen vor die Burg, die das Deutschland Hitlers war.



Nicht so glücklich in ihrem Kampf um Recht und Dasein waren die **Memel-deutschen**.

Memelland

Die Verfolgung des deutschen Volkes im Memelland durch die Litauer ist von mir im ersten Bande meines Werkes *Deutsche unter Fremdherrschaft* Seite 302–331 eingehend geschildert worden. Die **Reichserneuerung 1933** hatte ein Erstarken des deutschen Volksgedankens auch an der Memel zur ganz selbstverständlichen Folge. Dieser Umstand schien den Litauern um so gefährlicher, als die um die Jahreswende 1933/34 erfolgende Befriedung und Befreundung Deutschlands mit Polen, dem Erbfeind Litauens, im Memelland, wie man in Kowno meinte, den Gedanken eines Abfalls von Litauen herbeiführen und bekräftigen konnte.

Seit Anfang 1934 begann ein **wahrhaft barbarischer Vernichtungskampf Litauens gegen die Memelländer**. Anfang Februar setzte der Gouverneur Navakas einen **Schulreferenten** ein und betraute ihn mit der Aufsicht über das gesamte memelländische Schulwesen; der Schulreferent beanspruchte, ohne die statutenmäßige Genehmigung der autonomen Behörden nachsuchen zu müssen, die Schulen revidieren zu dürfen. Jedoch das Direktorium Schreiber verfügte, daß die Lehrer den Gästen den Zutritt nur mit Genehmigung der Landesbehörde (Direktorium) gestatten sollten. Gewissenhaft befolgten die Lehrer diese Verfügung, und einige von ihnen wurden deshalb sogar verhaftet.

Durch Spitzel verschaffte sich Navakas durchaus unzutreffende, sehr häufig gefälschte Unterlagen dafür, daß die Memelländer, vor allem die Beamten und Lehrer unter Duldung der autonomen Behörden den Nationalsozialismus verbreiteten und, was in keiner Weise auch nur im geringsten zutraf, den Staatsumsturz vorbereiteten. Seit Frühjahr 1934 forderten die halbamtliche Presse, der Rundfunk und Versammlungen die Entfernung des Memeler Landespräsidenten Dr. Schreiber. Nach dem Haager Urteil vom 11. August 1932 (*Deutsche unter Fremdherrschaft* I, 332) war die Absetzung des Landespräsidenten durch den Gouverneur aber nur möglich, wenn der Präsident die litauische Verfassung, die internationalen Verpflichtungen verletzt oder seine im Statut festgesetzte Zuständigkeit überschritten hatte; in diesen Fällen mußte der Gouverneur gemäß Artikel 17 des Statuts einen Monat nach Absetzung des Präsidenten den memelländischen Landtag zusammenrufen, damit er die Erklärung des neuen Direktoriums entgegennehmen und über die Vertrauensfrage abstimmen konnte.

Am Nachmittag des 28. Juni 1934 rief der litauische Gouverneur Navakas den Landespräsidenten Dr. Schreiber zu sich und teilte ihm mit, daß er angesichts der Vorgänge im Memelgebiet nicht länger von der litauischen Regierung im Amte geduldet werden könne; er habe, angeblich, staatsfeindliche Umtriebe im Memelgebiet geduldet und gefördert. Dr. Schreiber erwiderte, er sei sich nicht bewußt, daß er sich im Sinne der im Haager Urteil vorgesehenen Möglichkeiten vergangen habe, und daß er aus eigenem Entschluß nicht zurücktreten könne, sondern nach dem Memelstatut an den Auftrag des memelländischen Landtags gebunden sei. Darauf ordnete Navakas **die Amtsenthebung Dr. Schreibers an, weil er als Landespräsident die staatsfeindliche nationalsozialistische Bewegung, die das Ziel der Abtrennung des Memellandes von Litauen verfolge, unterstützt habe,** darin liege eine Gefahr für die litauische Souveränität über das Memelgebiet, und darum habe er sich entschlossen, den Landespräsidenten abzusetzen. Als dessen Nachfolger berief Navakas unverzüglich den Großlitauer Reizgys, der unter Hinzuziehung zwei weiterer Großlitauer, Zvilius und Jonuschaitis, als Landesdirektoren ein rein großlitauisches Landesdirektorium bildete.

Jetzt begann ein **Schreckensregiment sondergleichen**. Reizgys setzte Anfang Juli den Memeler Oberbürgermeister Dr. Brindlinger ab, weil er die litauische Sprache nicht beherrsche und daher auf Grund der Gesetze die frühere Bestätigung seiner Wahl ungültig sei. Der Großlitauer Simonaitis wurde Oberbürgermeister. Vier weitere Magistratsmitglieder – Schwede, Glogau, Bertuleit und Kurnies – wurden ihrer Ämter enthoben, weil sie "staatsfeindlichen Parteien" angehörten. **Mitte Juli erhielt der litauische Kriegskommandant in Memel von der Regierung in Kowno die unbeschränkte Vollmacht zur willkürlichen und radikalen Unterdrückung jeder öffentlichen Betä-**

tigung der nicht großlitauischen Bevölkerung; er erhielt das Recht, Parteien, Gesellschaften und Verbände wegen Staatsgefährlichkeit zu schließen. Sofort erklärte er die Neumann-, Saß- und Memelländische Landwirtschaftspartei auf Wunsch des Gouverneurs für geschlossen. Automatisch verloren zugleich alle die, die sechs Monate vor dem Verbot, also Mitte Januar, einer der verbotenen Organisationen angehört hatten, das aktive und passive Wahlrecht, das Recht der Mitgliedschaft des Landtages sowie in den Körperschaften der Selbstverwaltung und des öffentlichen Rechts, Landwirtschaftskammer, Handelskammer usw. Damit wurde ein wahrhaft vernichtender Schlag gegen das Memeldeutschum geführt; sein Zweck war, **den Litauern die restlose Eroberung des Beamtentums, der Verwaltung, der Organisationen, des Landtags bei kommenden Wahlen zu sichern.**

Beamtenabsetzungen, Terror, Verhaftungen, grausame Peinigungen der politischen Gefangenen vermischen sich von nun an zu einem schrecklichen Chaos. Bereits Mitte Juli waren zahlreiche Beamte, vor allem Lehrer und Forstbeamte, suspendiert, verhaftet und in eine Disziplinaruntersuchung verwickelt, weil sie "staatsfeindlichen Parteien" angehört hätten! Von 400 Memelländern, die in litauischen Diensten – Eisenbahn, Post, Zoll – standen, wurden 175 fristlos ohne Entschädigung entlassen, 135 zwecks weiterer Schikanen nach Großlitauen strafversetzt, und der Rest stand auf der Liste derer, die noch entlassen werden sollten; auch 50 städtische Beamte und Angestellte waren als Opfer ausersehen. **Es war der Plan von Reizgys und Simonaitis, auch die autonome Verwaltung völlig zu zertrümmern: der Verwaltungsapparat sollte vereinheitlicht, die Gemeindeverwaltungen und Landratsämter sollten aufgelöst, die Selbstverwaltung des Gebietes sollte dem Landesdirektorium übertragen werden.** Hierdurch allein sollten 700 Gemeindevorsteher ausgeschaltet werden; außerdem sollten alle Beamten, die nicht die litauische Sprache beherrschen, entlassen werden. Auch das Kreditwesen und die Schulen vor allem sollten umgestaltet, d. h. "gesäubert" werden. Über die Hälfte der memelländischen Beamtenschaft, weit über 800 Beamte, waren von der Entlassung bedroht.

Navakas hatte, wie es das Memelstatut verlangte, am 19. Juli **den Memellandtag auf den 27. Juli einberufen.** Daß dies Parlament, dem 24 Deutsche und 5 Litauer angehörten, Reizgys das Vertrauen aussprechen würde, war nicht anzunehmen. Navakas traf deshalb seine Vorbereitungen: Die stärkste Partei, die memelländische Landwirtschaftspartei, hatte er durch den Kriegskommandanten verbieten lassen; dann waren sechs Abgeordneten dieser Partei die Mandate entzogen worden; die übrigen versuchte man durch Drohungen und Versprechungen für ein Vertrauensvotum zu gewinnen. Als dies vergeblich war, wurden am 27. Juli eine halbe Stunde vor Beginn der Sitzung den 22 Abgeordneten, einschließlich der sechs Ersatzmänner für die bereits entrechteten Mitglieder der landwirtschaftsparteilichen Wahlliste, **die Mandate entzogen.** Der Vorsitzende der Landwirtschaftspartei, Gutsbesitzer Conrad, wurde seit frühen Morgenstunden von der litauischen Polizei gefangen gehalten, damit er sich nicht mit seinen Parteigenossen beraten konnte. Bei Eröffnung der Landtagssitzung waren nur 14 von 29 Abgeordneten anwesend. Außer einer Anzahl Deutscher fehlten die Litauer, die erklärt hatten, sie würden nie mehr den memelländischen Landtag betreten, solange noch Abgeordnete darin seien, die "staatsfeindlichen Parteien" angehört hätten. Da für die Beschlußfähigkeit des Parlaments 20 Abgeordnete nötig waren, schloß Landtagspräsident Waschkies die Sitzung, bevor Reizgys seine Erklärung abgeben konnte. Wenige Wochen später, am 6. September 1934, wurde der Landtag zum zweiten Male durch litauische Sabotage beschlußunfähig gemacht. Am 11. Oktober schloß Navakas auf Grund des Artikels 12 des Memelstatuts die Session des Memelländischen Landtages.

Wochen um Wochen lastete der Druck des litauischen Terrors auf dem Memelland. Entgegen den Bestimmungen des Memelstatuts wurde **der litauischen Sprache in Öffentlichkeit und Schule der Vorrang eingeräumt.** Das war eine schwere Gewalttat, da nach dem Willen der Eltern in mehr als neun Zehntel aller Memelschulen die deutsche Sprache Unterrichtssprache war. Reizgys vermochte auch nicht, an dieser Tatsache etwas zu ändern, denn trotz allem Terror ergab die im Oktober veranstaltete Umfrage bei den Eltern, daß an dem bestehenden Zustande sich nichts geändert hatte: Deutsch bleibt die Sprache von mehr als 200 Schulen, während nur 20 Schulen die litauische

Unterrichtssprache hatten. **Die "Sprachreform" war offensichtlich gescheitert.** Dagegen wurden Anfang November 1934 die drei memelländischen Banken, die Landwirtschaftsbank, der Kreditverband memelländischer Grundbesitzer und die Raiffeisenbank unter Staatsaufsicht gestellt, die durch zwei litauische Kreditinspektoren ausgeübt wurde. –

Bereits Anfang Juli 1934 hatte das **Reich bei den Signatarmächten des Memelstatuts Beschwerde erhoben über die Verletzungen des Statutes und insbesondere über die Entlassung Dr. Schreibers.** Eden erklärte dazu im englischen Unterhaus am 20. Juli 1934, die Signatarmächte hätten sich bereits in Verbindung untereinander gesetzt, das Reich aber habe die einzige Möglichkeit, **als Mitglied des Völkerbundsrates** seine Beschwerde bei dieser Körperschaft anzubringen. England lehnte damals nicht nur eine direkte Verhandlung mit Deutschland über diese Dinge ab, sondern versuchte sogar, die traurigen Vorgänge in Memel gegen Deutschland auszuspielen, indem es das Reich zwingen wollte, die wertvolle Hilfe des Völkerbundes anzurufen. Im September legte dann Schulrat Meyer, der Vizepräsident des memelländischen Landtages, gelegentlich der Völkerbundstagung in Genf den Signatarmächten eine ausführliche Beschwerdeschrift vor, der man in geschickter Weise Erfolg verlieh, indem **die Signatarmächte Ende September in Kowno Verwahrung gegen die Vertragsverletzung einlegten und die Wiederherstellung der gesetzmäßigen Zustände verlangten.** Die anschließende Prüfung der Verhältnisse fiel ungünstig für Litauen aus, der juristische Ausschuß der Signatarmächte stellte ausdrücklich trotz des ungebärdigen und aufsässigen Verhaltens von Litauen den Bruch des Memelstatuts fest.

Der Konflikt Litauens mit den Signatarmächten wurde durch eine Geste Litauens nach außen hin beigelegt. **Das Direktorium Reizgys trat am 1. Dezember 1934 zurück.** Man gab als Grund wachsende wirtschaftliche Schwierigkeiten an, immerhin hatte man doch in Kowno vorher mit einer Lebensdauer des Direktoriums bis wenigstens in den Januar 1935 gerechnet. Dieser sogar für die litauische Regierung überraschend schnelle Rücktritt muß als Folge der Untersuchung durch den Völkerbund angesehen werden. Man mußte sich in Kowno wohl oder übel entschließen, durch eine Geste die von den Signatarmächten festgestellten Statutsverletzungen zu sühnen. Den letzten Anstoß zu seinem Rücktritt gab seine allem Rechte hohnsprechende Verfügung von Ende November, wonach für 222 Schulen die litauische und nur für 6 Schulen die deutsche Unterrichtssprache zugelassen wurde! Angesichts des letzten Erhebungsergebnisses konnte der Gouverneur Novakas diesen Schritt den Signatarmächten gegenüber keineswegs verantworten, er ließ Reizgys fallen, weil eine Beschönigung dieses einwandfreien Bruches des Memelstatuts schlechterdings unmöglich war.

Aber die Memelländer kamen vom Regen in die Traufe. **Ein noch barbarischerer Litauer, Jürgis Bruvelaitis, Vorsitzender der litauischen Landtagsfraktion und Führer der litauischen Schützen- und Jugendverbände im Memelland, wurde Reizgys' Nachfolger.** Dieser Deutschenhasser berief als Landesdirektoren zwei Mitglieder der – verbotenen! – memelländischen Landwirtschaftspartei: Buttgeriet und Grigat, sowie den Gouvernementsrat Dr. Anisas. Dieses sonderbare Direktorium, in dem die beiden Gegensätze Litauen und Memelland in ihren schroffsten Vertretern vereinigt waren, war eine aus den Forderungen der Signatarmächte hervorgegangene Demonstration, der irgend ein praktischer Wert nicht innewohnte, denn Bruvelaitis führte sich sogleich mit der gewalttätigen Bestimmung ein, daß sämtliche deutsche Personennamen, Vor- und Zunamen, litauisiert werden mußten. Am 13. Dezember erlebte das Memelland **die gleiche Parlamentskomödie wie schon zweimal:** Von 25 geladenen Abgeordneten waren 16 erschienen. Schriftführer Riechert von der Volkspartei verlas im Namen von 13 Abgeordneten eine sehr scharfe Erklärung, worin er sich gegen die Maßnahmen der Zentralregierung und des Gouverneurs verwahrte, dann aber mußte der Landtag auseinandergehen, ohne das Mißtrauensvotum gegen Bruvelaitis angenommen zu haben; er war beschlußunfähig, weil Gouverneur und Direktoriumspräsident den Mitgliedern der litauischen Landtagspartei das Erscheinen zur Sitzung untersagt hatten.

Den Höhepunkt des litauischen Vernichtungswillens bildete der **Prozeß gegen 126 angeklagte Memelländer, der am 14. Dezember 1934 vor dem Kriegsgericht in Kowno begann und am 3. April 1935 endete.** Dieser Prozeß, der in Kowno in litauischer Sprache geführt wurde und wäh-

rend seiner Dauer das deutsche Volk aufs tiefste aufwühlte, erklärte Volkstumswillen und Vaterlandsliebe der Memelländer zum Verbrechen. Es waren 32 Angehörige der ehemaligen Saß-Gruppe – Pfarrer von Saß war Führer der christlich-sozialen Arbeitsgemeinschaft – und 91 Angehörige der ehemaligen Neumann-Gruppe angeklagt – Dr. Neumann war Führer der sozialistischen Volksgemeinschaft – sich staatsfeindlich betätigt und Hochverrat getrieben zu haben. Die Beweise der Litauer gründeten sich auf die Aussagen eines gewissen Mollinus, eines litauischen Spitzels, der sich in die Neumann-Gruppe eingeschmuggelt hatte und deren Geschäftsführer geworden war. Ein anderer Spitzel war Kuhbutat, der in Beziehungen zur litauischen Geheimpolizei stand. Beide fungierten als "Angeklagte" und "Zeugen".

Die Anklage behauptete, daß die Memelländer das Gebiet von Litauen abtrennen und an Deutschland angliedern wollten, zu diesem Zwecke sei ein bewaffneter Aufstand vorbereitet worden. Pfarrer von Saß erklärte diese Behauptung für eine Lüge. Er sei überzeugter Nationalsozialist, aber er habe im vollen Einverständnis mit Rudolf Heß niemals an eine Einmischung ausländischer Stellen gedacht; er habe nie eine Verbindung mit deutschen amtlichen Stellen oder der Reichsleitung der NSDAP. gehabt. Nicht ein einziges Mal sei davon die Rede gewesen, daß man das Memelland von Litauen trennen wollte. Die andern Angeklagten bestritten, daß in den "Stammeskreisen" (S. K.), vor Gericht vom Staatsanwalt "Sturmkolonnen" genannt, die Jugend zum Zwecke "militärischer Vorbereitung" zusammengeführt worden sei. Derselbe Vorwurf wurde von den andern Jugendorganisationen, vor allem auch vom Wandervogel, abgewehrt. Aus der Tötung eines Gerichtswachtmeisters Jesuttis schloß das Gericht auf Bestehen einer Feme; auch dafür fehlten die Beweise. Auch die Aussagen des Zeugen Wilson, in dessen Wohnung die Einigungsverhandlungen zwischen Saß und Neumann stattgefunden hatten, brachten keine Belastung.

Je länger der Prozeß dauerte, je mehr Zeugen vernommen wurden, um so offensichtlicher brach die Anklage in sich zusammen. Am 23. Januar erklärte der ehemalige Oberbürgermeister Brindlinger von Memel vor Gericht:

"Ich habe die Überzeugung, daß keiner von diesen Herren (Neumann, Saß usw.) mit dem Gedanken auch nur gespielt haben kann, im Memelgebiet einen bewaffneten Aufstand zu entfachen. Die Männer um Neumann und Saß haben immer wieder betont, daß man die Hoffnung nicht aufgeben dürfe, zu einem guten Einvernehmen mit dem Zentralstaat zu kommen. Ich habe ihnen darauf erklärt, sie seien große Optimisten, denn solange eine gewisse Clique im Memelgebiet existiere, werde es nicht gelingen, bessere Beziehungen herbeizuführen."

Unter dieser Clique verstand Brindlinger gewisse Memelländer, die aus eigennützigen Ideen heraus handelten und kein Interesse an einer Befriedung hatten. Das Gericht verzichtete auf Nennung von Namen. **Am 30. Januar erklärte ein Offizier der litauischen Grenzpolizei, der seit Jahren im Memelgebiet tätig war, daß über Abhaltung militärischer Übungen der Parteien direkt nichts festgestellt werden konnte; die Nachforschungen, an denen auch er teilgenommen habe, hätten sich lediglich auf Vermutungen und Gerüchte gestützt; auch von der Abhaltung geheimer Versammlungen seitens der Anhänger der Neumann-Partei sei nichts zu merken gewesen.**

Aber eines wurde im Laufe des Prozesses deutlich: Manche Angeklagte, die während der Voruntersuchung ein Schuldgeständnis abgelegt hatten, widerriefen vor Gericht. Dabei wurde einwandfrei festgestellt, daß **die Geständnisse vor dem Untersuchungsrichter durch schwere Mißhandlungen, durch Androhung mit Erschießen und Standgericht abgepreßt worden waren!** Nicht nur die Polizei, sondern auch Dolmetscher und Untersuchungsrichter hatten sich an den Mißhandlungen beteiligt! Teilweise sind den Angeklagten die Aussagen, die sie vor dem Untersuchungsrichter machen sollten, von der Polizei erst eingepreßelt worden. – Der Prozeß war eine Kulturschande des 20. Jahrhunderts.

Während dies in Kowno sich abspielte, **wurde in Memel kräftig weiter schikaniert.** Zum vierten Male war der Landtag zum 29. Dezember einberufen worden, jedoch ein Polizeiaufgebot verhinderte die Sitzung, indem es den Abgeordneten das Betreten des Sitzungssaales verwehrte. Als dann die Sitzung auf den 4. Januar 1935 verschoben wurde, schrieb der Gouverneur, ohne dazu berechtigt zu

sein, die Tagesordnung vor, und auch an diesem Tage wußte der Gouverneur durch polizeilichen Eingriff das Mißtrauensvotum gegen Bruvelaitis zu verhindern. Auch bei seiner sechsten Sitzung am 28. Januar war der Landtag beschlußunfähig. Der frühere Direktoriumspräsident Dr. Schreiber und fünf Schulleiter wurden unter Polizeiaufsicht gestellt, weil sie sich gegen das Staatsschutzgesetz vergangen hätten. Dabei wurden die oben angeführten Vorgänge aus dem Frühjahr 1934 als Grund angeführt.

Am 2. März waren die Zeugenvernehmungen in Kowno beendet. Von den 426 Zeugen sollten 260 als Belastungszeugen auftreten; jedoch der größte Teil von ihnen hatte seine früheren Aussagen widerrufen. Das Ergebnis war kümmerlich und die Verteidiger beantragten Freisprechung. Dennoch setzte **Litauen die Welt in Schrecken durch die schweren Strafen, die gegen die Memelländer beantragt wurden. Fünf Todesstrafen wurden gefordert für diejenigen, die angeblich an der völlig ungeklärten Tötung von Jesuttis beteiligt gewesen waren, dutzende anderer Angeklagter wurden vom Staatsanwalt schwerer, zum Teil lebenslänglicher Zuchthausstrafen für wert befunden. Die Urteilsverkündung am 26. März entsprach ungefähr den Anträgen: Vier Todesurteile wegen Fememord, 24 schwere Zuchthausstrafen und Vermögenseinziehungen, dazu noch eine große Zahl von Zuchthausstrafen.** Nur ganz wenige, die irrtümlich oder durch Namensverwechslung in die Angelegenheit hineingeraten waren, wurden freigesprochen. Die juristische Begründung des Urteils lautete, daß die Hauptbeschuldigten im Memelgebiet geheimen, von Deutschland aus geleiteten nationalsozialistischen Organisationen angehört hätten, deren Ziel darin bestanden habe, das Memelgebiet durch einen bewaffneten Aufstand von Litauen loszureißen und mit Deutschland zu vereinigen. Außerdem hätten Verbindungen mit der SS. und der SA., also mit Gliederungen der NSDAP., bestanden.

Zu Beginn des Jahres hatte **Außenminister Lozoraitis auf dem Allitauischen Kongreß der Regierungspartei** eine Rede gehalten, worin er meinte, die Beziehungen Litauens zu Deutschland seien in ein Stadium getreten, das "Litauen niemals wünschte". Die "normale Durchführung des Memelstatuts" werde gestört. Litauen sei weit davon entfernt, mit dem Deutschtum zu kämpfen, es lasse aber nicht zu, daß die Mehrheit der Einwohner, die Litauer seien, wegen ihres Litauertums terrorisiert würden, und es lasse nicht zu, daß sie entlitauisiert würden und die Autonomie verletzt werde.

Diese phantastische Unwahrheit, die Lozoraitis der Welt vorsetzte, bildete **die politische Begründung des Urteils von Kowno.** Es war keine Begründung, sondern eine Verwirrung. Die Welt wußte das, und darum war sie entsetzt. Ganz Deutschland brauste auf vor Zorn und Empörung über diese blutige Gewaltjustiz. Ein heiliger Grimm, daß man die Unschuldigen wehrlos dem Schicksal der Märtyrer preisgeben mußte, loderte über allen deutschen Gauen. Der Chor der Millionen rief nach Gerechtigkeit und forderte den Schutz der Signatarmächte. In **Kowno** aber fanden **am letzten Märztag bedenkliche deutschfeindliche Kundgebungen** statt, mit dem Gummiknüppel in der Faust mußte die Polizei den Ansturm der Rasenden von den deutschen Gebäuden abwehren. Im Memelgebiet traf die litauische Regierung Vorkehrungen, weil sie Unruhen der Memelländer fürchtete: Die Polizeistunde wurde verkürzt, Landes- und Grenzpolizei wurden alarmiert.

Die Signatarmächte des Memelstatuts hatten in der zweiten Märzhälfte die Regierung in Kowno davon verständigt, daß der rechtlose Zustand im Memelgebiet mit dem Grundsatz der Autonomie unvereinbar sei und daß der Zustand des Gesetzes schleunigst wieder hergestellt werden müsse. Daraufhin wurde Anfang April der Gouverneur Nawakas durch Kurkauska ersetzt. Auch wurden Anstalten getroffen, das Direktorium zu erneuern; daß es sich nicht um einen grundsätzlichen Systemwechsel handelte, sollte sich bald zeigen. Der Landtag, der am 16. April zusammentrat, blieb nach wie vor nicht beschlußfähig durch die Sabotage der litauischen Abgeordneten. Bruvelaitis erließ, im Hinblick auf notwendig werdende Neuwahlen, **Bestimmungen über Einbürgerung, wonach etwa 8–9000 mündige Großlitauer auf Grund leichter Voraussetzungen das memelländische Bürgerrecht erwerben sollten.** Es war geradezu ein Problem, wie es dieser kleine Staat wagen durfte, die großen Mächte Europas durch schwere Rechtsbrüche Tag für Tag zu verhöhnen.

Nachdem **der Führer in seiner Unterredung mit Sir John Simon Ende März** eindringlich darauf hingewiesen hatte, daß zur Befriedung Europas es unbedingt nötig sei, den litauischen Gewalttaten Einhalt zu gebieten, beschlossen die drei Mächte in Stresa, ernstere Töne in Kowno zu reden. Gewiß sei die litauische Regierung bei der Bildung des Direktoriums zweifelsohne auf Schwierigkeiten gestoßen; auch sei nicht zu leugnen, daß der Geist einsichtsvoller Loyalität die Voraussetzung für ein reibungsloses Funktionieren des Memelstatutes sei; aber die gegenwärtige Lage in Memel sei unvereinbar mit den Bedingungen des Memelstatuts, in dem als Grundlage eines Regierungssystems das Bestehen und regelmäßige Funktionieren des Landtages und eines das Vertrauen des Landtages besitzenden Direktoriums vorgesehen sei. **Mit Hinweis auf diese Tatsachen forderten England, Italien und Frankreich die litauische Regierung am 19. April auf, diese Lage "prompt" zu beenden und die Einsetzung eines solchen Direktoriums auf einer baldigen Sitzung des Landtages sicherzustellen.** Es wurde weiter angekündigt, daß sich die Signatarmächte bei Nichtbeachtung ihres Schrittes veranlaßt sehen würden, die Angelegenheit auf Grund Artikels 17 des Memelabkommens durch den Völkerbundsrat entscheiden zu lassen.

Die Entscheidung durch den Völkerbund wäre mit der **Einsetzung eines Völkerbundskommissars** getroffen worden. Tatsächlich erörterte man in England diese Idee. Am 29. April fragte der Abgeordnete Oberstleutnant Moore im Unterhaus Sir John Simon, ob es nicht besser sei, einen Völkerbundskommissar einzusetzen; Simon antwortete klug: "Es ist meiner Ansicht nach besser, die Antwort der litauischen Regierung abzuwarten." Die englische Presse erörterte die Memelfrage sehr eingehend und sah die Lösung darin, daß die Memelregierung im Verhältnis ihrer Zusammensetzung mehr dem überwiegend aus Deutschen bestehenden Landtag entspreche.

Die Regierung in Kowno hatte trotz alledem in einer Kabinettsitzung beschlossen, eine Kursänderung im Memelgebiet nicht eintreten zu lassen, sondern sich lediglich mit einer Zurschaustellung des "guten Willens" zu begnügen. Am 1. Mai forderte Bruvelaitis den Alterspräsidenten des Memellandtages, Hilpert, schriftlich auf, mit den Mehrheitsparteien eine Erweiterung bzw. Umbildung des Direktoriums in der Weise zu beraten, daß die Mehrheitsparteien im Direktorium drei von fünf Sitzen erhalten sollten. Hilpert durchschaute das unwürdige Manöver und lehnte seine Beteiligung ab. Am 2. Mai antwortete die Regierung in Kowno den Signatarmächten, daß sie **alle Einwände als nicht im Einklang mit der tatsächlichen Lage im Memelgebiet stehend zurückweise**, worüber die Engländer sehr ungehalten waren: sie drohten sehr entschieden mit einer Klage vor dem Völkerbund. Wie gewissenlos die Litauer waren, bewies Bruvelaitis einige Tage später, als er im Zuge seiner bisherigen Politik den flagranten Rechtsbruch beging und das deutsche Lehrerseminar in Memel an die Regierung in Kowno verkaufte, damit diese darin eine litauische Lehrerakademie einrichten könnte.

Am 4. Mai war die Legislaturperiode des Landtags abgelaufen. Die Memelländer befürchteten, daß der Gouverneur die Neuwahlen möglichst weit hinausschieben würde. Er tat es denn auch und **setzte sie am 9. Mai für den 29. September an.** Die Landtagsparteien von Memelland, Landwirtschaftspartei, Memelländische Volkspartei, Sozialdemokratische Partei und Arbeiterpartei beschlossen bereits vier Tage später, beim Wahlkampf in **geschlossener Front und mit einer einzigen Liste** aufzutreten. Jedoch waren sich die Memelländer darüber klar, daß ihnen Zehntausende von Stimmen verlorengehen würden, da ja den ehemaligen Mitgliedern der "staatsfeindlichen" Parteien das aktive und passive Wahlrecht entzogen worden war, während Tausende von Litauern widerrechtlich eingebürgert wurden. Als am 17. Mai das Obertribunal die Kassationsklage der im März Verurteilten verworfen hatte – leidenschaftliche Protestkundgebungen in Königsberg und Tilsit waren die Folge – glaubte Staatspräsident Smetana der Außenwelt wieder eine Geste schuldig zu sein: **Obwohl die zum Tode Verurteilten im Bewußtsein ihrer Unschuld es abgelehnt hatten, den Gnadenweg in Anspruch zu nehmen, "begnadigte" er selbst sie aus eigener Initiative zu lebenslänglichem Zuchthaus!**

Es unterliegt keinem Zweifel, **daß der außerordentlich schwere Memelkonflikt zwischen Litauen und das Reich eine schier unüberbrückbare Kluft legte.** Damit trat Litauen in der großen Auseinandersetzung um den Ostpakt automatisch **auf die Seite Sowjetrußlands.** Bereits im Januar

1935 ließ Litauen starke militärische Bewegungen erkennen. Aktive Truppen wurden an die Memelgrenze verlegt, die Reservejahrgänge 1907 und 1908 wurden zu dreimonatigen Übungen eingezogen. Das Memelland war überfüllt von litauischem Militär. Daß bei diesen Vorgängen eine gewisse **Verbindung zwischen Kowno und Moskau** bestand, kann mit Sicherheit angenommen werden. **Andererseits war die obstinate Haltung Litauens gegenüber den Signatarmächten nur aus dem Rückhalt zu erklären, den dieser Randstaat an Frankreich hatte. Frankreich war in Kowno der geheime Gegenspieler nicht nur Deutschlands, sondern auch Großbritanniens!** Litauen war den Franzosen ein Werkzeug der Ostpolitik. Konnte doch **Anfang April ein Teil der englischen Presse melden, daß Litauen "im Vertrauen auf die Unterstützung Frankreichs und Rußlands" den Plan habe, den Völkerbund zu ersuchen, das Memelstatut durch eine unbedingte Anerkennung der Souveränität Litauens über Memelland zu ersetzen; dadurch würde die Memelangelegenheit eine innerpolitische Angelegenheit Litauens und keine fremde Einmischung wäre mehr möglich.** In der Tat weilte Mitte April der litauische Gesandte aus Paris in Genf, um ganz vorsichtig die Stimmung zu sondieren.

Merkwürdig, wie **das friedliebende Frankreich** sofort hinter den Kulissen auftaucht, wenn es irgendwo einen Staat findet, der im Gegensatz zum Reiche steht! Und so ist es auch kein Wunder, daß **ausgerechnet zur Zeit der Lavalreise eine Belebung der litauisch-russischen Beziehungen unleugbar ist.** Das litauische Innenministerium interessierte sich Anfang Mai plötzlich für geeignete Bodenflächen, auf denen **Flugplätze** angelegt werden könnten. Man sollte bald erfahren, warum und wieso. Seit Anfang Mai nämlich weilte eine **sowjetrussische Fliegerabordnung** – vier Fliegeroffiziere der Roten Luftflotte – in Litauen, um **Zwischenlandeplätze für die Rote Luftflotte** zu erkunden. Ein litauischer Fliegeroffizier in Zivil begleitete sie bei ihren Erkundungen. Sie besichtigten die Flughäfen Kowno, Schaulen und Memel, neue Anlagen wurden für Poniewitsch und Rakischki geplant. Das Innenministerium unterstützte die Kommission. Die Parallelität dieser Vorgänge mit denen in der Tschechoslowakei ist unverkennbar; so war auch Litauen ein Glied in der Kette jener Staaten, die sich der Friedensidee Frankreichs anschlossen, bzw. unterordneten.



4.

Für Mussolini wurde Stresa der Ausgangspunkt einer kühneren Politik an der Donau wie in Ostafrika.

**Strömungen
in Österreich**

Infolge des Marseiller Königsmordes wurden die **Legitimisten in Österreich** mit schweren Vorwürfen überhäuft, aber der Gedanke der habsburgischen Restauration erlitt dadurch keinen Schaden.

Da jedoch dem Legitimismus die Kraft fehlte, sich durchzusetzen, trieb er auf den hochgehenden Wogen der internationalen Politik wie das steuerlose Wrack eines gestrandeten Schiffes. Der italienische Regierungschef lehnte die Habsburger Bewegung ursprünglich deswegen ab, weil er von ihr eine Gefahr für Südtirol befürchtete. Nach dem Juli 1934 änderte Mussolini seinen Standpunkt: er sah in der Restauration der Habsburger ein Bollwerk gegen den Anschluß Österreichs an Deutschland. Die Nachfolgestaaten der Donaumonarchie aber lehnten jede habsburgische Restauration ab, da diese den Zerfall ihrer Länder nach sich ziehen würde. Nach den Stürmen des Königsmordes im Oktober 1934 beeilten sich die Legitimisten, zu erklären, daß sie nicht revisionistisch seien, alles, was sie erstrebten, sei eine förderative Gestaltung des Donauraumes. Ein solches Ziel aber wurde nun wieder in Rom mißbilligt; Mussolini befürchtete, daß, wenn es erreicht würde, der italische Einfluß im Donauroum bald durch italienfeindliche Einflüsse verdrängt werden würde. Auf einer italisch-österreichischen Verhandlung Mitte Juni 1935 in Wien über die Rückkehr der Habsburger wurde daher von italischer Seite erklärt, daß eine Restauration augenblicklich mehr Nachteile als Vorteile habe: sie biete zwar eine Sicherheit gegenüber einem Anschluß an Deutschland, würde aber, da sie die Bildung eines großen Staatenbundes im Donau- und Balkanraum anstrebe, ein Überwiegen der italienfeindlichen Kräfte in diesem Staatenbunde begünstigen.

Die zweite politische Kraft des neuen Österreich war der **Austromarxismus**. Er drohte und rumorte und gab keine Ruhe. Er provozierte die Polizei, griff die Beamten an, führte zu Zusammenstößen, wie im November 1934 derartige blutige "Kundgebungen" in Wien und Umgebung stattfanden. Der 12. Februar 1935, der Jahrestag der Revolte von 1934, war wieder ein sehr unruhiger Tag; überall rührten sich die Marxisten, es kam verschiedentlich zum Handgemein mit der Polizei, die Zusammenrottungen zerstreuen oder kommunistische Fahnen Träger verhaften wollte. Der nächtliche Himmel wurde festlich beleuchtet durch Feuerwerk, das die Gestalt von Sowjetsternen hatte.

Der Nationalsozialismus hatte vor allem die Jugend Österreichs erfaßt. Die Partei als solche bestand nicht mehr, aber der völkische Geist beseelte das junge Geschlecht, dazu der Wille, das Land aus seiner unglücklichen Lage befreit zu sehen. Obwohl die Nationalsozialisten sich aller ungesetzlichen Handlungen enthielten, sondern nur das gleiche Recht der Freiheit mit den andern Staatsbürgern forderten, dauerten die seit Ende Juli 1934 verschärften Verfolgungen unvermindert an. Wer nur irgendwie der Regierung nationalsozialistisch verdächtig war, wurde vor Gericht gestellt und eingekerkert. Ende Mai 1935 wurde die Zahl der politischen Häftlinge auf 10 000 geschätzt (V. B. 12. Juni 1935). Beamtentum und Heer blieben unnachsichtlich jedem verschlossen, der irgendwie durch Sympathie für die NSDAP. die Aufmerksamkeit der Behörden erregte.

Die vierte politische Richtung stellt der **Faschismus** der Heimwehren dar. Deren Führer, Fürst Starhemberg, erblickte den Höhepunkt der deutschen Geschichte in der mittelalterlichen Verbindung zwischen Wien und Rom, sie wieder herzustellen, war sein Ziel. Erinnerungen an die Zeit der **Türkenkriege**, in denen **sein Vorfahr** eine so große Rolle spielte, sprachen hier mit. Er betrachtete es als seine Aufgabe, die inneren Zustände Österreichs denen Italiens anzugleichen. So wurde er in Österreich der entschlossene Parteigänger Mussolinis. Die Bedeutung dieser Tatsache lag darin, daß einst der christlich-soziale Bundeskanzler Dollfuß selbst in seinem politischen Testamente Starhemberg zum lebenslänglichen Leiter der vereinigten Wehrorganisationen eingesetzt hatte.

Das Regiment Österreichs setzte sich nun aus zwei einander durchaus wesensfremden Bestandteilen zusammen. Die eine Richtung verkörperte **Starhemberg, der Führer der faschistischen Heimwehren**, der Satrap Mussolinis, die andere Richtung stellte **Schuschnigg, der Christlich-Soziale, der "Österreicher"**, dar. Beide waren einander entgegengesetzt wie Feuer und Wasser, **aber gemeinsam war ihnen die Gegnerschaft gegen den Marxismus** – im April 1935 wurden am Schlusse eines langen Prozesses die marxistischen Rädelsführer der Schutzbundrevolte vom Februar 1934 zu schweren Kerkerstrafen verurteilt – und gegen den Nationalsozialismus.

Seit Ende Juli 1934 war eine weit über das römische Protokoll vom Frühjahr 1934 hinausgehende Verengung der Beziehungen Österreichs zu Italien eingetreten. Der unsichtbare Leiter der österreichischen Außenpolitik war Starhemberg, der Vizekanzler, und der holte sich seine Weisungen in Rom. Schuschnigg, der Bundeskanzler, der es mit Paris hielt, wo man die These von der Unabhängigkeit Österreichs am reinsten vertrat, kam gegen diese Strömung zunächst nicht recht auf. Erst im Dezember 1934 wurde in Paris in einer Zusammenarbeit zwischen Laval und den Vertrauensleuten Schuschniggs der auf das Donauprobem bezügliche Teil des **Römischen Protokolls** geschaffen. So kam es, daß **die französisch-italische Einigung vom Januar 1935 das Band zwischen Wien und Rom lockerte**. Die österreichische Regierung wurde in aller Form von Frankreich und Italien von der beschlossenen "Nichteinmischung" unterrichtet. Daß dieses Protokoll eine **Fessel für Italien war, ergab sich aus der plötzlich veränderten Stellung, die Benesch zur Frage der Rückkehr der Habsburger nach Österreich einnahm**. Vor der französisch-italischen Einigung forderte Benesch, daß Laval und Mussolini die Rückkehr der Habsburger ausdrücklich auf jeden Fall als ein internationales und nicht innerstaatliches Problem erklären sollten, weil Benesch und mit ihm die gesamte Kleine Entente befürchteten, daß ein von Rom aus unterstützter Habsburger revisionistische Politik treiben könne; nach der Einigung von Rom war er einverstanden, die habsburgische Thronbesteigung als ein innerstaatliches Problem anzusehen, wenn die Wahrung der österreichischen Unabhängigkeit "oberster Gesichtspunkt" sei; in diesem Falle nämlich war ein von Rom aus geförderter Revisionismus nicht zu befürchten. –

**Österreich
und Italien**

Aber **Italien** war auch nach dem römischen Protokoll entschlossen, **seinen Einfluß an der Donau nicht so leicht hin aufzugeben**. Anfang Februar 1935 setzte das halbamtliche *Giornale d'Italia* die Welt in Erstaunen mit einem Bericht über eine "unlängst", in Wahrheit nie gehaltene Göbbelsrede, worin der Minister angekündigt haben soll, das Reich werde nächstens einen Kampf entfalten, der die Welt in Verwirrung setzen werde; erst komme die Memelfront, dann Österreich an die Reihe, vielleicht auch beide gleichzeitig; die deutsche Regierung müsse mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln den Weg für die Rückkehr aller Deutschen ins Reich öffnen; in Zukunft dürfe es in Europa nur ein einziges Deutsches Reich geben; das würde nicht nur vom Führer vertreten, sondern auch vom gesetzmäßigen Träger der deutschen Waffen, der deutschen Reichswehr. Das Deutsche Nachrichtenbüro nannte diese Wiedergabe einer nicht gehaltenen Rede eine "politische Brunnenvergiftung übelster Art", aber sie zeigte doch, wie man in Italien durch die Konstruktion einer deutschen Schuld ein neues Anrecht auf die Rolle eines Beschützers der österreichischen Unabhängigkeit zu erlangen hoffte. Dies war für den Duce um so wichtiger, als **der abessinische Konflikt** heraufstieg. Mussolini betrachtete ein von allen störenden Einflüssen befreites, d. h. unter italischem Einfluß stehendes Österreich im besondern als geeignetes Reservoir, aus dem er seine **Fremdenlegion für den Kampf in Afrika** rekrutieren konnte. Bereits vom Februar liegt ein Aufruf des "Freiheitsbundes" der christlichen Arbeiter vor, worin Österreicher – gemeint waren Arbeitslose – zum Kriegsdienst für Italien geworben wurden (vgl. **Anlage 34**)!

Die Einführung der deutschen Wehrhoheit änderte das Bild der großen Politik mit einem Schlage zugunsten Mussolinis. Österreich forderte nun auch für sich die allgemeine Wehrpflicht, der Ministerrat stimmte ihr am 4. April grundsätzlich zu: Die Dienstzeit sollte zwei Jahre betragen, zwei ständige Armeekommandos in Wien und Salzburg sollten errichtet werden, das ständige Heer sollte 4000 Offiziere, ebensoviel Unteroffiziere und 12 000 Mann umfassen, überdies sollten zwei Jahrgänge von je 35 000 Mann einberufen werden. **Dieser Umstand der Wehrhaftmachung Österreichs öffnete aufs neue die Türen für den Einfluß Italiens, erschien doch seit Anfang April in Wien sogar eine italische Wochenschrift: Corriere Austriaco zur Vertiefung der von der österreichischen Regierung (Starhemberg) gewünschten österreich-italischen Beziehungen**, die, wie wir eben sahen, für Mussolini höchst materieller Art waren.

In **Stresa** war Mussolini der kraftvolle Anwalt der Aufrüstung Österreichs und wurde als solcher von den beiden Westmächten gleichsam schweigend anerkannt, indem sie seinen Ausführungen beipflichteten. Zehn Tage später weilte **Starhemberg in Rom** und unterbreitete dem Duce seinen Aufrüstungsplan, wobei er nicht verfehlte, zu betonen, daß nicht sofort die allgemeine Wehrpflicht eingeführt werden dürfe, weil sonst mit den jungen für den Nationalsozialismus gewonnenen Jahrgängen "zweifelhafte Elemente" in die Wehrmacht hineinkommen würden. Starhemberg und Mussolini stimmten in diesem Punkte durchaus überein.

Starhemberg

Starhemberg verstärkte von jetzt an die Werbung von Freiwilligen durch die Heimwehren in Kärnten, damit sich diese der italischen Militärexpedition in Eritrea und Somaliland anschließen. Im übrigen begann er nachdrücklich, eine **Vereinigung der österreichischen Wehrorganisationen** – Heimwehr, Ostmärkische Sturmcharen, Freiheitsbund – zu einer einzigen halb-milizartigen Gesamtformation herbeizuführen, um auf diese Weise durch vollendete Tatsachen eine feste Grundlage für die zwischen Mussolini und Schuschnigg bevorstehenden offiziellen Wehrverhandlungen zu schaffen.

Bezeichnend war es auch, daß die **österreichische Unterrichtsverwaltung** Ende April auf den Schulen als dritte moderne Fremdsprache italisch einführte. Anfang Mai begab sich eine italische Militärmission, bestehend aus zwei Generalen und zwei Generalstabsoffizieren, nach Wien, **um die Angleichung des österreichischen Bundesheeres an die italische Heeresorganisation in die Wege zu leiten**. Die Kleine Entente geriet begrifflicherweise über diese Dinge in nicht geringe Erregung, argwöhnte doch Südslawien, daß Kärnten und Steiermark das beste Ausfallstor für Italien gegen den Balkan werden könne.

Die Beziehungen zwischen Italien und Österreich waren Anfang Mai wieder so innig geworden, daß

die **italisch-österreichisch-ungarische Besprechung, die zur Vorbereitung der geplanten Donaukonferenz vom 4.–6. Mai in Venedig** stattfand, gleichsam ergebnislos blieb. Der ungarische Außenminister Kanya war dem Duce gegenüber sehr ungehalten darüber, daß dieser die "Sicherung der Selbständigkeit Österreichs" als das alles beherrschende Problem behandeln wollte. Die ungarischen Lebensnotwendigkeiten seien genau so wichtig, meinte Kanya. Schon fünf Tage später, am 11. Mai, hatte **Schuschnigg in Florenz eine zweistündige Aussprache mit Mussolini**, die sich um die habsburgische Frage und die Wiederaufrüstung drehte. Hier erteilte Mussolini im Rahmen seiner etwa drei Wochen vorher mit Starhemberg geführten Verhandlungen dem Bundeskanzler den Auftrag zur Schaffung einer österreichischen Luftflotte, die offiziell anzukündigen sich am 14. Mai die von Fürst Starhemberg geführte Heimwehr beeilte. Das römische Nichteinmischungsprotokoll war also dank Stresa in völlige Vergessenheit geraten. –

Österreich – eine Satrapie des faschistischen Italien! Was Österreich in diesem Augenblicke war und tat, dankte es seiner **Anlehnung an Mussolini**; innerlich litt es unter schwersten Spannungen. Nach dem Tode von Dollfuß hatten die **Heimwehren, Starhemberg**, eine bittere Schlappe erlitten. Ihr Totalitätsanspruch auf den Staat war zunichte geworden, nachdem nicht Starhemberg, wie er hoffte, sondern Schuschnigg Bundeskanzler geworden war. Das bedeutete eine **Stärkung des christlich-sozialen Einflusses in der "vaterländischen Front"**, eine erste Etappe des Erfolges der Klerikalen und Legitimisten gegen die Faschisten. Die Heimwehren hatten sich dann in der Jugendfrage der Kirche beugen müssen, jetzt sollte die **Einführung der allgemeinen Wehrpflicht** für den Parteiklerikalismus ein schöner Vorwand werden, um endgültig das Verschwinden der Wehrverbände zu fordern! Er wartete darauf, Starhemberg, der, wie wir oben sahen, energische Anstrengungen machte, seinen Einfluß in der neu einsetzenden militärischen Entwicklung zu festigen, einen vernichtenden Schlag beizubringen. In den Heimwehren, die allerdings auch stark mit legitimistischen und christlich-sozialen Elementen durchsetzt waren, regte sich jedoch sogleich ein **Geist der nationalrevolutionären Opposition gegen dieses zähe Vordringen der christlich-sozialen Forderungen**. Deshalb wichen die christlich-sozialen Kreise, die eine Verstärkung der illegalen Opposition durch die Heimwehren fürchteten, wenn diese aufgelöst werden sollten, wieder einen Schritt zurück: sie garantierten der Heimwehr bis auf weiteres ihre Existenz im Rahmen der Vaterländischen Front, gestalteten aber ihren Organisationsentwurf der allgemeinen Wehrpflicht so, daß weder dem Staate noch den Wehrverbänden Gefahren drohten. **Danach sollte die gesamte taugliche männliche Bevölkerung ein Jahr lang unter der Aufsicht altösterreichischer Offiziere im Arbeitsdienst tätig sein, dann sollten die "staatstreuen" Elemente in das Heer eintreten, während die "politisch unzuverlässigen" Männer noch ein Jahr im Arbeitsdienst bleiben sollten.**

Jedoch vermochte Starhemberg mit Mussolinis Hilfe auch diesen heimtückischen Angriff abzuschlagen. Wollten die Klerikalen das Heer dem Faschismus möglichst entziehen, so **gelang es am 24. Mai Starhemberg in seiner Eigenschaft als Führer der Vaterländischen Front, den Bundeskanzler Schuschnigg, der gleichzeitig Bundesminister für Landesverteidigung war, zu bestimmen, das Bundesheer aktiv in die vaterländische Front einzugliedern**. Hatte Starhemberg sich im April bereits bemüht, die Wehrverbände in halbmilizartige Organisationen umzugestalten, so gelang ihm jetzt, durchzusetzen, daß nur derjenige in das Bundesheer eintreten konnte, der Mitglied der vaterländischen Front war. Jeder aktive Soldat mußte also gleichzeitig Mitglied der vaterländischen Front sein. Damit war recht eigentlich **die volle Identität zwischen Bundesheer und vaterländischer Front hergestellt**, ein Vorgang, der eine geradezu diktatorische Machtfülle für Starhemberg, den Führer der Vaterländischen Front, und insbesondere seine Heimwehren umschloß, denn alsbald ging Starhemberg noch weiter. Nicht nur, daß er die Werbungen einstellen ließ, sondern er **schloß auch alle Mitglieder, die erst nach dem 1. Februar 1934 eingetreten waren, aus der Vaterländischen Front aus, eine "Reinigungsmaßnahme", die sich vor allem gegen die im Sinne Starhembergs unzuverlässigen Ostmärkischen Sturmscharen des Bundeskanzlers Dr. Schuschnigg richtete!** Denn der Aufstieg dieser Sturmscharen hatte erst nach dem 1. Februar 1934 begonnen! Die Mitglieder der "Ostmärkischen Sturmscharen", des "Freiheitsbundes" und des

"Christlich-sozialen Turnerbundes" waren aufs höchste erregt und drohten, daß sie die Waffen nicht freiwillig niederlegen würden.

Es schien, als würde jetzt der **Entscheidungskampf zwischen den beiden Prinzipien des Heimwehrfaschismus und des klerikalen Legitimus** ausbrechen. Eine große, heimwehrende Massenversammlung wurde Mitte Mai einberufen, auf der der Führer der Habsburganhänger, Ackerbauminister Josef Reither sprechen sollte. Starhemberg erreichte, daß die Versammlung verboten wurde, gleichzeitig ordnete er für die Heimwehren Alarm an, weil er eine Auseinandersetzung mit den Ostmärkischen Sturmchargen erwartete. Reither wie auch der Staatssekretär für Arbeiterschutz im Sozialministerium, Gossauer, der den "Freiheitsbund", die Weltorganisation der christlichen Arbeiter führte, boten Ende Mai dem Bundespräsidenten Miklas ihren Rücktritt an, der sie jedoch bewog, ihr Gesuch wieder zurückzuziehen.

Am 2. Juni 1935, einem Sonntag, ließ Starhemberg die Wiener Heimwehren aufmarschieren. Er erklärte bei dieser Gelegenheit, der Heimatschutz betrachte sich als Träger des neuen Österreichs. Der Stabschef der Ostmärkischen Sturmchargen, Dr. Kimmel, beantwortete die Behauptung mit der Erklärung, daß die Sturmchargen nicht nur als kulturelle, sondern auch als Wehrebewegung weiterbestehen würden, von einer ausgesprochenen Vereinigung könne keine Rede sein. Schuschnigg selbst sandte folgendes Begrüßungstelegramm an Kimmel:

"Aushalten und mitkämpfen und noch mehr und höher die Sturmchargenfahne hissen und nicht dulden, daß irgendwo in diesem Lande die Sturmchargenfahne je eingezogen werde. Wir sind hundertprozentige Österreicher und Katholiken, die Kerntruppe des katholischen Österreichs."

Einige Tage später, am 6. Juni, **forderte die Reichsführung der Sturmchargen die Unterstellung des neuen, von Starhemberg vereinheitlichten Wehrverbandes unter das Heeresministerium und damit unter den Landesverteidigungsminister, welcher zugleich der Bundeskanzler Dr. Schuschnigg war.** Diese Auffassung, daß **alle militärenten Kräfte restlos** dem Heeresministerium zur absoluten Verfügung unterstellt werden sollten, fand auch in den Kreisen des Bundesheeres starke Zustimmung.

Die Sturmchargen drangen aber mit ihrem Versuch, Starhemberg auszuschalten, nicht durch. Ende Juni wurde das 1933 gegründete halb-militärische **Schutzkorps**, "ein uniformierter, bewaffneter, nach militärischem Muster organisierter, von der Bundesregierung aufgestellter Wachkörper, der aus den sich freiwillig meldenden Mitgliedern der Schutzkorpsverbände gebildet wird", dem Sicherheitsminister Starhemberg unterstellt, der nun auch das Recht erhielt, zu bestimmen, welche Wehrverbände als Schutzkorpsverbände zu betrachten seien und weiterbestehen dürften. Man war wieder da, wo man im Mai war. **Damit hatte sich Starhemberg gegen den Ansturm seiner Widersacher durchgesetzt und die schon lange bestehende Zweiteilung der obersten Staatsführung auch in der Führung der Exekutive verankert: Schuschnigg hatte das Heer, Starhemberg das Schutzkorps und damit auch die Führung der vereinheitlichten Wehrverbände.**

Den Widersachern Starhembergs, besonders im Bundesheer, war diese Wendung unsympathisch. Diese Lösung aber war nur möglich gewesen, **weil Starhemberg im Ministerrat sich mit den Legitimisten geeinigt hatte und der seit einem Jahre angekündigten Aufhebung der Habsburgsgesetze zugestimmt hatte.** Auch in der Vaterländischen Front und ihren Verbänden gab er, wie die Richtlinien des Generalsekretärs der Vaterländischen Front, Oberst Adam, von Anfang Juli zeigten, die legitimistische Propaganda frei. **Damit hatte sich Starhemberg seines Einflusses auf die habsburgische Frage begeben, trotzdem noch kurz zuvor die oben erwähnte Besprechung in Wien die Abneigung Italiens gegen die Restaurationspläne erwiesen hatte. Starhemberg brachte, gewiß mit Zustimmung Mussolinis, das Opfer dieses Verzichtes, um wenigstens seinen Einfluß in der Regierung zu erhalten.** Und dieser Erfolg war vielleicht **augenblicklich** für den Duce der wichtigste, da der Konflikt mit Abessinien ernstere Formen annahm. Italien mußte sich in Österreich Rückenfreiheit sichern, um in Afrika entschlossener vorgehen zu können. Die

Erklärung des Führers am 21. Mai erleichterte Starhemberg und Mussolini das Zugeständnis an die Legitimisten.



5.

Italien und Abessinien

Wir sahen, daß der Negus Ende März alle direkten Verhandlungen mit Italien abgebrochen und den Streit dem Völkerbundsrate übergeben hatte. Dies störte den Duce. Er wollte sich nicht in die Hand des Völkerbundsrates begeben. **Mussolini bot also Haile Selassie an, die Grenzstreitigkeiten, die gegen Ende März wieder sehr an Zahl und Schwere zunahmen, durch ein Schiedsverfahren zu beseitigen, unter Umgehung des Völkerbundsrates.** Der Negus wollte nichts davon wissen, er setzte fortan all seine Hoffnungen auf den Völkerbund.

Ohne Unterbrechung ließ Mussolini **Truppen nach Ostafrika transportieren.** Der kleine Hafen **Massaua** im italischen Eritrea glich einem Heerlager. Fast täglich liefen Dampfer ein, die zwei- bis dreitausend Mann aus Italien oder Tripolis und ungeheure Mengen Kriegsmaterial brachten.



Italien: Großtank bei der Probe zum Tankrennen.
Photo Scherl.



Italien: Parade der Flugzeuge und Flieger.
Photo Scherl.

Noch wurde kein Wort von Krieg gesprochen. **General de Bono**, Oberstkommandierender in Massaua, sprach von der "großen humanitären Mission" Italiens, die der Befreiung von mehr als zehn Millionen armseliger unterdrückter Menschen dienen sollte; vorläufig sei von Krieg keine Rede: "Für uns handelt es sich nicht darum, die Sache Italiens zu vertreten, sondern die der Menschheit". In der italischen Kammer sprach **Lessona, der Unterstaatssekretär für die Kolonien, von Abessinien als einem Lande der Räuberei und der Sklaverei.** Die italische Presse strotzte täglich von Drohungen gegen Abessinien und die Länder, die diesem Staate angeblich Waffen lieferten. Nur allzugern nahm sie französische Falschmeldungen auf, daß Deutschland Waffen nach Abessinien liefere, und sparte nicht mit versteckten und offenen Drohungen. Stets war es der Kehrreim, daß Italien in Abessinien nicht nur sein gutes Recht und seine nationale Ehre, sondern auch die Zivilisation gegen die Barbarei verteidige; es müsse seine Sicherheitsvorkehrungen treffen, "um den Herausforderungen ein Ende zu machen und unsere Kolonien gegen jeden etwaigen weiteren Angriff zu schützen". **Daß die propagandistischen und militärischen Vorbereitungen Italiens auf den Krieg abzielten, war Ende April allgemein verbreitete Anschauung.** Die allgemeine Ansicht erwartete, daß die Feindseligkeiten nach Ende der Regenzeit im September oder Oktober beginnen würden; Italien werde durch seine guten Vorbereitungen dafür sorgen, daß sich die Katastrophe von Adua 1896 nicht wiederholte.

Der Kaiser von Abessinien führte im April die **allgemeine Wehrpflicht** ein und kündigte sogar die **Aufstellung eines Frauenheeres** an. Er bestritt die italische Behauptung, daß er die allgemeine Mobilisierung angeordnet habe, er wies auch die Unwahrheiten italischer Zeitungen zurück, daß er aus Deutschland, Schweden usw. Waffen erhalten habe; lediglich eine tschechische und eine belgische Firma hätten Waffen nach Abessinien geliefert. Er war empört über die beleidigenden Äußerungen, die aus Italien laut wurden, wies energisch auf seinen unerschütterlichen Willen zu schieds-

richterlicher Lösung und Frieden hin – in Genf traf noch am 20. Mai ein längeres Telegramm des Negus ein, das **die Friedensliebe Abessiniens und den Mangel an gutem Willen in Italien** betonte und vor allem forderte, daß den militärischen Maßnahmen Italiens, die unzutreffenderweise als "defensiv" hingestellt würden, Einhalt geboten würde – und hoffte zu guter Letzt, daß ihm der **Völkerbundsrat am 20. Mai helfen werde**.

"Wenn dies aber nicht der Fall ist", meinte er Anfang April, "und wenn Italien seine militärischen Vorbereitungen fortsetzt, dann müssen wir mobil machen. Äthiopien wird sich niemals mit einem Zustand inoffiziellen Krieges abfinden, wie er vorhanden war, als Japan seine Operationen in Mandschukuo durchführte; wir werden von vornherein Widerstand leisten."

Kaiser Haile Selassie glaubte sogar nachdrücklich die italischen Vorwürfe zu entkräften, indem er am 18. Mai **durch ein Edikt die Zwangsarbeit der niederen Arbeiter abschaffte und einen Ausgleich der drückenden Bodensteuern anordnete. Das wurde als ein Fortschritt der Kultur in Abessinien um tausend Jahre** gepriesen, und wir dürfen wohl annehmen, daß dies Edikt der stärkste Trumpf des Negus war, von dessen Wirkung in Genf und London er sich viel versprach. –

Mit unangenehmen Gefühlen sah man in London, wie Mussolini ohne Zögern immer entschiedener Vorbereitungen gegen Abessinien traf. England ließ durch seinen Botschafter Drummond in Rom durchblicken, daß es keine kriegerischen Abenteuer gebrauchen könne, am wenigsten zwischen zwei Völkerbundsmitgliedern. Mussolini kehrte sich nicht daran, ebensowenig an die vereinten englisch-französischen Vermittlungsversuche. **Es scheint nämlich, daß in Stresa MacDonald und Simon Mussolini insgeheim weitgehende Zugeständnisse gegenüber Abessinien gemacht haben.** Wahrscheinlich haben die Engländer um den Preis "wohlwollender Neutralität" und Gewährung eines "Mandates" über Abessinien Mussolinis weiteres Verbleiben im Völkerbunde erkaufte. Derartige Meinungen tauchten in der englischen Presse auf, weil man sich anders das unbeirrte Vorgehen Mussolinis nicht erklären konnte. Nun ist es ja richtig, daß die britische Regierung dem französischen Vorschlag, den Fall vor Genf zu bringen, nicht geneigt war, weil sie mit gutem Rechte eine neue Bloßstellung der Genfer Einrichtung befürchtete, aber **unter dem Drucke der öffentlichen Meinung Englands mußte Drummond Mussolini wissen lassen, daß sein Vorgehen nicht im Sinne des Völkerbundes und Englands liege und daß daraus auch Folgerungen für Europa erwachsen könnten;** es wurde sachte auf Sanktionen hingedeutet. Derartige Andeutungen erwiderte Italien mit der Behauptung, Deutschland und England hätten Waffen nach Abessinien geliefert.

Was sollte England nun tun? Auf der einen Seite stand Stresa und die Gefahr eines **Ausscheidens Italiens aus dem Völkerbunde**, die England vermeiden wollte, auf der anderen Seite stand **Abessinien**, das **Nachbarland Ägyptens mit dem Tanasee**, aus dessen Wassermengen das Nilland seine Lebenskraft zog, und der **schwerwiegende Cliffordbericht**. Und schließlich durfte auch der lachende Dritte in Afrika, der im Hintergrunde stand, **Japan**, nicht vergessen werden. Großbritannien befand sich im Mai in wahrhafter Bedrängnis, als neben das baltische Problem Deutschland–Rußland nun auch noch das mediterrane Problem Italien–Abessinien trat. Erschwerend war, daß in beiden Fragen Frankreich sich als der starke Gegenspieler Englands zeigte.

Nun einige Worte zum oben erwähnten Cliffordbericht.

Der **Oberstleutnant E. A. M. Clifford** war Führer der britischen Somaliland-Abessinien-Grenzkommision. Er hatte einen Bericht verfaßt, der da feststellte, daß **die Schuld am Grenzzwischenfall bei Ual-Ual Ende 1934 Italien treffe**, der Zwischenfall habe sich 90 Kilometer von der Grenze auf abessinischem Gebiet ereignet. Die Haltung der italischen Behörden in Ual-Ual nannte Clifford provokativ, und er fügte hinzu, daß zwei italische Flugzeuge mit Maschinengewehren auf die Köpfe der britisch-abessinischen Kommission geschossen hätten, obwohl der Union Jack weithin sichtbar über dem Lager wehte.

Diese Feststellungen sickerten trotz der Geheimhaltung in der englischen Öffentlichkeit durch und erregten die Gemüter. Zudem bestätigte Sir John Simon selbst, daß der Vertrag vom 13. Dezember 1906, worin England, Frankreich und Italien gemeinsam die Unabhängigkeit Abessiniens

garantierten, noch in Kraft sei. Und nun handelte Mussolini so, rücksichtslos die in Stresa erhaltenen Freiheiten ausnutzend, indem er darauf hinwies, daß die abessinischen Rüstungen und die italienfeindliche Stimmung ihn dazu zwingen.

Nachdem **einige weitere matte Vorstellungen Englands in Rom**, die dem Schein nach von Frankreich unterstützt wurden und beschleunigte Einsetzung eines Schlichtungsausschusses forderten, erfolglos verlaufen waren, wie man leicht voraussehen konnte, fragte *Morningpost* am 16. Mai, was nun werden solle. Würde die britische Regierung zum Vertrag von 1906 und zur Völkerbundsatzung stehen, dann würde wahrscheinlich Italien aus dem Völkerbund austreten; würde man den Dingen ihren Lauf lassen, dann würde die Preisgabe Abessiniens eine weitere Schmälerung des Ansehens für den Völkerbund bedeuten. Das war die heikle Situation, aus der die noch heiklere **Aufgabe Edens** erwuchs, als er **von seiner Regierung am 18. Mai nach Genf geschickt wurde. Die britische Regierung hatte ihm freie Hand gegeben, sich zu bemühen, den kriegerischen Absichten Italiens zwar entgegenzutreten, aber gleichzeitig zu vermeiden, daß Italien aus dem Völkerbund getrieben werden könne!**



7. Kapitel: Entspannung.

1.

Um die Mitte des Mai 1935 beherrschte das französische Prinzip der Kriegsbündnisse geradezu unbeschränkt das europäische Staatensystem. Es war ein Netz gespannt von Paris über Rom nach Belgrad, Bukarest, Prag, Wien, Moskau und Kowno, es war das Netz, dessen eines Ende in den Händen Frankreichs, dessen anderes Ende in den Händen Rußlands lag. Der geringste Anlaß würde genügt haben, die Schließung des Netzes herbeizuführen, d. h. die aufs schwerste und modernste bewaffneten Kriegsmassen aus West und Süd und Ost nach Deutschland vorbrechen zu lassen, wenn, ja wenn nicht noch ein zweites Netz gespannt gewesen wäre, von Moskau über Amsterdam, Brüssel, Paris, Madrid, das allein von Rußland aus bedient werden konnte! **Das Gleichgewicht Europas hing von einer sonderbaren gegenseitigen Aufhebung der Kräfte ab!** Würde in Paris die Aktion gegen Deutschland proklamiert, würde sie automatisch in Moskau gegen das Bürgertum proklamiert werden. Wie die Dinge standen, mußten sich Flandin und Laval ernstlich fragen, ob ihre Volksfront im Falle einer Aktion auf das Kommando der französischen Bourgeoisregierung oder auf das Kommando der russischen Sowjetregierung hören würde. **Von Adolf Hitlers Friedenswillen hing es ab, ob das Gleichgewicht der sich gegenseitig aufhebenden Kräfte erhalten blieb.** Mussolini hatte sich durch sein abessinisches Vorhaben zunächst aus Europa zurückgezogen.

Es läßt sich verstehen, daß in solchen kritischen Augenblicken in **England, das unter dem Eindruck litt, nicht in den Gang der Dinge bestimmend eingreifen zu können, das Gefühl der Erschöpfung, der Enttäuschung und Vereinsamung** sich geltend machte und allzuleicht voreilige Vorwürfe der Friedensstörung gegen Hitler erhoben wurden, wie MacDonald in seiner Unterhausrede vom 2. Mai 1935 tat. Die Äußerungen des Premierministers über die positive Politik Großbritanniens waren sehr zurückhaltend, sie gipfelten in folgenden sechs Punkten:

1. Hitlers Vorschlag, Nichtangriffspakte in Osteuropa zu schließen, solle nicht fallen gelassen werden;
2. das Londoner Kommuniqué vom 3. Februar stelle immer noch das unmittelbare Ziel der englischen Außenpolitik dar;
3. die geplanten deutsch-englischen Flottenbesprechungen würden endgültig stattfinden, und zwar unter genau denselben Bedingungen wie die englischen Flottenbesprechungen mit Amerika und Japan;

4. England bestehe auf der Erklärung Baldwins, keine zweitklassige Stellung in der Luft gegenüber einer zukünftigen deutschen Luftflotte einzunehmen;
5. der englisch-italisch-französischen Zusammenarbeit messe England große Bedeutung in den Bestrebungen für kollektive Sicherheit bei, **von einem militärischen Bündnis könne jedoch keine Rede sein, und jeder Staat, der den Frieden wünsche, sei bei dieser Zusammenarbeit willkommen;**
6. **England habe keine neuen Verpflichtungen übernommen.**

Anfang Mai wurde bekanntgegeben, daß der Führer des deutschen Volkes in der **Mitte des Monats durch eine große Rede der Welt die Ziele der deutschen Politik mitteilen** wolle. Der Tod des Marschalls Pilsudski bewirkte eine Verschiebung der Rede auf den 21. Mai. Wachsende Spannung ergriff alle Staatsmänner. Kabinettsitzungen – in Frankreich – wurden vertagt und Parlamentsdebatten – in England – wurden aufgeschoben, auch die **deutsch-englischen Flottenbesprechungen**, die ursprünglich Anfang Mai beginnen sollten, wurden auf einen Zeitpunkt nach der Führerrede verschoben; **die englischen Staatsmänner** wurden, wenn ich so sagen darf, von dieser spannenden Erwartung seelisch erschüttert, ein Pessimismus, der allerdings wohl nur den Wert eines Lampenfiebers hatte, wallte auf, dessen Wortführer **Lordsiegelbewahrer Eden** wurde, als er am 16. Mai im Londoner Stadtteil Fulham eine Rede über die politische Lage hielt.

Führerrede

Eden ging aus vom Londoner Kommuniqué, das im wesentlichen zwei Dinge behandelte: **Sicherheit und Abrüstung**; in keiner dieser beiden Fragen habe man in Berlin wesentliche Fortschritte erzielen können. In der **Sicherheitsfrage** habe **Deutschland** in bezug auf einen mehrseitigen **ost-europäischen Nichtangriffspakt ein Angebot gemacht; es müsse alles getan werden, um den besten Gebrauch von diesem Angebot zu machen.** Auch in der **Rüstungsfrage** hätten sich die **englischen Hoffnungen nicht erfüllt**; die deutsche Regierung habe ihren Wunsch nach einem Rüstungsabkommen betont. Als er vor einem Jahre Berlin, Rom und Paris besuchte, sei der Paritätsgrundsatz für die drei westlichen Festlandsmächte nirgendwo bestritten worden; Deutschland habe aber damals eine Erhöhung der Zahl von 200 000 auf 300 000 Mann vorgeschlagen; wenn Deutschland jetzt 550 000 Mann für nötig halte, dann werde, ehrlich gesagt, die Parität zwischen den drei westlichen Festlandsmächten auf gleicher Ausbildungsgrundlage unerreichbar sein. Er würdige wohl die Ansicht der deutschen Regierung, daß diese Ziffer angesichts der deutschen Besorgnis in Osteuropa gerechtfertigt sei, aber **die Besorgnisse über einen militärischen Angriff Sowjetrußlands, die in Deutschland anscheinend herrschten, könne er nicht teilen.** Wenn jetzt die internationale Lage vielleicht mit den Jahren vor dem Kriege verglichen werde, so sei ein solcher Vergleich nur teilweise richtig. **Heute gebe es mindestens zwei höchstwichtige stabilisierende Elemente, die vor dem Kriege nicht bestanden: den Völkerbund und die Locarnoverträge.** Großbritannien könne Frieden und Sicherheit nicht in der Isolierung finden; auch ein **System von Bündnissen sei keine dauerhafte Lösung der Schwierigkeit.** Als einzige Lösung verbleibe lediglich ein kollektives Friedenssystem.

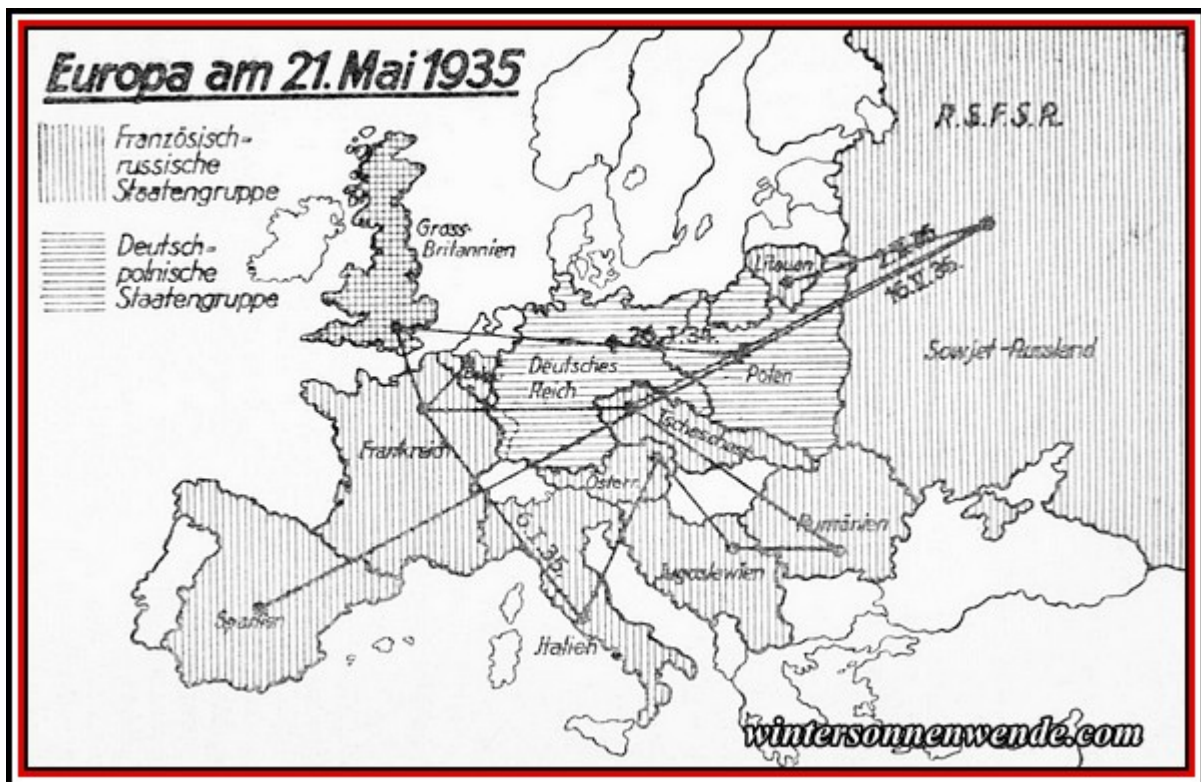
Das war das Gegenstück zu MacDonalds Ausführungen. Die Lage ist pessimistisch, und zwar durch Deutschlands Verhalten. Gegen die deutsche und die französische Politik wurde vor der Willenserklärung des Führers das politische Prinzip Englands aufgerichtet: **der Völkerbund.** Der letzte Sinn der Reden MacDonalds und Edens war: es kann alles wieder gut werden, die durch Deutschlands "Schuld" in Europa herbeigeführte Gewitterspannung kann mit einem Schlage zerteilt werden, sobald Deutschland wieder in den Völkerbund zurückkehrt. **Die Engländer dachten in den alten Formen: sie sahen den Grund der europäischen Spannung in Deutschland, das nichts tat, als daß es sich auf das Recht der völkischen Selbsterhaltung berief. Die wahre Ursache der Spannung aber beruhte darin, daß Frankreich, das nicht von seinen alten Gewaltmethoden lassen konnte, und Sowjetrußland, das nicht auf die Weltrevolution verzichten konnte, sich zu einem bedrohlichen Bunde vereinigt hatten.**

Der 21. Mai kam. Zunächst wurde das auf die am 16. März wiedererlangte Wehrhoheit gegründete

Wehrgesetz verkündet. Es enthält kurz folgendes: Jeder deutsche Mann ist wehrpflichtig, im Kriege ist auch jede deutsche Frau zur Dienstleistung für das Vaterland verpflichtet. Die Wehrmacht besteht aus dem Heere, der Kriegsmarine und der Luftwaffe. Oberster Befehlshaber ist der Führer und Reichskanzler. Der Wehrpflicht unterliegt jeder Mann vom 18. bis 45. Lebensjahre, er hat ein Jahr aktiv zu dienen (im 21. Lebensjahre), in der Reserve (bis zum 35. Lebensjahre) und in der Landwehr (bis zum 45. Lebensjahre) ebenfalls je ein Jahr Gesamtdienstzeit zu leisten. Voraussetzung für den Waffendienst ist die Erfüllung der Arbeitsdienstpflicht. Ebenso ist arische Abstammung Voraussetzung für den aktiven Wehrdienst. Politische Betätigung wird den Soldaten in jeder Weise streng untersagt. – Dies also war das neue Wehrgesetz, das sich von der früheren Wehrgesetzgebung des Kaiserreiches in einigen Punkten grundsätzlich unterschied: prinzipielle Wehrpflicht aller Männer und Dienstpflicht aller Frauen, arische Abstammung, Voraussetzung der Arbeitsdienstleistung, Fortfall der Vergünstigungen (Einjährigendienst).

Abends um 8 Uhr hielt der Führer dann seine große Rede vor dem deutschen Reichstag. Er ging davon aus, daß er mit 38 Millionen Stimmen der einzige gewählte Abgeordnete und Vertreter des deutschen Volkes sei und er somit dem Volke gegenüber verantwortlich sei für alle seine Entschlüsse und Maßnahmen. **Die Volkslehre des Nationalsozialismus** lehne den Krieg zur Unterjochung und Beherrschung eines fremden Volkstums ab und **verlange den Frieden aus tiefinnerster, weltanschaulicher Überzeugung.** Deutschland wünsche Ruhe und Frieden, weil es wisse, daß jeder Krieg die Besten verzehre. Wenn er, Hitler, als Führer und Beauftragter der deutschen Nation vor der Welt und seinem Volke die Versicherung abgebe, daß er mit der Lösung der Saarfrage keine territorialen Forderungen mehr stellen werde, so sei dies ein Beitrag zum Frieden, der größer sei als manche Unterschrift unter manchem Pakt. Seit einiger Zeit lebe die Welt z. B. in einer förmlichen Manie von kollektiver Zusammenarbeit, kollektiver Sicherheit, kollektiven Verpflichtungen usw., die alle auf den ersten Augenblick konkreten Inhalts zu sein scheinen, bei näherem Hinsehen aber zumindest vielfachen Deutungen Spielraum gäben. Was heiße kollektive Zusammenarbeit? Wer stelle fest, was kollektive Zusammenarbeit sei und was nicht? Sei nicht der Begriff "kollektive Zusammenarbeit" seit 17 Jahren in der verschiedensten Weise interpretiert worden? Er glaube, er spreche es richtig aus, wenn er sage, daß neben vielen anderen Rechten sich die Siegerstaaten des Versailler Vertrages auch das Recht vorweggenommen haben, unwidersprochen zu definieren, was kollektive Zusammenarbeit sei und was sie nicht sei. Wilson habe **in seinen 14 Punkten** gefordert: Der Friede soll nicht sein ein Friede einseitigen Rechtes, sondern ein Friede allgemeiner Gleichheit und damit des allgemeinen Rechts; es solle sein ein Friede der Versöhnung, der Abrüstung aller und dadurch der Sicherheit aller. Daraus resultiere als Krönung die Idee einer internationalen kollektiven Zusammenarbeit aller Staaten und Nationen im Völkerbunde. Kein Volk als das deutsche habe diese Idee begehrlischer aufgegriffen; als aber im Jahre 1919 dem deutschen Volke **der Friede von Versailles** diktiert worden sei, sei der kollektiven Zusammenarbeit der Völker damit zunächst das Todesurteil gesprochen worden, denn an Stelle der Gleichheit aller sei die Klassifikation in Sieger und Besiegte getreten.

Nun ging Hitler dazu über, **die vom deutschen Volke mit "förmlichem Fanatismus" durchgeführte Abrüstung** zu schildern und die **Verpflichtung der anderen zur Abrüstung** aus den Äußerungen der englischen und französischen Staatsmänner zu belegen: **Lord Robert Cecil** in der *Revue de Paris* 1924, Nr. 5 und in seiner Rundfunkrede vom 31. Dezember 1930, **Paul-Boncour** am 8. April 1927 und im *Journal* am 26. April 1930, **Henderson** am 20. Januar 1931, **Briand** am 20. Januar 1931, **Vandervelde** am 27. Februar 1927 und am 29. Dezember 1930. Die anderen Staaten seien vertragsbrüchig geworden, da sie nicht abgerüstet hätten, trotz der günstigen Umstände. Wann hätte je eine bessere Gelegenheit zur Aufrichtung einer kollektiven Zusammenarbeit kommen können als in der Zeit, da in Deutschland ausschließlich jener politische (demokratische) Geist regierte, der auch der Umwelt die charakterlichen Züge verlieh? Die Zeit sei reif gewesen, nur der Wille sei nicht vorhanden gewesen! Die Angriffswaffen – Flugzeuge, Tanks, Artillerie, Gas und U-Boote – seien weiter entwickelt, verbessert und vermehrt worden. Das sei einseitiger Vertragsbruch, dafür gebe es keine Beschönigung und keine Ausrede. **Nicht Deutschland, sondern Frankreich**



Europa am 21. Mai 1935.

habe am 17. April 1934 die Verhandlungen abgebrochen. Nachdem nun aber nicht nur die Abrüstungsverpflichtung der andern Staaten unterblieben sei, sondern auch alle Vorschläge einer Rüstungsbegrenzung abgelehnt worden seien, habe er, Hitler, als vor Gott und seinem Gewissen verantwortlicher Führer der deutschen Nation, sich verpflichtet gesehen, **angesichts der Entstehung neuer Militärbündnisse**, sowie der **Festsetzung der Friedensstärke des russischen Heeres auf 960 000 Mann** und nach Erhalt der Mitteilung, daß **Frankreich zur Einführung der zweijährigen Dienstzeit** schreite, nunmehr die Rechtsgleichheit Deutschlands, die man ihm international verweigert habe, kraft des Lebensrechtes der Nation selbst wiederherzustellen. Die deutsche Nation sei nicht gewillt, für alle Zeiten als eine zweitklassige oder minderberechtigte angesehen und behandelt zu werden.

"Unsere Friedensliebe ist vielleicht größer als die anderer Völker, denn wir haben am meisten unter diesem unseligen Krieg gelitten. Niemand von uns hat die Absicht, jemanden zu bedrohen. Allein jeder ist entschlossen, dem deutschen Volke die Gleichheit zu sichern und zu erhalten. Und diese Gleichheit ist aber auch die allererste Voraussetzung für jede praktische und kollektive Zusammenarbeit."

Dann wandte sich der Führer gegen die **üblichen Konferenzmethoden**. Es sei so, daß zwei oder drei Staaten sich auf ein bis ins einzelne gehendes Programm festlegten und dann die andern vor die diktatorische Alternative stellten, dieses Programm als unteilbares Ganzes anzunehmen oder abzulehnen. Deutschland werde an keiner Konferenz mehr teilnehmen, an deren Programmaufstellung es nicht von vornherein mit beteiligt gewesen sei. Ebenso bedenklich scheine es, die These der Unteilbarkeit des Friedens als Vorwand für Konstruktionen zu mißbrauchen, die weniger der kollektiven Sicherheit als vielmehr gewollt oder ungewollt der kollektiven Kriegsvorbereitung dienen. (Rußland: Ostpakt!) **Deutschland habe keinen anderen Wunsch, als mit allen Nachbarstaaten friedlich und freundschaftlich zu verkehren.** Hitler wies auf den Vertrag mit Polen und auf den endgültigen Verzicht auf Elsaß-Lothringen hin.

"Wenn wir aber dem deutschen Volke ein weiteres Blutvergießen ersparen wollen, selbst dort, wo dies mit einem Opfer für uns verbunden ist, dann denken wir nicht daran, unser Blut wahllos für fremde Interessen zu verpfänden. Wir denken nicht daran, für jeden irgendwie möglichen, von uns weder bedingten noch zu beeinflussenden

Konflikt unser deutsches Volk, seine Männer und Söhne vertraglich zu verkaufen. Der deutsche Soldat ist zu gut und wir haben unser Volk zu lieb, als daß wir es mit unserm Gefühl von Verantwortung vereinbaren könnten, uns in nicht absehbaren Beistandsverpflichtungen festzulegen."

Nicht Beistandsverpflichtungen würden Kriege verhindern. Es würde vielleicht dem Frieden mehr dienen, wenn im Falle des Ausbruchs des Konflikts sich sofort die Welt von beiden Teilen zurückzöge, als ihre Waffen schon von vornherein vertraglich in den Streit hineintragen zu lassen. Ein besonders schwieriger Fall – den, wie wir sahen, die Engländer nicht verstehen wollten – bilde in dieser Beziehung **das Verhältnis des nationalsozialistischen Deutschland zum bolschewistischen Rußland**. Soweit es sich beim Bolschewismus um eine russische Angelegenheit handle, sei Deutschland an ihm gänzlich uninteressiert; jedes Volk solle nach seiner Fassung selig werden. Soweit dieser Bolschewismus aber Deutschland in seinen Bann ziehe, seien die deutschen Nationalsozialisten seine ingrimmigsten und seine fanatischsten Feinde.

Hitler setzte sich hier mit der Auffassung Edens, der bekanntlich die aggressive militaristische Tendenz der Sowjetunion bestritten hatte, auseinander. Er kenne aus fünfzehnjähriger Erfahrung den Bolschewismus. Der Nationalsozialismus habe Deutschland und damit vielleicht ganz Europa vor der schrecklichsten Katastrophe aller Zeiten zurückgerissen. **Weil die westeuropäischen Völker die unmittelbare und gefährvolle Wucht des Kampfes mit dem Bolschewismus nicht kennen, deshalb könnten sie vielleicht nicht verstehen, weshalb Deutschland Beistandsverpflichtungen in einem Ostpakt ablehne. Demgegenüber sei aber Deutschland bereit, jedem angrenzenden europäischen Staat mit Ausnahme des die Memeldeutschen quälenden Litauen durch einen Nichtangriffs- und Gewaltausschließungsvertrag jenes Gefühl der Sicherheit zu erhöhen, das auch Deutschland zugute komme. Das Reich sei aber nicht in der Lage, solche Verträge durch Beistandsverpflichtungen zu ergänzen, die weltanschaulich, politisch und sachlich für Deutschland untragbar seien.** Der Nationalsozialismus könne nicht die Angehörigen des deutschen Volkes, d. h. seine Anhänger zum Kampf aufrufen für die Erhaltung eines Systems, das im eigenen deutschen Staat zumindest als grimmigster Feind der Deutschen in Erscheinung trete.

"Die Verpflichtung zum Frieden, ja! Eine Kampfhilfe des Bolschewismus wünschen wir selbst nicht und wären auch nicht in der Lage, sie zu geben."

Im übrigen glichen die Beistandspakte den früheren militärischen Allianzen. **Das zwischen Frankreich und Rußland geschlossene Militärbündnis** im besonderen trage ohne Zweifel in den einzig klaren und wirklich wertvollen gegenseitigen Sicherheitsvertrag in Europa, nämlich den Locarnopakt, ein Element der Rechtsunsicherheit hinein. Die deutsche Regierung wünsche eine authentische Erläuterung über die Aus- und Rückwirkungen des französisch-russischen Militärbündnisses auf den Locarnopakt; auch halte sie diese Militärallianzen als unvereinbar mit dem Geist und Buchstaben des Völkerbundsstatuts.

Gegen Ende seiner Ausführungen gab der Führer **grundsätzliche Erklärungen über das Verhältnis des Reiches zu Österreich** ab.

"Deutschland hat weder die Absicht noch den Willen, sich in die inneren österreichischen Verhältnisse einzumengen, Österreich etwa zu annektieren oder anzuschließen. Das deutsche Volk und die deutsche Regierung haben aber aus dem einfachen Solidaritätsgefühl gemeinsamer nationaler Herkunft den begreiflichen Wunsch, daß nicht nur fremden Völkern, sondern auch dem deutschen Volke überall das Selbstbestimmungsrecht gewährleistet wird.... Wir Deutschen haben aber allen Anlaß zufrieden zu sein, daß sich an unserer Grenze ein Staat mit einer zu einem hohen Teil deutschen Bevölkerung bei großer innerer Festigkeit und im Besitz einer wirklichen und tatsächlichen Unabhängigkeit befindet. Die deutsche Regierung bedauert die durch den Konflikt mit Österreich bedingte Spannung um so mehr, als dadurch eine Störung unseres früher so guten Verhältnisses zu Italien eingetreten ist, einem Staat, mit dem wir sonst keinerlei Interessengegensätze besitzen."

Am Schlusse seiner großen Rede faßte der Führer die deutsche Politik in **13 Thesen** zusammen, die alles enthielten, was das Reich als seinen Beitrag für die Teilnahme an einer zuverlässigen Organisation des europäischen Friedens für nötig hielt. Sie waren das Bekenntnis zu praktischer Gleichberechtigung und aufrichtiger Friedenssicherung (vgl. **Anlage 35**).

"Ich habe mich bemüht", so schloß der Führer, "Ihnen ein Bild der Auffassungen zu geben, die uns heute bewegen. So groß auch die Besorgnisse im einzelnen sein mögen, ich **halte es mit meinem Verantwortungsgefühl als Führer der Nation und Kanzler des Reiches unvereinbar, auch nur einen Zweifel über die Möglichkeit der Aufrechterhaltung des Friedens auszusprechen. Die Völker wollen ihn. Es muß den Regierungen möglich sein, ihn zu bewahren.** Ich glaube, daß die Wiederherstellung der deutschen Wehrkraft zu einem Element dieses Friedens werden wird. Nicht weil wir beabsichtigen, sie zu einer sinnlosen Größe zu steigern, sondern weil die einfache Tatsache ihrer Existenz ein gefährliches Vakuum in Europa beseitigt.... Wir glauben, daß, wenn die Völker der Welt sich einigen könnten, ihre gesamten Brand-, Gas- und Sprengbomben zu vernichten, dies eine billigere Angelegenheit sein würde, als sich mit ihnen gegenseitig zu zerfleischen... Uns Deutschen aber kann die Geschichte sicherlich öfter das Zeugnis ausstellen, daß wir die Kunst des vernünftigen Lebens weniger verstanden haben als die Kunst des anständigen Sterbens." –



2.

Die Führerrede hatte Europa **den Glauben an den Frieden** wiedergegeben. Die Wetter, die im Begriff waren, sich zusammenzuziehen, lösten sich, die schmerzliche Spannung wich. Niemand erkannte die wohlthuende Wirkung der Rede Hitlers rückhaltloser an **als Großbritanniens Volk und Regierung.**

**Wirkung der
Führerrede**

Schon am folgenden Tage, am 22. Mai, fand gleichzeitig im Oberhaus wie im Unterhaus die Wehraussprache statt. Die englischen Minister betonten, daß **der Ausbau der britischen Luftflotte im schnellen Tempo unabhängig von Hitlers Rede** durchgeführt werde. Im **Oberhaus** teilte **Lord Londonderry** im Unterhaus Baldwin mit, daß bis zum 31. März 1937 die englische Luftflotte, deren Frontstärke 580 Flugzeuge betrage, auf 1500 Maschinen vermehrt sein würde. Londonderry begründete die Auffassung der Regierung, wobei er die Rede Hitlers streifte:

"Die Stärke des englischen Luftprogramms muß stets an der größten, in Reichweite Englands befindlichen Luftflotte gemessen werden. Das ist unsere Formel." Der Lord sagte weiter: "Ich bin überzeugt, daß sich das Ideal der Abrüstung im gegenwärtigen Zustand der Welt als undurchführbar erweist, wenn es praktisch geprüft wird. Wir konnten den Uhrzeiger nicht zurückstellen. Begrenzung, nicht Abrüstung, wäre alles, worauf wir wirklich hoffen könnten. **Begrenzung war die Luftpolitik, die ich stets befürwortete, und ich bin in der Tat erfreut, daß die Worte Hitlers eine endgültige Annahme dieses Grundsatzes enthalten.** Die englische Regierung wird unter keinen Umständen eine zweitklassige Stellung in der Luft einnehmen. Wenn sich das mitgeteilte Programm als unzugänglich erweisen sollte, werden wir es erhöhen, koste es, was es wolle."

Lord Ponsonby von der Arbeiterpartei und Lord Lothian bedauerten, daß Londonderry nicht näher auf Hitlers Rede eingegangen sei; namens der Regierung antwortete **Lord Halifax**, er sei nicht der Ansicht, daß ein Krieg unmittelbar drohe, die **Rede Hitlers sei vielleicht die wichtigste Rede, die in den letzten Monaten, wenn nicht Jahren, gehalten worden sei.**

Zur gleichen Zeit fand **im Unterhaus der stellvertretende Ministerpräsident Stanley Baldwin** Worte eines versöhnlichen und großzügigen Geistes. Er unterstrich Hitlers Erklärung, daß Deutschland in der Luft Gleichheit mit den andern Staaten wünsche, aber zur Herabsetzung der Rüstungsgrenzen wie zu einem Luftpakt bereit sei, denn bei einer Luftparität zwischen England und Deutschland und Frankreich sei es wesentlich leichter, einen Luftpakt und eine Begrenzung der Luftrüstungen zu erzielen. "Wir begrüßen Hitlers Beitrag als Hilfe für eine allgemeine Regelung im

Sinne des Londoner Protokolls." Der Redner stellte außerdem fest, daß **die Vorschläge des Führers über die Abschaffung der Angriffswaffen und über den Schutz der Zivilbevölkerung gegen Luftangriffe auch im englischen Programm zur Sicherung des Friedens enthalten seien.** Baldwin erklärte ferner, daß der Schleier, der über den Handlungen der drei autoritären Staaten Europas liege, in Deutschland zum Teil gelüftet sei. Man möge hoffen, daß er ganz gelüftet werde, damit man offen miteinander sein könne. Der Führer habe durch seine Rede die Möglichkeit geschaffen, in Verhandlungen über alle brennenden Fragen der europäischen Friedenssicherungen einzutreten, und seine Vorschläge müßten "auf das ernsteste und schnellste" erwogen werden.

"Ich halte Ausschau nach Licht, wo immer ich es finden kann. Ich glaube in der Rede, die am Dienstagabend gehalten worden ist (von Hitler), einen Lichtblick zu erspähen. Wir alle müssen versuchen, dieses Lichtes habhaft zu werden. Wir müssen einen neuen Entschluß fassen. Ich glaube, daß es uns sogar noch in elfter Stunde gelingen werde, aus dieser Welt zu bannen, was für die Menschheit entsetzliches Grauen und furchtbarste Selbstverwüstung bedeuten würde."

Baldwins Rede fand starken Beifall. Gewiß fehlte es im Laufe der Aussprache auch nicht an schweren Vorwürfen gegen Deutschland, wie sie der Liberale Sir Archibald Sinclair und die Konservativen Churchill und Lord Winterton erhoben; doch die überwiegende Mehrheit des Parlaments wollte den Frieden, den Hitler bot. Der Arbeitervertreter **Wilmot** betonte, Hitlers Rede biete eine Gelegenheit, eine europäische Regelung zu erzielen. **Major Attlee von der Arbeiteropposition** ging sogar soweit, der Regierung die Zustimmung für die Luftrüstung zu versagen und ein baldiges Zusammentreten der Abrüstungskonferenz zu fordern, um Hitlers Vorschläge zu erwägen, denn sie seien eine Möglichkeit, dem Rüstungswettlauf Einhalt zu gebieten. Attlee wünschte weiter eine Annäherung Deutschlands an Sowjetrußland. **Sir Stafford Cripps von der Arbeiterpartei** erklärte, wenn Hitler es ernst meine, dann sei das der goldene Augenblick, auf den die englische Regierung gewartet habe.

Gewiß, die Luftrüstungen hielt das englische Volk ebenso für nötig, wie Hitler und das deutsche Volk die deutschen Luftrüstungen. Das Unterhaus lehnte den arbeiterparteilichen Antrag auf Herabsetzung des Ergänzungshaushaltes mit 340 gegen 52 Stimmen ab. Am folgenden Tage, dem 23. Mai, gab das **britische Luftfahrtministerium** seine Pläne bezüglich der Mannschaften bekannt: Die Mannschaftsstärke der Luftwaffe betrage im Augenblick 32 500 Mann, bis April 1936 solle sie auf 43 750, bis April 1937 auf 55 000 Mann gesteigert werden. Rekrutierungsbüros wurden in den Städten des Königsreichs eröffnet, Aufrufe zum freiwilligen Dienst wandten sich an das Volk, mit der Errichtung von 31 neuen Militärflugplätzen wurde begonnen. Im Rundfunk erklärte Lord Londonderry wieder, er sei als Luftfahrtminister befriedigt über Hitlers Vorschlag, die Luftrüstungen zu begrenzen, das britische Luftprogramm dürfe keinen Augenblick lang als Verwerfung des deutschen Angebots der Begrenzung aufgefaßt werden, es richte sich gegen kein bestimmtes Land.

Man hat den Eindruck, daß trotz dieser militärischen Realpolitik niemals vorher die Stimmung in England für Deutschland so günstig gewesen ist wie in diesen letzten Maitagen. Lord **Snowden** machte unter dem Titel "Hitler zeigt Europa den Weg" im *Sunday Dispatch* Ausführungen von ungeheurer Tragweite. Er bezeichnete Hitlers Schritt vom 16. März als den größten Beitrag, der seit dem Kriege im Interesse der europäischen Sicherheit und des Friedens geleistet worden sei. Deutschland sei so lange eine Bedrohung für den Frieden Europas gewesen, als es unter den ihn aufgezwungenen Ungerechtigkeiten gelitten habe. Die sofortige Einberufung einer internationalen Konferenz zur Erörterung der durch Hitlers Rede geschaffenen Lage sei unumgänglich. **Sollten unglücklicherweise die andern Mächte ihre Mitarbeit ablehnen, dann müsse Großbritannien allein handeln. Die Zusammenarbeit zwischen Großbritannien und einem mächtigen Deutschland würde den ganzen Lauf der europäischen Diplomatie ändern;** eine solche Zusammenarbeit zwischen zwei großen Nationen verwandter Rassen und verwandten Blutes könne keinem andern Zweck als dem Frieden Europas dienen; wenn Großbritannien jetzt stark und entschlossen die Führung übernehme, dann würden die andern Mächte folgen müssen.

Die Zeitungen sprachen davon, es sei jetzt an der Zeit, möglichst schnell, etwa in Holland, eine Friedenskonferenz zusammenzurufen, welche sich mit den Anregungen Hitlers beschäftigen solle. Die deutsche Regierung würde allerdings vorher noch eine Reihe englischer Rückfragen beantworten müssen (vgl. **Anlage 36**). Die Öffentlichkeit forderte sofortige Vorverhandlungen über ein umfassendes Luftabkommen. **Die britische Regierung** nahm auch sogleich mit Eifer **die Frage des Luftpaktes in Angriff**, sie trat mit Rom und Paris deshalb in Verbindung. Baldwin hielt am 27. Mai in der Albert-Hall eine Rede, worin er **das Unglück des Völkerbundes auf zwei Gründe** zurückführte, das **Fehlen der Vereinigten Staaten** und die **Sorge Frankreichs, zuerst immer an seine Sicherheit zu denken. Der Grundgedanke der kollektiven Sicherheit sei, daß Europa keinen Krieg dulden solle und daß, wenn ein Land doch Krieg beginne, sich dann alle Länder gegen den Friedensstörer verbinden sollten. Das Ziel sei noch weit, aber in begrenztem Umfange sei es in Locarno schon verwirklicht. Deshalb sei er der Ansicht, daß vor allen Dingen zwischen diesen Mächten versucht werden müsse – und Hitler habe sich damit grundsätzlich einverstanden erklärt – den Gedanken eines ergänzenden Luftpaktes zu verwirklichen.**

In all diesen Dingen zeigte sich, **wie außerordentlich belebend die Führerrede auf England gewirkt hatte**, dessen Regierung sich in **Stresa und Genf völlig auf den Irrwegen der Vergangenheit festgefahren** hatte. Die Folge davon war gewesen, daß die britische Politik in einen Zustand der Starre verfallen war, der Großbritannien in zunehmendem Maße aus der Politik Europas auszuschalten drohte. Jetzt aber entwickelte sich in London neue Zuversicht und Tatkraft, allerdings vor der Hand noch gehemmt durch das **Bevorstehen der Regierungsumbildung**.* Der große Umschwung Großbritanniens bekundete sich im Augenblick vor allem darin, daß **die deutsch-englischen Flottenbesprechungen**, die von deutscher Seite bereits Ende April angeregt wurden, Anfang Mai aber unter Hinweis auf die Führerrede von England verschoben wurden, nun Anfang Juni endgültig und erfolgreich in Fluß kamen. [*Scriptorium merkt an: es ist schade, daß Galéras Werk ausgerechnet an diesem positiv scheinenden Zeitpunkt abschließt und nicht auch noch die folgende Entwicklung schildert; denn mit dieser Regierungsumbildung 1935 begann der nächste große Umschwung Großbritanniens mit dem Deutschenhasser Duff Cooper & Co. – jener Umschwung, der letzten Endes im 2. Weltkrieg mündete.*]

Im belgischen Senat sprach am 29. Mai Ministerpräsident und Außenminister van Zeeland seine **Befriedigung über die Rede des Führers** aus. Wesentlich für Belgien waren die zwei Punkte, daß die Reichsregierung sich feierlich verpflichtet habe, die territorialen Bestimmungen des Versailler Vertrages nicht zu verletzen, und daß sie ihre Verpflichtungen aus dem Locarnovertrag anerkannt habe.

Die Ausführungen des Führers über Sowjetrußland lösten auch in Italien ein gewisses Verständnis aus. Vor allem aber erweckte **Hitlers feierliche Erklärung zur österreichischen Unabhängigkeit** größte Befriedigung. Der Duce hielt es infolge der Entwicklung der allgemeinen Lage **überhaupt für nötig, näher an Deutschland** heranzurücken. **In Genf nämlich** bemühte sich seit dem 20. Mai der englische Lordsiegelbewahrer Eden unablässig, zwischen Italien und Abessinien zu vermitteln. Mussolini aber blieb stark und unnachgiebig, drohte mit seinem Austritt aus dem Völkerbunde, während die italische Presse die englische Regierung beschuldigte, sie betätige sich militärisch in den abessinischen Bergbaugebieten, sie lege Landeplätze für Flugzeuge und ein militärisches Eisenbahnnetz in Abessinien an. Die *Tribuna* bezeichnete die englischen Stimmen, die Vermittlung und Vergleich wünschten, geradezu als "unerträgliche Heuchelei". Noch am Nachmittag des 24. Mai lehnte Mussolini in Genf alle Kompromisse ab: Dem Schlichtungsausschuß dürfe keine Frist zur Beendigung seiner Tätigkeit gesetzt werden; der Völkerbundsrat dürfe nicht automatisch mit dem Streitfall befaßt werden, wenn die Schlichtung mißlänge; jede Berufung auf Artikel 5 des italisch-abessinischen Abkommens, der jede militärische Gewaltanwendung ausschließt, sei unstatthaft. Der Völkerbund mußte Mussolini sehr weit entgegenkommen, er mußte das Dreimächteabkommen von 1906 und die italisch-abessinische Übereinkunft vom 2. August 1928 dahin auslegen, daß Italiens militärische Maßregeln in Abessinien während der Dauer der Schlichtungsverhandlungen nicht als Bedrohung des Friedens anzusehen seien. Der Völkerbund mußte weiter anerkennen, daß er nicht in die Schlichtungsverhandlungen eingreifen wolle, sondern nur über

deren Gang auf dem Laufenden gehalten sein wolle, er mußte schließlich für diese Schlichtungsverhandlungen noch drei Monate bewilligen, sie also auf den 25. August befristen.

Nachdem der Völkerbundsrat all dies in den frühen Morgenstunden des 25. Mai zugestanden, mit andern Worten also: Mussolini für eine gewisse Zeit völlig freie Hand zur Durchführung seiner Militärvorbereitungen gegeben hatte, gab der Duce seine Zustimmung. Beide Parteien, Abessinien und Italien, verpflichteten sich, in dieser Zeit, bis zum 25. August, nicht zum Krieg zu schreiten. Der Duce hatte das ganze elende Scheinmanöver von Genf in sich selbst zusammenbrechen lassen, allerdings hatten sich dadurch auch **seine Beziehungen zu England doch wesentlich verschärft**. Wenn auch Mussolini in jener Zeit nicht gerade ausgesprochene kriegerische Absichten durchblicken ließ, sondern wohl einer friedlichen Lösung zugänglicher als bisher schien, so schmerzte die Engländer doch aufs empfindlichste **die italische Schroffheit und die demonstrative Ausschaltung des Völkerbundes**, die nur dazu dienen konnte, diese Organisation in den Augen der Welt noch weiter herabzusetzen. Die Engländer wollten aber doch im Hinblick auf Deutschland gerade das Gegenteil!

Die Führerrede wie die Entwicklung von Genf gaben den Ausführungen, die **Mussolini am Nachmittag des 25. Mai in der Kammer** machte, das Gepräge. Er ging von der französisch-italischen Kolonialverständigung, die ein Kapitel der Nachkriegszeit geschlossen habe, aus, erwähnte dann die französisch-englische Aussprache in London, um weiter zuzugeben, daß **mit dem Vorgehen Deutschlands vom 16. März eine vollendete Tatsache geschaffen worden sei, die nicht mehr widerrufen werden könne**. Bekanntlich habe Italien gegenüber einer teilweisen Aufrüstung Deutschlands nichts einzuwenden gehabt, ein Verteidigungsheer von 300 000 Mann habe es für Deutschland durchaus annehmbar gehalten. Aber jetzt nach dem Schuldigen zu suchen, sei genau so zwecklos als von Abrüstung zu sprechen. Er halte sogar eine Beschränkung der Rüstungen oder ein Verbot gewisser Kriegsmethoden für unmöglich. Zur **Donaukonferenz** werde Italien auch Deutschland einladen. **Der französisch-russische und der russisch-tschechoslowakische Pakt** hätten das Gleichgewicht der Kräfte verlagert. Hitlers dreizehn Punkte könnten als Ganzes weder abgelehnt noch angenommen werden, man müsse darüber verhandeln. **Die einzige Frage, welche die deutsch-italischen Beziehungen belaste, sei die österreichische Frage**. Das Problem der österreichischen Unabhängigkeit sei ein österreichisches und ein europäisches Problem und als europäisches Problem wiederum ganz besonders, wenn auch nicht ausschließlich, ein italisches Problem. Italien könne nicht an seiner Bewegungsfreiheit gehindert werden, indem es versteinert am Brenner stehen bleibe. Über Abessinien sagte der Duce, daß das in Genf beschlossene Verfahren nur auf dem Zwischenfall von Ual-Ual beschränkt bleiben müsse. Böswillige Gegner regten sich über Italiens Maßnahmen auf. Niemand dürfe sich täuschen, daß man aus Abessinien im Falle europäischer Schwierigkeiten eine gegen Italien gerichtete Pistole machen könne, aber Italien werde die Verantwortung übernehmen.

Der Ton dieser Rede gegenüber dem Reiche war erheblich freundlicher und ruhiger, als man ihn sonst seit zehn Monaten gewöhnt war. Hier war nichts mehr vom Geiste des Protestes (21. März), vom Geiste Stesas und Genfs zu spüren. **Ich sage ausdrücklich, daß dieser Wechsel nicht bloß auf die Genfer Vorgänge zurückzuführen ist**, trotzdem sie natürlich mit dazu beigetragen haben, sondern vor allem auch darauf, **daß dem Duce infolge der Worte Hitlers Bedenken gekommen sind über seine Bundesgenossenschaft mit Frankreich, das den Bolschewismus zum Freunde hat**. *Le Temps* konnte nämlich schon am 23. Mai berichten, daß der französisch-sowjetrussische Pakt dazu beigetragen habe, wenn die Führerrede in Italien günstig aufgenommen worden sei. Maßgebende italische Kreise hielten den starken Einfluß für eine Gefahr, den Sowjetrußland in einem großen Teile Europas auszuüben beginne. "Italien", habe ein hoher faschistischer Beamter dem römischen Berichterstatte des *Temps* erklärt, "hat nicht Krieg gegen Österreich geführt, um es durch eine sehr viel stärkere Macht ersetzt zu sehen." Der *Temps* zog aus der weltanschaulich betonten Haltung der italischen Presse den Schluß, daß zu guter Letzt Deutschland und Italien durch ihre Regierungsform ständig verbunden bleiben würden.

Frankreich empfand es bitter, daß in London wie in Rom die Rede des Führers so tiefen Eindruck hinterließ. Übrigens machte sie einen solchen auch auf den größten Teil des französischen Volkes. Der französische Rundfunk hatte tagelang vorher über sämtliche Sender Hitlers Rede als das größte Ereignis verkündet. Die Franzosen waren überrascht, daß das starke Deutschland Frankreich die Hand zum Frieden bot, ohne Hintertüren, ohne Einschränkungen. In Laval's nächster Umgebung verbreitete sich die Meinung, daß jetzt keine Tür mehr verschlossen sei, daß die große Rede des Führers ein entscheidender Beitrag zur europäischen Friedenssicherung sei, indem sie Deutschlands dreizehn Punkte zur Grundlage von Verhandlungen mache, die um so aussichtsreicher seien, als deutscherseits jede Überraschung ausgeschlossen sei. (*Mitteldeutsche Nationalzeitung*, 1935, Nr. 126, 26. Mai, Seite 3.) Auch in einem sehr großen Teile der französischen Presse spiegelte sich der unmittelbare günstige Eindruck der Hitlerrede wider.

Aber schon bald setzte das Störungsfeuer jüdischer und militärischer Kreise ein, das noch besonders aus den Reihen der Volksfront verstärkt wurde; denn für diese Leute gab es kein Paktieren mit Deutschland. Laval fügte sich diesen Strömungen. Es mußte als **eindeutige Demonstration gegen Hitler aufgefaßt werden, daß die französische Regierung am 24. Mai dem Dreizehnerausschuß für die Prüfung wirtschaftlicher und finanzieller Sanktionen im Falle künftiger Vertragsverletzungen laut Entschließung vom 17. April eine Denkschrift einreichte, die in äußerst scharfer Weise sogenannte "Vertragsverletzungen" bereits als "Kriegsdrohung" behandelt wissen wollte!** –

Am 29. Mai nahm der **österreichische Bundeskanzler Dr. Kurt von Schuschnigg** Stellung zur Führerrede vor dem Bundestag. Er bemerkte zunächst, daß es den 1734 politischen Gefangenen (darunter 531 in Wöllersdorf) gut gehe, daß von ihnen weder Klagen noch Beschwerden wegen barbarischer Behandlung erhoben worden seien. Er sagte weiter, daß der österreichische Nationalsozialismus eine innerstaatliche Angelegenheit sei, auf die das reichsdeutsche "Gesetz zur Sicherung der Einheit von Staat und Partei" keinerlei Einfluß habe. Er stellte ferner fest, daß Italien niemals auch nur den leisesten Versuch einer innerpolitischen Einmischung in Österreich unternommen habe, daß die Fabel von der politischen Abhängigkeit in den Bereich tendenziöser Erfindungen gehöre. Auch an einer Volksabstimmung, die so gern von den Nationalsozialisten gewünscht werde, sei nicht zu denken.

"Wir hatten eine Volksabstimmung am 25. Juli und auch an den nachfolgenden Tagen und beim Leichenbegängnis des Führers und auf dem Wiener Heldenplatz und seither Sonntag für Sonntag landauf, landein. Das Ergebnis bleibt: Das freie, nach allen Seiten unabhängige Österreich!"

Schuschnigg bedauerte die angespannten Beziehungen zum Reiche, betonte aber zugleich seine Befriedigung über die Führerrede. Österreich sei gern bereit, in eine ehrlich gebotene Friedenshand einzuschlagen. Für eine Normalisierung der Beziehungen beider Länder bleibe die rückhaltlose Anerkennung der Berechtigung Österreichs, über sein Schicksal frei und ohne offene oder versteckte Einflußnahme von Faktoren außerhalb seiner Grenzen entscheiden zu können. Drei Dinge fordere Österreich für sich: die grundsätzlich gleiche Behandlung, die Zuerkennung grundsätzlich gleichen Rechtes und die Anerkennung der gleichen Ehre. Über alles andere kann man mit den Österreichern reden, über diese drei Punkte niemals! –

Betrachtet man das Verhältnis des Reiches zu den großen Mächten Europas Ende Mai 1935, dann läßt sich erkennen, daß zu keiner Zeit der Nachkriegsgeschichte eine so günstige und vorurteilslose Beziehung Deutschlands zu Großbritannien bestand wie gerade jetzt. Die Spannung, die seit Ende Juli 1934 zwischen dem Reiche Adolf Hitlers und dem Italien Mussolinis bestand, zeigte Anzeichen der Lösung. Vom deutschen Standpunkte aus gesehen erschien in Umrissen eine britisch-deutsch-polnisch-italische Gemeinsamkeit der Interessen, deren Schwerpunkt der Antibolschewismus war. Diese Interessengemeinschaft, wenn auch zunächst weltanschaulich nur angedeutet, doch noch nicht politisch geformt, ja, politisch durch die neu auftretenden Genfer Gegensätze zwischen Italien und England sogar noch belastet, umschloß

in sich die zuversichtliche Gewähr des Friedens gegen bolschewistische Verwirrungsversuche, wenn es ihr eines Tages gelingen sollte, zur herrschenden politischen Idee in Großbritannien sowie in Italien zu werden. Es ist das Verdienst des deutschen Führers, durch seine taktvolle Entschlossenheit Europa durch alle Klippen des Ostpaktes, des Londoner Kommuniqués, der Konferenz von Stresa, der Genfer Entschließung, des Sowjetpaktes auf den Weg seiner Zukunft gewiesen zu haben. Darin ruht die weltgeschichtliche Bedeutung des 21. Mai 1935.

Anlagen.

1.

Die geistig-weltanschauliche Vorbereitung des französisch-sowjetrussischen Bündnisses durch Juden und Freimaurer; Berichte und Protokolle.

"Am Mittwoch, dem 10. Mai 1933, fand eine außerordentliche Sitzung der Freimaurerloge, *La Fraternité du Peuple* unter dem Vorsitz von Gaston Bergerie, Mitglied der Abgeordnetenkammer und bekanntes Mitglied der Auswärtigen Kommission, statt. Die Sitzung war besonders stark besucht, da an ihr eine große Anzahl deutscher Freimaurer, Marxisten und aus Deutschland nach Frankreich geflüchteter Juden teilnahmen. Außerdem war der polnische Botschaftsrat Milstein (Jude) zugegen, der sich vor kurzer Zeit der Mitgift wegen mit der Nichte des Pariser Barons Rothschild verheiratet hat.

Bergerie erstattete eingehenden Bericht über die Lage in Deutschland. Er begann mit der Darstellung des schweren Kampfes des alten Freimaurergeistes auf Deutschlands Boden mit einem erbiterten Feind, einem Gegner, der mit zäher Energie bis zum endgültigen Sieg für seine Prinzipien zu kämpfen bereit ist. 'Der Klerikalismus', sagte Bergerie, 'gegen den sich früher unsere Waffen richteten, war für uns in letzter Zeit kein gefährlicher Gegner mehr, da es uns durch erfolgreiche Manöver gelungen ist, den Geist des befehlenden Oberhauptes eben dieses Feindes zu zersetzen. Die Hauptstützpunkte des Vatikans haben wir längst erobert, und nur die Befürchtung, ein noch gefährlicherer Gegner würde den Platz einnehmen, hielt uns von der vollständigen Vernichtung dieses Feindes ab. Jetzt beginnen diese unsere Befürchtungen reale Formen anzunehmen: Auf Deutschlands Boden sind die alten bösen Geister des finsternen Germanismus erwacht, Brunhildens Ruf und Wodans Schatten bedrohen unsere leuchtenden Prinzipien der 'großen Revolution', aus welcher unsere Bewegung hervorgegangen und gewachsen ist. Angesichts dieser Gefahr gilt es ein für allemal, innere Zwistigkeiten einzelner Abteilungen der Freimaurerbewegung verschiedener Rituale und Länder einzustellen. **Die große Loge 'Schottischen Rituals' begrüßt uns aus England aufs herzlichste und stellt ihre Hilfe unserm Großen Orient im Kampfe gegen den wilden Germanismus und seinen Kultus zur Verfügung. Sämtliche Mitglieder der Großen Loge, die in England Regierungsstellen innehaben, haben zugesagt, mit feindlichen Erklärungen gegen Deutschland aufzutreten, auf keinen Fall die Verwirklichung der Gleichberechtigung in der Rüstungsfrage zuzulassen, ja, bei dem geringsten Versuch, dieselbe zu erlangen, die Frage der Sanktionsanwendung gegen Deutschland aufzuwerfen, sogar einen Präventivkrieg heraufzubeschwören, wenn die Verhältnisse hierzu günstig liegen.** Der Germanismus soll für immer niedergerungen werden, das Reich zerstört, in unzählige einzelne kleine Länder zerrissen werden, denn nur in einer Zergliederung Deutschlands liegt die Rettung des Freimaurertums. **Unsere linken Brüder in Sowjetrußland, die zeitweise nicht gewillt waren, mit uns konform zu gehen, haben sich besonnen, und wir haben es unseren unzähligen früheren Mitgliedern in diesem großen Reich zu verdanken, daß an dem Straffeldzuge des Weltgeistes der Humanität und der Brüderlichkeit gegen das Deutschland des Hasses unsere linken Moskauer Freunde teilnehmen. Br. Radek, früheres Mitglied des Großen Orients, berichtet persönlich in einem Brief, daß die Regierung Sowjetrußlands in engstem Kontakt mit der Weltfreimaurerbewegung bleiben will, und ersucht, unsern Einfluß auf die amerikanischen Brüder in der Hinsicht auszuwirken,**

Rußlands Anerkennung durch die Regierung Roosevelts und den Schutz russischer Territorien vor den räuberischen Japanern (geheime Verbündete des Germanismus) zu erlangen. Es ist unsere moralische Pflicht, unseren russischen Brüdern zu helfen, im Verein mit ihnen schlagen wir in kurzer Zeit alle unsere Feinde..."

Dieser Bericht (Bergeries) gelangte am 13. Mai in einer gemeinsamen Versammlung folgender Logen zur Verlesung: La Fraternité du Peuple, l'Action, l'Étude, Union de Belleville, Voltaire, L'Alliance, Cosmos, Jean Jaurès, Telem, Locarno, Internationale Le Droit Humain und Ernest Renan. Der Bericht wurde von allen Anwesenden mit großem Beifall aufgenommen, **die Mitglieder der Loge Internationale, die zu den äußersten Linken zählen, gaben die eidesstattliche Versicherung ab, daß sie den Kampf gegen alle diejenigen aufgeben, die gewillt sind, mit ihnen den Germanismus bis zum endgültigen Sieg niederzuringen, und daß sie alles daransetzen werden, Sozialisten, Anarchisten und Kommunisten zu bewegen, an einem gemeinsamen Feldzug teilzunehmen...**

Am 14. Mai sprach in einer Versammlung der Loge "Polarstern" ein gewisser Lucien Llorca, Mitarbeiter der bolschewistischen Zeitung *Monde*, die von Henri Barbusse herausgegeben wird. Llorca stellte folgende grundsätzliche These auf: **Die Logen, die alle radikalen und sozialistischen Elemente Europas in sich vereinigen, müssen die Führung aller dieser Elemente an sich reißen.** Llorca klagte die deutsche Sozialdemokratie an, die ihr ganzes revolutionäres Gepäck verloren habe und zum Agenten des deutschen Faschismus wurde. **Er berichtete weiter, daß Barbusse einen Brief von Stalin erhalten habe, in dem dieser von der Notwendigkeit einer Zusammenfassung aller kommunistischen und sozialistischen Elemente spricht, um von den andern Ländern Hilfe für Sowjetrußland zu erlangen, welches das einzige Bollwerk gegen die deutsche faschistische Woge bilde. Stalin schreibt an Barbusse, daß, falls eine Koalition zustande komme, Sowjetrußland mit großer Freude an dem Kreuzzug gegen das neue faschistische Deutschland teilnehmen werde.** Ferner führte Stalin aus, daß alle revolutionären pazifistischen Elemente ihren Kampf gegen die für Deutschland ungünstigen internationalen Verträge einstellen müssen, um eine gemeinsame Front gegen jegliche Konzessionen an Deutschland zu bilden. Der Bericht Llorcas wurde von der Versammlung eingehend erörtert und das Ergebnis war **eine Resolution, in der von allen Freimaurerelementen die unverzügliche Einstellung aller zwecklosen Zwistigkeiten gefordert wird, um als Vermittler in der Zusammenfassung aller Kräfte, auch der Kommunisten, im Kampfe gegen Deutschland aufzutreten. In der Resolution wurde ausdrücklich die Notwendigkeit einer Hilfe für die Regierung Sowjetrußlands festgelegt, weil diese den stärksten und zu allem bereiten Feind des heutigen Deutschlands darstelle. Die Resolution begrüßt daher die französisch-russische Annäherung und besteht darauf, daß alle Freimaurer für eine finanzielle Hilfe Frankreichs an Moskau eintreten."**

2.

Aus der Rede des Stellvertreter des Führers, Rudolf Heß, in Königsberg, den 8. Juli 1934:

Wir Frontkämpfer wollen nicht, daß wieder eine unfähige Diplomatie uns in eine Katastrophe hineinstolpern läßt, deren leidtragende wiederum Frontkämpfer sind. Wir Soldaten auf allen Seiten fühlen uns frei von der Verantwortung für den letzten Krieg. Wir wollen gemeinsam kämpfen, eine neue Katastrophe zu verhindern. Wir, die wir gemeinsam im Kriege zerstörten, wollen gemeinsam bauen am Frieden: Es ist höchste Zeit, daß endlich eine wirkliche Verständigung zwischen den Völkern erzielt wird. Eine Verständigung, die auf gegenseitiger Achtung fußt, weil sie allein von Dauer sein kann – auf einer Achtung, wie sie ehemalige Frontsoldaten untereinander auszeichnet...

Wer am Weltkrieg teilnahm, hat eine Vorstellung von dem, was ein moderner Krieg heute mit seinen vervollkommenen Waffen bedeuten würde...

Vielleicht fragt man mich: Warum erhebst du deine Stimme erst heute? Warum schwiegst du die vergangenen Jahre? Ich will die Antwort geben: weil meine Stimme sich in Deutschland vermischt hätte mit den Stimmen von Verrätern am eigenen Volke – mit den Stimmen derer, die einst den deutschen Frontkämpfern in den Rücken fielen – mit den Stimmen derer, die den Frontsoldaten besudelten und den Drückeberger lobten – mit den Stimmen derer, die die Ehre meines Volkes preisgaben – mit den Stimmen derer, die deutscherseits den Versailler Vertrag auf dem Gewissen haben. Ich wollte nicht an ihrer Gesellschaft teilhaben.

Heute darf ich reden, weil ein Mann meines Volkes die Ehre dieses Volkes vor der Welt wiederhergestellt hat. Heute darf ich reden, weil dieser Mann die Verräter an diesem Volke zum Schweigen gebracht hat. Heute darf ich reden, weil die Welt weiß, daß ein nationalsozialistischer Kämpfer kein Feigling ist. Heute darf ich reden, weil der Führer meines Volkes selbst der Welt die Hand des Friedens entgegenstreckt. Heute darf ich reden, weil der Tapfersten einer, Adolf Hitler, mich davor bewahrt, mißverstanden und mit Feiglingen auf eine Stufe gestellt zu werden. Heute muß ich reden, weil ich damit den Mann stütze, der versucht, die Welt im letzten Augenblick vor der Katastrophe zu bewahren. Heute erhebe ich meine Stimme, weil ich gleichzeitig die Welt warnen will, das Deutschland von heute, das Deutschland des Friedens zu verwechseln mit dem Deutschland von einst, dem Deutschland des Pazifismus...

Die Frontkämpfer wollen den Frieden. Die Völker wollen den Frieden. Deutschlands Regierung will den Frieden. Und wenn uns Worte maßgeblicher Vertreter der französischen Regierung von Zeit zu Zeit ans Ohr klingen, die wenig dem Geist der Verständigung entsprechen, so geben wir die Hoffnung nicht auf, daß trotz alledem auch Frankreichs Regierung den Frieden will. Wenn das französische Volk zweifellos Frieden wünscht, so haben wir die Überzeugung, daß darüber hinaus selbst Frankreichs Regierungen keinen Krieg mit Deutschland wollen. Und wenn maßgebliche französische Vertreter nicht die Sprache des französischen Volkes und seiner Frontkämpfer sprechen, so dürfen deren Reden nicht einmal als Sinneskundgebung der Führung Frankreichs gewertet werden. Ein Franzose, der Volk und Politik seines Landes genau kennt, meinte zu mir: "Habt Mitleid mit uns, wir regieren noch mit dem Parlamentarismus". Er wollte damit sagen, daß Staatsmänner vielfach gezwungen sind, in ihren Reden nicht das zu sagen, was sie denken, sondern das, was Parlamentsmehrheiten zu hören wünschen. Parlamentsmehrheiten aber sind, wie wir wissen, nicht Meinungsvertreterinnen des Volkes, sondern vielmehr Interessenvertretungen wirtschaftlicher und sonstiger Kräfte...

Wahrhafter Friede und wirkliches Vertrauen zwischen den Völkern ermöglichen die Herabsetzung ihrer Rüstungen, die einen großen Teil des Einkommens der Völker und somit der einzelnen Volksgenossen heute beanspruchen. Immer wieder hat es Adolf Hitler betont, daß Deutschland lediglich Gleichberechtigung auf allen Gebieten einschließlich denen der Rüstung wünscht. Nach Erzielung einer solchen Verständigung zwischen Deutschland und seinen Nachbarn kann Deutschland sich um so leichter mit dem Mindestmaß an Rüstung begnügen, welches nötig ist, um seine Sicherheit und damit den Frieden zu garantieren. Denn ein praktisch wehrloses Land stellt eine Gefahr für den Frieden dar; seine Wehrlosigkeit verleitet nur zu leicht zu risikolosen Spaziergängen fremder Heere. Waffenlosigkeit eines einzelnen Volkes inmitten schwer gerüsteter Völker kann der Anreiz sein für ehrgeizige Männer, billige Lorbeeren zu erringen, kann der Anreiz sein für Regierungen, das eigene Volk abzulenken durch das außenpolitische Abenteuer eines Krieges...

Die Frontkämpfer in der Regierung Deutschlands wollen ehrlich Frieden und Verständigung. Ich appelliere an die Frontkämpfer in anderen Staaten ebenso wie an die Gutwilligen in den Regierungen dieser Staaten, uns in diesem Ziele zu unterstützen...

Die alten Soldaten der Front und die jungen Kämpfer für ein freies, stolzes und friedfertiges Reich grüßen den Frontkämpfer und ihren Führer Adolf Hitler. Grüßen wir alle ihn zugleich als den Kämpfer für den Frieden!

(Nach: ***Des Führers Kampf um den Weltfrieden***. Zentralverlag der NSDAP 1936, **Seite 74–80**.)



3.

Die deutsche Reichsregierung über den Ostpakt. 10. September 1934.

Die deutsche Reichsregierung hat nach sorgfältiger Prüfung des bekannten Planes eines sogenannten Ostpaktes die beteiligten Regierungen nunmehr über ihre Stellungnahme unterrichtet.

Wie man weiß, handelt es sich bei dem vorgeschlagenen neuen Sicherheitssystem in Osteuropa vor allem um die Verpflichtung der acht Paktteilnehmer, nämlich Deutschlands, der Sowjetunion, Polens, Litauens, Lettlands, Estlands, Finnlands und der Tschechoslowakei zur automatischen gegenseitigen militärischen Unterstützung im Kriegsfall. Außerdem soll die Sowjetunion eine Garantie für den Rheinpakt von Locarno und Frankreich eine Garantie für den Ostpakt übernehmen. Diese Garantien sollen sich eventuell auch zugunsten Deutschlands auswirken. Das ganze System setzt die Zugehörigkeit der Teilnehmerstaaten zum Völkerbund voraus und will diese Staaten auch in gewissen grundlegenden Fragen der europäischen Politik zu einer bestimmten Haltung im Völkerbund verpflichten.

In ihren Bemerkungen über diese Projekt hat sich die deutsche Regierung grundsätzlich dahin ausgesprochen, daß sie keine Möglichkeit sieht, einem derartigen internationalen Vertragssystem beizutreten, solange ihre Gleichberechtigung auf dem Gebiete der Rüstungen noch von gewissen Mächten in Zweifel gezogen wird. Der gleiche Gesichtspunkt ist auch für die Frage des zukünftigen Verhältnisses Deutschlands zum Völkerbund maßgebend.

Was die vorgesehene militärische Unterstützung der Paktteilnehmer anlangt, so hat die deutsche Regierung dargelegt, daß sich der Verwirklichung dieser an die Sanktionsbestimmungen des Völkerbundsstatuts anknüpfenden Gedanken bisher bei allen internationalen Verhandlungen unüberwindliche Schwierigkeiten entgegengestellt haben. Deutschland, dessen zentrale Lage inmitten hochgerüsteter Staaten zu besonderer Vorsicht zwingt, kann keine Verpflichtung auf sich nehmen, die es in alle im Osten mögliche Konfliktfälle hineinziehen und zum wahrscheinlichen Kriegsschauplatz machen würde. Für die in dem Paktsystem vorgesehenen Sondergarantien Frankreichs und der Sowjetunion liegt kein reales politisches Bedürfnis vor. Deutschland kann jedenfalls von solchen Garantien keinen Vorteil für sich erwarten.

Die deutsche Regierung glaubt, daß andere Methoden der Friedenssicherung mehr Erfolg versprechen. Im allgemeinen würde sie dabei zweiseitigen Verträgen den Vorzug geben. Sie lehnt aber auch mehrseitige Verträge nicht ab. Nur müßte der Schwerpunkt dabei nicht auf die automatische militärische Unterstützungspflicht im Kriegsfall, sondern auf die Nichtangriffsverpflichtung und auf die Verpflichtung der an einem Konflikt interessierten Mächte zur Konsultation gelegt werden. Diese Verpflichtungen ließen sich im Sinne friedlicher Kriegsverhütungsmaßnahmen sehr wohl zu realen Friedensgarantien ausgestalten, ohne daß damit die Gefahr von ernstern Komplikationen verbunden wäre, wie sie der jetzt von den anderen Mächten vorgeschlagene Unterstützungspakt sicherlich zur Folge haben müßte.

4.

Louis Barthou.

Am 23. April 1936 wurde Claude Farrère, der phantasiereiche Schriftsteller und Schöpfer zahlreicher spannender Abenteuerromane, in die *Académie Française*, und damit in den Kreis der Unsterblichen aufgenommen. Bei dieser Gelegenheit hielt er eine Rede über Louis Barthou, dessen Sitz er einnahm. Diese Rede zeigt uns, wie sehr Barthou geradezu zum Symbol der Geschichtsbetrachtung bestimmter Kreise des französischen Volkes geworden ist. Im folgenden gebe ich einen Auszug aus dieser Rede, soweit sie sich mit den Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich beschäftigt.

Louis Barthou war 1862 in der kleinen Pyrenäenstadt Oloron-Ste-Marie als Soldatenkind geboren,

erhielt trotz der Armut seiner Eltern in Pau eine sorgfältige Erziehung. Der lebhafte und fleißige Knabe bewies schon früh eine Vorliebe für Dichtkunst und Musik, die ihn sein ganzes Leben hindurch begleitete. Er studierte in Paris, wurde Advokat und Journalist, "*quels plus sûrs marchepieds pour accéder à la tribune parlementaire*"? Im September 1889 wurde er Deputierter von Oloron, und fünf Jahre später berief Ministerpräsident Charles Dupuy den erst Zweiunddreißigjährigen als Minister der öffentlichen Arbeiten in seine Regierung. Mehr als zweiundvierzig Jahre stand Barthou jetzt im Dienste einer Politik, die in der Vernichtung Deutschlands den eigentlichen Sinn ihres Daseins sah. Er ist im Bunde der unversöhnlichen Deutschenhasser Clemenceau und Poincaré der dritte. Ihm kam ein bedeutender Anteil des Verdienstes zu, als 1913 die Kammer die 1905 abgeschaffte dreijährige Dienstzeit wieder einführte.

Interessant sind hier Farrères Geschichtsbetrachtungen:

"La France, en effet, passionnée de paix, de quiétude et d'insouciance, avait, dès 1905, au milieu d'une joie qui éclatait, réduit de trois à deux ans la durée de service militaire des recrues. Les défaites de 1870, l'amputation de 1871 étaient alors oubliées, chez nous, d'à peu près tout le monde. (!) Et pas un Français n'eût en tout cas imaginé de recourir à la guerre pour ressaisir ces deux provinces: l'Alsace et la Lorraine, arrachées pourtant de notre chair vive, et qui ne se résignaient pas à vivre sous le joug allemand. Mais, si la France était pacifique, et pacifique jusqu' à l'imprudence (!), d'autres nations ne l'étaient pas. La violente concurrence industrielle, commerciale et maritime que l'Allemagne faisait à l'Angleterre menaçait toute l'Europe d'un conflit qui pouvait certes être retardé, mais difficilement évité. L'Angleterre, inquiète et attentive, s'était rapprochée de la Russie et de la France, déjà liées l'une à l'autre par une alliance défensive. Mais l'Allemagne, plus irritée qu' effrayée par ces diverses précautions qu'elle voyait bien que ses principales voisins prenaient contre elle, commença des 1911 à considérablement augmenter son armée, quoiqu'elle fût déjà, et de loin, la plus puissante des armées de l'Europe, tant par le nombre efficace que par un matériel redoutable et par la plus parfaite organisation. Les effectifs allemands dépassèrent les nôtres d'à peu près trente-cinq pour cent au début de 1913."

Und da ist es Barthou gewesen, der als Ministerpräsident die für Frankreich drohenden Gefahren "*pour le salut de la nation*" erkannte und die dreijährige Dienstzeit durchsetzte, unter Hinweis auf die angeblichen Heeresvermehrungen der Nachbarstaaten. Trotz allem Rüstungseifer aber finden wir bei Barthou den spezifisch (süd-)französischen Charakterzug, den Farrère in folgende Worte faßt:

"La supériorité du pouvoir civil sur le pouvoir militaire est pour tout gent parlementaire article de foi, non pas seulement, quand il s'agit de gouverner le pays, mais même quand il est simplement question d'éducation et de courtoisie."

Wenn Frankreich heute noch eine faire Nation ist, glaubt Farrère behaupten zu können, so haben wir das zu einem sehr großen Teile Louis Barthou zu verdanken!

Barthou irrte sich nur in der Zeit. Jetzt folgt wieder die typische Geschichtsauffassung, welche unentwegt die französische Politik beherrscht:

*"In der Tat war es bereits zu spät und das deutsche Kaiserreich hatte einen zu großen Vorsprung, als daß irgendwelche Maßnahmen von unserer Seite imstande gewesen wären, seine längst gefaßten Pläne umzustößen. Man erinnere sich an verschiedene Vorfälle, durch die Deutschland unsere Geduld zu erschöpfen und die alte, wohlbekannt gallische Eigenliebe (*le vieil amourpropre gaulois, trop connu*) zur Verzweiflung zu treiben versuchte. Am 3. April landete ein Zeppelin bei Luneville, am 19. ein preußischer Doppeldecker bei Arracourt, zwischendurch provozierten deutsche Touristen in Nancy einen Skandal, etwas später kam es in Zabern zu einem anderen, schlimmeren Skandal. *La gallophobie était, outre-Rhin, à la mode. Et, avant que Louis Barthou eût arraché, combien péniblement, sa loi de trois ans aux**

Chambres françaises, le Reichstag, lui, avait voté en une seule séance, et sans discussion, un texte bref qui augmentait l'armée impériale de 150 000 hommes."

Und dann kommt die alte Mär: "Und Deutschland entfesselte den Krieg von 1914. Einen Vorbeugungs- oder Präventivkrieg, wie man östlich des Rheins vorgab. *Quos vult perdere...*" (Wen Gott vernichten will, den schlägt er mit Blindheit.)....

Jetzt kommt auch für Barthou ein schwerer Augenblick: Am 14. Dezember 1914 fällt sein einziger Sohn, als achtzehnjähriger kriegsfreiwilliger Husar, bei Thann im Elsaß. Wie Farrère berichtet, hat Barthou diesen schweren Schlag sein ganzes Leben hindurch nicht mehr verwunden; er war entschlossen, der Politik den Rücken zu kehren. Aber sein Lebenswille und Tatendrang lassen ihn bald wieder aus seiner Muse heraustreten. Er wird Mitglied des Kriegsrates, 1916 ist er an der italischen Front, im verhängnisvollen Frühjahr 1917 ist er kurze Zeit Außenminister:

"On le vit, la victoire remportée (1919), rapporteur général devant la Chambre du traité de Versailles. Et il ne négligea pas, alors, de signaler la terrible fragilité d'un texte élaboré par des gens, à qui la science diplomatique manquait cruellement et la science géographique aussi."

Barthou ist es, der in der Folgezeit nicht scharf genug den Versailler Vertrag durchführen kann, er führt die französische Abordnung in Genua, er tritt an die Spitze der Reparationskommission. Fünfzehn Jahre lang stand sein politisches Werk unter einem Gesichtspunkt:

"L'histoire de l'Allemagne nous prouve ce que prouvent la patience, le travail et l'union patriotique. Elle est une leçon de courage et de confiance. Puissé-je, en rentrant en France, ne pas lui opposer une fois de plus le spectacle des divisions qui affaiblissent et qui tuent."

"Er hatte die wahre Quelle unserer dauernden Katastrophen und zahllosen Schicksalsschläge sehr wohl erkannt und jetzt war er dabei, alles wiedergutzumachen, alles wiederherzustellen, zuvor die Größe des französischen Namens", meint Farrère.

Die Bemerkungen, die Farrère über die Zeit von 1932 an macht, sind sehr beachtlich. Er bezeichnet die französischen Staatsmänner als verrückt, sie hätten keinen Teil gehabt an dem Siege von 1918 und wären drauf und dran gewesen, durch Verzicht und Preisgabe die Früchte der verzweifelten Anstrengungen der Nation zu opfern. Das Ergebnis war:

"Notre quai d'Orsay, mal dirigé, mal inspiré, mal renseigné, manoeuvra, en effet, si fâcheusement que dès la fin de 1933 la guerre étrangère et la guerre civile ensemble étaient à nos portes. Il n'ya telles gens que les pacifistes, on le sait trop, pour jeter d'emblée le monde vers les pires massacres, au nom de la paix universelle."

Zu den inneren Schwierigkeiten kamen die äußeren:

"Des grandes nations réellement victorieuses de cette guerre qui avait changé la face du monde, une, l'Amérique, s'était depuis longtemps détournée des affaires européennes, mal compréhensibles pour elle, et une autre l'Angleterre, avait recommencé de croire, qu'un splendide isolement est, en dépit des aviations présentes et futures, le meilleur gage de sécurité qu'un peuple insulaire puisse obtenir dans notre Europe changeante et fiévreuse. Restait sans doute l'Italie. Mais cette Italie, notre vraie soeur de sang et d'esprit, notre alliée perpétuelle d'intérêt comme d'instinct, des politiciens fâcheux, aveuglés par le pire esprit destructeur, l'esprit de parti, avaient pris à coeur de la blesser dans ses susceptibilités les plus légitimes, de la railler hors de toute justice, de la harceler hors de tout propos. Nous nous trouvions donc isolés autant que l'Angleterre, et non splendidement, mais périlleusement, et sans même avoir compris que nous l'étions."

Zu seinem eigenen Unglück sah das französische Volk selbst nicht seinen Weg in die Katastrophe, am 6. Februar 1934 floß Bürgerblut, aus den Wirren ging die Regierung Doumergue hervor, deren Außenminister Louis Barthou war. Mit Entschlossenheit und Tatkraft führte Barthou sein Amt, aber nur acht Monate. *"Mais ces huit mois furent assez pour que toute la face diplomatique de l'Europe*

s'en tronvât singulièrement changée." Vor allem gründete Barthou seine Politik auf die Freundschaft der Nachfolgestaaten, für die der Frieden von Versailles, so mangelhaft er war, eine unumstößliche Tatsache war. Er besuchte Belgien, Polen, die Tschechoslowakei, Österreich, Rumänien, Belgrad, dessen Spannung zu Italien ihm Sorge machte. Er plante, nach Rom und London zu fahren. Für Farrère war die durch Barthou eingeleitete Aussöhnung Jugoslawiens mit Italien das großartigste Friedenswerk, das Frankreich seit 1919 geleistet hatte. Es sollte beschlossen werden durch die Reise König Alexanders nach Paris. Da geschah der Mord, am 9. Oktober 1934, möglich allein durch das Versagen der Polizei. –



Paris: Beisetzung des Außenministers Barthou, Oktober 1934. Photo Scherl.

Bis hierhin Claude Farrère. Sein Nekrolog für Louis Barthou in der Akademie Française ist der politische Spiegel für einen großen Teil der älteren Generation. Der Frieden und die Sicherheit Europas sind gleichbedeutend mit dem Ruhm und der Größe Frankreichs. Dieser Staat steht überhaupt in der Mitte jeglicher Politik. Hemmungen durch Rücksichten auf andere Länder kommen nicht in Frage. An der Peripherie der Politik stehen England, Amerika und Italien. Das Recht oder Unrecht ihrer Handlungen ergibt sich aus ihrer Stellung zu Frankreich. Die Nachfolgestaaten sind Frankreichs Lieblingskinder. Ihrer gedenkt man mit besonderer Liebe. Zweierlei aber erscheint in dem rhetorischen Meisterwerk Farrères überhaupt nicht: das Deutschland Hitlers und Sowjetrußland. Neben den üblichen Phantasien über das kaiserliche Reich, die zum eisernen Bestand der französischen Geschichtsauffassung gehören, berührt Farrère das eigentliche Kernproblem, die Auseinandersetzung Barthous mit dem Dritten Reich, überhaupt nicht. Daß Barthou die Aufnahme Rußlands in den Völkerbund durchgeführt hat und der Vater des französisch-russischen Bündnisses geworden ist, wird ebenfalls mit keiner Silbe erwähnt. Man sieht daraus, wie der Zweck die Mittel heiligt: Barthou wird zum Heros der französischen Intellektuellen und Bourgeois gestempelt, indem man den dunklen Punkt seiner Politik, Sowjetrußland, mit Anstand verschweigt. Ich gebe gern zu, daß Barthou für sein Volk und sein Vaterland getan hat, was er vor seinem Gewissen für gut und richtig hielt. Als Deutscher aber bin ich der Ansicht, daß er dem allgemeinen Wohle Europas und der Sache des Friedens damit nicht gedient hat!

(Nach *Le Temps*, 24. April 1936.)



Lord Snowden charakterisierte die französische Politik vor allem Barthous in einem Aufsatz "Gerechtigkeit für Deutschland! Eine Voraussetzung für den Frieden". (Copyright by Nordeuropa-Pressedienst, Lübeck, Mitte Februar 1935):

Die Tatsache der gewaltigen Rüstungen ist weniger eine Garantie des Friedens, als eine Herausforderung zum Krieg. Es ist eine Ironie der gegenwärtigen internationalen Lage, daß gewisse Nationen die brennende Sehnsucht nach Frieden verkünden, während ihre Bestrebungen eher der Vorbereitung des Krieges dienen, als dem Bestreben, einen Ausweg zu finden und das Rad, das die Dinge zum Krieg treibt, oder den Krieg wahrscheinlich macht, zurückzudrehen. Indem diese Nationen die Politik der Kriegsvorbereitung betreiben, haben sie Militärbündnisse geschaffen, durch die die Kriegsgefahr noch mehr gesteigert wird. Der verstorbene französische Außenminister **M. Barthou war bis zu seinem Tode damit beschäftigt, eine machtvolle Verbindung europäischer Mächte gegen Deutschland zusammenzubringen**. Er hatte den Erfolg, Rußland in dieses Bündnis hereinzubringen, obgleich sicher niemals eine so seltsame Allianz entstanden ist, **als diese zwischen dem kapitalistischen Frankreich und dem bolschewistischen Rußland**. Rußlands Ziel ist die Weltrevolution, um den Weltkommunismus durchführen zu können, und diesen Gedanken stellt es nur aus taktischen Rücksichten in den Hintergrund. **Der Sinn der französisch-russischen Allianz wurde ebenso offen wie treffend von M. Archambaud**, dem Referenten des Militärbudgets, gekennzeichnet, indem er sagte: "Rußland hat eine gesunde und gut ausgerüstete Armee, die die Sowjetunion Frankreich im Falle eines Konfliktes zwischen Frankreich und Deutschland zur Verfügung stellt."

Diese überraschende Indiskretion wurde offiziell natürlich widerrufen. Aber niemand, der Kenntnis von dem hat, was zwischen M. Barthou und Rußland vorgegangen ist, kann durch dieses Dementi irregeführt werden. M. Herriot, der Führer der französischen Radikalsozialisten, hat sich aktiv daran beteiligt, diese französisch-russische Verständigung herbeizuführen.

Die französische Politik strebt auch eine schwer gerüstete englisch-französische Allianz an. Tatsächlich wird in den Reden der französischen Minister bereits angenommen, daß eine solche Verständigung schon besteht und daß Frankreich im Falle eines Krieges mit Deutschland auf die britische Unterstützung rechnen kann. Wenn diese Politik weiter Erfolg hat, könnte England in einen Krieg verwickelt werden, der mit englischen Interessen gar nichts zu tun hat.

Soll aber eine solche Katastrophe vermieden werden, so ist es notwendig, daß Englands offizielle Haltung gegenüber Deutschland eine radikale Änderung erfährt. Denn seit dem Kriege wurde Deutschland von England unfreundlich behandelt und England hat gleichzeitig die engsten Beziehungen zu Frankreich gepflegt.

Nach dem Kriege bestanden viele Möglichkeiten, die englisch-deutschen Beziehungen freundschaftlicher zu gestalten. Engländer, die in den Nachkriegsjahren Deutschland besuchten, konnten bezeugen, daß im deutschen Volke freundschaftliche Gefühle für England vorhanden sind. Deutschland blickte auf England, weil es glaubte, daß England bei der Beseitigung der Ungerechtigkeiten, die dem deutschen Volke in den Friedensverträgen zugefügt worden sind, eine Sendung zu erfüllen habe.

Die Jahre vergingen und diese Hoffnungen wurden enttäuscht. In das Herz des deutschen Volkes zog Bitterkeit ein.



5.

Rußlands Rüstungen.

Im Januar 1935 führte Tuchatschewsky, stellvertretender Volkskommissar für Volksverteidigung, vor dem Sowjetkongreß in Moskau folgendes aus:

"Die Rote Armee, die in den letzten vier Jahren auf 940 000 Mann verstärkt ist, besteht zu 49,3% aus Parteigenossen, die aus den kommunistischen Jugendverbänden kamen. Von den Regimentskommandeuren sind fast 72%, von den Divisionskommandeuren bis 90%, von den Korpskommandeuren 100% Parteimitglieder. Es sind alle Grundlagen gegeben, damit unsere Armee erstklassig ist, nicht nur im Hinblick auf ihre Bewaffnung, sondern daß die Armee diese ihre Bewaffnung kulturell richtig zu benutzen verstehe. Die Lebensfrage der Rotarmisten, Kommandeure und der politischen Arbeiter hat sich von Jahr zu Jahr verbessert... Die Gefahr eines künftigen Krieges kapitalistischer Staaten gegen Sowjetrußland steht für uns fest. Das Flugwesen ist seit dem 6. Sowjetkongreß um 330% gewachsen. Die Geschwindigkeit unserer Jagdflugzeuge und Bombenflugzeuge wurde um das anderthalbfache vermehrt und ihr Aktionsradius verdoppelt. Die Ladefähigkeit der Bomber ist verdreifacht worden. Die Tankwaffe hat seit dem 6. Sowjetkongreß folgende Vergrößerung erfahren: Kleintanks um 2475%, leichte Tanks um 760% und mittlere Tanks um 792%. Die Geschwindigkeit wurde um das drei- bis sechsfache gesteigert. Statt der vorgesehenen 1665 Millionen Rubel erreichten die Ausgaben des Volkskommissariats für Verteidigung 5 Milliarden, für 1935 sind 6,5 Milliarden Rubel für das Volkskommissariat für Verteidigung vorgesehen. Ein Krieg gegen uns wird mit verstärktem Tempo vorbereitet. Wir Rotarmisten wissen dies und bereiten uns zur Abwehr dieser Anschläge vor. Die Rote Armee wird jeden zerschmettern, der es wagen sollte, uns anzugreifen."



Bericht über eine Rede Kalinins bei der Abschlußprüfung des neuen Jahrgangs Roter Offiziere und Militäringenieur in Moskau Anfang Mai 1935:

Nachdem der Vorsitzende des Hauptvollzugausschusses der Sowjetunion, Kalinin, die Absolventen der Militärakademie zu ihrem Übergang auf die praktische Arbeit in der Roten Armee beglückwünscht hatte, deutete er u. a. darauf hin, daß die Rote Armee mit jedem Jahr wachse und sich vervollkomme. Auch die Feinde der Sowjetunion hätten allmählich begriffen, was die Rote Armee für eine Macht darstelle. Daher dürfe man in dem weiteren Ausbau dieses Machtinstruments nicht müde werden. Alle verfügbaren Kräfte, alle Energie und aller Reichtum der wissenschaftlichen Erfahrung müßten für die Entfaltung der Roten Armee aufgewandt werden.



Pressemeldung von Ende Februar 1935 über Rußlands Luftrüstungen:

Die gewaltigen Luftrüstungen Sowjetrußlands

Moskau, 23. Februar. Aus Anlaß des 17jährigen Bestehens der Roten Armee und Marine veröffentlicht die **Ossoaviachim**, die die Aufgabe hat, die militärische Ausbildung der Zivilbevölkerung durchzuführen, zahlreiche Angaben, die an Hand von Ziffern gemacht sind, über ihre Tätigkeit. Danach zählt die Ossoaviachim 13 238 000 Personen als Mitglieder. Sie besitzt **113 Flugklubs**, **2000 Segelfliegerschulen** und andere Einrichtungen. Ferner besitzt sie eine motorisierte Abteilung, die **20 000 Zellen** aufweist, sowie über **1500 Lehrschulen mit etwa 450 000 Personen**, die das Studium der Flugkunst betreiben. In einer besonderen Organisation ist die Jugend vereinigt, wo etwa 250 000 Knaben im Alter von 10 bis 15 Jahren zu Schützen ausgebildet werden. In der Ossoaviachim bestehen ferner u. a. **neun besondere Frauenfliegerschulen**, die für den Nachwuchs der Frauen in der fliegerischen Ausbildung Sorge tragen.



Rußlands Militärausgaben in Millionen Tscherwonetz Rubel:

1928/29:	850	1934:	2 873
1929/30:	995	1935:	6 500
1931:	1 100	1936:	14 815
1933:	2 264		

(nach *Völkischer Beobachter* 1936, 240, Seite 11; 27. August).



Sowjetjudäa. Der amerikanische Journalist Abbe hat den jüdischen Drahtzieher erkannt.

Der Pressephotograph der *New York Times*, James Abbe, besuchte vor nicht langer Zeit die Sowjetunion. Er berichtet darüber mit einer Offenheit, die erstaunlich ist. Ebenso erstaunlich ist, daß die



**Die Rote Armee: ein Tank.
Photo Scherl.**



**Die Rote Armee:
der Militärflugplatz von Moskau. Photo Scherl.**



**Delegierte des Kominternkongresses bei einer Kriegsübung im Oktoberlager der Roten Armee.
Photo Scherl.**

New York Times den Mut besitzt, den Bericht der Öffentlichkeit zu übergeben. James Abbe berichtet, daß die Sowjetunion vollkommen in jüdischen Händen sei. Das "Auswärtige Amt" sei durch und durch jüdisch. Von Litwinow angefangen seien alle Angehörigen seines Stabes Juden. Überhaupt sei das "Auswärtige Amt" insoferne "auswärtig", als nur ein einziger Russe darin sitze. Das andere seien Juden. Der oberste Zensor der Nachrichten, die vom Ausland nach Rußland kämen, sei der Jude Padolski. "Diesen Juden muß man studieren", schreibt Abbe, "wenn man wissen will, wer in der Sowjetunion die Macht hat. Hier könnte man einen antisemitischen Fall aufziehen." Überhaupt sei das ganze Auswärtige Amt mit allen seinen Gesandtschaften und Botschaften nichts anderes als ein System politischer Kettenwarenhäuser. Es spanne sich um den ganzen Erdball.

Dann kommt Abbe auf die Zusammenarbeit der Juden des Westens und Amerikas mit den Sowjetjuden zu sprechen.

"Ich beobachtete die Gäste in meinem Hotel. 60 Prozent von ihnen waren amerikanische Juden, die aus Rußland stammten. Sie weilten hier, um sich zu überzeugen, wie ihre Rasse eine sogenannte neue Zivilisation, wie sie den Bolschewismus beherrscht."

Von Litwinow, dem jüdischen Außenminister der Sowjetunion, schreibt Abbe, es sei richtig, daß dieser ein Waffenschieber, ein Verschwörer und Bankräuber war. Auch der bolschewistische Umsturz wäre ein Werk der Juden gewesen. Diese seien zu 75 Prozent in führender Rolle dabei gewesen.

Am Schlusse erklärt Abbe, seiner Auffassung nach werde in der Sowjetunion noch eine große Abrechnung mit den Juden kommen.

"Ich habe des öfteren Anzeichen festgestellt", schreibt er, "die mir beweisen, daß der Antisemitismus überall im Volke unter der Decke glimmt. Er wird eines Tages aufflammen. Es wird die Zeit kommen, da werden die Russen sich erheben und werden die Juden aus ihren Stellungen werfen."

Der Pressephotograph James E. Abbe hat mit diesem Bericht bewiesen, daß er ein mutiger und unbestechlicher Journalist ist. Er wird in dem verjudeten Amerika seine Wunder erleben und seine Kühnheit wird ihm teuer zu stehen kommen. James E. Abbe wird am eigenen Leibe erfahren, was der Jude Alberti Sittenfeld einmal als Bekenntnis niederschrieb: "Wer sich der jüdischen Clique entgegenstellt, den tritt diese nieder mit viehischer Brutalität." Der Nichtjude James E. Abbe wird, weil er die Wahrheit über Sowjetrußland schrieb, von der jüdischen Clique niedergetreten werden.

(Aus *Der Stürmer* 1936, 14. Jahr, Nr. 27, Juli.)

6.

Das italisch-französische Protokoll von Rom, 7. Januar 1935:

Es enthält zunächst die kolonialen Abmachungen.

Dann "Allgemeine Politik": In der Erwägung, daß ein völliger Ausgleich ihrer Interessen in Afrika, so nützlich er schon an sich ist, darüber hinaus auch ihre Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen Politik erleichtert, haben sich die beiden Regierungen veranlaßt gesehen, im Geiste internationaler Solidarität von nun an eine Gemeinsamkeit der Ansichten zu gewährleisten, die geeignet ist, die Regelung der Probleme, deren Lösung zur Festigung des Friedens beiträgt, zu erleichtern.

Folgen Vereinbarungen über Mitteleuropa: Donauraum.

Dann: "Rüstungen": **Die beiden Regierungen sind ferner übereingekommen, anzuerkennen, daß kein Land seine Verpflichtungen in bezug auf die Rüstungen einseitig ändern kann, und sie haben beschlossen, sich im Fall einer Verkennung dieses Prinzips zu beraten. Sie haben**

ferner festgestellt, daß der Grundsatz der Gleichberechtigung, so wie er durch die Erklärung vom 11. Dezember 1932 definiert wurde, seinen vollen Wert behält.

"Allgemeine Erklärung": Zum Schluß ihrer gesamten Verhandlungen haben der französische Außenminister und der italienische Regierungschef eine Erklärung unterzeichnet, durch die zunächst festgestellt wird, daß die zwischen ihnen schwebenden Hauptfragen durch die geschlossenen Abkommen geregelt worden sind und daß besonders der Londoner Vertrag vom 26. April 1915 voll erfüllt wurde. Sie haben anerkannt, daß die Verfahren der Völkerbundssatzung die Lösung der in Zukunft etwa entstehenden Streitfragen sichern würden. Sie haben sich einverstanden erklärt, ihre Zusammenarbeit im Hinblick auf die Erhaltung des allgemeinen Friedens zu entwickeln und sich, so oft es die Umstände erfordern, untereinander zu beraten.

In der **amtlichen Mitteilung** über die Verhandlungen heißt es:

"Die italienische Regierung und die französische Regierung nehmen Bezug auf die Gleichberechtigungserklärung vom 11. Dezember 1932 und stimmen in der Anerkennung überein, daß kein Land durch einseitige Aktionen die Rüstungen betreffende Verpflichtungen abändern kann, und daß für den Fall, daß eine solche Möglichkeit eintreten sollte, sie sich über gemeinsames Vorgehen verständigen werden."

Über das **Donauproblem** wird gesagt:

"Die beiden Regierungen erklären ihre Übereinstimmung, den meisten interessierten Staaten den Abschluß eines Nichteinmischungsvertrages in die gegenseitigen inneren Angelegenheiten und die gegenseitige Verpflichtung zu empfehlen, keine Aktion hervorzurufen noch zu begünstigen, die zum Zwecke hat, mit Gewalt die territoriale Unversehrtheit und das politische oder soziale Regime eines der Teilnehmerstaaten anzutasten."

Die Kleine Entente billigte die römischen Vereinbarungen am 11. Januar 1935 (Laibach), der Balkanbund am 20. Januar 1935.

7.

Das Londoner Kommuniqué vom 3. Februar 1935:

Die Zusammenkunft, die in London zwischen den französischen und den englischen Ministern stattfand, hatte den Zweck, die Fortschritte des Weltfriedens durch eine engere europäische Zusammenarbeit zu fördern, den Geist völligen freundschaftlichen Vertrauens zu stärken und Bestrebungen entgegenzutreten, die ein Rüstungswettrennen hervorrufen und die Gefahr des Krieges erhöhen würden, wenn man ihnen nicht entgegenwirkt.

Von diesem Geist beseelt, sind die französischen und englischen Minister an die Prüfung der allgemeinen Lage herangegangen. Sie haben die besonders wichtige Rolle festgestellt, die der **Völkerbund** bei der kürzlichen Regelung gewisser internationaler Probleme (Marseiller Königsmord!) gespielt hat, und sie haben sich zu den glücklichen Erfolgen gratuliert, die dem versöhnlichen Geiste aller Regierungen zu verdanken sind, die an dieser Regelung beteiligt waren.

Sie erklären sich bereit, eine Politik zu verfolgen, die von den gleichen Methoden der Versöhnung und der Zusammenarbeit getragen wird, sowohl was die Probleme ihrer eigenen Länder als auch die angeht, die sich aus dem Völkerbund ergeben.

Was die kürzlich **in Rom abgeschlossenen französisch-italischen Verträge** betrifft, so haben die britischen Minister im Namen der Regierung Seiner Majestät die Erklärung herzlich willkommen geheißen, in der die französische und italienische Regierung ihre Absicht aussprachen, die traditionelle Freundschaft zu pflegen, die die beiden Nationen verbindet. Die Minister haben die Zustimmung der englischen Regierung zu der Absicht der französischen und der italienischen Regierung erklärt, an der Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens im Geiste gegenseitigen Vertrauens mitzuarbeiten.

Die englischen Minister haben im Namen der Regierung Seiner Majestät die Glückwünsche zum **Abkommen von Rom über Mitteleuropa überbracht**. Sie haben hervorgehoben, daß die englische Regierung zufolge der Erklärungen, die die Regierung Seiner Majestät zusammen mit der französischen und der italienischen Regierung am 17. 2. und am 27. 9. abgegeben hat, unter die Mächte zählt, die – dem Wortlaut der Verträge von Rom entsprechend – miteinander beraten würden, wenn die Unabhängigkeit und Integrität Österreichs bedroht werden sollte.

Die französischen und englischen Minister hoffen, daß die so erreichten befriedigenden Fortschritte **mit der direkten und wirksamen Hilfe Deutschlands** noch weiter ausgebaut werden können. Sie sind darin einig, daran zu erinnern, daß **Deutschland so wenig wie irgend eine andere Macht, deren Rüstungen durch den Friedensvertrag festgesetzt worden sind, das Recht hat, seine Verpflichtungen durch einen einseitigen Akt zu ändern**. Trotzdem sind sie der Meinung, daß nichts mehr zu der Wiederaufrichtung des Vertrauens und zur Befestigung der Aussichten des Friedens beitragen würde als **eine allgemeine Regelung, die durch eine freie Vereinbarung zwischen Deutschland und den anderen Mächten zustande käme**.

Diese allgemeine Regelung würde die **Organisation der Sicherheit in Europa durch den Abschluß eines Paktes** schaffen, an dem alle interessierten Parteien kraft freier Vereinbarung teilnehmen würden, der die **gegenseitige Hilfeleistung in Osteuropa** sichert und für **Mitteleuropa** das System verwirklicht, das im Protokoll von Rom vorgesehen ist. Gleichzeitig und in Übereinstimmung mit dem Inhalt der **Erklärung vom 11. Dezember 1932**, die die Gleichheit der Rechte in einem System der Sicherheit vorsieht, würde die Regelung Abmachungen hinsichtlich der Rüstungen im allgemeinen bringen, Abmachungen, die im Falle Deutschlands an die Stelle des Teiles V des Versailler Vertrages treten würden, der im Augenblick die Rüstungen und die Effektivbestände Deutschlands beschränkt.

Schließlich würde ein Element der allgemeinen Regelung in der Tatsache bestehen, daß **Deutschland seinen Platz im Völkerbund unter aktiver Mitarbeit** wieder einnehmen würde.

Die französische und die englische Regierung hoffen, daß die anderen beteiligten Regierungen diese Ansicht teilen können.

Im Laufe ihrer Unterredungen haben sich die französischen und die britischen Minister über **die besonderen Gefahren besorgt gezeigt, die die jüngsten Entwicklungen in der Luftfahrt für den Frieden darstellen**, deren Mißbrauch zu einem plötzlichen Angriff in der Luft führen kann. Sie haben die Möglichkeit, Garantien gegen diese Gefahren durch einen **Regionalvertrag zu schaffen, geprüft, der zwischen gewissen Mächten auf der Basis der Gegenseitigkeit geschlossen werden sollte**. Die Signatarmächte würden sich verpflichten, die Unterstützung ihrer Luftflotte demjenigen Staat unter ihnen unverzüglich zuteil werden zu lassen, der zum Gegenstand eines nicht provozierten Angriffes in der Luft seitens einer der vertragschließenden Parteien werden würde. Die französischen und englischen Minister haben im Namen ihrer Regierungen anerkannt, daß ein gegenseitiger Vertrag dieser Art, was Westeuropa betrifft, dazu geeignet sein würde, einen Angriff zu verhindern, und in einem hohen Maße dazu beitragen würde, die Teilnehmer an dem Verträge vor plötzlichen Angriffen aus der Luft zu schützen. Sie haben sich entschlossen, Italien, Deutschland und Belgien einzuladen, mit Frankreich und Großbritannien die Möglichkeit zu prüfen, rasch eine Konvention dieser Art abzuschließen.

Sie hegen den lebhaften Wunsch, zu sehen, daß alle interessierten Staaten den Zweck dieses Vorschlages würdigen, der darauf zielt, den Frieden zu verstärken, den Frieden, der das einzige Ziel ist, das die beiden Regierungen verfolgen.

Die englische und französische Regierung erklären sich bereit, sich unter sich ohne Verzug zu beraten, sobald sie die Antworten der anderen interessierten Mächte empfangen haben.

(Text nach: Michael Freund, *Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten 1934/35*, Teil I, 1936, Seite 103–105, Nr. 29.)

8.

Amtliche Äußerung Italiens vom 9. Februar zum Londoner Kommuniqué:

"Die zuständigen italischen Kreise haben mit großer Aufmerksamkeit die englisch-französischen Unterhaltungen in London verfolgt, über deren Verlauf die Regierung eingehend auf Laufendem gehalten worden war. Die hiesigen amtlichen Stellen sehen mit Sympathie auf die Schlußerklärungen, und sind der Überzeugung, daß sie die Möglichkeit für eine Verständigung mit Deutschland und damit für den Beginn einer Periode der Zusammenarbeit der interessierten Mächte liefern werden. Was den Pakt für die gegenseitige Unterstützung in der Luft im besonderen betrifft, so wird die Stellung Italiens demnächst im Sinne einer grundsätzlichen Zustimmung festgelegt werden unter Berücksichtigung der besonderen Lage Italiens gegenüber England und umgekehrt. Die zuständigen italischen Kreise haben mit Genugtuung von der Stellungnahme Englands zur Unabhängigkeit Österreichs und zu den französisch-italischen Abmachungen vom 7. Januar Kenntnis genommen."



8a.

Amtliche Äußerung Belgiens vom 12. Februar zum Luftpakt:

"Die belgische Regierung, die über die Schlußfolgerungen, zu denen die kürzlichen Besprechungen englischer und französischer Minister über das Problem der europäischen Sicherheit gelangt sind, amtlich unterrichtet worden ist, hat ihre Botschafter in London und Paris beauftragt, den beiden Regierungen die Genugtuung zu übermitteln, mit der Belgien das Einvernehmen, das hinsichtlich der Festigung des Friedens zwischen England und Frankreich hergestellt worden ist, aufgenommen hat. Baron Cartier de Marchienne (Botschafter in London) und Baron Gaiffier (Botschafter in Paris) haben gleichzeitig mitgeteilt, daß die belgische Regierung bereit ist, an der Verhandlung über ein Abkommen teilzunehmen, das in Westeuropa eine unverzügliche Beistandsleistung im Falle eines Luftangriffes sichern soll."



9.

***Antwort der Reichsregierung vom 13. Februar 1935
auf das Londoner Kommuniqué vom 3. Februar 1935:***

Die deutsche Regierung weiß sich mit der Königlich britischen Regierung und der französischen Regierung einig in dem aufrichtigen Wunsch, die Sicherung des Friedens zu fördern, dessen Erhaltung ebenso im Interesse der Sicherheit der anderen europäischen Staaten liegt. Die deutsche Regierung begrüßt den **Geist vertrauensvoller Aussprache zwischen einzelnen Regierungen**, der in den Mitteilungen der Königlich britischen und der französischen Regierung zum Ausdruck kommt. Sie wird den ihr vorgelegten gesamten Komplex der in dem ersten Teil des Kommuniqués von London aufgeworfenen europäischen Fragen einer eingehenden Prüfung unterziehen. Diese wird **ebenso vom Geist überzeugten Friedenswillens wie von der Sorge um die Sicherheit des deutschen Reiches in seiner geographisch besonders exponierten Lage im Herzen Europas getragen sein.**

Die deutsche Regierung wird insbesondere prüfen, mit welchen Mitteln künftig **die Gefahr des Wettrüstens vermieden werden kann, die durch den Verzicht hochgerüsteter Staaten auf die vertraglich vorgesehene Abrüstung entstanden ist.** Sie ist überzeugt, daß nur der in dem britisch-französischen Kommuniqué zum Ausdruck kommende Geist freier Vereinbarung zwischen souveränen Staaten zu dauerhaften internationalen Regelungen auf dem Gebiete der Rüstungen führen kann.

Die deutsche Regierung begrüßt den Vorschlag, die Sicherheit vor plötzlichen Angriffen aus

der Luft zu erhöhen durch eine baldmöglichst abzuschließende Konvention, die den unmittelbaren Einsatz der Luftstreitkräfte der Unterzeichner zugunsten des Opfers eines nicht herausgeforderten Luftangriffs vorsieht. Sie ist grundsätzlich bereit, ihre **Luftstreitkräfte** als Abschreckungsmittel gegen Friedensstörungen einzusetzen. Sie ist daher geneigt, in freier Vereinbarung mit den in Frage kommenden Regierungen alsbald Mittel und Wege zu finden, mit denen eine solche Konvention verwirklicht werden kann, welche die größtmögliche Sicherheit aller Unterzeichner verbürgt.

Die deutsche Regierung ist der Auffassung, daß Verhandlungen in größerem Kreise, die nicht genügend vorbereitet sind, erfahrungs- und naturgemäß Reibungen mit sich bringen, die im Interesse des Abschlusses einer solchen, in ihren Auswirkungen völlig neuartigen Luftkonvention vermieden werden sollten. Bevor die deutsche Regierung an solchen Verhandlungen teilnimmt, hält sie es für wünschenswert, eine Reihe grundsätzlicher Vorfragen in **Einzelbesprechungen mit den beteiligten Regierungen** zu klären. **Sie würde es deshalb begrüßen, wenn nach den vorangegangenen französisch-britischen Beratungen zunächst die Königlich britische Regierung als diejenige Teilnehmerin an den Londoner Besprechungen, die zugleich Garant von Locarno ist, bereit wäre, hierüber in einen unmittelbaren Meinungs austausch auch mit der deutschen Regierung zu treten.**

Die deutsche Regierung ist sich eins mit der Königlich britischen und der französischen Regierung in der Auffassung, daß **der Abschluß einer Luftkonvention ein bedeutsamer Schritt auf dem Wege zur Solidarität der europäischen Staaten wäre und geeignet sein kann,** auch die anderen europäischen Probleme einer alle Staaten befriedigenden Lösung entgegenzuführen.

10.

Das englische Weißbuch vom 4. März 1935 beginnt folgendermaßen:

"Die Schaffung des Friedens auf einer ständigen Grundlage ist das Hauptziel der englischen Außenpolitik. Die erste und stärkste Verteidigung des britischen Reiches wird durch die Aufrechterhaltung des Friedens geboten."

Das Weißbuch fährt fort, bisher habe die öffentliche Meinung in England zu der Annahme geneigt, daß nichts für die Aufrechterhaltung des Friedens erforderlich sei, außer der bestehenden internationalen politischen Maschinerie und daß die älteren Verteidigungsmethoden, wie Flotten, Heere und Luftstreitkräfte, letzten Endes nicht länger benötigt seien. Die Ereignisse in der Welt hätten jedoch gezeigt, daß diese Annahme verfrüht ist.

Das Weißbuch betont im zweiten Kapitel, bis zu welchem Maße die britische Regierung im Interesse der Abrüstung "Risiken für den Frieden" übernommen habe.

Das dritte Kapitel behandelt zunächst die Lage in der **Mitte des letzten Sommers, die wie folgt geschildert wird:**

- 1. Die Abrüstungskonferenz war zu einem tatsächlichen Stillstand gekommen. Es war klar geworden, daß weitere Verhandlungen durch die Tatsache behindert würden, daß Deutschland nicht nur offen in einem größeren Umfang wieder aufrüstete trotz der Bestimmungen des Teiles V des Versailler Vertrages, sondern auch seinen Austritt aus dem Völkerbund und aus der Abrüstungskonferenz angekündigt hatte.** Japan hatte ebenfalls seinen Austritt aus dem Völkerbund angekündigt und alle größeren Mächte außer England erhöhten ihre bewaffneten Streitkräfte.
- 2. Eine ins einzelne gehende Prüfung der ersichtlichen Mängel in den Verteidigungskräften und Verteidigungswerken Großbritanniens ergab, daß, wenn nicht ein Programm in Angriff genommen wurde, um die Verteidigungsmittel auf die Höhe zu bringen, England und das britische Reich nicht länger einen angemessenen Verteidigungsstandard besitzen würden.**

Die britische Regierung empfand, daß sie ihrer Verantwortung nicht nachkommen würde, wenn sie bei voller Fortsetzung ihrer Bemühungen für den Frieden durch Beschränkung von Rüstungen die Einleitung von Schritten verzögerte, um ihre eigene Rüstung auf einen Stand zu bringen, der sie gegen mögliche Gefahren sichert. Es wurde ein Programm entworfen, um die britischen Verteidigungskräfte und Verteidigungsmittel auf die Höhe zu bringen. Für die Flotte, deren Stärke durch Verträge beschränkt ist, und für das Heer bedeutet dieses Programm zum größten Teil eine Versorgung mit technischen Bedürfnissen, Beschaffung moderner Ausrüstungen und genügenden Personals sowie von Kriegmaterialreserven. Für die Luftstreitkräfte allein wurde eine merkliche Verstärkung von Einheiten sofort für notwendig erachtet. Erhöhungen werden auch in der vom Heer gestellten Flugzeugabwehr notwendig sein.

In dem Weißbuch heißt es dann weiter:

"Am 28. November 1934 hat die britische Regierung die öffentliche Aufmerksamkeit auf das Wiederaufrüsten gerichtet, in dem Deutschland begriffen war, und hat eine Beschleunigung der bereits beschlossenen Erhöhung in den Luftstreitkräften verkündet. Die Aktion der britischen Regierung bedeutet natürlich nicht ein Sichabfinden mit einem Bruch des Vertrages von Versailles. Sie nahm damit nur von einem bereits bekannten Vorgang Kenntnis und gab ihn offiziell bekannt. Dieses Wiederaufrüsten wird, wenn es in seinem gegenwärtigen Ausmaß unvermindert und unkontrolliert fortgesetzt wird, die Besorgnis der Nachbarn Deutschlands verstärken, und es kann infolgedessen eine Lage erzeugen, in der der Friede gefährdet wird.

Die britische Regierung hat die Erklärungen der Führer Deutschlands, daß sie den Frieden wünschen, zur Kenntnis genommen und begrüßt. Sie muß aber bemerken, daß nicht nur die Kräfte, sondern auch der Geist, in dem die Bevölkerung und insbesondere die Jugend des Landes organisiert werden, das allgemeine Gefühl der Unsicherheit, das bereits unzweifelhaft erzeugt worden ist, begründen und fördern. Außerdem beschränkt sich die Erhöhung der Rüstungen nicht auf Deutschland. In der ganzen Welt, in Rußland, in Japan, in den Vereinigten Staaten von Amerika und anderswo werden die Rüstungen vergrößert. Wir konnten es uns nicht leisten, alle diese Erhöhungen zu übersehen, und mußten daher beginnen, unsere Mängel zu beheben. Aber wir sind bestrebt gewesen, nicht die Vorkehrungen für die notwendige Verteidigung in ein Rennen der Rüstungsstärken auslaufen zu lassen."

(Ganz veröffentlicht bei Michael Freund, *Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten*, Bd. I, 1936, S. 369 ff., Nr. 168.)

11.

Das deutsche Nachrichtenbüro zur Havas-Meldung vom 14. März 1935:

"Die Meldung der Havas-Agentur ist ein deutliches Zeichen für die französischen Versuche, bereits jetzt die im englisch-französischen Abkommen vom 3. Februar vorgesehenen freien Verhandlungen zu präjudizieren oder ihnen zum mindesten eine bestimmte Richtung aufzuzwingen. Daß Deutschland ebenso den Frieden für den Osten wie für den Westen wünscht und diesen für notwendig hält, bedarf nicht erst einer Sondierung der englischen Staatsmänner in Berlin. Inwieweit hierzu aber gerade die Beistandspakte notwendig sind, wie man sie sich in Frankreich und auch anderswo denkt, das werden eben jene kommenden Berliner Unterhaltungen zu erweisen haben. Wenn Havas die Notwendigkeit einer gewissen Relation zwischen den Streitkräften Rußlands und denen Deutschlands anerkennt, so bedeutet dies gewiß einen Fortschritt. Es wäre im Sinne einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung nur zu wünschen, daß auch Rußland gewisse Anregungen gegeben würden, die dortigen, bisher uferlosen Rüstungsvorbereitungen und -bestrebungen zu mäßigen, um notwendige Reaktionen anderer, in Reichweite dieser Rüstungen liegender Länder zu vermeiden. Daß gerade der von Havas bemängelte deutsche Entschluß hinsichtlich des militärischen Flugwesens

durch solche – aber auch durch andere – Zusammenhänge zu einer unabwendbaren Notwendigkeit werden mußte, ist im Grunde von der Weltöffentlichkeit, soweit nicht andersgerichtete taktische Gründe maßgebend bleiben, längst anerkannt worden."



Das deutsche Nachrichtenbüro zur Flandin-Rede vom 15. März 1935:

"Die Vorkehrungen, die Deutschland trotz der Bestimmungen des Teiles V des Vertrages von Versailles getroffen hat, werden erwähnt, ebenso, daß dies durch einseitigen Beschluß Deutschlands geschah. Nicht aber werden erwähnt die **wahren Gründe**, die zu der Abkehr Deutschlands vom Zustand einseitiger Entwaffnung führen mußten, und die eben darin bestanden, daß die Rüstungsmächte, statt ihren Abrüstungsverpflichtungen nachzukommen, namentlich auf technischem Gebiet die Kampfkraft ihres Heeres ins Uferlose steigerten. Als ebenso unvollständig müssen die Ausführungen des französischen Ministerpräsidenten hinsichtlich der Frankreich außer dem eigentlichen Heimatheer zur Verfügung stehenden Truppenkörper bezeichnet werden. Wie für Deutschland im Konfliktsfalle mit Frankreich das militärische Zahlenverhältnis sein würde, darüber vermeidet Herr Flandin wohlweislich seinen parlamentarischen Zuhörern nähere Angaben zu machen."



12.

Aus der Proklamation der Reichsregierung "An das deutsche Volk!" vom 16. März 1935:

Die Proklamation geht aus von der Tatsache, daß das deutsche Volk am 9. November 1918, auf Wilsons 14 Punkte vertrauend, nach vierjährigem ruhmvollem Widerstande in einem Kriege, "dessen Ausbruch es nie gewollt hatte", die Waffen streckte und in der Folge gewissenhaft die ihm auferlegten Abrüstungsverpflichtungen erfüllte.

Dann habe das deutsche Volk auf die Einlösung der eingegangenen Verpflichtungen auch von der anderen Seite gewartet, weil die Abrüstung Deutschlands die Voraussetzung der Abrüstung der anderen sein sollte.

Die Empfindung über die moralische Berechtigung und Notwendigkeit einer internationalen Abrüstung sei aber nicht nur in Deutschland, sondern auch innerhalb vieler anderer Völker lebendig gewesen. Aus dem Drängen dieser Kräfte seien die Versuche entstanden, auf dem Wege der Konferenzen eine Rüstungsverminderung und damit eine internationale allgemeine Angleichung auf niederem Niveau in die Wege leiten zu wollen.

Die Proklamation schildert die vergeblichen Abrüstungsversuche, die zum Ausscheiden Deutschlands aus dem Völkerbunde führten, Oktober 1933. Alle Vorschläge Deutschlands wurden auch nachher abgelehnt, woraus zu schließen gewesen sei, daß die Geneigtheit zu einer nachträglichen sinngemäßen Erfüllung der Versailler Abrüstungsbestimmungen auf der anderen Seite der Vertragspartner nicht mehr bestanden habe.

"Unter diesen Umständen sah sich die deutsche Regierung veranlaßt, von sich aus jene notwendigen Maßnahmen zu treffen, die eine Beendigung des ebenso unwürdigen wie letzten Endes bedrohlichen Zustandes der ohnmächtigen Wehrlosigkeit eines großen Volkes und Reiches gewährleisten konnten.

Sie ging dabei von denselben Erwägungen aus, denen Minister Baldwin in seiner letzten Rede so wahren Ausdruck verlieh: 'Ein Land, das nicht gewillt ist, die notwendigen Vorsichtsmaßnahmen zu seiner eigenen Verteidigung zu ergreifen, wird niemals Macht in dieser Welt haben, weder moralische noch materielle Macht.'

Die Regierung des heutigen Deutschen Reiches aber wünscht nur eine einzige moralische und materielle Macht, es ist die Macht, für das Reich und damit wohl auch für ganz Europa den Frieden wahren zu können.

Sie hat daher auch weiterhin getan, was in ihren Kräften stand und zur Förderung des Friedens dienen konnte.

1. Sie hat all ihren Nachbarstaaten schon vor langer Zeit den Abschluß von Nichtangriffspakten angetragen.
2. Sie hat mit ihrem östlichen Nachbarstaat eine vertragliche Regelung gesucht und gefunden, die dank des großen entgegenkommenden Verständnisses, wie sie hofft, für immer die bedrohliche Atmosphäre, die sie bei ihrer Machtübernahme vorfand, entgiftet hat und zu einer dauernden Verständigung und Freundschaft der beiden Völker führen wird.
3. Sie hat endlich Frankreich die feierliche Versicherung gegeben, daß Deutschland nach erfolgter Regelung der Saarfrage nunmehr keine territorialen Forderungen mehr an Frankreich stellen oder erheben wird. Sie glaubt damit in einer geschichtlich seltenen Form die Voraussetzung für die Beendigung eines jahrhundertelangen Streites zwischen zwei großen Nationen durch ein schweres politisches und sachliches Opfer geschaffen zu haben.

Die deutsche Regierung muß aber zu ihrem Bedauern ersehen, daß seit Monaten eine sich fortgesetzt steigende Aufrüstung der übrigen Welt stattfindet. **Sie sieht in der Schaffung einer sowjet-russischen Armee von 101 Divisionen, d. h. 960 000 Mann zugegebener Friedenspräsenzstärke, ein Element, das bei der Abfassung des Versailler Vertrages nicht geahnt werden konnte.**

Sie sieht in der Forcierung ähnlicher Maßnahmen in den anderen Staaten weitere Beweise der Ablehnung der seinerzeit proklamierten Abrüstungsidee. Es liegt der deutschen Regierung fern, gegen irgendeinen Staat einen Vorwurf erheben zu wollen. Aber sie muß heute feststellen, daß **durch die nunmehr beschlossene Einführung der zweijährigen Dienstzeit in Frankreich die gedanklichen Grundlagen der Schaffung kurzdienender Armeen zugunsten einer langdienenden Organisation aufgegeben worden sind.**

Dies aber war mit ein Argument für die seinerzeit von Deutschland geforderte Preisgabe der Reichswehr.

Die deutsche Regierung empfindet es unter diesen Umständen als eine Unmöglichkeit, die für die Sicherheit des Reiches notwendigen Maßnahmen noch länger auszusetzen oder gar vor der Kenntnis der Mitwelt zu verbergen.

Wenn sie daher dem in der Rede des englischen Ministers Baldwin am 28. November 1934 ausgesprochenen Wunsch nach einer Aufhellung der deutschen Absichten nunmehr entspricht, dann geschieht es:

1. um dem deutschen Volke die Überzeugung und den anderen Staaten die Kenntnis zu geben, daß die Wahrung der Ehre und Sicherheit des deutschen Reiches von jetzt ab wieder der eigenen Kraft der deutschen Nation anvertraut wird;
2. um durch die Fixierung des Umfanges der deutschen Maßnahmen jene Behauptungen zu entkräften, die dem deutschen Volke das Streben nach einer militärischen Hegemoniestellung in Europa unterschieben wollen.

Was die deutsche Regierung als Wahrerin der Ehre und der Interessen der deutschen Nation wünscht, ist, das Ausmaß jener Machtmittel sicherzustellen, die nicht nur für die Erhaltung der Integrität des deutschen Reiches, sondern auch für die internationale Respektierung und Bewertung Deutschlands als eines Mitgaranten des allgemeinen Friedens erforderlich sind.

Denn in dieser Stunde erneuert die deutsche Regierung vor dem deutschen Volke und vor der ganzen Welt die Versicherung ihrer Entschlossenheit, **über die Wahrung der deutschen Ehre und der Freiheit des Reiches nie hinauszugehen und insbesondere in der nationalen deutschen Aufrüstung kein Instrument kriegerischen Angriffes, vielmehr ausschließlich der Verteidigung und damit der Erhaltung des Friedens bilden zu wollen.**

Die deutsche Reichsregierung drückt dabei die zuversichtliche Hoffnung aus, daß es dem damit

wieder zu seiner Ehre zurückfindenden deutschen Volke in unabhängiger gleicher Berechtigung vergönnt sein möge, seinen Beitrag zu leisten zur Befriedung der Welt in einer freien und offenen Zusammenarbeit mit den anderen Nationen und ihren Regierungen."

13.

***Unterredung des Reichsaußenministers Freiherrn von Neurath
mit dem Reuter-Korrespondenten in Berlin, 19. März 1935:***

Die erste Frage des Reuter-Korrespondenten lautete: "Der deutsche Beschluß, die allgemeine Wehrpflicht wieder einzuführen, **kam als eine völlige Überraschung für England**. Könnten Sie, Herr Minister, in einfacher Weise einen Überblick darüber geben, wie dieser Beschluß erreicht wurde?"

Freiherr v. Neurath erwiderte u. a.: "Deutschlands Stellung war stets eine offene und ehrliche. Wie Sie wissen, unterzeichneten wir den Versailler Vertrag einschließlich des Teils V über die Rüstungen. Deutschland hat diese Klauseln genau beachtet. Aber die anderen Mächte haben ihre Verpflichtungen nicht in gleicher Weise beachtet. Dann nahm Deutschland an der **Abrüstungskonferenz** in Genf teil in der Hoffnung, daß sie die allgemeine Abrüstung einleiten werde. Statt dessen fand Deutschland, daß in Genf eine **ständige Diskriminierung gegen Deutschland** vorhanden war. Später kam der **Herriot-Plan**, der **MacDonald-Plan** für die Begrenzung der Rüstungen. Beide scheiterten. Dann, als Eden nach Berlin kam, war Deutschland zur Annahme der britischen und italischen Vorschläge, die er mit sich brachte, bereit – zum mindesten als einer Erörterungsgrundlage. Die Vorschläge wurden von Barthou abgelehnt."

"Wir verließen die Abrüstungskonferenz, da wir dachten, daß keine Erfolge zustandekommen werden, und als wir feststellten, daß alle unsere Bemühungen für eine allgemeine Herabsetzung der europäischen Rüstungen fehlgeschlagen waren, beschlossen wir, die Waffen zu schaffen, die wir für unsere Verteidigung erforderlich halten. Wir nehmen unser Recht zur Wiederaufrüstung, weil die anderen ihre Abrüstungsverpflichtungen nicht erfüllt haben. Es ist absolut notwendig, eine klare Lage zu haben. In einer kürzlichen Rede nahm Baldwin auf die 'deutschen Geheimrüstungen' Bezug. Jetzt zum mindesten ist unsere Lage ganz klar!"

Frage: "Aber warum allgemeine Wehrpflicht, Herr Minister?"

Neurath: "Noch im Jahre 1931 forderte Herriot, daß **Deutschland eine kurz dienende Armee an Stelle einer lang dienenden haben solle, und zwar aus dem Grunde, daß eine kurz dienende Armee** weniger geeignet für einen Angriffskrieg ist. Die Franzosen forderten, daß wir unser Militärsystem ändern sollten. Jetzt haben wir beschlossen, es zu tun. Außerdem hat auch der MacDonald-Plan eine kurz dienende Armee vorgesehen!"

Frage: "Es ist die Zahl von 36 Divisionen, die einige Überraschung hervorgerufen hat."

Neurath: "Alles, was wir festgesetzt haben, ist die Verpflichtung eines gesunden deutschen Mannes, seine Pflicht für sein Vaterland zu tun, wenn er aufgerufen wird. Die Zahl von 36 Divisionen ist der gesetzlich festgelegte Rahmen, in dem die zukünftige deutsche Armee organisiert werden wird."

Frage: "Alles in allem, Herr Minister, vermute ich, es kann jetzt angenommen werden, daß **Deutschland endlich jene ihm so lange verweigerte Gleichberechtigung in den Rüstungen hat.**"

Neurath: "Jawohl."

Frage: "Sind Sie der Ansicht, daß die britische Regierungsnote von gestern die Umstände des Besuches Sir John Simons in irgendeiner Weise ändert?"

Neurath: "Ich bin nicht der Ansicht."

Frage: "Betrachten Sie die Aussichten des Besuches als hoffnungsvoll?"

Neurath: "Er beginnt in einer guten Atmosphäre. Die Besprechungen dürften nicht ganz leicht sein; aber sie waren auch vorher nicht leicht, und jetzt ist zum mindesten die Grundlage viel klarer. Wir werden über **Realitäten** anstatt über **Phrasen** reden."

Frage: "Der Kanzler hat wiederholt die deutsche Bereitschaft, für die Befriedung Europas zu arbeiten, bezeugt. Auf welchen Linien kann Ihrer Ansicht nach eine Verringerung der gegenwärtigen Spannung ermöglicht werden?"

Neurath: "**Das psychologische Moment ist meiner Ansicht nach sehr wichtig. Nachdem jetzt Deutschland genommen hat, was es für die Gleichheit notwendig erachtet, und nachdem der Kanzler in dem Aufruf verkündet hat, daß diese Streitmacht niemals für Zwecke des Angriffs benutzt werden wird, sollte ein allgemeines Gefühl der Sicherheit leichter herbeigeführt werden können. Es sollte möglich sein, daß die Staaten zu einer gemeinsamen Verständigungsgrundlage kommen. Ich bin sicher, daß jedermann der Überzeugung ist, daß ein neuer Krieg das Ende Europas bedeuten würde.**"

14.

Englands Protest vom 18. März 1935 wegen des deutschen Gesetzes über den Wiederaufbau der Wehrmacht vom 16. März 1935:

1. Ich beehre mich, Ihnen im Auftrag des Königlichen Staatssekretärs für Auswärtige Angelegenheiten mitzuteilen, daß sich die Königliche Regierung in dem Vereinigten Königreich genötigt sieht, der deutschen Regierung ihren Protest gegen die von ihr am 16. März verkündete Entscheidung zu übermitteln, die allgemeine Wehrpflicht einzuführen und den Friedensrahmen des deutschen Heeres auf 36 Divisionen zu erhöhen. Nach der Bekanntgabe einer deutschen Luftmacht ist eine solche Erklärung ein weiteres Beispiel für eine einseitige Aktion, die, ganz abgesehen von der grundsätzlichen Seite der Frage, geeignet ist, die Unruhe in Europa in ernster Weise zu erhöhen. Der Vorschlag einer englisch-deutschen Zusammenkunft, die in einer Woche stattfinden sollte, ergab sich aus dem Inhalt des englisch-französischen Kommuniqués vom 3. Februar und der deutschen Antwort vom 14. Februar, die durch weitere Besprechungen zwischen der Königlichen Regierung und der deutschen Regierung ergänzt worden sind. Die Königliche Regierung hält es für notwendig, auf den Inhalt dieser Dokumente besonders hinzuweisen.

2. Das Londoner Kommuniqué vom 3. Februar stellte einerseits fest, daß vertraglich begrenzte Rüstungen nicht durch einseitige Aktion abgeändert werden können, erklärte aber andererseits, daß die britische und die französische Regierung zu einer allgemeinen Regelung geneigt seien, über die zwischen Deutschland und den anderen Mächten frei verhandelt werden solle.

3. Die Antwort der deutschen Regierung zehn Tage später begrüßte den Geist freundschaftlichen Vertrauens, den das englisch-französische Kommuniqué zum Ausdruck brachte und stellte in Aussicht, daß die deutsche Regierung die in dem ersten Teil des Londoner Kommuniqués enthaltenen Fragen einer eingehenden Prüfung unterziehen werde. Die deutsche Antwort endete mit der Erklärung, daß die deutsche Regierung es vor Eingehen auf die vorgeschlagenen Verhandlungen für erwünscht halte, in besonderen Besprechungen mit den in Frage kommenden Regierungen eine Anzahl von grundsätzlichen Vorfragen zu klären. Zu diesem Zweck lud sie die Königliche Regierung ein, mit der deutschen Regierung in unmittelbarem Gedankenaustausch einzutreten.

4. Da die Königliche Regierung sich vergewissern wollte, daß hinsichtlich des Umfangs und des Zwecks der vorgeschlagenen englisch-deutschen Unterhaltung kein Mißverständnis bestehe, richtete sie am 21. Februar an die deutsche Regierung eine weitere Anfrage, auf die diese am folgenden Tage antwortete. Das Ergebnis war eine endgültige Übereinstimmung zwischen den beiden Regierungen, daß der Zweck der beabsichtigten Zusammenkunft sein sollte, die Unterhaltung über alle in dem englisch-französischen Kommuniqué behandelten Fragen ein Stück weiterzuführen. Auf dieser Basis hat sich die Königliche Regierung darauf vorbereitet, den von der deutschen Regierung

vorgeschlagenen Besuch in Berlin auszuführen.

5. Was ins Auge gefaßt war, war also "eine allgemeine frei zwischen Deutschland und den anderen Mächten auszuhandelnde Regelung" und "Vereinbarungen über Rüstungen, die für Deutschland die Bestimmungen von Teil V des Versailler Vertrages ersetzen sollten". Aber das Zustandekommen einer umfassenden Einigung, die auf Grund allgemeiner Übereinstimmung an die Stelle der Vertragsbestimmungen treten soll, kann nicht erleichtert werden, wenn man jetzt als eine bereits getroffene Entscheidung Heerespersonalstärken bekannt gibt, die alle seither in Vorschlag gebrachten erheblich überschreiten.

6. Die Königliche Regierung wünscht keineswegs, die durch den vorbereiteten Besuch etwa geschaffene Gelegenheit, ein allgemeines Einvernehmen zu fördern, ungenutzt vorübergehen zu lassen; aber unter den neugeschaffenen Umständen hält sie es vor der Ausführung dieses Besuches für nötig, die deutsche Regierung auf die obigen Gesichtspunkte aufmerksam zu machen; sie wünscht darüber Gewißheit zu haben, daß der deutschen Regierung das Zustandekommen des Besuches mit dem Umfang und Ziel der Unterhaltung, wie früher verabredet, so wie es oben in Absatz 4 ausgeführt ist, noch erwünscht ist.

15.

Frankreichs Protest vom 21. März 1935 wegen des deutschen Gesetzes über den Wiederaufbau der Wehrmacht vom 16. März 1935:

"Der Herr Reichskanzler empfing am 16. März den französischen Botschafter und gab ihm Kenntnis von dem Wortlaut eines an demselben Tage verkündeten Gesetzes, durch das die deutsche Regierung in Deutschland die allgemeine Wehrpflicht eingeführt und den Personalbestand des deutschen Heeres auf 36 Divisionen erhöht hat. Eine Woche vorher hatten die deutschen Behörden die Begründung einer deutschen Militärluftmacht amtlich bekanntgegeben. Diese Entscheidungen stehen in direktem Widerspruch zu den vertraglichen Verpflichtungen, die in den von Deutschland unterzeichneten Verträgen niedergelegt sind. Sie stehen ferner im Widerspruch zu der Erklärung vom 11. Dezember 1932, durch die die Reichsregierung aus freien Stücken anerkannt hat, daß eine allgemeine Rüstungsregelung, die für Deutschland Gleichberechtigung mit allen Nationen bringen würde, nicht ohne die Schaffung eines Regimes der Sicherheit für alle durchgeführt werden soll.

Nachdem mehrere Vorschläge zur Verwirklichung dieses Grundsatzes gemacht worden waren, hatte die französische Regierung im Einvernehmen mit der britischen Regierung geglaubt, der Reichsregierung ihr Vertrauen beweisen zu können, indem sie freie, mit der Achtung vor dem Recht der Verträge durchaus vereinbare Verhandlungen als Verfahren vorschlug, um auf vertraglichem Wege ein neues Rüstungsstatut für Deutschland innerhalb einer allgemeinen Regelung des Problems der Sicherheit und Rüstungen zu schaffen. Die Reichsregierung schien dieses Vertrauen zu rechtfertigen, indem sie grundsätzlich ein solches Verfahren annahm. Die Veröffentlichung des deutschen Gesetzes vom 16. März, die in brüsker Weise kurz vor dem festgesetzten Datum eines ersten Meinungsaustausches zwischen der Reichsregierung und einer der beiden an dem Londoner Kommuniké vom 3. Februar beteiligten Regierungen erfolgte, stellt eine neue Bekundung der Absichten und Methoden dar, die die Reichsregierung den ihr gemachten Verständigungsangeboten entgegenzusetzen gewillt ist.

Die Regierung der Republik sieht sich infolgedessen zu einer zweifachen Feststellung genötigt: Einmal mißachtet die Reichsregierung allgemein und bewußt den dem Völkerrecht wesentlichen Grundsatz, daß keine Macht von der Verpflichtung aus einem Verträge sich befreien oder dessen Bestimmungen abändern kann, es sei denn mit Zustimmung der vertragschließenden Parteien und auf Grund einer gütlichen Verständigung. Ferner hat die Reichsregierung, namentlich nachdem sie selber den Wunsch geäußert hatte, zwischen den beteiligten Staaten die Vorfragen für Verhandlungen zu klären, zu denen sie eingeladen war, bewußt diejenigen Maßnahmen ergriffen, die am geeignetsten waren, diese Verhandlungen zur Aussichtslosigkeit zu verurteilen, indem sie ihnen im

voraus einseitig durch eine vollendete Tatsache einen ihrer wesentlichsten Gegenstände entzog.

Die Regierung der Republik hält sich verpflichtet, schärfsten Protest gegen diese Maßnahmen zu erheben, hinsichtlich deren sie unverzüglich alle Vorbehalte macht. Im Bewußtsein der Bemühungen um eine Verständigung, denen sie sich unablässig in aller Loyalität und mit der ständigen Rücksichtnahme auf die deutsche Ehre gewidmet hat, um das Reich vollständig in die Organisation der europäischen Sicherheit einzugliedern, überläßt sie der deutschen Regierung die Last der Verantwortung für den in der Welt so geschaffenen Zustand der Unruhe und der hieraus resultierenden Folgen, nämlich der aus diesem Sachverhalt möglicherweise für die Regierungen der verschiedenen beteiligten Länder entspringenden Pflichten.

Entschlossen, ihrerseits alle Mittel internationaler Zusammenarbeit zu versuchen, die geeignet erscheinen, diese Unruhen zu beseitigen und den Frieden Europas zu erhalten, legt sie Wert darauf, zugleich mit der Achtung vor der bindenden Kraft der Verträge ihre Entschlossenheit zu bekräftigen, sich unter keinen Umständen in irgendwelchen Verhandlungen damit abzufinden, daß einseitig in Verletzung internationaler Verpflichtungen ergriffene Maßnahmen als zu Recht bestehend anerkannt werden."

16.

Italiens Protest vom 21. März 1935 wegen des deutschen Gesetzes über den Wiederaufbau der Wehrmacht vom 16. März 1935:

"Der Reichskanzler hat am 16. März dem italischen Botschafter einen am gleichen Tage veröffentlichten Gesetzestext mitgeteilt, auf Grund dessen die deutsche Regierung in Deutschland den obligatorischen Heeresdienst wieder eingeführt und die Iststärke des deutschen Heeres auf 36 Divisionen gebracht hat. Eine Woche vorher hatten die deutschen Behörden amtlich die Schaffung einer deutschen Militärluftfahrt mitgeteilt.

Die italische Regierung hat von den in der Angelegenheit von seiten der britischen und französischen Regierung an die deutsche Regierung gerichteten Noten Kenntnis genommen. Die italische Regierung kann nicht umhin, festzustellen, daß sowohl in den zu Rom am 7. Januar 1935 zwischen der italischen und der französischen Regierung abgeschlossenen Vereinbarungen, als auch in der am 3. Februar veröffentlichten abschließenden Mitteilung über die in London zwischen der britischen und der französischen Regierung gepflogenen Unterredungen der wesentliche Grundsatz erneut anerkannt worden war, daß das im V. Teil des Vertrages von Versailles festgesetzte Militärstatut nicht durch einen einseitigen Akt abgeändert werden durfte.

Die italische Regierung, die ihrerseits immer die Meinung vertreten hat, daß es vorteilhaft wäre, wenn der V. Teil des Vertrages von Versailles im Wege von Verhandlungen zwischen interessierten Regierungen auf Grund der vollständigen Gleichberechtigung revidiert würde, hatte dem Grundsatz zugestimmt, daß die Frage der deutschen Rüstungen den Gegenstand von Verhandlungen in einer allgemeinen Beratung entsprechend derjenigen hätte bilden müssen, wie sie in der Erklärung vom 11. Dezember 1932, an der Deutschland teilgenommen hat, geplant worden war. Dieses Verfahren war im Grunde von der deutschen Regierung selbst in ihrer Mitteilung vom 14. Februar angenommen worden. Die italische Regierung fühlt sich daher verpflichtet, die weitestgehenden Vorbehalte hinsichtlich der Entscheidung der Reichsregierung und ihrer wahrscheinlichen Auswirkungen einzulegen.

Die italische Regierung hat immer versucht, das Reich voll und ganz für ein System der Zusammenarbeit zwischen den interessierten Hauptmächten zu gewinnen, das dem Reich vollkommen die Rechte und die Verantwortung eines souveränen Staates zuerkennen würde. Gerade von diesen Voraussetzungen her erhält die Entscheidung des Reiches eine besondere Tragweite, zumal mit Rücksicht auf den Zustand der Unsicherheit, den sie in allen Ländern hervorruft.

Die italische Regierung hat auch neuerdings noch viele Beweise ihres Willens zur internationalen

Zusammenarbeit geliefert und beabsichtigt, weiterhin einer solchen Einstellung treu zu bleiben, die dem Bedürfnis der Völker und den Erfordernissen des europäischen Zusammenlebens entspricht; trotzdem fühlt sie sich zu der Erklärung verpflichtet, daß sie in etwaigen künftigen Beratungen derartige Sachlagen nicht einfach wird als gegeben hinnehmen können, die aus einseitigen Entscheidungen hervorgehen, durch die Verpflichtungen internationalen Charakters aufgehoben werden.

17.

Amtliche Mitteilung über die Dreierbesprechung in Paris am 23. März 1935:

Außenminister Laval, Lordsiegelbewahrer Eden und Unterstaatssekretär Suvich sind am Sonnabend (23. 3.) am Quai d'Orsay zusammengekommen und haben ihre Meinungen über die allgemeine Lage ausgetauscht. Im Laufe der Aussprache ist daran erinnert worden, daß der Besuch der englischen Minister in Berlin einen Informationscharakter hat und daß der Rahmen und der Gegenstand ihrer Besprechungen dem entspricht, was in dem Londoner Kommuniqué vom 3. Februar festgelegt ist, auf dem sich die Einheit der Ansichten der Regierungen in London, Paris und Rom begründet. Es ist beschlossen worden, daß die Außenminister Englands, Frankreichs und Italiens nach dem Berliner Besuch und den anderen englischen Besuchen in Moskau, Warschau und Prag, bei denen die französische und italische Regierung die Engländer mit ihren Wünschen begleiten, am 11. April in Stresa zusammentreffen werden. Außenminister Laval, Lordsiegelbewahrer Eden und Unterstaatssekretär Suvich haben mit Befriedigung die volle Solidarität ihrer Regierungen festgestellt.

18.

Amtliche Berliner Mitteilung über die deutsch-englischen Besprechungen des 25. und 26. März 1935:

Die deutsch-englischen Besprechungen zwischen dem englischen Außenminister Sir John Simon, dem Lordsiegelbewahrer Mr. Anthony Eden, dem Führer und Reichskanzler und dem Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath, die in Gegenwart des britischen Botschafters Sir Eric Phipps und des Beauftragten für Abrüstungsfragen, Herrn von Ribbentrop, während der letzten zwei Tage stattfanden, wurden gestern abend abgeschlossen. Die behandelten Fragen waren diejenigen, welche im Londoner Kommuniqué vom 3. Februar aufgeführt worden sind. Die Unterhaltungen fanden in offener und freundschaftlichster Form statt und haben zu einer vollständigen Klarstellung der beiderseitigen Auffassungen geführt. Es wurde festgestellt, daß beide Regierungen mit ihrer Politik das Ziel verfolgen, den **Frieden Europas durch Förderung der internationalen Zusammenarbeit zu sichern** und zu festigen. Die englischen und deutschen Minister sind von der Nützlichkeit der direkten Aussprache, die soeben stattgefunden hat, durchdrungen.

Sir John Simon wird heute auf dem Luftwege von Berlin nach London zurückkehren. Mr. Eden wird planmäßig nach Moskau, Warschau und Prag weiterreisen.

19.

Amtlicher Bericht über den Besuch Edens in Moskau vom 21. März 1935:

Im Laufe der letzten Tage fanden zwischen Eden und Litwinow Unterredungen über die hauptsächlichsten Momente der heutigen internationalen Lage statt, darunter über den vorgesehenen Ostpakt, über die im englisch-französischen Kommuniqué vom 3. Februar dargelegten Fragen sowie über die weitere Entwicklung und Verbesserung der englisch-sowjet-russischen Beziehungen. Während seines Aufenthaltes wurde Eden von Stalin und Molotow empfangen. Während der Unterredungen, die in einer Atmosphäre voller Freundschaftlichkeit und Offenheit stattfanden, unterrichtete Eden Litwinow über die kürzlichen Unterredungen zwischen den britischen Ministern und dem deutschen

Regierungsoberhaupt. Es wurde festgestellt, daß diese Unterredungen zur Klärung der europäischen Lage beitragen. Sowohl Eden als auch Stalin, Molotow und Litwinow waren der Meinung, daß es angesichts der heutigen internationalen Lage mehr denn je notwendig sei, die Anstrengungen zur Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa fortzusetzen, wie dies im englisch-französischen Kommuniqué vom 3. Februar vorgesehen sei und in Übereinstimmung mit den Grundsätzen des Völkerbundes stehe. In der Unterredung mit Eden betonten Stalin, Molotow und Litwinow, daß die Organisierung der Sicherheit in Osteuropa und der vorgesehene Pakt zur gegenseitigen Unterstützung nicht die Isolierung oder Einkreisung irgendeines Staates bezwecke, sondern die Schaffung der Garantie gleicher Sicherheit für alle Paktteilnehmer, und daß die Teilnahme Deutschlands und Polens an dem Pakt als beste Lösung der Frage begrüßt würde.

Als Ergebnis des Meinungsaustausches der Vertreter beider Regierungen wurde festgestellt, daß gegenwärtig keinerlei Widersprüche bezüglich der Interessen beider Regierungen in keiner einzigen Hauptfrage der internationalen Politik bestehen, und daß diese Tatsache ein festes Fundament für die Entwicklung fruchtbringender Zusammenarbeit zwischen ihnen für die Sache des Friedens schafft.

Sie sind überzeugt, daß beide Länder sich bei ihren gegenseitigen Beziehungen nach jenem Geist der Zusammenarbeit und der loyalen Erfüllung übernommener Verpflichtungen richten werden, die aus ihrer gemeinsamen Teilnahme an der Völkerbundsarbeit folgt. Im Lichte dieser Erwägungen festigte sich bei Eden sowie auch bei Stalin, Molotow und Litwinow die Meinung, daß die freundschaftliche Zusammenarbeit beider Länder zur kollektiven Organisierung des Friedens und der Sicherheit und für die weitere Aktivierung der internationalen Bemühungen in dieser Richtung von erstrangiger Wichtigkeit ist.

20.

Amtlicher Bericht über Edens Besuch in Warschau vom 3. April 1935:

Während seines Aufenthalts in Warschau wurde Lordsiegelbewahrer Eden vom Staatspräsidenten und von Marschall Pilsudski empfangen. Außerdem hatte Eden mehrere Besprechungen mit Außenminister Beck. Eden unterrichtete Beck über den Verlauf der Besprechungen, die die englischen Minister kürzlich in Berlin und Moskau auf der Grundlage der durch das Londoner Kommuniqué vom 3. Februar festgelegten Richtlinien geführt haben. Im Laufe der Unterredungen mit Eden, die in einer offenen und freundschaftlichen Atmosphäre geführt wurden, hat Beck Eden über die Ansichten der polnischen Regierung über die in dem Kommuniqué berührten Fragen und über die allgemeine internationale Lage unterrichtet. Die beiden Minister waren sich einig in der Erkenntnis, daß ihr Meinungsaustausch, der einen informativen Charakter hatte, seinen Zweck erfüllt hat. Sie unterstrichen die Zweckmäßigkeit der Aufrechterhaltung eines engen Kontakts in bezug auf die weitere Entwicklung der politischen Lage in Europa.

21.

Amtlicher Bericht über den Besuch Edens in Prag vom 4. April:

Herr Anthony Eden ist heute früh in Prag eingetroffen. Bei der Zusammenkunft tauschten Minister Eden und Minister Dr. Benesch in herzlicher und freundschaftlicher Weise ihre Ansichten über alle im Londoner Kommuniqué vom 3. Februar 1935 enthaltenen Fragen aus. Minister Benesch dankte dem Minister herzlich für seinen Besuch in Prag und für die Mitteilungen, welche ihm Exzellenz Eden über die Ergebnisse seiner Reisen in die übrigen Hauptstädte gab. Seinerseits gab Minister Dr. Benesch ihm eine ausführliche Darlegung der Friedenspolitik der Tschechoslowakei. Beide Minister konstatierten die vollkommene Übereinstimmung in den Zielen der Politik ihrer Länder betreffend die Erhaltung des allgemeinen Friedens und stellten ihre aufrichtige und unabänderliche

Ergebenheit der Politik des Völkerbundes gegenüber fest.

22.

***Deutschlands Auffassung über den Ostpakt,
nach Mitteilung der Reichsregierung von Mitte April 1935:***

Irreführende Auslegungen in verschiedenen Pressekommentaren haben die Reichsregierung veranlaßt, ihren Standpunkt in der Frage des Ostpaktes wie folgt zu präzisieren:

1. In den Berliner Besprechungen hat der Führer und Reichskanzler der britischen Delegation mitgeteilt, daß die deutsche Regierung zu ihrem Bedauern nicht in der Lage sei, zum Ostpakt in der vorgeschlagenen Form ihren Beitritt zu erklären. Die deutsche Reichsregierung sei demgegenüber aber bereit, einem solchen kollektiven Sicherheitspakte ihre Zustimmung zu geben dann, wenn er erstens sich aufbaue auf gegenseitigen und allgemeinen Nichtangriffsverpflichtungen und Schiedsgerichtsverfahren; zweitens im Falle einer Friedensstörung ein konsultatives Verfahren vorsehe; drittens sei die deutsche Reichsregierung bereit – unter Betonung der Schwierigkeiten der einwandfreien Feststellung eines Angreifers –, sich allgemeinen Maßnahmen der Nichtunterstützung eines solchen anzuschließen. Zu diesem Angebot steht die deutsche Reichsregierung auch heute.

2. Der Führer und Reichskanzler hat in dieser Besprechung mitgeteilt, daß die deutsche Regierung nicht in der Lage sei, einem Paktvorschlag zuzustimmen, der, sei es für alle oder für einzelne, mehr oder weniger automatische militärische Beistandsverpflichtungen enthalte. Diese sähe darin nicht ein Element der Friedenserhaltung, sondern eher noch ein Element der Friedensbedrohung. Die deutsche Reichsregierung bekennt sich auch heute zu dieser Auffassung und zu der sich daraus ergebenden Haltung.

3. Die Reichsregierung hat sofort nach Übernahme der Macht ihren Wunsch ausgedrückt, mit den umliegenden Staaten Nichtangriffspakte abzuschließen. Sie machte diesen Vorschlag, ohne eine eingehende Kenntnis bestehender zwei- oder mehrseitiger militärischer Abmachungen einzelner Staaten zu besitzen, und ohne jede Bezugnahme auf sie. Da sie selbst keine aggressiven Absichten hegt, fühlt sie sich von wirklichen Defensivabkommen auch nicht betroffen. Auch zu dieser Auffassung bekennt sich die deutsche Regierung heute noch. So wenig sie daher in der Lage ist, einem Pakt beizutreten, der solche militärischen Verpflichtungen als ein wesentliches Element seines Inhaltes und damit seiner Existenz enthält, so wenig können solche außerhalb dieses Paktes liegenden Vereinbarungen die deutsche Reichsregierung behindern, ihrerseits Nichtangriffspakte auf der oben fixierten Basis abzuschließen. Dies ist der Sinn der Antwort der deutschen Reichsregierung auf die Frage des Königlich britischen Botschafters, ob Deutschland bereit sei, einen Ostpakt auf der von ihm selbst angedeuteten Grundlage abzuschließen, auch für den Fall, daß andere Staaten unter sich noch besondere Abmachungen getroffen hätten, oder treffen würden.

Die deutsche Reichsregierung will aber an dieser Stelle die folgenden Bemerkungen nicht unterdrücken: Die von verschiedenen Regierungen als nötig erachtete Ergänzung von Nichtangriffs- und Gewaltausschließungspakten durch militärische Beistandsverpflichtungen beruht auf einem Widerspruch in sich. Entweder man glaubt an freiwillig übernommene Verpflichtungen oder man glaubt an sie nicht. Glaubte man an sie, dann ist die Notwendigkeit solcher militärischer Abmachungen nicht einzusehen. Zweifelt man aber an der aufrichtigen Einhaltung einer übernommenen Nichtangriffsverpflichtung, dann ist dieser Zweifel genau so berechtigt gegenüber der sinngemäßen Einhaltung der ergänzenden militärischen Verpflichtungen solcher Friedenspakte. Wenn es möglich ist, daß aus Nichtangriffspakten Kriege entstehen, so ist es ebenso möglich, daß aus defensiven Beistandspakten offensive Angriffsverhandlungen kommen. Nur scheint der deutschen Reichsregierung der Weg vom Gewablehnungs- und -ausschließungspakt zum gewalttätigen Friedensbruch ein weiterer zu sein als der Weg von militärischen Verpflichtungen defensiver Natur zu einer militärischen Haltung offensiver Art. Die deutsche Reichsregierung sieht aber nach wie vor in dieser Entwicklung militärischer Bündnisse in Europa kein Element einer kollektiven friedlichen Entwicklung

oder einer Garantie des Friedens. Sie ist daher auch nicht in der Lage, Pakte zu unterzeichnen, in denen solche Verpflichtungen ein integrierender Bestandteil sind, gleichgültig, ob für alle oder für einzelne Teilnehmer.

Der vorstehende Standpunkt ist dem britischen Staatssekretär des Äußeren durch Vermittlung der Berliner Botschaft amtlich mitgeteilt worden.

23.

Simons Bericht über die englische Europareise im Unterhaus am 10. April:

Der sogenannte Ostpakt war zuerst von dem verstorbenen Barthou im vergangenen Sommer vorgeschlagen worden. Er war Gegenstand einer Unterhausausprache am 13. Juli. Reichskanzler Hitler hat klar zum Ausdruck gebracht, daß Deutschland nicht gewillt sei, einen Ostpakt zu unterzeichnen, der Deutschland zu gegenseitiger Unterstützung verpflichten würde. Insbesondere ist Deutschland nicht bereit, einen Pakt gegenseitiger Unterstützung mit Rußland einzugehen.

Andererseits wurde erklärt, daß Deutschland einen Nichtangriffspakt zwischen den an osteuropäischen Fragen interessierten Mächten begünstige, der eine Konsultation für den Fall eines drohenden Angriffs vorsehen würde. Der Kanzler Hitler ist ferner unter den gegenwärtigen Voraussetzungen nicht dazu bereit, die Einbeziehung Litauens in irgendeinen Nichtangriffspakt in Aussicht zu nehmen. Die Deutschen schlugen weiter vor, daß, falls trotz dieses Nichtangriffspaktes und trotz der Konsultation Feindseligkeiten zwischen zwei vertragschließenden Parteien ausbrechen sollten, die anderen Unterzeichner den Angreifer in keiner Weise unterstützen sollten. In einem anderen Zusammenhang verweilte Hitler jedoch bei der Schwierigkeit der Bestimmung des Angreifers. Über seine Ansicht für den Fall befragt, daß die eine oder andere Gruppe von Vertragschließenden unter sich ein Abkommen gegenseitiger Unterstützung abschließen, erklärte der Reichskanzler, daß dieser Gedanke nach seiner Meinung gefährlich und anfechtbar sei, da er darauf hinauslaufen würde, Sonderinteressen einer Gruppe im Rahmen des weiteren Systems zu schaffen.

In Moskau betonte die Sowjetregierung, daß der vorgeschlagene Ostpakt nach ihrer Ansicht nicht auf die Isolierung oder Einkreisung irgendeines Staates abziele, sondern auf die Schaffung gleicher Sicherheit für alle Teilnehmer, und daß sie daher der Meinung sei, daß die Teilnahme sowohl Deutschlands als auch Polens am Pakt die beste Lösung des Problems darstellen würde. In Warschau lernte der Lordsiegelbewahrer die Ansicht der polnischen Regierung zu dieser Frage kennen. Der polnische Außenminister Beck erklärte, daß Polen durch die bereits bestehenden Abkommen mit der Sowjetregierung auf der einen Seite und mit Deutschland auf der anderen Seite ruhige Verhältnisse an seinen beiden Grenzen geschaffen habe. Die Ostpaktfrage wurde auch in der kurzen Unterredung überprüft, die der Lordsiegelbewahrer mit Benesch in Prag hatte.

Was den Gedanken des mitteleuropäischen Paktes angeht, der auf der französisch-italischen Zusammenkunft in Rom näher besprochen worden ist, so hörten wir in Berlin, daß die deutsche Regierung den Gedanken eines solchen Abkommens nicht grundsätzlich zurückweise, daß sie aber seine Notwendigkeit nicht einsehe und daß sie eine große Schwierigkeit in der Bestimmung des Begriffes "Nichteinmischung" in Bezug auf Österreich erblicke. Reichskanzler Hitler gab jedoch zu verstehen, daß, falls andere Regierungen einen mitteleuropäischen Pakt abzuschließen wünschten und sich auf einen Wortlaut einigen würden, die deutsche Regierung hierüber Erwägungen anstellen wolle. In Warschau teilte Herr Beck dem Lordsiegelbewahrer mit, daß Polen gewillt sei, gegenüber einem mitteleuropäischen Pakt eine freundschaftliche Haltung einzunehmen. In Prag gab Herr Benesch der Hoffnung Ausdruck, daß in Stresa weitere Fortschritte in dieser Frage gemacht werden könnten.

Hinsichtlich der Wehrverhältnisse zu Lande erklärte Reichskanzler Hitler, daß Deutschland 36 Divisionen benötige, die ein Maximum von 550 000 Soldaten aller Waffengattungen einschließlich einer Division SS. und militarisierter Polizeitruppen darstellten. Er versicherte, daß es in Deutschland

keine halb-militärischen Verbände gebe. Deutschland, so erklärte er, beanspruche alle Waffentypen zu besitzen, die andere Länder besitzen. Er sei nicht bereit, auf den Bau gewisser Typen zu verzichten, solange andere Länder sie ebenfalls besitzen. Falls andere Länder gewisse Typen aufgeben, würde Deutschland das gleiche tun. Hinsichtlich der Wehrverhältnisse zur See beanspruchte Deutschland unter gewissen Vorbehalten einen Gesamttonnenbestand von 35 v. H. der britischen Tonnage. In der Luft Gleichheit zwischen Großbritannien, Frankreich und Deutschland, vorausgesetzt, daß die Entwicklung der sowjetrussischen Luftstreitkräfte nicht derart sei, daß eine Überprüfung dieser Ziffern notwendig werde.

Wenn irgendein allgemeines Abkommen über die Beschränkung der Rüstungen erreicht werden konnte, würde Deutschland gewillt sein, ein System dauernder und automatischer Überwachung unter der Voraussetzung anzunehmen, daß eine solche Überwachung in gleicher Weise für alle Mächte Anwendung findet. Dem in dem Londoner Protokoll enthaltenen Vorschlag eines Luftpaktes zwischen den Locarno-Mächten stehe Deutschland günstig gegenüber. In der Frage des Völkerbundes wies der Reichskanzler auf seine im Mai 1933 abgegebene Versicherung hin, daß Deutschland nicht weiter im Völkerbund mitarbeiten würde, falls es das bleiben sollte, was Hitler als ein Land mittleren Rechtes bezeichnete. Und er machte an Hand eines Beispiels geltend, daß Deutschland in einer untergeordneten Stellung sei, falls es keine Kolonien besitze.

Simon betonte zum Schluß seiner Rede, daß er sich auf das beschränkt habe, was von anderen gesagt worden sei. Man sollte aber nicht etwa annehmen, daß die englischen Minister nicht ihre stark abweichende Meinung über gewisse Punkte zum Ausdruck gebracht hätten. Simon versicherte, daß er die wichtigsten Fragen herausgegriffen und offen und ehrlich behandelt habe. Die englische Regierung gehe nach Stresa, ohne sich vorher irgendwie festgelegt zu haben. Das Ausland solle amtliche Erklärungen abwarten, bevor es aus irgendwelchen nicht amtlichen Kommentaren unrichtige Schlüsse ziehe.

24.

Zeugnisse zur deutschen Politik.

Reichspropagandaminister Dr. Göbbels in Karlsruhe am 31. März 1935:

Deutschland fühlt sich heute wieder als souveräner Staat. Die Welt müsse eigentlich zufrieden sein über unsere neue Wehrmacht. Deutschland denkt nicht an Krieg. Wir halten vielmehr das ewige Geschwätz von Krieg für ein Verbrechen.

Es ist nicht wahr, daß Deutschland den Korridor, Teile der Tschechoslowakei, Österreich und Elsaß-Lothringen oder sonstige Gebietsteile gefordert hat. Wenn aber ausländische Zeitungen solche Lügen verbreiteten, so sind sie es, die Europa beunruhigen. Wir drohen niemandem, aber wir lassen uns auch nicht bedrohen. **Der Führer hat der Welt oft genug die Versöhnungshand hingestreckt. Diese Versöhnungshand bleibt weiter offen.** In dieser Stunde möchte ich einen Appell an die Welt und an die Staatsmänner der Welt richten, daß sie der Welt den Frieden geben, der auf der Achtung aller gegen alle beruht. Deutschland wird dann auch die besten Soldaten dieses Friedens, der jedem seine Ehre läßt, stellen. Diesem Frieden hat sich das deutsche Volk mit seinem Führer verschworen.

Ministerpräsident Göring in Danzig am 4. April 1935:

Die Leistungen der nationalsozialistischen Bewegung in der hinter uns liegenden Zeit des Aufbaues sind bereits historisch. Wir haben ein einiges und machtvolles Reich geschaffen. Zugleich hat der Führer der ganzen Welt bewiesen, daß dieses starke Reich den Frieden will. Er hat die Verständigung mit Polen durchführen und damit den Weg einer praktischen Friedenspolitik beweisen können. Beide Völker sind darauf angewiesen, den Frieden zu halten, und Deutschland wird zeigen, daß es ein aufrechter wahrer Vertragspartner ist. Wir werden uns durch nichts provozieren lassen und

erwarten von der Gegenseite das gleiche. Auch Frankreich braucht nicht bis Moskau zu gehen, wenn es Frieden und Sicherheit haben will. Für Europa ist ein starkes Deutschland notwendig.



Der Stellvertreter des Führers, Rudolf Heß, in Danzig am 5. April 1935:

Es ist schon viel zu viel an internationalem Vertrauen dadurch vertan worden, daß gewichtige Teile schwerwiegender Verträge, wie die im **Versailler Vertrag** verankerte Zusage der Abrüstung der Welt nach Deutschlands Abrüstung, **nicht erfüllt werden**. Kann es die Welt Deutschland verübeln, wenn es mit größter Zurückhaltung allen Plänen gegenübersteht, in denen Deutschland internationale Verpflichtungen auf sich nehmen soll, ohne eine Gewähr zu haben, daß die Vertragspartner ihren eigenen Verpflichtungen und Versprechungen besser nachkommen als von 1918 bis heute? Kann es insbesondere die Welt Deutschland verübeln, wenn es allen Abmachungen, an denen Sowjetrußland beteiligt ist, mit abwartender Vorsicht gegenübersteht?

Das Programm, das die politischen Machthaber der Sowjetunion weltanschaulich verfechten, geht über den Rahmen Sowjetrußlands hinaus. Es ist die Weltrevolution, während das Programm des Nationalsozialismus ein Glaubensbekenntnis der Deutschen ist, das allein für Deutschland seine Gültigkeit hat, von dem aber kein führender Nationalsozialist etwa glaubt, er müsse es zum Programm für andere Völker machen. [*Scriptorium merkt an: und dies ist ein Kernpunkt, der auch heute noch – evtl. mit Absicht – vollkommen übersehen wird. Daß nämlich die Weltherrschaftsbestrebungen nicht bei Deutschland, dafür aber sehr wohl bei Rußland lagen, geht schon aus den Namen der beiden Systeme hervor: nationaler Sozialismus vs. internationaler Sozialismus!*]

Wenn Deutschland sich schwer dazu entschließen kann, zu glauben, daß Verträge mit einem Staat, der die Weltrevolution mit allen Mitteln vorantreiben will, wirklich den Frieden Europas garantieren können, so nehmen wir bewußt für uns in Anspruch, daß unsere Skepsis auf der Sorge um diesen Frieden, auf der Sorge um die europäische Kultur beruht. Wenn das nationalsozialistische Deutschland Verträge abschließt, will es den Glauben haben, daß die Vertragspartner sich genau so innerlich an die Verträge gebunden fühlen wie Deutschland. Denn Deutschland wägt kritisch jede mögliche Auswirkung eines Vertrages ab, bevor es ihn eingeht. Ist es aber einen Vertrag eingegangen, so kann die Welt sich darauf verlassen, daß es ihn unbedingt einhält. Das Deutschland, das heute Verträge abschließt, ist ein Deutschland, das seine Ehre über alles stellt.

Der Vertrag, der zwischen Deutschland und Polen besteht, gilt der Befriedung der beiden Völker, aber auch dem Frieden der Welt, und ich glaube, daß es nützlicher ist für die Sache des Friedens, ihn zu studieren und von ihm zu sprechen, als täglich in der Weltpresse die Gefahren eines drohenden Krieges aufzuzeigen.



25.

Der französisch-russische Beistandspakt vom 2. Mai 1935:

Artikel 1. Für den Fall, daß Frankreich oder die Sowjetunion Gegenstand einer Drohung oder einer Angriffsgefahr von seiten eines europäischen Staates sein soll, verpflichten sich die Sowjetunion bzw. Frankreich gegenseitig, eine sofortige Konsultierung vorzunehmen über die zur Einhaltung der Bestimmungen des Artikels 10 der Völkerbundssatzungen zu ergreifenden Maßnahmen.

Artikel 2. Im Fall, daß – unter den im Artikel 15 Abs. 7 der Völkerbundssatzung vorgesehenen Bedingungen – Frankreich oder Sowjetrußland trotz ihrer aufrichtig friedlichen Absichten Gegenstand eines nicht herausgeforderten Angriffes von seiten eines europäischen Staates sein sollten, werden die Sowjetunion bzw. Frankreich sich sofort Hilfe und Beistand gewähren.

Artikel 3. Unter Berücksichtigung, daß laut Artikel 16 der Völkerbundssatzungen jedes Mitglied des Völkerbundes, das im Gegensatz zu den laut Artikel 12, 13 oder 15 der Völkerbundssatzungen übernommenen Verpflichtungen zum Kriege schreitet, *ipso facto* als eine Macht gilt, die eine

Kriegshandlung gegen alle anderen Völkerbundsmitglieder vorgenommen hat, verpflichten sich Frankreich bzw. die Sowjetunion, für den Fall, daß eines von ihnen unter diesen Bedingungen und trotz der aufrichtig friedfertigen Absichten beider Länder Gegenstand eines nicht herausgeforderten Angriffes von seiten eines europäischen Staates wäre, sich sofort Hilfe und Beistand durch Anwendung des Artikels 16 der Völkerbundssatzungen zu gewähren. Dieselbe Verpflichtung ist für den Fall übernommen, daß Frankreich oder die Sowjetunion Gegenstand eines Angriffs von seiten eines europäischen Staates unter den im Artikel 16 Abs. 1 und 3 der Völkerbundssatzungen vorgesehenen Bedingungen wäre.

Artikel 4. Da die oben festgesetzten Verpflichtungen mit den Pflichten der hohen vertragschließenden Parteien als Mitglieder des Völkerbundes übereinstimmen, wird nichts in dem vorliegenden Vertrag als Einschränkung der Mission des Völkerbundes zur Ergreifung geeigneter Maßnahmen zwecks wirksamer Sicherung des Weltfriedens oder als Beeinträchtigung der aus den Völkerbundssatzungen für die hohen vertragschließenden Parteien sich ergebenden Verpflichtungen ausgelegt werden.

Artikel 5. Der vorliegende Vertrag wird beim Völkerbundssekretariat eingetragen werden. Er wird in Kraft treten, sobald die Ratifikationsurkunden ausgetauscht sind, und fünf Jahre in Kraft bleiben. Wenn er nicht von einer der hohen vertragschließenden Parteien mit einer Vorankündigung von mindestens einem Jahr vor Ablauf dieses Abschnittes gekündigt ist, wird er ohne zeitliche Beschränkung in Kraft bleiben, wobei jede der hohen vertragschließenden Parteien ihn dann durch eine entsprechende Erklärung mit einjähriger Frist aufkündigen kann.

Auslegungsbestimmungen

Gleichzeitig mit der Unterzeichnung des gegenseitigen französisch-russischen Beistandspaktes haben die Bevollmächtigten ein Protokoll unterzeichnet, das in dem Austausch der Ratifizierungsurkunden des Vertrages mit einbegriffen wird und in dem es heißt: Es gilt als verabredet, daß Artikel 3 jede der vertragschließenden Parteien verpflichtet, der anderen sofort Beistand zu gewähren, indem sie sich sofort nach den Empfehlungen des Völkerbundsrates richtet, sobald diese auf Grund des Artikels 16 der Völkerbundssatzungen erlassen worden sind. Es gilt gleichfalls als verabredet, daß die beiden vertragschließenden Parteien gemeinsam handeln werden, um zu erreichen, daß der Völkerbundsrat seine Empfehlungen mit der ganzen Schnelligkeit erläßt, die die Umstände erfordern werden, und daß, wenn der Völkerbundsrat nichtsdestoweniger aus irgendeinem Grunde keinerlei Empfehlungen erläßt oder kein einstimmiger Beschluß zustande kommt, die Beistandspflicht deshalb nicht weniger zur Anwendung kommt. Es gilt als verabredet, daß die in dem vorliegenden Vertrag vorgesehenen Beistandsverpflichtungen sich nur auf den Fall beziehen, daß ein Angriff gegen das eigene Gebiet der einen oder der anderen vertragschließenden Partei erfolgt.

Ein Hinweis auf Deutschland

Beide Regierungen stellen fest, daß die Verhandlungen, die zur Unterzeichnung des vorliegenden Vertrages geführt haben, anfänglich aufgenommen wurden, um ein Sicherheitsabkommen zu vervollständigen, das die Staaten von Nordosteuropa, nämlich die Sowjetunion, Deutschland, die Tschechoslowakei, Polen und die der Sowjetunion benachbarten baltischen Staaten umfaßt, und daß neben diesem Abkommen ein Beistandsvertrag zwischen der Sowjetunion, Frankreich und Deutschland abgeschlossen werden sollte, durch den sich jeder dieser drei Staaten verpflichten sollte, demjenigen unter ihnen Beistand zu gewähren, der Gegenstand eines Angriffes von seiten eines dieser drei Staaten wäre. Obgleich die Umstände bisher den Abschluß dieser Abkommen, die beide Parteien weiterhin als wünschenswert erachten, noch nicht gestattet haben, sind die in dem französisch-sowjetrussischen Beistandsabkommen enthaltenen Verpflichtungen nichtsdestoweniger so zu verstehen, daß sie nur in den in dem früher geplanten Dreierabkommen vorgesehenen Grenzen angewandt werden sollen.



***Sir John Simon im englischen Unterhaus am 3. Mai
über das Verhältnis von Russenpakt und Locarnopakt:***

Sollten die Sowjetunion und Deutschland in einen Konflikt geraten und Frankreich in Deutschland einmarschieren, um den Sowjets Hilfe zu leisten, so würde dies England nicht automatisch in den Streit verwickeln. Greife Deutschland die Sowjetunion an und Frankreich eile in Erfüllung des Vertrages den Russen zu Hilfe, indem es Deutschland angreift, dann lege der Locarnovertrag England unter diesen Umständen keine Verpflichtung auf, Deutschland Hilfe zu leisten. Dies sei die allgemeine Auffassung.

Um der Auffassung, daß Deutschland in einem solchen Fall England nicht unter Berufung auf den Locarno-Vertrag anrufen kann, Gültigkeit zu verleihen, müsse natürlich die Hilfeleistung Frankreichs für die Sowjetunion gewissen Bestimmungen des Völkerbundspaktes entsprechen, auf die im Locarno-Vertrag selbst Bezug genommen sei. Die Bestimmungen des Paktes seien, wie versichert werde, der Art, daß sie sämtlich den Funktionen des Locarno-Vertrages untergeordnet seien. Daraus folge, daß die britischen Verpflichtungen heute unter dem Locarno-Vertrag ebensowenig vermehrt worden seien, wie damals, als Frankreich gleichzeitig mit Polen und der Tschechoslowakei Verträge auf der Grundlage gegenseitiger Unterstützung abgeschlossen habe.

26.

"Gemeinsame Entschließung der Konferenz von Stresa" vom 14. April 1935:

Die Vertreter der Regierungen Italiens, Frankreichs und Englands haben in Stresa die allgemeine europäische Lage geprüft im Lichte der Ergebnisse des Meinungsaustausches, der in den letzten Wochen stattgefunden hat, sowie der Entscheidung, die am 16. März von der deutschen Regierung gefällt wurde, und schließlich auf Grund der Auskünfte, die von den britischen Ministern während ihrer kürzlich stattgefundenen Besuche in verschiedenen Hauptstädten Europas erlangt wurden. Nachdem der Einfluß dieser Lage auf die Politik in Betracht gezogen war, wie sie in den Abkommen von Rom und London bestimmt worden ist, fanden sie sich in voller Übereinstimmung über die verschiedenen Fragen, die besprochen wurden.

1. Sie einigten sich auf eine **gemeinsame Linie**, die verfolgt werden soll, wenn der **französische Antrag an den Völkerbundsrat** zur Sprache kommt.
2. Die Auskünfte, die sie erhalten haben, haben sie in der Ansicht bestärkt, daß die Verhandlungen fortgesetzt werden sollen hinsichtlich der Entwicklung, welche in bezug auf die **Sicherheit in Osteuropa** erstrebt wird.
3. Die Vertreter der drei Regierungen prüften von neuem die österreichische Lage. Sie bestätigten die englisch-französisch-italischen Erklärungen vom 17. Februar und 27. September 1934, durch die die drei Regierungen anerkannten, daß die Notwendigkeit, **die Unabhängigkeit und Unversehrtheit Österreichs** aufrecht zu erhalten, auch in Zukunft ihre gemeinsame Politik leiten werde. Hinsichtlich des französisch-italischen Protokolls vom 7. Januar 1935 und der englisch-französischen Erklärungen vom 3. Februar 1935, in welchen der Beschluß bekräftigt wurde, sich gemeinsam zu beraten im Hinblick auf Maßnahmen, die im Falle der Bedrohung der Unversehrtheit und Unabhängigkeit Österreichs ergriffen werden müssen, kamen sie überein, vorzuschlagen, daß Vertreter aller der Regierungen, die im Protokoll von Rom aufgezählt sind, zu einem möglichst frühen Zeitpunkt zusammentreten sollen mit dem Ziel, die zentraleuropäischen Vereinbarungen abzuschließen.
4. Was den ins Auge gefaßten **Luftpakt für Westeuropa** betrifft, so bekräftigten die Vertreter der drei Staaten die Grundsätze des Verfahrens, das eingeschlagen werden soll, wie es im Londoner Kommuniqué vom 3. Februar vorgesehen ist, und beschlossen, das Studium dieser Frage aktiv fortzusetzen in der Absicht, einen Pakt zwischen den fünf Mächten abzuschließen, die im Londoner

Kommuniqué erwähnt werden, sowie von allen zweiseitigen Vereinbarungen, welche ihn begleiten können.

5. Als sie zur **Rüstungsfrage** gelangten, haben die Vertreter der drei Mächte daran erinnert, daß das Londoner Kommuniqué ein Abkommen vorsah, das frei mit **Deutschland** ausgehandelt werden sollte, um an die Stelle der entsprechenden Klauseln des Teils V des Vertrages von Versailles zu treten. Sie unterzogen weiter die Handlungen der deutschen Regierung und den Bericht Sir John Simons über seine Unterhaltungen mit dem deutschen Reichskanzler über diesen Gegenstand einer sorgfältigen und besorgten Besprechung. Mit Bedauern stellten sie fest, daß die Methode der einseitigen Aufkündigung, die von der deutschen Regierung in einem Augenblick angewandt wurde, als gerade Schritte ergriffen waren, ein in freier Weise ausgehandeltes Abkommen über die Rüstungsfrage zu erreichen, das öffentliche Vertrauen in die Sicherheit einer friedlichen Ordnung unterminiert hat. Darüber hinaus hat das große Ausmaß des veröffentlichten Programms der deutschen Aufrüstung, das schon mitten in der Ausführung begriffen ist, die zahlenmäßigen Schätzungen entwertet, auf die die Anstrengungen für eine Abrüstung bisher gegründet waren, und die Hoffnungen erschüttert, durch die jene Anstrengungen inspiriert waren. Die Vertreter der drei Mächte bekräftigen nichtsdestoweniger ihren ernstesten Wunsch, den Frieden zu erhalten durch Herstellung eines Gefühls der Sicherheit und erklären für sich selbst, daß sie ernstlich bestrebt bleiben, sich an jeder praktischen Anstrengung zu beteiligen, durch die die internationale Verständigung infolge Rüstungsbegrenzung gefördert werden kann.

6. Die Vertreter der drei Mächte berücksichtigten weiter den Wunsch **der Staaten, deren Rüstungsstand durch die Friedensverträge von St. Germain, Trianon und Neuilly festgesetzt worden ist, die Revision dieses Standes zu erreichen**. Sie beschlossen, daß die anderen hiervon berührten Staaten auf diplomatischem Wege unterrichtet werden sollen. Sie kamen überein, diesen anderen in Betracht kommenden Staaten die Prüfung dieser Frage zu empfehlen mit dem Ziel, sie durch gegenseitige Verständigung innerhalb des Rahmenwerkes allgemeiner und regionaler Sicherheitsgarantien zu regeln.

Anschließende englisch-italische Erklärung:

Folgende gemeinsame Erklärung ist von den Vertretern Italiens und Englands in bezug auf den **Vertrag von Locarno** abgegeben worden: Die Vertreter Italiens und Englands als Mächte, die am Vertrag von Locarno nur als Garantiemächte beteiligt sind, bekräftigen in aller Form alle ihre aus diesem Vertrage hervorgehenden Verpflichtungen und erklären ihre Absicht, diese, falls nötig, getreu zu erfüllen. Soweit beide Mächte diese Verpflichtungen auf sich genommen haben in bezug auf alle anderen Teilnehmer des Locarno-Vertrages, wird diese gemeinsame Erklärung der Stresa-Konferenz, an der Frankreich teilnahm, auch den Regierungen Deutschlands und Belgiens förmlich übermittelt werden.

Schlußerklärung:

Die drei Mächte, deren politisches Ziel die **gemeinsame Aufrechterhaltung des Friedens innerhalb des Rahmens des Völkerbundes ist, stimmen vollkommen überein, wenn sie sich mit allen praktischen Mitteln jeder einseitigen Aufkündigung von Verträgen** widersetzen, durch die der Friede Europas in Gefahr kommen kann, und sie werden daher zu diesem Zwecke in enger und freundschaftlicher Zusammenarbeit handeln.

27.

Anfang und Ende der französischen Denkschrift an den Völkerbund vom 9. April 1935:

1. Am 16. März hat der deutsche Reichskanzler die Berliner Botschafter der europäischen Mächte zu sich gerufen, um ihnen vom Wortlaut eines Gesetzes Kenntnis zu geben, das in Deutschland die allgemeine Wehrpflicht wiederherstellt und das eine neue Einteilung der Armee in zwölf Armeekorps und in 36 Divisionen vorsieht. An demselben Tage trat das Gesetz in Kraft. Dieser Maßnahme

war schon am 9. März die offizielle Ankündigung der Wiedererrichtung einer deutschen Militärluftfahrt vorausgegangen. In zwei ihrer wichtigsten Bestimmungen sind somit die Klauseln des Friedensvertrages formell zurückgestoßen (*répudié*) worden. Es ist die Krönung (*consécration*) langer und methodisch im geheimen verfolgter Anstrengungen. Es ist dies der Beweis der Bedeutung der in Deutschland bereits vollbrachten Aufrüstung, ganz abgesehen von dem Plan, dessen Vollbringung weiter verfolgt wird. Es ist dies nicht nur die Verkündung einer Politik. Diese ist schon zur Tatsache geworden.

[...]

In einem Europa, in dem sich die Methode der einseitigen Kündigung internationaler Verpflichtungen verallgemeinern würde, würde es bald nur noch Platz für eine Machtpolitik geben. Keine Verhandlung ist möglich, wenn im Laufe dieser Verhandlungen einer der Teilnehmer das willkürlich an sich reißt, was Gegenstand der Verhandlungen ist. Keine Verhandlung ist außerdem nützlich, wenn die Ergebnisse, ganz gleich welcher Art, durch den Willen einer der beteiligten Parteien zerstört werden können. Man sollte dann bei den internationalen Beziehungen von vornherein den Begriff eines Vertrages oder einer Verpflichtung ausschalten. Die Anstrengungen der friedlichen Nationen gehen darauf hinaus, durch die Angriffs-, gegenseitigen Erleichterungs- und Beistandsverpflichtungen zwischen den Staaten ein weites System der kollektiven Sicherheit zu schaffen. Ist es der Mühe wert, diese Anstrengungen fortzusetzen, wenn zugegeben wird, daß der Verstoß gegen eine übernommene Verpflichtung, so feierlich sie auch sei, keine anderen Folgen nach sich zieht als eine moralische Ablehnung, und wenn man keinerlei Risiko eingeht, indem man sich von seinen Verpflichtungen befreit und der verletzte Staat in der Unbestraftheit eine Ermutigung zu neuen Verletzungen findet? Der Völkerbundsrat kann einer solchen Bedrohung gegen die internationale Ordnung nicht gleichgültig gegenüberstehen, ohne seiner Aufgabe nicht gerecht zu werden. Er hat die Pflicht, ihr entgegenzutreten, indem er die geeigneten Maßnahmen ergreift, um der heute geschaffenen Lage abzuhelpen und eine Wiederholung zu verhindern.

28.

Entschließung Völkerbundsrates vom 17. April 1935:

Der Völkerbundsrat ist der Ansicht, **1.** daß die gewissenhafte Einhaltung aller Verpflichtungen aus den Verträgen eine Grundregel des internationalen Lebens und eine Voraussetzung der Aufrechterhaltung des Friedens ist; **2.** daß es ein Hauptgrundsatz der Menschenrechte ist, daß keine Macht sich von den Verpflichtungen eines Vertrages loslösen kann, noch daß sie seine Bestimmungen ohne Übereinstimmung mit den anderen vertragschließenden Parteien abändert; **3.** daß die deutsche Einführung des Wehrgesetzes vom 16. März 1935 in Widerspruch mit diesen Grundsätzen steht; **4.** daß durch diese einseitige Maßnahme kein Recht entstehen konnte; **5.** daß diese einseitige Maßnahme, indem sie ein neues Störungselement in die internationale Lage brachte, notwendigerweise als eine Drohung gegen die europäische Sicherheit erscheinen mußte.

In der Erwägung, daß andererseits **6.** die britische Regierung und die Regierung Frankreichs, mit Zustimmung der italienischen Regierung, die deutsche Regierung seit dem 3. Februar 1935 mit dem Programm einer allgemeinen Regelung befaßt hatten mit dem Ziele, durch freie Verhandlungen den Frieden in Europa zu organisieren und zu einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung im Rahmen der Gleichberechtigung zu gelangen, bei gleichzeitiger Sicherstellung der aktiven Mitarbeit Deutschlands am Völkerbund; **7.** daß die einseitige Maßnahme Deutschlands nicht nur unvereinbar mit diesem Plan ist, sondern daß sie auch gerade zu der Zeit kam, als die Verhandlungen tatsächlich im Gange waren, erklärt der Rat:

1. Daß Deutschland gegen die Pflichten, die allen Mitgliedern der internationalen Gemeinschaft auferlegt sind, verstoßen hat, nämlich die eingegangenen Verpflichtungen innezuhalten. Der Rat verurteilt jede einseitige Aufkündigung der internationalen Verpflichtungen.

2. Der Rat richtet an die Regierungen, die das Programm vom 3. Februar 1935 ins Leben gerufen haben, oder die sich ihm angeschlossen haben, die Aufforderung, die Verhandlung, die sie begonnen haben, fortzusetzen und vor allem im Rahmen des Völkerbundsabkommens die Verträge abzuschließen, die im Einklang mit den Verpflichtungen des Völkerbundspaktes notwendig erscheinen sollten, um das Ziel zu erreichen, das in diesem Programm zur Sicherung der Aufrechterhaltung des Friedens vorgesehen ist.

3. In Erwägung, daß die einseitige Aufkündigung internationaler Verpflichtungen sogar die Existenz des Völkerbundes in Gefahr bringen kann, also einer Einrichtung, die die Pflicht hat, die Aufrechterhaltung des Friedens zu sichern, und die allgemeine Sicherheit zu organisieren, beschließt der Völkerbundsrat: daß eine derartige Vertragsaufkündigung, ohne damit die Anwendung der Bestimmungen zu beeinträchtigen, die schon in anderen internationalen Verträgen vorgesehen sind, von seiten der Mitglieder des Völkerbundes und im Rahmen des Völkerbundspaktes alle geeigneten Maßnahmen hervorrufen müßte, sobald es sich um Verpflichtungen handelt, die die Sicherheit der Völker und die Aufrechterhaltung des Friedens in Europa berühren.

Der Rat beauftragt einen Ausschuß, der in folgender Weise zusammengesetzt sein soll (hier ist eine Lücke im Text), zu diesem Zwecke Maßnahmen vorzuschlagen, welche den Völkerbundspakt wirksamer machen sollen hinsichtlich der Organisation der allgemeinen Sicherheit, und der im besonderen wirtschaftliche und finanzielle Maßnahmen genau festlegen soll, die angewandt werden könnten in dem Falle, daß in Zukunft ein Staat, ob er nun Mitglied des Völkerbundes ist oder nicht, den Frieden in Gefahr bringen sollte, indem er einseitig seine internationalen Verpflichtungen aufkündigt.

29.

Sonderbare Zusammenhänge. Hinter den Kulissen des Sowjetpaktes und der Sowjetanleihe Frankreichs.

Das letzte Kabinett in Frankreich war das Kabinett Sarraut. Albert Sarraut war französischer Ministerpräsident und zugleich Innenminister. Sein Kabinett war es, das den sogenannten Sowjetpakt ratifizierte. Das heißt, das Kabinett Sarraut schloß mit den Sowjetjuden in Moskau ein Militärbündnis ab. Die beiden Länder Frankreich und die Sowjetunion haben sich also vertraglich verpflichtet, einander militärische Hilfe zu leisten. Zugleich mit dem Abschluß des Bündnisses wurde durch die französische Regierung der Sowjetunion ein Kredit von 800 Millionen (!) Francs gewährt. Die Sowjetunion verwendet diesen Kredit zur Aufrüstung ihrer Roten Armee.

Die Zeitung *Action Française* berichtet unterm 26. Februar 1936 über diese Dinge. Sie teilt auch bemerkenswerte Zusammenhänge über die Hinausgabe der 800-Millionen-Anleihe mit. Diese Anleihe wurde von einem gewissen Cagan "realisiert". Das heißt, sie wurde von ihm zur Durchführung gebracht. Cagan ist Jude. Er hat Verbindungen nach drei Seiten. Er ist mit den Sowjetjuden in Moskau verbunden. Allem Anschein nach ist er Beauftragter der Sowjetregierung. Er verteilt die Gelder der Sowjetjuden an die Kommunisten in Frankreich. Weiter hat Cagan Verbindungen mit dem jüdischen Bankhaus Seligmann in Paris. Dieses Bankhaus hat ebenfalls Verbindungen mit der Sowjetregierung. Das heißt, die Juden des Bankhauses Seligmann arbeiten mit den Juden in Moskau zusammen. Das Bankhaus Seligmann besitzt in französischen Regierungskrisen großen Einfluß. Nach einer Mitteilung der Pariser Zeitung *Le Quotidien* zahlt außerdem dieses Haus an gewisse Wahlfonds der französischen Parteien erhebliche Summen. Als der Millionenkredit für die Sowjetunion beschlossen wurde, stellte das Bankhaus Seligmann die Forderung, daß vor Hinausgabe des Kredites der Sowjetpakt ratifiziert werden müsse. Diese Forderung wurde erfüllt. Auch diese Meldung stimmt aus der Zeitung *Le Quotidien*. Die dritte Verbindung, die der Jude Cagan hat, ist eine verwandtschaftliche und geht direkt in die französische Regierung hinein. Cagan heiratete die Tochter des Maurice Sarraut. Dieser ist ein Bruder des Albert Sarraut, des gewesenen französischen Ministerpräsidenten.

Klarer kann die Verjudung in Frankreich kaum mehr gezeigt werden. Juden und Judengenossen sitzen auf den Ministersesseln. Juden betätigen sich als Verbindungsmänner und als Vertrauensleute. Und Juden bestimmen die Politik als Finanzdiktatoren. Und damit ist das Bild fertig: Juden regieren in Frankreich. Juden regieren im ehemaligen Rußland. Diese Juden haben einander die Hände zum Bündnis gereicht. Zum Bündnis gegen das antisemitische Deutschland. Die nichtjüdischen Völker aber, das französische und das russische Volk sind dazu ausersehen, einmal gegen Deutschland marschieren zu müssen. Sie dürfen ihr Blut verspritzen zur Ehre und zur Allmacht einer verbrecherischen Judenklique.

(Aus: *Der Stürmer*, Nürnberg, im Juni 1936. 14. Jahr, Nr. 24.)

30.

Marschall Pilsudski

Polens Nationalheros Marschall Pilsudski wurde am 5. Dezember 1867 in Zulow in der Nähe von Wilna aus kleinem litauischen Adel geboren. Er studierte in Charkow Medizin, wurde aber von der Universität wegen seiner politischen Tätigkeit relegiert. Er trat mit sozialistischen Kreisen in Verbindung und wurde im Jahre 1887 auf fünf Jahre nach Sibirien verbannt. Nach seiner Rückkehr organisierte er die polnische Sozialistische Partei und gab die Zeitung *Robotnik* heraus. Im Jahre 1900 wurde er erneut verhaftet, konnte aber aus Petersburg nach Kiew fliehen und später nach Galizien, wo er lange Zeit in Krakau weilte. In diese Zeit fiel auch die Reise nach London. In Krakau bereitete er einen nationalen Aufstand grundlegend vor. Er fuhr dann nach Japan, um mit der japanischen Regierung über die Bewaffnung Polens zum Kampf gegen den Zarismus zu verhandeln, ein Plan, der jedoch mißlang. Er begründete die Kampforganisation der polnischen Sozialistischen Partei und die galizischen Schutzverbände. Beim Ausbruch des Weltkrieges ernannte ihn die insgeheim in Krakau gebildete "Nationale Regierung" zum Oberbefehlshaber aller polnischen Streitkräfte. Von Krakau aus führte er dann die berühmte Legionärbrigade nach Kielce, dessen Einnahme ihm gelang. Die Schützenverbände traten nunmehr unter seiner Führung als polnische Legion auf. 1916 jedoch legte er die Führung nieder. Am 15. Juli 1917 wurde er in Magdeburg interniert.

Die Mittelmächte errichteten in diesem Zeitabschnitt den selbständigen polnischen Staat. Als Pilsudski am 10. November 1918 nach Warschau zurückkehrte, übertrug ihm der jetzt gebildete Regentschaftsrat die Militärgewalt. 5 Tage später übernahm er die oberste Gewalt und nach Auflösung des Regentschaftsrates die gesamte Staatsgewalt. Er berief den verfassungsgebenden Sejm ein, der ihm im Februar 1919 bis zur Übernahme der ordentlichen Staatsverfassung die weitere Geschäftsführung übertrug. Im Dezember 1922 zog sich Pilsudski von den Regierungsgeschäften zurück, kehrte aber im Mai 1926 wieder, nachdem er nach gewaltigen Kundgebungen des Militärs durch einen Putsch die Macht an sich reißen konnte. Am 21. Mai 1926 wird er zum Staatspräsidenten gewählt, nimmt aber die Wahl nicht an. In der neuen Regierung übernahm er das Kriegsministerium und im Oktober 1926 das Amt des Ministerpräsidenten, das er bis zum 27. Juli 1928 und später noch einmal vom August bis Dezember 1930 innehatte. Sonst behielt er sich in allen Regierungen nur das Amt des Kriegsministers vor und übte gleichzeitig die Befugnisse des Armeegeneralinspektors aus. Unter seiner Führung entwickelte sich der Aufbau Polens zu einem starken Staatswesen im Innern und auch nach außen.

Ihm ist auch das Gelingen der guten Beziehungen zwischen Deutschland und Polen zu danken, das im deutsch-polnischen Freundschaftsabkommen seinen Ausdruck fand. Dieser Vertrag, der im deutsch-polnischen Verhältnis für 10 Jahre eine enge freundschaftliche Bindung sichert, ist auch ein wertvoller Beitrag für den europäischen Frieden und somit ein bedeutendes Verdienst Marschall Pilsudskis.

Nach einer Mitteilung des *Kurjer Poranny* existiert ein letzter Wille des Marschalls bereits seit

einigen Jahren. Danach habe Pilsudski als Ausdruck seiner Hochachtung vor der Wissenschaft sein Gehirn wissenschaftlichen Zwecken bestimmt. Sein Herz solle nach Wilna gebracht werden, der Stadt, in der er am meisten weilte. Der Marschall solle gewünscht haben, daß die sterblichen Überreste seiner Mutter nach Wilna gebracht würden und sein Herz zu ihren Füßen niedergelegt werde. Die Beisetzung seines Leichnams habe er im Wawel-Schloß in Krakau gewünscht, das die Gräber der polnischen Könige enthält.

Der polnische Staatspräsident sagt in einem Aufruf an die Bevölkerung, daß der Marschall dem polnischen Staat durch den Genius seiner Gedanken und seinen eisernen Willen zum Leben erweckt habe. Dieser größte Mann der polnischen Geschichte habe die Kraft seines Geistes aus der Tiefe der nationalen Vergangenheit geschöpft und die Zukunft in übermenschlicher Gedankenanspannung vorausgeahnt. Er hinterlasse dem Volke das Erbe seiner auf die Ehre und die Macht des Staates gerichteten Gedanken. "Dieses Testament" – so schließt der Aufruf – "uns Lebenden überliefert, haben wir zu übernehmen und fortzuführen". Nach einer Kabinettsitzung unmittelbar nach Bekanntwerden des Hinscheidens des Marschalls ernannte der polnische Staatspräsident General Rydz-Smigly zum Generalinspekteur der Armee und General Kasprzycki zum Leiter des Kriegsministeriums.

31.

Auszug aus dem amtlichen Bericht der Tass über Laval's Besuch in Moskau, 15. Mai 1936:

Während der Unterredungen hätten Stalin, Molotow und Litwinow sowie Laval ihrer Genugtuung über den am 2. Mai 1935 in Paris unterzeichneten Vertrag Ausdruck gegeben, der die Verpflichtung der gegenseitigen Hilfe zwischen der Sowjetunion und Frankreich festgelegt hat. Beide Seiten konnten feststellen, daß ihre Bemühungen um die Sicherung des Friedens in einer Reihe von Staaten, die der Sache des Friedens zugetan seien, Unterstützung gefunden hätten. Gerade im Interesse der Friedenswahrung seien diese Staaten verpflichtet, die Mittel der Landesverteidigung nicht herabzumindern. Stalin habe sein volles Verständnis für die Bestrebungen Frankreichs ausgesprochen, einen Rüstungsstand zu erreichen, der den Notwendigkeiten seiner Sicherheit entspricht. Es wurde besonders anerkannt, daß der Abschluß des gegenseitigen Beistandspaktes zwischen Sowjetrußland und Frankreich in keiner Weise die Bedeutung schmälert, die die unaufschiebbare Verwirklichung eines Regionalpaktes in Osteuropa bietet, der die ursprünglich hierfür vorgesehenen Staaten auf der Grundlage von Verpflichtungen vereinigen würde, die auf den Nichtangriff, die Beratung und die Nichtunterstützung des Angreifers abzielten. Beide Regierungen werden sich mit vereinten Kräften zu diesem Zweck für die Ausgestaltung des diplomatischen Verfahrens weiterhin einsetzen.

Die amtliche Mitteilung über den Inhalt der sowjetrussisch-französischen Besprechungen enthält zweifellos **nur einen Teil der hierbei berührten Fragen**. Über die Unterredung Laval's mit Stalin ist beispielsweise nur wenig enthalten. **Der Kernpunkt des Abschlußkommunitqués ist die Billigung von Frankreichs Politik der nationalen Verteidigung. Dies hat im Hinblick auf die anti-militaristische Propaganda in Frankreich hervorragende Bedeutung** und stellt den größten diplomatischen Gewinn dar, den Laval heimbringen konnte. Laval hat bei den Besprechungen über die Sicherheitspolitik Wert darauf gelegt, auf gewisse polnische Wünsche und Vorbehalte Rücksicht zu nehmen und darüber hinaus den Weg zur Verständigung in weitem Rahmen offen zu halten.

32.

Léon Blum über Hitler und Mussolini

am 17. April 1936 im *Populaire*, wiedergegeben nach *Le Temps*, 18. April 1936 (Artikel "La Grande Équivoque"):

Les socialistes dénoncent au peuple français deux peuples voisins comme des ennemis qu'il faut combattre. "Hitler et Mussolini, écrivait hier M. Leon Blum dans le Populaire, sont portés par le

même destin vers le même but... L'un et l'autre poursuivent la destruction de la Société des nations non seulement dans sa structure, mais surtout dans ses principes. L'un et l'autre sont les ennemis jurés des "vieilles idoles", de la liberté, de la loi, de la foi jurée, puisqu'ils ne peuvent justifier leur existence que par le droit de la force. Le devoir est de lutter simultanément contre tous deux, de lutter pour les mêmes raisons, de lutter avec les mêmes moyens. Le devoir est d'opposer simultanément à tous deux la loi internationale qu'ils ont volontairement enfreinte... La tâche excède, me dira-t-on, les forces de la communauté européenne. Non. **Si l'Angleterre, la Russie soviétique et la France agissent de concert contre les deux dangers, la communauté européenne retrouvera aussitôt son efficacité, pour demain comme pour aujourd'hui, la paix sera sauvée.**" Voilà la grande équivoque. Il est clair en effet que ce que l'on propose ainsi à la France, ce n'est pas autre chose qu'un système d'alliances offensives et défensives, exactement semblable à ceux, que les socialistes combattaient autrefois. **Il s'agit, en réalité, d'une sainte alliance des peuples contre les dictatures – avec l'appui d'ailleurs de la dictature la plus impitoyable que le monde ait jamais connue.** Il s'agit d'une politique extérieure directement opposée à celle, que la France a suivie depuis la grande guerre (hier schein der Temps zu irren!), contraire à l'idéal de la Société des nations que l'on invoque abusivement, que l'on proclame à faux...



Gemeinsamer Aufruf der Front commun und der Radikalsozialisten am 30. Juni. Schaffung der Volksfront. (DNB)

In den Sonntagsblättern der Linkspresse findet sich der Wortlaut eines Aufrufes an das französische Volk, den 14. Juli 1935, der bekanntlich französischer Nationalfeiertag ist, durch die Zusammenziehung aller Kräfte, die entschlossen sind, die Freiheit zu verteidigen, zu begehnen.

Den Aufruf haben 48 verschiedene Verbände unterzeichnet, **darunter die Radikalsozialistische Partei**, die französische Liga für Menschenrechte, eine Anzahl marxistischer und kommunistischer Parteien und Gewerkschaften, sozialistische Splittergruppen, linkstehende Frontkämpferverbände, antifaschistische Gruppen usw. In dem Aufruf heißt es: "Am 14. Juli 1789 stürmte das französische Volk die Bastille und enthüllte der Welt die Freiheit. 150 Jahre lebhafter Anstrengungen und vier Revolutionen ermöglichten es ihm, seine Errungenschaften zu wahren und zu festigen. **Jetzt schickt sich eine bewaffnete faschistische Partei zu einem Sturm gegen die Demokratie und gegen die Freiheit an. Eine große Verschwörung gegen die Souveränität des Volkes und zur Niederwerfung der Demokratie ist in Vorbereitung**, eine Verschwörung, die das Gesetz der Mehrheit durch die Diktatur 200 bevorrechtigter Familien ersetzen soll. Gegen diese letzte Anstrengung der Feinde des Volkes, gegen die unmittelbar bevorstehende Gefahr rufen wir alle die zusammen, die das Volk von der Umklammerung der Finanzmächte der neuen Feudalherrschaft befreien wollen. Benachbarte Demokratien sind niedergeworfen worden, weil die Verteidiger der Freiheiten nicht geschlossen und geeint dem gemeinsamen Feinde entgegenzutreten wußten. Wir in Frankreich müssen, um zu widerstehen und zu siegen, gegen den gemeinsamen Feind Front machen. **Wir schwören, geeint zu bleiben, um die Demokratie zu verteidigen, die parteiischen Bünde zu entwaffnen und aufzulösen, unsere Freiheit gegen den Faschismus zu schützen. Wir schwören, den Arbeitern Brot, der Jugend Arbeit und der Welt den großen Menschheitsfrieden zu geben.**"



Die französische Volksfront als Garant des Russenpaktes für die Sowjetregierung.

Unter der Überschrift "Sich für die Sowjets töten lassen? – Nein, danke schön!" zitiert die radikale *République* den kommunistischen Bürgermeister des Pariser roten Vororts St. Denis, Doriot, der vor einigen Jahren aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen wurde. Doriot schreibt:

"Die Außenpolitik Sowjetrußlands spielt eine große Rolle in der Bewegung der gemeinsamen Linksfront. **Für die Kommunisten ist die Volksfront nicht nur eine einfache antifaschistische**

Bewegung, sondern auch ein Mittel, die Massen dazu zu bewegen, die sowjetrussische Außenpolitik zu unterstützen. Sie ist ein Mittel, in systematischer Weise Sowjetrußland gegen Deutschland zu unterstützen und eine friedliche Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland abzu-bremsen, die die französischen Massen erhofften. Die Volksfront ist ein Mittel, den Russenpakt von den Volksmassen bewilligen zu lassen, ein Mittel, um diese Massen auf die eventuelle Anwendung der Klauseln dieses Paktes vorzubereiten. Die Volksfront ist nicht nur ein Mittel, den Faschismus im Innern zu beseitigen, sondern die Arbeiterklasse und das ganze Land auf einen eventuellen Krieg vorzubereiten. Darum ist die Volksfront, die von den Kommunisten geführt wird, besonders gefährlich."

Das Blatt erklärt sich mit diesen Ausführungen des kommunistischen Bürgermeisters von St. Denis durchaus einverstanden. Diese Gedanken müsse man denjenigen vor Augen halten, die ehemals Mussolini als ein Monstrum bezeichneten und die dadurch jede Annäherung zwischen Italien und Frankreich verhinderten, und die heute ganz gerne um "der schönen Augen Stalins wegen" sich in ein großes Abenteuer hineinstürzen würden.

(Wiedergegeben nach dem *Völkischen Beobachter* vom 12. Juli 1935.)

33.

Der Stellvertreter des Führers Rudolf Heß am 5. April 1936 in Danzig über das Bluturteil in Kowno:

Sie wissen, daß selbst heute noch da und dort in der Welt Deutsche mehr oder weniger vogelfrei behandelt werden können. Sie wissen, daß es heute noch vorkommt, daß Menschen deutschen Blutes in Gerichtsverfahren, die nach dem Urteil englischer Rechtsanwälte keine einwandfreien Gerichtsverfahren sind, fußend auf unwahren, durch Folterungen erpreßten Aussagen zum Tode verurteilt oder zu jahrzehntelangen Zuchthausstrafen verurteilt werden können. Daß kleine Staaten dies noch wagen, ist die Folge des durch das frühere System vertanen Ansehens Deutschlands in der Welt. Nichts spricht aber so sehr für die Friedensliebe des heutigen Deutschlands, als die Tatsache, daß es seine Mittel nicht so zum Schutze seiner Söhne einsetzt, wie es England, Frankreich, Italien im gleichen Falle getan haben würden. Deutschland legt sich diese unerhörte Zurückhaltung auf, um den Frieden Europas nicht zu gefährden. Allerdings auch in der Erwartung, daß die Mächte, die die Garanten des Rechts in dem betreffenden Gebiete sind, endlich ihrer Verpflichtung nachkommen.

34.

Mussolini wirbt Soldaten in Österreich:

"Freiheitsbund. Nummer 8 C. A. 147 vom 25. Febr. 1935.

Bei den Kanzleien der Wehrverbände haben sich **Kameraden für Italien bei guter Bezahlung zu melden, die Waffenausbildung haben und sechs Monate im Schutzkorps gedient haben und noch nicht 28 Jahre alt sind.** Es wird ersucht, die Kameraden namentlich dem Landesgendarmierkommando Klagenfurt bis 2. März dieses Jahres zu melden. Der Landesführer: Staud e. h."

35.

Deutschlands 13 Punkte aus der Führerrede vom 21. Mai 1935:

1. Die deutsche Reichsregierung lehnt die am 17. März erfolgte Genfer Entschließung ab. Nicht Deutschland hat den Vertrag von Versailles einseitig gebrochen, sondern das Diktat von Versailles wurde in den bekannten Punkten einseitig verletzt durch jene Mächte, die sich nicht entschließen

konnten, der von Deutschland verlangten Abrüstung die vertraglich vorgesehene eigene folgen zu lassen. Die durch diesen Beschluß in Genf Deutschland zugefügte neue Diskriminierung machte es der deutschen Reichsregierung unmöglich, in diese Institution zurückzukehren, ehe nicht die Voraussetzungen für eine wirkliche gleiche Rechtslage aller Teilnehmer geschaffen ist. Zu dem Zweck erachtet es die deutsche Reichsregierung als notwendig, zwischen dem Vertrag von Versailles, der aufgebaut ist auf der Unterscheidung der Nationen in Sieger und Besiegte und dem Völkerbund, der aufgebaut sein muß auf der Gleichbewertung und Gleichberechtigung all seiner Mitglieder, eine klare Trennung herbeizuführen. Diese Gleichberechtigung muß sich auf alle Besitzrechte im internationalen Leben erstrecken.

2. Die deutsche Reichsregierung hat infolge der Nichterfüllung der Abrüstungsverpflichtungen durch die anderen Staaten sich ihrerseits losgesagt von den Artikeln, die infolge der nunmehr einseitigen vertragswidrigen Belastung Deutschlands eine Diskriminierung der deutschen Nation für unbegrenzte Zeit darstellen. Sie erklärt aber hiermit feierlichst, daß sich diese ihre Maßnahme ausschließlich auf die moralisch und sachlich das deutsche Volk diskriminierenden und bekanntgegebenen Punkte bezieht.

Die deutsche Reichsregierung wird daher die sonstigen, das Zusammenleben der Nationen betreffenden Artikel einschließlich der territorialen Bestimmungen unbedingt respektieren und die im Wandel der Zeiten unvermeidlichen Revisionen nur auf dem Wege einer friedlichen Verständigung durchführen.

3. Die deutsche Reichsregierung hat die Absicht, keinen Vertrag zu unterzeichnen, der ihr unerfüllbar erscheint. Sie wird aber jeden freiwillig unterzeichneten Vertrag, auch wenn seine Abfassung vor ihrem Regierungs- und Machtantritt stattfand, peinlich einhalten. Sie wird insbesondere daher alle aus dem Locarno-Pakt sich ergebenden Verpflichtungen so lange halten und erfüllen, als die anderen Vertragspartner auch ihrerseits bereit sind, zu diesem Pakt zu stehen. Die deutsche Reichsregierung sieht in der Respektierung der entmilitarisierten Zone einen für einen souveränen Staat unerhört schweren Beitrag zur Beruhigung Europas. Sie glaubt aber darauf hinweisen zu müssen, daß die fortgesetzten Truppenvermehrungen auf der anderen Seite keineswegs als eine Ergänzung dieser Bestrebungen anzusehen sind.

4. Die deutsche Reichsregierung ist jederzeit bereit, sich an einem System kollektiver Zusammenarbeit zur Sicherung des europäischen Friedens zu beteiligen, hält es aber dann für notwendig, dem Gesetz der ewigen Weiterentwicklung durch die Offenhaltung vertraglicher Revisionen entgegenzukommen. Sie sieht in der Ermöglichung einer geregelten Vertragsentwicklung ein Element der Friedenssicherung, in dem Abdrosseln jeder notwendigen Wandlung eine Aufstauung für spätere Explosionen.

5. Die deutsche Reichsregierung ist der Auffassung, daß der Neuaufbau einer europäischen Zusammenarbeit sich nicht in den Formen einseitig aufoktroierter Bedingungen vollziehen kann. Sie glaubt, daß es richtig ist, sich angesichts der nicht immer gleichgelagerten Interessen stets mit einem Minimum zu begnügen, statt diese Zusammenarbeit infolge eines unerfüllbaren Maximums an Forderungen scheitern zu lassen. Sie ist weiter der Überzeugung, daß sich diese Verständigung mit einem großen Ziel im Auge nur schrittweise vollziehen kann.

6. Die deutsche Reichsregierung ist grundsätzlich bereit, Nichtangriffspakte mit ihren einzelnen Nachbarstaaten abzuschließen und diese durch alle Bestimmungen zu ergänzen, die auf eine Isolierung der Kriegführenden und eine Lokalisierung des Kriegsherd abzielen. Sie ist insbesondere bereit zur Übernahme aller Verpflichtungen, die sich daraus für die Lieferung von Materialien und Waffen im Frieden oder Krieg ergeben mögen und von allen Partnern übernommen und respektiert werden.

7. Die deutsche Regierung ist bereit, zur Ergänzung des Locarno-Paktes einem Luftabkommen zuzustimmen und in seine Erörterungen einzutreten.

8. Die deutsche Reichsregierung hat das Ausmaß des Aufbaues der neuen deutschen Wehrmacht

bekanntgegeben. Sie wird davon unter keinen Umständen abgehen. Sie sieht weder zu Lande, noch zur Luft, noch zur See in der Erfüllung ihres Programms irgendeine Bedrohung einer anderen Nation. Sie ist aber jederzeit bereit, in ihrer Waffenrüstung jene Begrenzungen vorzunehmen, die von den anderen Staaten ebenfalls übernommen werden. Die deutsche Reichsregierung hat von sich aus bereits bestimmte Begrenzungen ihrer Absichten mitgeteilt. Sie hat damit am besten ihren guten Willen gekennzeichnet, ein unbegrenztes Wettrüsten zu vermeiden. Ihre Begrenzung der deutschen Luftrüstung auf den Stand einer Parität mit den einzelnen anderen westlichen großen Nationen ermöglicht jederzeit die Fixierung einer oberen Zahl, die dann miteinzuhalten sich Deutschland bindend verpflichten wird.

Die Begrenzung der deutschen Marine liegt mit 35 Prozent der englischen mit noch 15 Prozent unter dem Gesamttonnage der französischen Flotte. Da in den verschiedenen Pressekommentaren die Meinung besprochen wurde, daß diese Forderung nur ein Beginn sei und sich insbesondere mit dem Besitz von Kolonien erhöhen würde, erklärte die deutsche Reichsregierung bindend: Diese Forderung ist für Deutschland eine endgültige und bleibende. Deutschland hat weder die Absicht noch die Notwendigkeit oder das Vermögen, in irgendeine neue Flottenrivalität einzutreten. Die deutsche Reichsregierung erkennt von sich aus die überragende Lebenswichtigkeit und damit die Berechtigung eines dominierenden Schutzes des britischen Weltreiches zur See an, genau so wie wir umgekehrt entschlossen sind, alles Notwendige zum Schutze unserer eigenen kontinentalen Existenz und Freiheit zu tun.

Die deutsche Regierung hat die aufrichtige Absicht, alles zu tun, um zum britischen Volk und Staat ein Verhältnis zu finden und zu erhalten, das eine Wiederholung des bisher einzigen Kampfes zwischen beiden Nationen für immer verhindern wird.

9. Die deutsche Reichsregierung ist bereit, sich an allen Bestrebungen aktiv zu beteiligen, die zu praktischen Begrenzungen uferloser Rüstungen führen können. Sie sieht den einzig möglichen Weg hierzu in einer Rückkehr zu den Gedankengängen der einstigen Genfer Konvention des Roten Kreuzes. Sie glaubt zunächst nur an die Möglichkeit einer schrittweisen Abschaffung und Verfeinerung von Kampfmitteln und Kampfmethoden, die ihrem innersten Wesen nach im Widerspruch stehen zur bereits geltenden Genfer Konvention des Roten Kreuzes.

Sie glaubt dabei, daß ebenso wie die Anwendung von Dum-Dum-Geschossen einst verboten und im großen damit auch praktisch verhindert wurde, auch die Anwendung anderer bestimmter Waffen zu verbieten und damit auch praktisch zu verhindern ist. Sie versteht darunter alle jene Kampfaffen, die in erster Linie weniger den kämpfenden Soldaten als vielmehr den am Kampf selbst unbeteiligten Frauen und Kindern Tod und Vernichtung bringen.

Die deutsche Reichsregierung hält den Gedanken, Flugzeuge abzuschießen, aber das Bombardement offen zu lassen, für irrig und unwirksam. Sie hält es aber für möglich, die Anwendung bestimmter Waffen international als völkerrechtswidrig zu verbannen und die Nationen, die sich solcher Waffen dennoch bedienen, als außerhalb der Menschheit und ihrer Rechte und Gesetze stehend zu verfeuern.

Sie glaubt auch hier, daß ein schrittweises Vorgehen am ehesten zum Erfolg führen kann. Also: Verbot des Abwerfens von Gas-, Brand- und Sprengbomben außerhalb einer wirklichen Kampfzone.

Diese Beschränkung kann bis zur vollständigen internationalen Verfeuerung des Bombenabwurfes überhaupt fortgesetzt werden. Solange aber der Bombenabwurf als solcher freisteht, ist jede Begrenzung der Zahl der Bombenflugzeuge angesichts der Möglichkeit des schnellen Ersatzes fragwürdig. Wird der Bombenabwurf aber als solcher als völkerrechtswidrige Barbarei gebrandmarkt, so wird der Bau von Bombenflugzeugen damit bald als überflüssig und zwecklos von selbst sein Ende finden. Wenn es einst gelang, durch die Genfer Rote-Kreuz-Konvention die an sich mögliche Tötung des wehrlos gewordenen Verwundeten oder Gefangenen allmählich zu verhindern, dann muß es genau so möglich sein, durch eine analoge Konvention den **Bombenkrieg gegen die ebenfalls wehrlose Zivilbevölkerung** zu verbieten und endlich überhaupt zur Einstellung zu bringen.

Deutschland sieht in einer solchen grundsätzlichen Auffassung dieses Problems eine größere Beruhigung und Sicherheit der Völker als in allen Beistandspakten und Militärkonventionen.

10. Die deutsche Reichsregierung ist bereit, jeder Beschränkung zuzustimmen, die zu einer Beseitigung der gerade für den Angriff besonders geeigneten schwersten Waffen führt. Diese Waffen umfassen erstens schwerste Artillerie und zweitens schwerste Tanks. Angesichts der ungeheuren Befestigungen der französischen Grenze würde eine solche internationale Beseitigung der schwersten Angriffswaffen Frankreich automatisch in den Besitz einer geradezu hundertprozentigen Sicherheit bringen.

11. Deutschland erklärt sich bereit, jeder Begrenzung der Kaliberstärken der Artillerie, der Schlachtschiffe, Kreuzer und Torpedoboote zuzustimmen. Desgleichen ist die deutsche Reichsregierung bereit, jede internationale Begrenzung der Schiffsgrößen zu akzeptieren. Und endlich ist die deutsche Reichsregierung bereit, der Begrenzung des Tonnengehaltes der U-Boote oder auch ihrer vollkommenen Beseitigung für den Fall einer internationalen gleichen Regelung zuzustimmen.

Darüber hinaus aber gibt sie abermals die Versicherung ab, daß sie sich überhaupt jeder internationalen und im gleichen Zeitraum wirksam werdenden Waffenbegrenzung oder Waffenbeseitigung anschließt.

12. Die deutsche Reichsregierung ist der Auffassung, daß alle Versuche, durch internationale oder mehrstaatliche Vereinbarungen eine wirksamere Milderung gewisser Spannungen zwischen einzelnen Staaten zu erreichen, vergeblich sein müssen, solange nicht durch geeignete Maßnahmen einer Vergiftung der öffentlichen Meinung der Völker durch unverantwortliche Elemente in Wort und Schrift, Film und Theater erfolgreich vorgebeugt wird.

13. Die deutsche Reichsregierung ist jederzeit bereit, einer internationalen Vereinbarung zuzustimmen, die in einer wirksamen Weise alle Versuche einer Einmischung von außen in andere Staaten unterbindet und unmöglich macht. Sie muß jedoch verlangen, daß eine solche Regelung international wirksam wird und allen Staaten zugute kommt. Da die Gefahr besteht, daß in Ländern mit Regierungen, die nicht vom allgemeinen Vertrauen ihres Volkes getragen sind, innere Erhebungen von interessierter Seite nur zu leicht auf äußere Einmischung zurückgeführt werden können, erscheint es notwendig, den Begriff "Einmischung" einer genauen internationalen Definition zu unterziehen.



Befestigung der französischen und belgischen Ostgrenze.

[\[Vergrößern\]](#)

[Aus der Zeitschrift "Völkerbund – Die Abrüstungskonferenz."]

36.

Englands Unklarheit über gewisse deutsche Auffassungen, 23. Mai 1935.

Diese einzelnen Fragen sind laut *Daily Telegraph*:

1. Was versteht die deutsche Reichsregierung unter der **Gleichbewertung und Gleichberechtigung aller Mitglieder als Grundlage des Völkerbundes**?
2. Welches sind die moralischen und sachlichen, das deutsche Volk noch **diskriminierenden Punkte** und die noch auf dem Wege einer friedlichen Verständigung vorzunehmende **Vertragsrevision**?
3. Welches sind die Elemente der Friedenssicherung, deren Abdrosselung nach deutscher Auffassung Explosionen herbeiführen müßte?
4. Auf welcher Grundlage soll die Lieferung von Waffen und Munition im Frieden und im Kriege für die Teilnehmer an regionalen Nichtangriffspakten geregelt werden?

5. Ist Deutschland im Prinzip damit einverstanden, daß der Luftpakt mit einer strengen internationalen Kontrolle der Luftrüstungen sowie einer Kontrolle der zivilen Luftfahrt verbunden ist?
6. An was für einen Plan hat Hitler gedacht, als er von der Verhinderung der "Vergiftung der öffentlichen Meinung durch Wort, Schrift, Theater und Kino" sprach? Ob vorgeschlagen würde, daß andere Regierungen in ihren Ländern eine strenge Zensur oder ein Kontrollsystem nach deutschem Vorbild einrichten sollen?
7. Was die deutsche Definition der "Unabhängigkeit" im Falle Österreich sei?

Aus unserem Versandbuchhandel:

Das Versailler Diktat.
Vorgeschichte, vollständiger Vertragstext,
Gegenvorschläge der deutschen Regierung

Mehr aus unserem Archiv:

Der Abgrund von Versailles



Die Schandverträge



Das Ultimatum der Entente
Vollständiger Text der Mantelnote
und der Antwort auf die deutschen Gegenvorschläge
Amtlicher Wortlaut



Was Deutschland gezahlt hat
Die bisherigen deutschen Leistungen auf Grund des Vertrages von Versailles



Wer hat das Versailler Abrüstungsversprechen gebrochen?



Zehn Jahre Versailles
